

ISSN 0259-7446

€ 4,80

# *medien & zeit*

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

**Thema:**  
**Kommunikationsraum**  
**Europa – Europa als**  
**kommunizierter Raum**

**Methodologischer- oder**  
**Mediennationalismus**

**Europäischer Journalismus**

**Heterotopien Europas**

**Europäische Öffentlichkeit aus**  
**Publikumssicht**

**Europa als Appellationsinstanz**  
**am Beispiel Türkei**

**Europäische Fernsehgeschichte**

**3/2008**

**Jahrgang 23**

# medien & zeit

## Inhalt

|                                                                                                                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Methodologischer Nationalismus<br>oder Mediennationalismus?<br>Über die begrenzte Notwendigkeit einer<br>Neuorientierung der Medien- und<br>Öffentlichkeitsforschung in Europa ..... | 4  |
| Hans-Jörg Trenz                                                                                                                                                                      |    |
| Europäischer Journalismus<br>Annäherung an eine vernachlässigte<br>Dimension europäischer Öffentlichkeit .....                                                                       | 18 |
| Irene Neverla / Wiebke Schoon                                                                                                                                                        |    |
| Das Leben ist anderswo<br>Anregungen zur Justierung des Blicks<br>auf Heterotopien europäischer<br>Alltagskultur .....                                                               | 31 |
| Christian Schwarzenegger                                                                                                                                                             |    |
| Europäische Öffentlichkeit aus<br>Publikumssicht<br>Ein pragmatischer Ansatz mit Fallstudien<br>zur europäischen Verfassungsdebatte .....                                            | 43 |
| Swantje Lingenberg                                                                                                                                                                   |    |
| Auf dem Weg nach Europa<br>Appelle als Kommunikationsform der<br>Türkei mit Europa .....                                                                                             | 58 |
| Günal Incesu / Jörg Requate                                                                                                                                                          |    |
| Europäische Fernsehgeschichte<br>Elf Kernkonzepte zur vergleichenden<br>theoretischen Analyse und historischen<br>Interpretation .....                                               | 69 |
| Andreas Fickers                                                                                                                                                                      |    |
| Rezensionen .....                                                                                                                                                                    | 81 |

## Impressum

### Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung  
(AHK)“, A-1180 Wien,  
Schopenhauerstraße 32,  
ZVR-Zahl 963010743

<http://www.medienundzeit.at>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim „Arbeits-  
kreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

### Vorstand des AHK:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),  
A.o.Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (Obmann-Stv.),  
Mag. Gaby Falböck (Obmann-Stellvertreterin),  
Mag. Bernd Semrad (Geschäftsführer),  
Mag. Christian Schwarzenegger (Geschäftsführer-Stv.),  
Mag. Gisela Säckl (Schriftführerin),  
Dr. Erich Vogl (Schriftführer-Stv.),  
Mag. Marion Linger (Kassierin),  
Dr. Norbert P. Feldinger (Kassier-Stv.)

### Redaktion:

Irene Neverla, Christian Schwarzenegger

### Lektorat:

Christian Schwarzenegger, Gaby Falböck

### Layout:

Christian Schwarzenegger

### Redaktion Buchbesprechungen:

Gaby Falböck ([gabriele.falboeck@univie.ac.at](mailto:gabriele.falboeck@univie.ac.at))

### Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),  
Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),  
Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),  
Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),  
Dr. Markus Behmer (München),  
Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg)

### Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,  
1010 Wien, Dominikanerbastei 10

### Erscheinungsweise:

*medien & zeit* erscheint vierteljährlich

### Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): € 4,80  
Doppelheft (exkl. Versand): € 9,60

### Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 17,60  
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 24,00

### StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 12,80  
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 19,20

Info und Bestellung unter [abo@medienundzeit.at](mailto:abo@medienundzeit.at)

### Bestellung an:

*medien & zeit*,  
Schopenhauerstraße 32, A-1180 Wien  
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

**ISSN 0259-7446**

## Editorial

Wer, Wie und Was ist Europa? Es sind dies Grundfragen, deren Diskussion als bestimmende Zutat jeder Auseinandersetzung über den Kommunikationsraum Europa, über Europäische Öffentlichkeit und über Europa per se vorauszusetzen ist. Wer bildet Europa, von wem sprechen wir, wenn wir Europa benennen? Ein geographisches Territorium, eine politische Idee, ein kulturelles Gepräge? Wer nimmt an unserem Europa teil und wer bleibt im Dunkel, wenn wir unsere Scheinwerfer auf Europa richten? Die augenblickliche Krise der Europäischen Union scheint zwei nur teilweise politisch beantwortbare Problemfaktoren miteinander zu verzahnen. Einmal die Unsicherheit darüber, was als europäische Integration zu verstehen ist. Unsicherheit, wohin das Projekt Europa führt, und wo im doppelten Sinne seine Grenzen liegen. Und Unsicherheit was das Spezifische Europas ausmacht im Verhältnis zu globalen Aspekten. Der zweite Faktor liegt in einem Mangel an Europäischer Öffentlichkeit, eine Öffentlichkeit durch die und in der eine Diskussion über die vielfältigen Berührungsmomente mit Europa erfolgen kann. Nur wenn Europa, d.h. die europäischen Bevölkerungen in qualifizierten Öffentlichkeiten sich über sich selbst informieren und reflektieren können, wird sich ein tragfähiges europäisches Bewusstsein etablieren und Europa vom fernen Abstraktum zur selbstverständlichen Lebenswirklichkeit und Alltagsumgebung wachsen.

*medien&zeit* geht mit seinem Themenheft zum Kommunikationsraum Europa auf diese beiden Krisenmomente ein und macht die Fragen wen Europa wie betrifft und wie für dieses Betroffensein Öffentlichkeit geschaffen werden kann, zum Reflexionsgegenstand. So wird versucht die vielfältigen Implikationen einer Konzeption Europäischer Öffentlichkeit zu erfassen, die Europa nicht in reiner Reproduktionslogik, mit auf europäische Ebene aufgeblasenen Konzepten nationalstaatlicher Öffentlichkeiten beschreibt, sondern nach den Möglichkeiten sucht, anhand derer sich Europa auf andere Art – etwa als Kommunikationszusammenhang der auf Differenz beruht – beschreiben lässt, um auch andere Antworten auf bestehende Fragen finden zu können. Und es wird gefragt, wie europäischer Journalismus denkbar ist, der integrierende Entwürfe von Europa unterstützen und Bewusstsein für

Gemeinsamkeiten schaffen kann, um Europa so näher an die Erfahrungswelten der Menschen heranzurücken.

Eröffnet wird das Heft durch Hans-Jörg Trenz und so steht am Anfang des Heftes der Schluss, dass eine Neuorientierung der Medien- und Öffentlichkeitsforschung in Europa nur begrenzt notwendig sei. Denn nationale Öffentlichkeitsarenen seien auch weiterhin relevante Schauplätze von europäischen Diskursen und es sei zu hinterfragen ob die Beobachtung Europas in der gängigen Form an einem Methodischen Nationalismus oder aber an einem Nationalismus der Medien liege, die ihrerseits aufgrund nationaler Interessensparameter berichten würden und für eine europäische Perspektive oftmals auch mangelhaft qualifiziert sein. Die Annahme einheitlicher nationaler Öffentlichkeit hingegen sei längst nur noch als Scheinattrappe lebendig gehalten. Europäische Öffentlichkeit müsse daher weniger auf eine Überwindung als vielmehr auf die Erneuerung nationaler Öffentlichkeiten abzielen. Als mögliche Maßnahme dazu sei die Schaffung eines Grundangebots an kritischer, qualifizierter und marktfähiger Europaberichterstattung durch finanzielle staatliche Zuwendung zu denken.

Irene Neverla und Wiebke Schoon nähern sich hernach einer vernachlässigten Kategorie europäischer Öffentlichkeit und begeben sich auf die Suche nach einem Phantom namens *Europäischer Journalismus*. Über eine Auseinandersetzung mit definitorischen Fragen der begrifflichen Komponenten Europa und Journalismus konstatieren sie die unumgängliche Pluralität beider Begriffe – eine Vielfalt, die letztlich integraler Bestandteil eines Journalismus sein muss, der sich als „europäisch“ verstehen will. Ausgehend vom Mikrokosmos Brüssel als kommunikativem Knotenpunkt der EU erkunden sie auf professionsanalytischer Ebene die Potentiale einer Kultur europäischen Journalismus'. Anschließend wird durch einen externen Vergleich mit anglo-amerikanischen Journalismustraditionen auf das in der Vielfalt vorhandene „gemeinsam Europäische“ hingewiesen, wodurch die Diskussion über einen europäischen Journalismus um eine gesellschaftsanalytische und schließlich um eine normative Ebene erweitert wird.

Christian Schwarzenegger wendet seinen Blick in *Das Leben ist anderswo* vom politischen Europa der EU ab und versucht eine zusätzliche Perspektive auf Europa anzuregen, in der, neben den Elitendiskursen einer politischen Öffentlichkeit, Europäisierung auch dort beobachtet wird, wo sie als sozialer Prozess stattfindet – „unten“ im *Irgendwo* alltäglicher Lebensrealitäten von EuropäerInnen. Über eine Rekapitulation des Begriffes „Kommunikationsraum“ plädiert er dafür, Europa als „kommunizierten Raum“ zu konzipieren und durch die Identifikation vielfältiger sozial konstituierter Räume als Schauplatz von Vergemeinschaftungsprozessen neue Beobachtungsgrundlagen für neue Beobachtungen zu gewinnen, die vorderhand ohne nationalstaatlich abgeleitete Öffentlichkeiten auskommen. In Anlehnung an Michel Foucault wäre es ein Europa der Heterotopien, der anderen Orte, das man so entdecken könne, und das sich für Schwarzenegger auch und besonders, durch populärkulturelles und konsumistisches Handeln ausdrückt und ein vergnügliches *Europa buffa*, als Erlebnisgemeinschaft untersuchen lässt.

Mit dem Beitrag von Swantje Lingenberg kehren wir zur Europäischen Öffentlichkeit zurück, allerdings wird von ihr eine wenig beachtete und doch elementare Komponente von Öffentlichkeit besonders betont: das Publikum. Aufbauend auf dem Öffentlichkeitsbegriff John Deweys, der von territorialen, sprachlichen und kulturellen Entitäten losgelöst Anwendung finden kann, wird Europäische Öffentlichkeit als ein *Netzwerk von themen- und ereigniszentrierten Teilöffentlichkeiten* definiert und somit in den kommunikativen Praktiken von jeweiligen Diskursteilnehmern verankert. Publika werden somit zu einem Faktor der nicht gekürzt werden kann, da die Rezeption, Kontextualisierung und Sinngebung, die Medieninformation durch kulturell handelndes Publikum erfahren konstitutiv für entstehende Öffentlichkeiten sind. Spezifika solcher Sinngebungsmuster werden abschließend anhand der Debatte zur gescheiterten EU-Verfassung in Deutschland, Frankreich und Italien empirisch herausgearbeitet und zeigen auffallende Konvergenzen bei Themen und Argumentationshaushalten.

Günel Incesu und Jörg Requate widmen sich einem Thema, das in Europa mit unterschiedlicher Intensität, gerade aber in Deutschland und Österreich mit besonderer Emotionalität diskutiert wird – der Frage der europäischen Integrati-

on der Türkei. Dazu greifen sie auf Reuates bereits früher vorgestelltes Konzept zu, wonach *Europa als appellative Instanz* verstehbar sei. In jeweils variierenden Kommunikationszusammenhängen werde in Form von Appellen durch die Frage wer wen wie adressiert, wenn es um Europa geht, und wen die Angerufenen aber auch die Appellierenden dabei jeweils vertreten, Europa im thematischen und historischen Wandel, unterschiedlich konstruiert und in Dienst genommen. In einer Rekonstruktion von Appellen als Kommunikationsform der Türkei mit Europa wird der (Dis)Kurs, den die Türkei nach Europa genommen hat, hier seit den ersten Assoziierungsschritten zwischen Türkei und EU ausgeleuchtet.

Eine ganz besondere Annäherung an das Thema unternimmt das Heft beschließend Andreas Fickers, als Stellvertreter des von ihm mitinitiierten *European Television History Network* unter dem Titel *Europäische Fernsehgeschichte*. Über die Beschreibung von elf Kernkonzepten zur vergleichenden Analyse und historischen Interpretation führt er aus, dass sich aus epistemologischer Perspektive sowohl das Fernsehen als auch Europa als ein „flow“, also in stetem fließenden Bedeutungswandel verstehen lassen. Trotz lokaler und diachroner Unterschiedlichkeiten können dennoch historische Muster ausgemacht werden, die es erlauben von einer „europäischen Fernsehgeschichte“ zu sprechen. Fernsehen und Europa gemeinsam eignen sich, so wird herausgearbeitet, besonders als Studienobjekte einer multiperspektivischen „histoire croisée“ um durch die Analyse von Prozessen der Zirkulation und Aneignung respektive Ablehnung, die Hybridität kultureller Transferprozesse im Zeitalter der Transnationalisierung und Globalisierung zu verdeutlichen. Gerade die Gegenüberstellung mit einem Außerhalb lässt dann – ein wiederkehrender Gedanke in diesem Heft – das gemeinsam Europäische innerhalb aller Pluralitäten erkennen.

Dem zutiefst europäischen Gedanken der Einheit in der Vielfalt bzw. der Einheit durch Vielfalt versucht auch *medien&zeit* mit den Beiträgen dieser Themenausgabe zu entsprechen. Wir werfen (auf diesmal extra vielen Seiten) vielseitige Blicke auf ein vielfältiges Phänomen, und wünschen Ihnen wie gewohnt eine befruchtende Lektüre,

IRENE NEVERLA

CHRISTIAN SCHWARZENEGGER

# Methodologischer Nationalismus oder Mediennationalismus?

Über die begrenzte Notwendigkeit einer Neuorientierung der Medien- und Öffentlichkeitsforschung in Europa

Hans-Jörg Trenz

## Einleitung

In der Einforderung der Legitimität des Europäischen Integrationsprozesses wird die Geltung des Öffentlichkeitsprinzips über das Postulat eines Strukturwandels nationalstaatlicher Öffentlichkeiten aufrecht erhalten. Eine europäische Öffentlichkeit – so die Erwartung – bilde sich weniger als einheitlicher, massenmedialer Kommunikationsraum aus, als vielmehr in der Bereitstellung entsprechender infrastruktureller Kapazitäten für die mehrstufige Vermittlung des komplexen Regierens im Mehrebenensystem der EU. Fortschreitende Integration bewirke nicht nur die Vernetzung nationaler Öffentlichkeitsarenen, sondern fördere auch die Herausbildung neuer sektoraler oder transregionaler Kommunikationsgemeinschaften, die sich zunehmend von der Sprache und Kultur des Nationalstaats lösen<sup>1</sup>. Innerhalb der empirisch ausgerichteten Medien- und Öffentlichkeitsforschung ist diese zumeist normativ begründete Erwartung in die Transnationalität politischer Öffentlichkeit allerdings regelmäßig empirisch entzaubert worden. Die Diskrepanz zwischen der Geltung des Öffentlichkeitsprinzips und seiner Anwendbarkeit im transnationalen Rahmen erfordert damit eine systematische Abhandlung. Die Frage stellt sich nach den Bedingungen und Grenzen eines durch den europäischen Einigungsprozess angeleiteten Strukturwandels politischer Öffentlichkeit.

Europäische Öffentlichkeit bezeichnet die kommunikative Infrastruktur zur Aushandlung der Legitimität des europäischen Integrationsprojekts. Sie ist gebunden an die Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeitspotentiale, über die sich europäische Entscheidungsakteure den diffusen Erwartungshaltungen und den Meinungen

des Publikums stellen. Dabei handelt es sich um einen reziproken Prozess der Provokation, Reaktion und Antizipation von Aufmerksamkeiten, in dem europäische Institutionen einerseits „auffällig“ werden und entsprechende Abwehr- und Widerstandsreaktionen absorbieren müssen, andererseits aber auch gezielte Aufmerksamkeiten des Publikums einfordern, um ihre jeweiligen Positionen zu stärken und Handlungsspielräume auszubauen. Gerade auch im transnationalen Rahmen bleibt ein solcher Prozess der Legitimationseinforderung und Legitimitäts herausforderung auf die Vermittlung durch die Massenmedien angewiesen, welche einerseits die Relevanz europäischer Entscheidungsprozesse für die jeweils fragmentierten Publika (national, lokal oder sektoral) übersetzen. Durch die medialen Operationen der Ausfilterung, Bündelung und Amplifikation von Kommunikation wird der diffusen Resonanz des Publikums eine Strukturierung verliehen und damit ihr Wirkungspotential auf das politische System der EU freigesetzt.

Die Bemühungen einer Eingrenzung der konstitutiven Elemente europäischer Öffentlichkeit sind typischer Weise durch eine Ambivalenz zwischen normativen und deskriptiven Ansätzen gekennzeichnet. Normativ erfolgt eine Identifizierung europäischer Öffentlichkeit über die Festlegung bestimmter Standards der Kommunikation und Vermittlung politischer Inhalte, die für die Legitimität der Europäischen Union als hinreichend erachtet werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Frage nach der qualitativen Bestimmung europäischer Öffentlichkeit, wobei sich die Forschung traditionell an der Habermas'schen Programmatik, also an dem Verständigungspotential deliberativer Meinungsbildungsprozesse, abgearbeitet hat.<sup>2</sup> Deskriptiv wird

<sup>1</sup> Vgl. Eder, Klaus / Hellmann, Kai-Uwe / Trenz, Hans-Jörg: *Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 29, hrsg. von B. Kohler-Koch. Opladen 1998, 321-344.

<sup>2</sup> Vgl. Risse, Thomas: *Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz*. In: Franzius, Claudio / Preuss, Ulrich (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit*. Baden-Baden

2004, 139-154; Peters, Bernhard / Sifft, Stefanie / Wimmel, Andreas / Brüggemann, Michael / Kleinen von Königsłow, Katharina: *National and Transnational Public Spheres: The Case of the EU*. In: Leibfried, Stephan / Zürn, Michael (Hrsg.): *Transformations of the State?* Cambridge 2005, S. 139-160; Eriksen, Erik O.: *An Emerging European Public Sphere*. In: *Journal of European Social Theory*, Jg. 8, 3 / 2005, S. 341-363.

die europäische Öffentlichkeit über die Vernetzung von Sprechern unterschiedlicher Herkunft identifiziert, die in einen kommunikativen Austausch über Themen von gemeinsamer Relevanz treten und dabei bestimmte Meinungen und Erwartungshaltungen zum Ausdruck bringen. Entscheidend ist dabei die Frage nach der Quantifizierung politischer Kommunikation, die über die Konvergenz von Themen- und Aufmerksamkeitsstrukturen (Issue-cycles), Bewertungen politischer Prozesse (frames) und Rechtfertigungsmustern bestimmt wird.<sup>3</sup>

In der Gegenüberstellung zwischen qualitativen und quantitativen Ansätzen der Öffentlichkeitsforschung gilt es allerdings zu beachten, dass die Normativität politischer Öffentlichkeit nicht nur theoretisches Konstrukt ist, sondern vielmehr mit der Legitimationspraxis kollektiver Akteure untrennbar verbunden ist und damit erst die Dynamik eines sich entfaltenden europäischen Kommunikationsraums anleitet. Die Spannung zwischen normativen Standards und kommunikativer Alltagspraxis politischer Vermittlungsprozesse kann folglich als ein konstitutives Element der Entstehung europäischer Öffentlichkeit angesehen werden. Als Startpunkt europäischer Öffentlichkeitsforschung empfiehlt es sich von daher, sich den ideengeschichtlichen Hintergrund des Öffentlichkeitsgedankens zu vergegenwärtigen, der im europäischen Kontext angewandt und validiert wird.

Im Folgenden soll die unterstellte Beziehung zwischen Nationalstaat und Öffentlichkeit auf ihre Konsistenz untersucht und Möglichkeiten einer Loslösung der Normativität des Öffentlichkeitsgedankens vom nationalstaatlichen Idealtypus aufgezeigt werden. Dabei geht es weniger darum, einen vermeintlichen methodologischen Nationalismus der Sozialwissenschaften anzuprangern, als vielmehr die Argumente zu sortieren und kritisch zu prüfen, die für eine Verteidigung der nationalen Fokussierung der Öffentlichkeitsforschung vorgebracht werden können. Der Transnationalisierungsthese seien dabei einerseits empirische Evidenzen der Trägheit des Wandels

nationalstaatlicher Öffentlichkeit entgegengesetzt, deren Strukturen und Prozesse in der Medienökonomie westlicher Gesellschaften fest verankert sind. Die Transnationalisierungsthese muss sich des Weiteren aber auch mit der inhärenten Normativität von Öffentlichkeit auseinandersetzen, die sich nach wie vor an den Bedingungen von Nationalstaatlichkeit orientiert, um die Legitimität politischer Herrschaft im Transnationalen auszuhandeln.

## Ein kurzer ideengeschichtlicher Abriss

Öffentlichkeit gehört nicht zum Repertoire sozialwissenschaftlicher Grundbegriffe und spielt im Denken und Werk der Klassiker unserer Disziplin nur eine untergeordnete Rolle.<sup>4</sup> Die Ursprünge des Öffentlichkeitsgedankens sind vielmehr im deutschen Idealismus des ausgehenden 18. Jahrhunderts zu verorten, womit der Begriff vor allem staatswissenschaftlich erschlossen wurde und von den sich als „Wirklichkeitswissenschaft“ etablierenden Sozialwissenschaften nur zögerlich rezipiert worden ist. In der Rechtstheorie und der politischen Philosophie findet der Begriff seit der Aufklärung Anwendung in Verbindung mit der Idee einer Entfaltung von bürgerlicher Öffentlichkeit, welche den Zivilgeist der mündigen und aufgeklärten Bürger entzündet, um in einen Dialog mit den Trägern politischer Herrschaft einzutreten. Die Idee der Öffentlichkeit als herrschaftskritische Instanz hat auch die alltagsprachliche Verwendung geformt, etwa in der Rede von Öffentlichkeit als ein Kollektiv oder als Akteur mit stabilen Präferenzen und Meinungen (z.B. „Die Öffentlichkeit fordert...“). Damit wird allerdings auch eine kommunitaristische Auslegung des Öffentlichkeitsgedankens nahe gelegt, wie sie etwa in der missverständlichen Gleichsetzung von Öffentlichkeit und Gemeinschaftlichkeit zum Ausdruck kommt.

Mit Blick auf die Transnationalität politischer Öffentlichkeit hat sich Jürgen Habermas in neue-

<sup>3</sup> Vgl. Eder, Klaus / Kantner, Cathleen: *Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit in Europa*. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Transnationale Integrationsprozesse in Europa* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40). Opladen 2000, 306-331; Trenz, Hans-Jörg: *Media coverage on European governance. Testing the performance of national newspapers*. In: *European Journal of Communication*, Jg. 19, 3 / 2004, S. 291-319; Trenz,

Hans-Jörg: „*Quo vadis Europe?*“ *Quality Newspapers Struggling for European Unity*. In: Fossum, John Erik / Schlesinger, Philip R. (Hrsg.): *The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?* London 2007, S. 89-109.

<sup>4</sup> Vgl. Pöttker, Horst (Hrsg.): *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaften über Journalismus und Medien*. Konstanz 2001.

ren Schriften veranlasst gesehen, seine ursprüngliche Konzeption von „bürgerlicher Öffentlichkeit“ als Gemeinschaft der rasonierenden Staatsbürger einer Korrektur zu unterziehen. In einem 1990 veröffentlichten Vorwort zur Neuauflage des *Strukturwandels der Öffentlichkeit* wird konzediert, dass die Idee einer über kommunikatives Handeln wirkenden sozialintegrativen Kraft in hochkomplexen Gesellschaften nur dann noch realistisch Anwendung finden kann, wenn sie von der „konkretistischen Deutung einer Verkörperung in physisch anwesenden, partizipierenden und mitbestimmenden Gliedern eines Kollektivs“<sup>5</sup> abgelöst wird. In seiner Rechtstheorie entwickelt Habermas dann systematisch ein Verständnis von der Vermittlungsfunktion politischer Öffentlichkeit, an das sich auch medientheoretisch anschließen lässt.<sup>6</sup> Öffentlichkeit dient der Vermittlung aber auch der Artikulation diffuser gesellschaftlicher Betroffenheiten gegenüber der Allokation politischer Entscheidungsbefugnisse, wobei erstere nicht ohne weiteres mit der nationalen Konstituentenschaft identisch sein müssen und letztere nicht nur nationale Regierungen umfassen. Öffentlichkeitstheorie ist damit prinzipiell auch auf neue Formen des Regierens und der Zivilgesellschaft jenseits des Staates anwendbar.

Die Medien- und Kommunikationswissenschaften haben sich gegenüber dieser Tendenz zur Idealisierung und Verabsolutierung des Öffentlichkeitsprinzips zumeist neutral verhalten.<sup>7</sup> Öffentlichkeit wird vornehmlich deskriptiv über die Reichweite von Publizität abgesteckt.<sup>8</sup> Sie

bezeichnet somit keine sozialstrukturelle Entität, sie ist auch keine Organisation und schon gar nicht ein Kollektivakteur, der durch zweckgerichtetes Handeln hervortritt. Auch die Bemühungen, Öffentlichkeit oder auch die Medien als ein soziales System zu beschreiben, sind letztendlich an den Schwierigkeiten einer Zuordnung von Systemoperationen und Abgrenzungen gescheitert.<sup>9</sup> Neidhardt<sup>10</sup> empfiehlt deshalb den Medienwissenschaften eine Abkehr von Struktur- und eine Hinwendung zu Prozessmodellen politischer Öffentlichkeit, gerade auch, um den Wandel politischer Kommunikations- und Austauschprozesse jenseits des Staates ins Auge zu fassen. Öffentlichkeit stellt sich in der Gegenwart mehr denn je als ein offenes und dynamisches Feld dar, das von unterschiedlichen Kommunikationsflüssen und Diskursen durchdrungen wird, die auch nur noch lose an partikuläre Kulturen oder Sprache gebunden sind. Öffentlichkeit kann damit nur noch bedingt Garantien für die intersubjektive Verständigung der Gemeinschaft der Staatsbürger geben. Kollektive beginnen sich in Anbetracht der Geschwindigkeit und Heterogenität der durch Öffentlichkeit prozessierten Kommunikationsbeiträge zu verflüchtigen. Als Effekt dieser Dynamisierung bricht Öffentlichkeit andererseits aber auch geschlossene Bedeutungssysteme auf und ermöglicht über ihre intermediären Strukturen interkulturellen Austausch und grenzüberschreitende Kommunikationsprozesse.<sup>11</sup>

In der historischen Rekonstruktion korreliert der Strukturwandel politischer Öffentlichkeit vom kulturrationierenden zum kulturkonsumierenden

<sup>5</sup> Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage*. Frankfurt a. M. 1990, S. 43.

<sup>6</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: *Further Reflections on the Public Sphere*. In: Calhoun, Craig (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, MA 1992, S. 421-461.

<sup>7</sup> Vgl. Neidhardt, Friedhelm: *Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand*. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*. Wiesbaden 2006, S. 46-61.

<sup>8</sup> Vgl. Marcinkowski, Frank: *Publizistik als autopoietisches System: Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Perspektive*. Opladen 1993.

<sup>9</sup> Vgl. Gerhards, Jürgen: *Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch*. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen 1994, S. 77-105; Marcinkowski, Frank: *Politische Öffentlichkeit: Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen*. In: Hellmann, Kai-Uwe / Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Frankfurt a. M.

2002, S. 85-108; Görke, Alexander: *Das System der Massenmedien, öffentliche Meinung und Öffentlichkeit*. In: Hellmann, Kai-Uwe / Fischer, Karsten / Bluhm, Harald (Hrsg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Opladen 2003, S. 121-135. Luhmann selber lokalisiert Öffentlichkeit in Anschluss an Baecker (vgl. Baecker, Dirk: *Oszillierende Öffentlichkeit*. In: Maresch, Rudolf (Hrsg.): *Medien und Öffentlichkeit*. München 1996, S. 89-107) deshalb auch in der Umwelt sozialer Systeme. Ihre Funktion liege in der Bereitstellung einer Reflexionsleistung im Sinne eines Oszillierens zwischen unterschiedlichen Systemreferenzen (vgl. Luhmann, Niklas: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen 1996).

<sup>10</sup> Vgl. Neidhardt, *Europäische Öffentlichkeit als Prozess*.

<sup>11</sup> Vgl. Habermas, *Further Reflections on the Public Sphere*; Eder, Klaus: *Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität*. In: Viehoff, Reinhold / Segers, Rien T. (Hrsg.): *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt a. M. 1999, S. 147-179; Trenz, Hans-Jörg: *Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in Europa. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?*. Baden-Baden 2002; Kantner, Cathleen: *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden 2004.

Publikum mit der Nationalstaatsbildung des ausgehenden 19. Jahrhunderts und der Schaffung eines breiten Nationalismus der Massen. Entscheidend war dabei weniger die Bereitstellung eines geteilten Öffentlichkeitsraums für die Selbstfindung des Volkes, als vielmehr die Konstitution des Volkes der Staatsbürger, die über die Nationalsprache und die nationalen Massenmedien erst füreinander erreichbar und ansprechbar wurden.<sup>12</sup> Öffentlichkeit war damit nicht naturgegebene Konstante bzw. abhängige Variable im Prozess der Nationalstaatsbildung, sondern vielmehr treibende Kraft gesellschaftlichen und politischen Wandels. Durch die Kraft von Publizität und Kritik hinterließ Öffentlichkeit zugleich die Vertrautheit des Privaten und die Partikularität der Diskursgemeinschaft, in der ihre normativen Prämissen jeweils zur Anwendung gelangten. Auch aus soziologischer Perspektive musste Öffentlichkeit als Vermittlungsinstanz des „Unvermittelten“ in Anspruch genommen werden, um die Unwahrscheinlichkeit des Miteinander-Kommunizierens in einer anonymen Massengesellschaft durch verbindende Aufmerksamkeiten abzumildern.<sup>13</sup> Die Beziehung zwischen Nation und Öffentlichkeit ist deshalb nicht essentiell, sondern historisch kontingent. In der postnationalen Konstellation wird ein zweiter Strukturwandel politischer Öffentlichkeit erwartbar, der Massenkommunikation von der nationalen Organisationsstruktur löst und damit die Konstitution neuer Kollektivakteure und Identitäten anleitet.<sup>14</sup> Eine Abkoppelung der Publizität von Sprache und Nationalkultur sollte in dem Grade möglich werden, wie die globale Medienökonomie entsprechende Übersetzungsleistungen bereitstellt und globale Sinnangebote unterbreitet. Rein technisch gesehen könnte dann auch eine europäische Öffentlichkeit aus der Erweiterung von Publizität als der durch geteilte Aufmerksamkeit und Erreichbarkeit abgesteckte Raum des Politischen resultieren.

## Empirische Evidenzen für die Transnationalisierung von Öffentlichkeit

Auf der Suche nach Evidenzen für die Entfaltung transnationaler Öffentlichkeit wird gemeinhin auf das Potential der alten und neuen Medien verwiesen, globale politische Inhalte und Informationen bereitzustellen und damit die Lokalität der Nachrichtenproduktion und Verbreitung zu hinterlaufen.<sup>15</sup> Solche Momente der transnationalen Kommunikation sind leicht zu identifizieren. Mit dem Internet kann erstmals in der Geschichte der Menschheit ein wörtlich genommen grenzenloser Raum der Kommunikation erschlossen werden. Die Verheißung des Netzes ist globale Erreichbarkeit: „Virtual communication anywhere is communication everywhere.“ Auch die frühzeitig geäußerte Bedenken der Exklusivität des Internets als Kommunikationsmedium globaler Eliten haben sich kaum bewahrheitet.<sup>16</sup> Das Netz hat heute ein globales Massenpublikum erobert. Seine Informationen sind für alle in Jetztzeit und zumeist auch gratis abrufbar, gleichwie auch allen Nutzern ein prinzipielles Publikationsrecht zugestanden wird. In der Folge finden sich auch die herkömmlichen visuellen und textbasierten Medienformate zunehmend in globale Kommunikationsnetzwerke eingebettet. Über die weltweite Nachrichtenverbreitung werden lokale politische Nachrichten global anschlussfähig und in globalen Bedeutungssystemen re-kontextualisiert. So ist beispielsweise auf die strukturierenden Effekte von „Weltereignissen“ wie dem 11. September in Verbindung mit globalen Aufmerksamkeitszyklen hingewiesen worden.<sup>17</sup> Der emergente globale Nachrichtenraum fördert öffentliche Meinungsbildung, formt politische Einstellungsmuster und Problemwahrnehmungen und damit erstmalig auch globale Staatsbürgerschaft und Identitäten.<sup>18</sup> So wie die nationale Öffentlichkeit für die Konstitution des Volkes verantwortlich zeichnet, soll die Globalität der Medien die kosmopolitische Gesellschaft ermöglichen.<sup>19</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Fuchs, Peter: *Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit*. Frankfurt a. M. 1992.

<sup>13</sup> Vgl. Luhmann, Niklas: *Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation*. In: Luhmann, Niklas: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. 2. Auflage. Opladen 1991, S. 25-34.

<sup>14</sup> Vgl. Eder / Hellmann / Trenz, *Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation*.

<sup>15</sup> Vgl. Gurevitch, Michael / Levy, Mark: *The Global Newsroom*. In: *British Journalism Review* 2 / 1990, S. 27-37.

<sup>16</sup> Vgl. Schiller, Herbert: *Information Inequality: The Deepening Social Crisis in America*. London 1996.

<sup>17</sup> Vgl. Urry, John: *The Global Complexities of September 11th*. In: *Theory, Culture & Society*, Vol. 19, 4 / 2002, S. 57-69; Stichweh, Rudolf: *Der 11. September 2001 und seine Folgen für die Entwicklung der Weltgesellschaft: Zur Genese des terroristischen Weltereignisses*. In: Bonacker, Thorsten / Weller, Christoph (Hrsg.): *Konflikte der Weltgesellschaft*. Frankfurt / New York 2006, S. 279-293.

<sup>18</sup> Vgl. Gurevitch / Levy, *The Global Newsroom*.

<sup>19</sup> Vgl. Beck, Ulrich: *Cosmopolitan Vision*. Cambridge 2006.



Auch die Weltkultur-Forschung basiert auf dem Argument des Einflusses globaler Kommunikationsmedien, welche nationale und lokale Kulturen in globalen Bedeutungssystemen einbetten.<sup>20</sup> Mechanismen der Diffusion von Weltmodellen sind beispielsweise am Diskurs der Menschenrechte oder der Demokratie aufgezeigt worden.<sup>21</sup> Zuweilen wird selbst die Geschichte und die kollektive Identität von Partikulargemeinschaften global ausgehandelt, wobei Standards der angemessenen Geschichtsaufarbeitung von den moralischen Instanzen der Weltgesellschaft angemahnt werden (man denke etwa an die weltweite Welle der Empörung gegen Österreich aus Anlass der ersten Regierungskoalition Haider-Schüssel im Februar 2000.).<sup>22</sup>

Für Autoren wie Ulrich Beck wird die nationale Öffentlichkeitsfokussierung allenfalls noch kontrafaktisch oder als Artefakt überkommener Forschungsroutinen aufrechterhalten. Realpolitisch finden wir uns schon längst in der kosmopolitischen Gesellschaft wieder, die über „Weltöffentlichkeit“ als eine globale Sphäre der Reflexivität erschlossen wird. Die Hinwendung zur kosmopolitischen Gesellschaft ist keine wertbezogene Entscheidung, sondern vielmehr erzwungen durch globale Risikowahrnehmung und Gefahrenabwehr. In Becks eigenen Worten:

*„...world risk society marks an epoch in which coerced risk-cosmopolitanization mutates into a no less coerced emerging public awareness of the ongoing process of risk-cosmopolitanization. (...) Instead of integration through national and universal values, the global character of dangers reflected in a world public entails a new dialectic of conflict and cooperation across borders.“*<sup>23</sup>

Die Transnationalität öffentlicher Kommunikation misst sich folglich nicht nur daran, ob und in welchem Masse grenzüberschreitende Kommuni-

kation faktisch stattfindet, sondern auch am Potential bzw. am Bedarf einer weltweiten Verständigung. Die Welt wird so zu einem unangeschlossenen Beobachtungsraum, in dem kommunikative Ereignisse anschlussfähig sind, ohne dass die Weltbürger auch tatsächlich in einen kommunikativen Austausch miteinander treten müssen. Entscheidend ist, dass lokale Ereignisse und partikuläre Diskurse einem Weltpublikum prinzipiell zur Beobachtung offen stehen und Anschlüsse möglich machen. Das Weltpublikum ist ebenso virtuell wie das nationale Publikum. Die Frage ist deshalb weniger, in welchem Grade es sich unaufmerksam oder desinformiert über das politische Geschehen zeigt, als vielmehr ob es von den Sprechern als Adressat ihrer Beiträge berücksichtigt wird. Mit der Idee einer Weltöffentlichkeit ändert sich also im Wesentlichen der Vorstellungsraum

**Das Weltpublikum ist ebenso virtuell wie das nationale Publikum. Die Frage ist weniger, in welchem Grade es sich unaufmerksam oder desinformiert über das politische Geschehen zeigt, als vielmehr ob es von den Sprechern als Adressat ihrer Beiträge berücksichtigt wird**

für Publizität politischer Kommunikation. Für die Teilnehmer des öffentlichen Diskurses ist dies mit einer zunehmenden Kontingenzerfahrung in der Adressierbarkeit und Zurechenbarkeit von Diskursbeiträgen verbunden. Mit unerwarteten Interventionen oder Reaktionen von Seiten des anwesenden, aber unbe-

kannten Dritten ist jederzeit zu rechnen. Weltöffentlichkeit verhält sich demnach wie ein suchender Scheinwerfer, der auch noch die letzten Nischen des Globus auszuleuchten vermag, allerdings kaum die Kapazitäten oder auch nur die Ausdauer besitzt, die Beleuchtung für längere Zeit aufrecht zu erhalten.

Die Weltöffentlichkeit orientiert sich oberflächlich an den kurzen Aufmerksamkeitsspannen des Publikums. Sie erlaubt aber auch eine Innendifferenzierung und Spezialisierung durch die Speicherung von umfassenden, jederzeit und durch jedermann abrufbaren Wissensvorräten. In diesem Sinne gibt es in der Tat keine weißen Flecken mehr, die nicht durch *Google Earth* angepeilt und von denen Informationen nicht unmittelbar einem Weltpublikum zugänglich gemacht werden könnten.

<sup>20</sup> Vgl. Hannerz, Ulf: *Cultural Complexity. Studies in the Social Organization of Meaning*. New York 1996; Robertson, Roland: *Globalization: Social Theory and Global Culture*. London 1992.

<sup>21</sup> Vgl. Meyer, John W.: *Globalization. Sources and Effects on National States and Societies*. In: *International Sociology*, Vol. 15, 2 / 2000, S. 233-248; Keck, Margaret E. /

Sikkink, Kathryn: *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca, NY 1998.

<sup>22</sup> Vgl. Van de Steeg, Marianne: *Rethinking the Conditions for the Public Sphere in Europe*. In: *European Journal of Social Theory*, Vol. 5, 4 / 2004, S. 499-519; Risse, *Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft*.

<sup>23</sup> Beck, *Cosmopolitan Vision*, S. 35.

Ist dies bereits eine ausreichende Beweislage, um sich von der überkommenen Idee nationaler Öffentlichkeit als relativ geschlossene Diskursgemeinschaft zu verabschieden? Wie ich im Folgenden argumentieren möchte, lassen sich wenigstens zwei Gründe für eine Beibehaltung der nationalen Fokussierung der Öffentlichkeits- und Medienforschung anführen. Das erste Argument ist empirische Natur und bezieht sich auf die Medienökonomie westlicher Gesellschaften, welche den Strukturwandel von der nationalen zur kosmopolitischen Öffentlichkeit nur bedingt stützen. Im Gegenteil korrespondiert der methodologische Nationalismus der Medienforschung mit der nationalistischen Fokussierung der journalistischen Praxis der Nachrichtenaufarbeitung und Verbreitung. Einem solchen Mainstream Medien-Nationalismus kann auf unterschiedlichen Pfaden nachgespürt werden: a) die historische Institutionalisierung und Ausdifferenzierung nationaler Medienkultur, die b) eine Synchronisierung von Medieninhalten steuern und c) die Produktion und den Konsum von politischen Nachrichten auf ein nationales, staatlich eingefasstes Publikum eingrenzen (und sich dabei von dem parallelen Prozess der Konzentration der Eigentumsverhältnisse von Medienprodukten nur wenig beirren lassen). Das zweite Argument soll an die inhärente Normativität von Öffentlichkeit anknüpfen. Auch die dominanten Legitimationsdiskurse und Praktiken westlicher Gesellschaften stützen keinen Strukturwandel nationaler Öffentlichkeit. Mit der Gültigkeit der historisch tradierten kritischen Standards demokratischer Öffentlichkeit muss vielmehr so lange gerechnet werden, wie diese Standards als geteilter normativer Horizont der Kommunikationsteilnehmer Bestand haben und damit die Praxis öffentlicher Kommunikation anleiten. Es geht dabei nicht darum, den Nachweis der normativen Gültigkeit dieser Prinzipien zu erbringen oder ihre Anwendbarkeit in der transnationalen Konstellation auszutesten. Vielmehr genügt der Hinweis, dass kontrafaktisch mit ihnen gerechnet wird, und sie in der Aushandlung der Legitimität des europäischen Gemeinwesens eine Rolle spielen.

## Grenzen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit Methodologischer Nationalismus oder Mediennationalismus?

Eine adäquate konzeptionelle Annäherung an die Bedingungen der Transnationalität von Öffentlichkeit, so die Behauptung, wird durch den vielfach beklagten methodologischen Nationalismus der Sozialwissenschaften beeinträchtigt. Die Medienwissenschaften setzen demnach unhinterfragt eine staatliche Verfasstheit von Öffentlichkeit voraus, welche die Integrität und Funktionsweise nationaler Mediensysteme garantiert. Nationalstaaten erscheinen als der natürliche Container von Öffentlichkeit, welche die Gemeinschaft der nationalen Bürger umfasst und nach außen abgrenzt. Die Möglichkeiten einer Transnationalität von Öffentlichkeit werden dabei kategorisch verneint. Geteilte Sprache und Kultur gleichwie das Hineingeborensein oder die mühsame Sozialisation des Individuums in die nationale Gemeinschaft sind konstitutive Bedingungen für die Herausbildung von Öffentlichkeit.<sup>24</sup>

Der methodologische Nationalismus manifestiert sich im Einfluss von kontextuellem Wissen in das wissenschaftliche Forschungsdesign unter dem Postulat seiner universalen Gültigkeit. Wie an dem vor allem im nationalen deutschen Kontext geprägten Begriff der politischen Öffentlichkeit exemplarisch aufgezeigt werden kann, erfährt unser wissenschaftliches Vokabular im Nationalstaat eine besondere Prägung.<sup>25</sup> Die Nation und die national abgeschlossene Gesellschaft sind die elementaren Untersuchungseinheiten und bestimmen etablierte Forschungsroutinen. Die Öffentlichkeitsforschung illustriert die weit reichenden Auswirkungen dieses nationalistisch verengten Forschungsblickes. Für die Messung von Öffentlichkeit wird typischer Weise ein systemisches Modell öffentlicher Kommunikation zugrunde gelegt, das zwischen den Inputs, Throughputs und Outputs des Kommunikationssystems unterscheidet.<sup>26</sup> Die integrative Funktion eines solchen Systems der Massenkommuni-

<sup>24</sup> Diese konstitutiven Bedingungen nationalstaatlicher Öffentlichkeit werden in der deutschen Debatte interessanter Weise immer wieder von den Staatswissenschaften verteidigt (vgl. Grimm, Dieter: *Does Europe need a Constitution?* In: *European Law Journal*, 1 / 1995, S. 282-302; Preuss, Ulrich: *Transformation des europäischen Nationalstaates – Chance für die Herausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit?* In: Franzius / Preuss, *Europäische Öffentlichkeit*.) und entsprechend medientheoretisch aufgearbeitet (Müller-

Doohm, Stefan: *Öffentlichkeit und die Ausdifferenzierung des Systems der Kommunikationsmedien*. In: Jarren, Otfried / Krotz, Friedrich (Hrsg.): *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*, Baden-Baden 1998, S. 49-61.

<sup>25</sup> Vgl. Beck, Ulrich: *Toward a new critical Theory with a Cosmopolitan Intent*. In: *Constellations*, Jg. 10, 4 / 2003, S. 453-468.

<sup>26</sup> Grundlegend hierzu Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. In: Müller-

kation wird jedoch an einige infrastrukturelle Bedingungen geknüpft, wie sie erst durch den Nationalstaat bereitgestellt werden. Als solche steht Öffentlichkeit in Abhängigkeit zu a) der kommunikativen Performanz *nationaler* (oder lokaler) Regierungen (Input), b) den intermediären Kapazitäten *nationaler* Medienorganisationen (Throughput), und c) den Meinungen und Einstellungsmustern eines *nationalen* Publikums (Output).

In Abgrenzung vom „methodologischen Nationalismus“ wird die Suche nach den Bedingungen der Transnationalität von Öffentlichkeit von vielen als ein Emanzipationsprozess empfunden, um sich von den unreflektierten und theoretisch blinden Routinen des national-fokussierten Forschungsblicks<sup>27</sup> loszulösen.<sup>28</sup> Hierbei kann gezielt an die verschüttete Tradition „bürgerlicher Öffentlichkeit“ als eine offene, all-inklusive und durch jeden erreichbare Kommunikations-sphäre angeknüpft werden, um das Potential transnationaler Öffentlichkeit zu entfalten.<sup>29</sup> Die Anklage eines methodologischen Nationalismus der Medienforschung muss sich allerdings auch an der fortbestehenden Realität national ausdifferenzierter Mediensysteme messen lassen. Politische Öffentlichkeit ist nach wie vor auf die Vermittlungskapazitäten der Massenmedien angewiesen. Nur so kann sie auf Breitenwirkung eines anonymen Massenpublikums setzen, das in den politischen Prozess inkludiert werden soll. In demokratischen Gesellschaften richtet sich dieses Inklusionsangebot nur selten und undifferenziert an alle. Vielmehr sind die Adressaten politischer Kommunikation zumeist eng eingegrenzt, wobei der Zirkel nur selten über die nationalen oder regionalen Wähler-

**Es muss daher konzediert werden, dass sich der methodologische Nationalismus bis zu einem gewissen Grade im ungebrochenen Nationalismus der politischen Nachrichtenmedien begründet findet**

schaften hinausgreift und selbst deren Aufmerksamkeitskapazitäten beschränkt sind. Weltkommunikation bleibt deshalb häufig ohne Anschluss. Wer die Welt adressiert, kann nur mit geringer Resonanz rechnen und wenn sich ein Publikum für ferne Ereignisse bildet, so verschallen Applaus und Kritik oftmals oder bleiben unverbindlich.

Es ist somit nachvollziehbar, dass innerhalb der Medienwissenschaften das Konstrukt der Weltgesellschaft (oder alternativ der europäischen Gesellschaft) als Referenz empirischer Forschung oder theoretischer Reflexion bislang weitgehend ignoriert worden ist.<sup>30</sup> Für die Eingrenzung politischer Kommunikations- und Vermittlungsprozesse sind nationale, geographische, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die vergleichenden Medienwissenschaften allenfalls Typologien nationaler Mediensysteme entwickeln, die für die Erklärung von Unterschieden, nicht aber von Konvergenz herangezogen werden können.<sup>31</sup>

Es muss von daher konzediert werden, dass sich der methodologische Nationalismus der Medien- und Kommunikationswissenschaften bis zu einem gewissen Grade im ungebrochenen Nationalismus der politischen Nachrichtenmedien begründet findet. Die Aufrechterhaltung einer nationalen Forschungsfokussierung der Disziplin rechtfertigt sich nicht nur in Anbetracht des Fortbestands nationaler Medienmärkte. Darüber hinaus muss auf die historisch gewachsene Verflechtung zwischen nationalen Medienorganisationen, nationalen politischen Institutionen und nationalen Publika (zumeist in der Form von Wählerschaften) hingewiesen werden. Als prägend erwies sich

Dohm, Stefan / Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*. Oldenburg 1991, S. 31-89.

<sup>27</sup> An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass die Konzeption von Öffentlichkeit als eine all-inklusive Arena der Kommunikation keinesfalls notwendiger Weise mit einem normativ dichten Öffentlichkeitsbegriff, wie er in der deutschen Debatte vor allem von Jürgen Habermas verteidigt wurde, in Verbindung steht. Die Vorstellung einer All-Inklusivität von Öffentlichkeit findet sich gerade auch in systemtheoretischen Konzeptionen. Für Niklas Luhmann, der Öffentlichkeit als die Umwelt sozialer Systeme versteht, wird sie zum Garanten der Möglichkeit von Reflexivität und gesellschaftlicher Selbstbeobachtung

(und hier liegt auch die Funktion der Massenmedien begründet). Vgl. Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*.

<sup>28</sup> Vgl. van de Steeg, *Rethinking the Conditions for the Public Sphere in Europe*.

<sup>29</sup> Vgl. Kantner, *Kein modernes Babel*.

<sup>30</sup> Vgl. Weischenberg, Siegfried: *Luhmanns Realität der Massenmedien. Zu Theorie und Empirie eines aktuellen Objekts der Systemtheorie*. In: Gripp-Hagelstange, Helga (Hrsg.): *Niklas Luhmanns Denken. Interdisziplinäre Einflüsse und Wirkungen*. Konstanz 2000. S. 157-178.

<sup>31</sup> Vgl. Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo: *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge u.a. 2004.

dabei insbesondere die Ko-Evolution zwischen Medien und nationaler politischer Kultur. Massenmedien fungierten immer schon als die „Schule der Nation“ in der Formierung eines einheitlichen nationalen Publikums.<sup>32</sup> Publizität schafft die Illusion von Anwesenheit und von Zugehörigkeit. Gerade in Zeiten größerer Unsicherheit könnte diese Integrationsfunktion der Massenmedien als Garanten der symbolischen Einheit der Nation wieder aufgelebt werden. Geteilte mediale Öffentlichkeit wird demnach wie vor als Kommunikationsgemeinschaft erfahren, die über Themen von geteilter Relevanz zusammenfindet.

Für eine Aufweichung dieser institutionalisierten

Symbiose zwischen den Verbreitungsmedien politischer Nachrichten und dem Nationalstaat gibt es in der Tat nur wenige Anzeichen. Der Entwicklungstrend der Massenmedien in westlichen Gesellschaften stellt sich gemeinhin wie folgt dar: Einerseits beobachten wir eine zunehmende Konzentration der

Eigentumsverhältnisse und eine florierende Medienindustrie, die sich einen globalen Absatzmarkt für einander angleichende Produkte erschließt. Die Konzentration der Medienbesitzverhältnisse korreliert allerdings nicht notwendiger Weise mit einer Vereinheitlichung von Medieninhalten. Der neue Typus des globalen Medienbarons übt in der Regel nur wenig Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung lokaler Nachrichten aus.<sup>33</sup> Wie die Erfahrung zeigt, besteht eine effiziente Strategie der Profitmaximierung vielmehr in der Anpassung an lokale Konsumenten, die über speziell auf sie zugeschnittene Nachrichtenprodukte bedient werden. Trotz Konzentration der Nachrichtenproduktion in den Händen einiger weniger Anbieter bleiben also nationale oder lokale Nischen erhalten bzw. werden weiter ausgebaut. Selbst das Internet hält die nationale Differenzierung politischer Öffent-

**Das Internet hält die nationale Differenzierung politischer Öffentlichkeiten aufrecht, indem es den Anbietern nationale Adressen zuweist und damit virtuelle Kommunikation nicht nur sprachlich, sondern auch territorial zuordnet**

lichkeiten aufrecht, indem es den Anbietern nationale Adressen zuweist und damit virtuelle Kommunikation nicht nur sprachlich, sondern letztendlich auch territorial zuordnet. In der Tat bezieht der durchschnittliche Internetnutzer seine politischen Informationen in aller Regel aus dem Online Angebot lokaler oder regionaler Zeitungen bzw. Fernsehkanäle.<sup>34</sup> Die „alten“ Nachrichtenmedien halten also ihr Monopol der Nachrichtenverarbeitung auch im Internet aufrecht und bauen dabei überwiegend auf textliche und zunehmend auch visuelle Formate, die als „Abfallprodukte“ aus Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Weiterverwertung bereitgestellt werden.

Die Globalisierungsthese müsste sich des Weiteren in einer Intensivierung der Auslandsberichterstattung verifizieren, die über die geteilte Relevanz von *Weltereignissen* angeleitet wird. Solche *Weltereignisse* sollten länderübergreifend debattiert und interpretiert werden. So könnten beispielsweise die Aus-

landskorrespondenten mit ihrer Berichterstattung aus den Hauptstädten der Welt für entsprechende Anschlüsse an globale Kommunikation Sorge tragen und damit als „Boten des Kosmopolitismus“ in den nationalen Öffentlichkeiten in Erscheinung treten. Auch diese optimistische Annahme einer zunehmenden Penetration nationaler Öffentlichkeiten durch Instanzen globaler Kommunikation ist irreführend. Qualitative Inhaltsanalysen weisen vielmehr die Konstanz eines nationalistischen und ethno-zentristischen Bias der Auslandsberichterstattung nach. Journalisten mögen das Ideal einer gerechten Weltordnung preisen, im Konfliktfall aber immer noch der Verteidigung nationaler Interessen den Vorrang geben.<sup>35</sup> Auch in ethnographischen Untersuchungen des Berufsverständnisses und der Arbeitspraxis von Auslandskorrespondenten werden diese inhaltsanalytischen Befunde zur Auslands-

<sup>32</sup> Vgl. Anderson, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*. London / New York 1991.

<sup>33</sup> Vgl. Herman, Edward / McChesney, Robert: *The Global Media*. In: Held, David / McGrew, Anthony G. (Hrsg.): *The Global Transformation Reader. An Introduction to the Globalization Debate*. Cambridge 2000.

<sup>34</sup> Vgl. Norris, Pippa: *Digital divide. Civic engagement,*

*information poverty, and the Internet worldwide*. Cambridge u. a. 2001.

<sup>35</sup> Vgl. Page, Benjamin I. / Shapiro, Robert Y.: *The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago 1992; Kevin, Deirdre: *Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation and Rhetoric in National Media Systems in Europe*. Mahwah / New Jersey / London 2003.

berichterstattung bestätigt.<sup>36</sup> Dabei stellt sich die Situation paradoxer Weise vielfach so dar, dass im Zeitalter intensiver globaler Vernetzung die Auslandsberichterstattung in vielen Medienkanälen zurückgefahren wird, so dass das zerstreute Publikum tendenziell eher weniger als mehr über die Welt informiert wird. Medien fungieren so kaum als Katalysatoren, sondern vielmehr als Bremsen auf den Weg in die kosmopolitische Gesellschaft.<sup>37</sup>

Die Länder der Europäischen Union sind von der Konzentration der Medienbesitzverhältnisse und der Fragmentierung von Medieninhalten sicherlich nicht alle in gleichem Maße betroffen. Im gemeinsamen Binnenmarkt bleibt aber die politische Nachrichtenberichterstattung stark nationalisiert. Trotz einzelner Versuche haben sich eine gesamteuropäische Tageszeitung oder ein europäisches Fernsehen nicht etablieren können. Alle empirischen Befunde zur EU-Berichterstattung in der nationalen Presse korrelieren in der Aussage, dass ein europäischer Nachrichtenraum nicht oder allenfalls in Ansätzen existiert.<sup>38</sup> Zwar finden sich vereinzelt Zeitungen mit einem hohen Anteil ausländischer Leserschaft, wie etwa die *Financial Times*. Diese werden aber vorwiegend von Eliten konsultiert und können die kulturellen Handelsbarrieren nicht abbauen, die einen Export nationaler Medienprodukte in ausländische Märkte verhindern.

Auch eine Inhaltsanalyse der Nachrichtenberichterstattung in Hinblick auf eine mögliche Angleichung der Nachrichtenstories und der Entwicklung paralleler Aufmerksamkeits- und Themenzyklen ist ernüchternd. Eine linearer Zusammenhang zwischen den wachsenden Kompetenzen der EU und einer steigenden Publikumsaufmerksamkeit hat sich bislang nicht einstellen wollen. Aufgrund der methodologischen Schwierigkeiten von Zeitreihenuntersuchungen im Medienver-

gleich ist solchen Effekten der schleichenden Europäisierung im Sinne einer wachsenden Aufmerksamkeit der Medien für die Belange der EU nur in wenigen Studien mit zumeist negativen Befunden nachgespürt worden.<sup>39</sup> Lediglich Brüggemann et al.<sup>40</sup> konzedieren eine leichte Zunahme der EU-Berichterstattung in Qualitätszeitungen, der sich allerdings nicht in einer parallelen Intensivierung des interdiskursiven Austauschs zwischen den nationalen Öffentlichkeiten niederschlägt.

Es bleibt deshalb festzuhalten, dass der europäische Einigungsprozess die Integrität national geschlossener Medienmärkte für die Verbreitung und inhaltliche Aufarbeitung von politischen Nachrichten bislang nicht aufgebrochen hat. Nationale Journalisten bedienen nach wie vor vorwiegend nationale (oder lokale) Publika und die Nischen, die in den gesättigten Medienmärkten für die Auslands- oder Europaberichterstattung bereit stehen, haben sich tendenziell eher verkleinert. Selbst das Internet hat überraschender Weise keine durchgreifenden Veränderungen im Sinne eines Aufbrechens der Provinzialität der Nachrichtenmedien herbeigeführt. Der durchschnittliche Netzbrowser bedient sich des gleichen Nachrichtenspektrums, das von den nationalen Zeitungen oder Fernsehkanälen aufgearbeitet wird.<sup>41</sup>

## Das normative Mandat politischer Öffentlichkeit

So wie die Reichweite öffentlicher politischer Kommunikationsprozesse empirisch nach wie vor als Verbreitungsraum nationaler Massenmedien, also als nationale Öffentlichkeit, festgelegt wird, bleibt auch der normative Auftrag politischer Öffentlichkeit an die Integrationsleistungen eines nationalen Systems der Massenmedien

<sup>36</sup> Vgl. Hannerz, Ulf: *Foreign News. Exploring the World of Foreign Correspondents*. Chicago 2004.

<sup>37</sup> Ebd. S. 23.

<sup>38</sup> Vgl. Trenz, Hans-Jörg: *Europa in den Medien. Das europäische Integrationsprojekt im Spiegel nationaler Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M. / New York 2005; Peters et al., *National and Transnational Public Spheres*; Koopmans, Ruud: *Who Inhabits the European Public Sphere? Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanised Political debates*. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 46, 2 / 2007, S. 183–210.

<sup>39</sup> Vgl. Gerhards, Jürgen: *Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.

Opladen 2000, 277–305.; Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica: *Towards a European public sphere?* In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, Vol. 17, 2 / 2004, S. 97–118.

<sup>40</sup> Vgl. Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie / Kleinen von Königsow, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel Andreas: *Segmented Europeanization. The Transnationalisation of Public Spheres in Europe: Trends and Patterns*. TranState Working Papers No. 37, University of Bremen. Deutschland. Frankfurt a. M. 2006.

<sup>41</sup> Koopmans, Ruud / Zimmermann, Ann: *Visibility and communication networks on the Internet: The role of search engines and hyperlinks*. In: de Vreese, Claes / Schmitt, Hermann (Hrsg.): *A European Public Sphere: How much of it do we have and how much do we need?* Connex Report Series No. 02. Mannheim 2007, S. 213–264.

angelehnt. In der Geschichte des abendländischen politischen Denkens ist der Begriff der Öffentlichkeit nicht in diagnostischer, sondern in kritischer Absicht eingeführt worden. Von den kritischen Wortführern der Öffentlichkeit wird gemeinhin eine Teilnehmerperspektive eingenommen, die sie zu Mitgestalten des Diskurses und der kommunikativen Verständigung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern werden lässt. Die konstitutiven und distinktiven Merkmale politischer Öffentlichkeit sind immer schon *ex-negativo* bestimmt worden. Öffentlichkeits-theorie ist in der kritischen Absicht vorangetrieben worden, die Defizite öffentlicher Kommunikation und Vermittlungsprozesse aufzudecken und anzuprangern. Die Öffentlichkeit ist von daher eine immerwährende Baustelle, deren äußeres Erscheinungsbild noch nicht mit den Bauplänen übereinstimmt und deren Ausschüttungen im Sinne kommunikativer Rationalität und Verständigung als provisorisch gelten müssen.

Eine rein deskriptive Bestandsaufnahme öffentlicher Kommunikationsprozesse bleibt unzulänglich, wenn sie nicht dieser inhärenten Normativität von Öffentlichkeit Rechnung trägt. Kontrafaktische normative Annahmen über die Gestaltung öffentlicher Kommunikations- und Vermittlungsprozesse prägen nicht nur das Selbstverständnis der beteiligten Akteure, sondern verfestigen sich auch in institutionalisierten Normen und Verhaltensregeln, welche die diskursive Praxis der Aushandlung politischer Legitimität anleiten. Kritik in der Form einer andauernden Bloßstellung von Öffentlichkeitsdefiziten verpflichtet die Teilnehmer am öffentlichen Diskurs zur Reflexion ihrer eigenen Praxis. Gerade die Produzenten und die Lieferanten politischer Nachrichten in der so genannten Qualitätspresse haben die Verhaltensregeln bürgerlicher Öffentlichkeit verinnerlicht. Der geteilte normative Horizont der Entfaltung eines diskursiven Rationalitäts- und Verständigungspotentials wird zum Skript, das die journalistische Arbeit anleitet.

Daraus ergibt sich der Auftrag an die Medien-

und Kommunikationsforschung, die handlungs- und diskursanleitende Normativität politischer Öffentlichkeit in der deskriptiven Erfassung der Reich- und Wirkungsweise öffentlicher Kommunikations- und Vermittlungsprozesse zu berücksichtigen. Für die europäische Öffentlichkeitsforschung bedeutet dies in erster Linie, das unter den Europäern geteilte normative Bedeutungssystem inhaltlich zu bestimmen und die Wirkungsweise eines zu unterstellenden Grundkonsenses der Europäer in der Gestaltung politischer Öffentlichkeit nachzuzeichnen. Auf dieser Basis kann dann empirisch überprüft werden, in welchem Ausmaß geteilte normative Überzeugungen die Praxis der diskursiven Aushandlung der Legitimität der Europäischen Union anleiten.

In Anlehnung an Nancy Fraser<sup>42</sup> soll die Normativität politischer Öffentlichkeit über zwei korrespondierende Grundannahmen bestimmt werden: normative Legitimität und politische Effektivität. Fraser argumentiert zunächst gegen die Tendenz in der Globalisierungsliteratur einer ubiquitären Verortung politischer Öffentlichkeit. Wie sie betont, manifestiert sich hier ein reduktives

Verständnis von Öffentlichkeit als eine bloße Infrastruktur bzw. als ein Verbreitungsmuster öffentlicher Kommunikation. Die Suche nach den Bedingungen von Öffentlichkeit jenseits des Nationalen darf sich aber nicht in einer rein deskripti-

**Von Öffentlichkeit kann erst dann die Rede sein, wenn Kommunikation auf eine bestimmte Art und Weise organisiert und nach qualitativen Kriterien geordnet ist**

ven Bestandsaufnahme von Kommunikationsprozessen erschöpfen, sondern muss sich der qualitativen Beurteilung der Leistungsfähigkeit öffentlicher Kommunikation zuwenden. Von Öffentlichkeit kann erst dann die Rede sein, wenn Kommunikation auf eine bestimmte Art und Weise organisiert und nach qualitativen Kriterien geordnet ist. Habermas hat schon 1962 festgehalten, dass auch in einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung grundsätzlich die gleichen Funktionen politischer Öffentlichkeit Anwendung finden müssten.<sup>43</sup> Ein Strukturwandel des Staates impliziert also keineswegs einen Funktionswandel politischer Öffentlichkeit. Das Besondere ist nun, dass diese qualitativen Standards als Bestandteil des normativen Gerüsts liberal-demokratischer Gesellschaften international genormt sind und damit eine gewisse Stabilität erlangen.

<sup>42</sup> Vgl. Fraser, Nancy: *Transnationalizing the Public Sphere: On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian*

*World*. In: *Theory, Culture & Society*, 4/ 2007, S. 7-30.

<sup>43</sup> Habermas, *Further Reflections on the Public Sphere*, S. 349.

Wir sprechen dann von Öffentlichkeit, wenn Kommunikation mit der Vorstellung der Ermöglichung öffentlicher Meinungs- und Willensbildungsprozesse eingeleitet und fortgeführt wird.

Damit öffentliche Kommunikation in einen Meinungs- und Willensbildungsprozess überführt werden kann, müssen eben diese beiden Bedingungen der normativen Legitimität und der politischen Effektivität zur Geltung gebracht werden. Unter dem Kriterium der normativen Legitimität wird erwartet, dass kritisch abgewogene Meinungen eine höhere Geltung beanspruchen können als individuelle Präferenzen. Unter dem Kriterium der politischen Effektivität wird erwartet, dass öffentliche Meinung sich auch als politische Kraft durchsetzen kann, im staatlichen Handeln also der Wille der Bürger Ausdruck finden muss.<sup>44</sup> Wie Fraser weiterhin ausführt, besteht das Problematische beider Ideen darin, dass sich ihre Realisierung nur im nationalstaatlichen Rahmen annähern lässt. Konkret gesagt: um das für die Öffentlichkeitstheorie zentrale Demokratiepote ntial entfalten zu können, bedarf es einerseits einer aktiven, oder zumindest aufmerksamen Bürgerschaft und zweitens einer souveränen Macht, die zugleich als Vollstrecker und als Adressat des kommunikativen Willens des Volkes in Erscheinung tritt. Wenn aber Nationalität und Staatlichkeit zur Grundbedingung der Realisierung politischer Öffentlichkeit werden, so kann von einer „transnationalen Öffentlichkeit“ allenfalls als ein Oxymoron die Rede sein.<sup>45</sup>

## Fazit: Europäische Öffentlichkeit als unvollendetes Projekt

Die bisherige Argumentation lief darauf hinaus, die Transnationalität politischer Öffentlichkeit empirisch als Wunschdenken und normativ als Oxymoron zu entlarven. Soll unsere Suche nach den Möglichkeitsbedingungen trans-

nationaler Öffentlichkeit damit in der Apologese nationaler Öffentlichkeit als letztmögliche Instanz politischer Vergemeinschaftung münden? Es bedarf eines weiteren Reflektionsschritts in der Rekonstruktion des Wirkungszusammenhangs von Publizität und Kritik, um das Potential der Transnationalisierung politischer Öffentlichkeit offen zu legen.

In einem jüngst vorgelegten Übersichtsartikel zur empirischen Relevanz europäischer Öffentlichkeit warnt Friedhelm Neidhardt<sup>46</sup> vor der Idealisierung nationaler Ausprägungen von Öffentlichkeit, welche für die vorherrschenden Zweifel an transnationaler Öffentlichkeit eine bloße „Alter-

Um das für die Öffentlichkeitstheorie zentrale Demokratiepote ntial entfalten zu können, bedarf es einer aktiven, Bürgerschaft und einer souveränen Macht, die zugleich als Vollstrecker und als Adressat des kommunikativen Willens des Volkes in Erscheinung tritt

nativattrappe“ erzeugen würde. In der Tat ist eine Analyse der Integrität und Funktionstüchtigkeit nationaler Öffentlichkeit eher ernüchternd. Nationale Öffentlichkeit wird durch die Aufspaltung der Produktpalette der Massenmedien durchbrochen. Letztere erschließen sich jeweils spezifische Absatzmärkte, in denen Kommunikation weitgehend

selbstreferentiell vorangetrieben wird.<sup>47</sup> Warum soll angenommen werden, dass die Leser der *Bild*-Zeitung und die Leser der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen gemeinsamen Raum des Öffentlichen teilen? Während sich die Agenden und die interpretative Ausrichtung von Qualitätszeitungen aus unterschiedlichen europäischen Ländern anpassen, werden die Qualitätsnachrichten zugleich exklusiver.<sup>48</sup> Es fällt dann den Lesern der *FAZ* und *Le Monde* in der Tat leichter, sich über Themen von gemeinsamer Relevanz zu verständigen und geteilte Wissensvorräte aufzubauen, die gegenüber den Lesern von Boulevardblättern im gleichen Land nicht mehr vorausgesetzt werden können. Es steht dabei zu befürchten, dass sich im ausdifferenzierten Mediennutzungsverhalten verschärfte Klassengegensätze widerspiegeln. Bei fortschreitender Boulevardisierung gerade auch des Fernsehens muss mit auseinanderdriftenden Informationswelten und Informationsungleichheiten gerechnet werden.<sup>49</sup>

<sup>44</sup> Fraser, *Transnationalizing the Public Sphere*, S. 225.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Vgl. Neidhardt, *Europäische Öffentlichkeit als Prozess*, S. 52.

<sup>47</sup> Vgl. Bourdieu, Pierre: *Über das Fernsehen*. Frankfurt a. M. 1997

<sup>48</sup> Vgl. Trenz, *Europa in den Medien*.

<sup>49</sup> Vgl. Schiller, *Information Inequality*.

Zu den verschärften Klassenunterschieden in der Mediennutzung tritt eine sich neu akzentuierende territoriale Differenzierung der Nachrichtenlandschaft. In Ländern wie Belgien, Spanien oder teilweise auch Italien ist zu beobachten, wie sich bestimmte Regionen oder ethnische Gemeinschaften vom geteilten nationalen Nachrichtenmarkt abkoppeln und eigene, selbstreferentielle Nachrichtenwelten schaffen, die sowohl über Presse als auch audiovisuell (oft unter Benutzung der Regionalsprachen) bedient werden.<sup>50</sup> Nicht nur internationale, sondern auch spezifisch nationale Nachrichten werden von solchen Regionalmedien, die für viele Bürger die einzige Informationsquelle darstellen, ignoriert.

Die Fiktion der einheitlichen nationalen Öffentlichkeit konnte in der Vergangenheit noch mit einer gewissen Plausibilität im Bild der zur *Tageschau* versammelten Nation veranschaulicht werden. Mit der Fernbedienung und der Alternative von 25 weiteren kommerziellen Fernsehkanälen werden solche geteilten Aufmerksamkeiten illusorisch bzw. auf Unterhaltungsshow abgelenkt. Selbst in Frankreich, dem europäischen Nationalstaat par excellence, wird die nationale politische Öffentlichkeit nur noch über drei oder vier Qualitätszeitungen mit nationaler Verbreitung und einem im Budget stark reduzierten Staatsfernsehen mit qualitativ aufgearbeiteten politischen Nachrichten versorgt. Qualitätsmedien werden damit zu Nischenprodukten, die vornehmlich von den Eliten benutzt werden, um untereinander zu kommunizieren.

Für die Entfaltung öffentlicher Meinungsbildungsprozesse ist es aber notwendig, dass die Zuschauer nicht nur um- oder abschalten, sondern das als relevant erachtete politische Geschehen gemeinsam verfolgen, interpretieren und kommentieren.<sup>51</sup> Diese normativen Prämissen politischer Öffentlichkeit mögen damit zwar breite und internationale Anerkennung erfahren, verlieren aber ausgerechnet im Inneren des demokratischen Nationalstaats ihre institutionelle und infrastrukturelle Verankerung und werden in der Tat nur noch als Scheinattrappen aufrecht erhalten.

<sup>50</sup> Vgl. Hafez, Kai: *Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind*. Wiesbaden 2005, S. 98ff.

<sup>51</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: *Die Einbeziehung des Anderen*.

ten. Ist das europäische Öffentlichkeitsdefizit damit nur eine von vielen Erscheinungsformen unseres postdemokratischen Zeitalters?<sup>52</sup>

Vorschläge einer Reparatur der defizitären Leistungen politischer Öffentlichkeit zielen zumeist auf Re-Regulierungsmaßnahmen und den Einsatz öffentlicher Kontrollinstanzen. Dabei geht es im Wesentlichen um den Selbstschutz nationaler Öffentlichkeit, also um die Konservierung des vorhandenen Bestandes, aber nicht um Ausweitung oder Erschließung neuer Öffentlichkeitsräume. Dies stellt eine Abweichung von der ursprünglichen Programmatik politischer Öffentlichkeit dar, insofern dass das Vertrauen in die selbstregulative Kraft der Medien verloren gegangen ist. Eine Liberalisierung der Medien erscheint nur noch bedingt wünschenswert, wenn damit der Kernbereich politischer Verständigung und Kritik einer Kommerzialisierungslogik unterworfen wird. Staatliche Eingriffe werden notwendig, um die politische Öffentlichkeit vor ihrer eigenen, selbstdestruktiven

**Staatliche Eingriffe werden notwendig, um die politische Öffentlichkeit vor ihrer eigenen, selbstdestruktiven Dynamik zu schützen**

Dynamik zu schützen. Diese Position wird in der jüngsten Debatte interessanter Weise von Jürgen Habermas eingenommen, der eine Teilfinanzierung des Pressewesens durch öffentliche Fonds unter Auflage von Qualitätsstandards vorschlägt. Statt

dem Kommerzialisierungsdruck zu erliegen, könne eine solche öffentlich-rechtliche Presse dann ungehindert ihrem Auftrag nachkommen, das Grundbedürfnis der Bürger an politischer Information sicherzustellen.

Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Mitteln könnten auch gezielt als Basis für einen Ausbau der Europaberichterstattung, bspw. in der Anmietung von Büros in Brüssel oder der Entsendung von Korrespondenten ins europäische Ausland eingesetzt werden. Dabei ginge es weniger um die Kompensation für die drohenden Auflagenverluste infolge eines verstärkten Engagements in der Europaberichterstattung, als vielmehr erst um die Schaffung eines Grundangebots an kritischen und damit auch marktfähigen Nachrichten, die sich beim Publikum Resonanz verschaffen könnten. Ironischer Weise droht eine solche Subsidiaritätspraxis aber ausgerechnet an

Frankfurt a. M. 1996.

<sup>52</sup> Vgl. Crouch, Colin: *Post-Democracy*. Cambridge 2004.



den Wettbewerbsregeln des gemeinsamen Binnenmarkts zu scheitern und wäre wohl auch nur schwer gegen den Widerstand der europäischen Kontrollbehörden durchzusetzen.

Die Relevanz solcher Maßnahmen der Sicherung von Qualitätsstandards politischer Nachrichtenmedien in der aktuellen Diskussion zeugt von der geteilten Sorge der Europäer in der Gestaltung ihres geteilten Öffentlichkeitsraums. Paradoxe Weise wird die Suche nach den Realisierungsbedingungen europäischer Öffentlichkeit nicht zum Gegenprogramm, sondern vielmehr zum Bestandteil des „Rettungsprogramms nationale Öffentlichkeit“. In beiden Fällen wirken die von Friedhelm Neidhardt<sup>53</sup> angemahnten Idealisierungen politischer Öffentlichkeit als Treibstoff, der den Motor der öffentlichen Kommunikationsmaschine antreibt. Soziologisch gesehen kann dieser Zusammenhang nur in einem Modell gefasst werden, welches die Kontrafaktizität politischer Öffentlichkeit (ihre normative Geltung) mit der fortlaufenden Praxis politischer Kommunikations- und Austauschprozesse konfrontiert.

Die Idealisierungen der nationalstaatlichen Ausprägungen von Öffentlichkeit sind somit grundlegend für ein Verständnis der Möglichkeiten einer transnationalen Öffnung unserer Verständigungsräume. In der Tat hat sich Publizität historisch als eine kritische Bewegung entfaltet, um die westfälische Staatsordnung von unten wie von oben zu hinterlaufen.<sup>54</sup> Publizität weist demzufolge auf die „fruchtbare Ambivalenz“ des ursprünglichen dynamischen Öffentlichkeitskonzepts, welches in seiner historischen Ausprägung als „nationale Öffentlichkeit“ als „immerwährend unvollendet“ gelten musste, als „unfähig, die selbstgesteckten Kriterien von Rationalität und Universalität zu erfüllen“. <sup>55</sup> In eben dieser unvollendeten Natur des Projekts politischer Öffentlichkeit liegt das Potential seiner Transnationalisierung begründet.

In diesem Sinne gilt es, einen *practical turn* in der Öffentlichkeitsforschung einzufordern, welcher

den Umgang der Öffentlichkeit mit ihrer eigenen unerreichten Normativität zum Gegenstand macht. Eine Theorie der Praxis sollte darlegen, wie das Streben nach der unmöglichen Versöhnung zwischen Einheit und Vielfalt der diskursiven Praktiken relevanter Akteure und Institutionen das politische Feld des Europäischen Integrationsprozesses besetzt hält.<sup>56</sup> Die Klage über das europäische Öffentlichkeitsdefizit wird dann zur Antriebskraft solcher diskursiver Praktiken, die Öffentlichkeit zwar nicht sozialstrukturell verankern können, aber zumindest in den Erwartungshaltungen politischer Akteure und Publika festschreiben, um damit eine gemeinsame Orientierung auf die Gestaltung des europäischen Integrationsprojekts zu ermöglichen.

In der Rekonstruktion der normativen Debatte zum Demokratiedefizit der EU wird damit noch einmal deutlich, dass ein durch den europäischen Integrationsprozess eingeleiteter Strukturwandel

**Das Postulat einer europäischen Öffentlichkeit zielt weniger auf eine Überwindung der Kriterien nationalstaatlicher Öffentlichkeit, als vielmehr auf deren Erneuerung ab**

keinesfalls auch an einen Funktionswandel politischer Öffentlichkeit gebunden ist. Die Dynamik der Entfaltung öffentlicher Kommunikation in Europa zeichnet sich vielmehr darin aus, an der Gültigkeit der normativen Programmatik politischer Öffent-

lichkeit kontrafaktisch festzuhalten. Entsprechend eng ist dann aber auch der Spielraum für einen Strukturwandel politischer Öffentlichkeit, weil die Räume, in denen die kontrafaktische Normativität öffentlicher Kommunikation über ihre Instrumente der Publizität und Kritik entfaltet wird, bereits medial abgesteckt sind. Politische Öffentlichkeit bleibt insofern in der Tat sozialstrukturell und funktional im Nationalstaat verankert, ohne deshalb auf den Entwurf eines Programms für Verständigung und Kritik im europäischen Rahmen verzichten zu müssen.

Es wird damit deutlich, dass das Postulat einer europäischen Öffentlichkeit weniger auf eine Überwindung der Kriterien nationalstaatlicher Öffentlichkeit, als vielmehr auf deren Erneuerung abzielt. Das volle Potential der europäischen Öffentlichkeit im Integrationspro-

<sup>53</sup> Vgl. Neidhardt, *Europäische Öffentlichkeit als Prozess*.

<sup>54</sup> Vgl. Salvatore, Armando: *The Exit from a Westphalian Framing of Political Space and the Emergence of a Transnational Islamic Public*. In: *Theory, Culture and Society*, 4 / 2007, S. 45-52, S. 48.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Vgl. Trenz, Hans-Jörg: *In search for popular subjecthood: constitution-making and the democratic consolidation of the EU*. RECON Working Papers. Arena: University of Oslo. 2008.

zess wird erst in der bewussten Anbindung an das nationalstaatliche Erbe entfaltet. Im Verfassungsgebungsprozess der EU wird die überlieferte Normativität politischer Öffentlichkeit unmissverständlich als Handlungsanleitung des institutionellen und konstitutionellen Designs der EU zugrunde gelegt. Über die kritische Praxis der unvermeidbaren Diagnose von Öffentlichkeitsdefiziten wird zugleich der politische Raum abgegrenzt, in dem sich der europäische Einigungsprozess in der Kommunikation zwischen politi-

schen Entscheidungsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern sinnvoll entfalten kann. Europäische Öffentlichkeit begibt sich auf die Suche nach der Einheit ihrer Form, gegenüber der internen Vielfalt und der Pluralität ihrer Praktiken. Damit wird sie zum unvollendeten Projekt einer stets fortgesetzten Praxis der Legitimation und Delegitimierung politischer Herrschaftsprozesse und materialisiert sich in dem Grade, wie ein diskursiver Umgang mit ihren eigenen normativen Defiziten eingeübt wird.<sup>57</sup>

### Hans-Jörg TRENZ (1966)

Professor at ARENA, University of Oslo. He attained his habilitation at Humboldt University Berlin and a PhD in social and political sciences at the European University Institute in Florence. His main research interests are in the areas of media, communication and public sphere, civil society, European civilization and identity, migration and ethnic minorities, cultural and political sociology, social and political theory, democracy and constitutionalism in the European Union.

<sup>57</sup> Vgl. Trenz, Hans-Jörg / Eder, Klaus: *The Democratizing Role of a European Public Sphere. Towards a Model of*

*Democratic Functionalism*. In: *Journal of European Social Theory*, Vol. 7, 1 / 2004, 5-25.

# Europäischer Journalismus

Annäherung an eine vernachlässigte Dimension europäischer Öffentlichkeit

Irene Neverla / Wiebke Schoon

Wer sich aus dem Blickwinkel der Kommunikationswissenschaft dem Thema ‚Europa‘ nähert, merkt schnell: Dieses Thema haben die Nachbardisziplinen Soziologie und Politikwissenschaft schon lange besetzt. Der tragende theoretische Begriff, mit dem hier überwiegend gearbeitet wird, ist der Begriff der europäischen Öffentlichkeit. Dabei sind zwei Forschungstraditionen erkennbar: Einmal die tendenziell normativ ausgerichteten Öffentlichkeitstheorien. Öffentlichkeit bildet hier ein hypothetisches Konstrukt – meist metaphorisch dargestellt als Forum, Arena oder Netzwerk – das als unabdingbar für die Konstituierung von Demokratie und modernen Gesellschaften gilt. Bezugspunkt der Analysen sind hier die politischen Institutionen der EU und deren Legitimation. Der Journalismus spielt in dieser Theoretisierung *explizit* kaum eine Rolle, ‚die Medien‘ oder ‚das Mediensystem‘ oder dessen ‚Vermachtung‘ hingegen schon. Schließlich kommt kein Öffentlichkeitskonzept der Moderne ohne die Berücksichtigung der Massenmedien aus. Die zweite Forschungstradition zur europäischen Öffentlichkeit liegt auf dem Feld der empirischen Forschung mit Methoden der Inhaltsanalyse; sie untersucht die Medienangebote im Hinblick auf Themen, die als europäisch relevant erachtet werden. Im Mittelpunkt stehen hier zumeist die Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten und die transnationalen Bezüge innerhalb der EU. Auch hier wird kaum nach den Hintergründen der Entstehung dieser Medieninhalte gefragt, die etwa in journalistischen Traditionen liegen könnten, in journalistischen Praktiken und Handlungsrouninen sowie Rollenmodellen und Handlungsnormen. Aufgrund der demokratietheoretischen Ausrichtung sind die genannten Forschungstraditionen auf die politische Öffentlichkeit begrenzt, forschungspragmatische Gründe rechtfertigen die Beschränkung auf einige – zumeist westeuropäische – Länder.

Zweifellos sind diese Forschungsperspektiven sachlich relevant und wissenschaftlich sinnvoll.

Auch ist es zunehmend zu einer Verknüpfung der beiden Perspektiven gekommen – die empirische (kommunikationswissenschaftliche) Forschung wurde stärker theoretisiert; die Öffentlichkeitskonzepte wurden stärker an der empirisch prüfbareren Realität gemessen. Ein relativ junges Verbindungsstück stellen die empirischen Befragungen der KorrespondentInnen in Brüssel dar. Dennoch bleibt die Logik des Journalismus, als theoretisch ausgearbeitete und empirisch gestützte Dimension, eine vernachlässigte Perspektive. In diesem Sinn will der folgende Beitrag einen Impuls setzen für eine journalismustheoretische Ergänzung europäischer Öffentlichkeitsforschung. Dieses Vorhaben erfordert einiges an terminologischer Aufräumarbeit, an begrifflicher Abgrenzung und Präzisierung, die wir im folgenden Aufsatz lediglich in Ansätzen bieten können. Hier zunächst zwei Klarstellungen zu den gängigen Begriffen von ‚europäischem Journalismus‘ und zu ‚Europa‘.

## Europäischer Journalismus kontextualisiert

Während eine Fülle von theoretischen und empirischen Erkenntnissen über den Journalismus allgemein vorliegt, ist die Literaturlage zum ‚europäischen Journalismus‘ eher dünn, und vor allem begrifflich unklar. Unter europäischem Journalismus werden durchaus unterschiedliche Phänomene verstanden. Zunächst zu den Sichtweisen, die wir hier nicht behandeln bzw. die in unserem Verständnis nicht ‚europäischen Journalismus‘ darstellen. Oft ist mit europäischem Journalismus jener Journalismus gemeint, der über Europa bzw. die EU berichtet<sup>1</sup> – auf diesen Aspekt werden wir zwar näher eingehen, aber ihn nicht als europäischen Journalismus subsumieren. Schon gar nicht meinen wir mit europäischem Journalismus eine Art von EU-Hofberichterstattung, also einen unkritischen PR-Journalismus für die politische Arbeit der EU. Und schließlich ist auch nicht das Leitbild eines uni-

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Sievert, Holger: *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in*

*der Europäischen Union*. Wiesbaden 1998.

formen Journalismus für ganz Europa gemeint. Vielmehr ist hier und im Folgenden mit europäischem Journalismus eine bestimmte Form und Tradition des Journalismus gemeint, der in der europäischen Geschichte wurzelt und mit der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft in ihren speziellen Ausformungen von Ökonomie, Recht, Kultur und Ideologie verbunden ist. Europäischer Journalismus steht in engem Zusammenhang mit spezifischen Ausprägungen des Mediensystems einerseits, und drückt sich andererseits in einer bestimmten journalistischen Professionalität aus, erkennbar an Rollenmodellen und ethischen Codices, sowie an Handlungspraktiken und Handlungsroutinen. Europäischer Journalismus ist kontextualisiert in der europäischen Geschichte und in der gegenwärtigen Gesellschaft Europas. Entsprechend lässt sich europäischer Journalismus historisch rekonstruieren und empirisch analysieren, indem die geschichtlichen und aktuellen Verknüpfungen zwischen Gesellschaftsstruktur und Journalismus analysiert werden, zwischen den ökonomischen, d.h. konkret kapitalistischen Verwertungsbedingungen und dem Journalismus, zwischen Staatsform sowie Parteienstruktur und Journalismus, und indem die rechtlichen sowie ethischen Rahmenbedingungen des Journalismus analysiert werden, und schließlich das Spektrum der Handlungspraktiken und Handlungsroutinen des Journalismus rekonstruiert wird. Dieser wissenschaftliche Rekonstruktions- und Analyseprozess verweist gleichermaßen auf faktische und objektivierbare Dimensionen, aber auch auf die normative Komponente des europäischen Journalismus, auf seine Funktion, innerhalb des europäischen Raumes Öffentlichkeit herzustellen. Darüber hinaus bietet sich mit dem Begriff des europäischen Journalismus ein analytisches Gerüst, das in zwei Richtungen ange-

wendet werden kann: Einerseits für einen Vergleich der europäischen Länder und ihrer Journalismuskulturen im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Differenzen des Journalismus (interner Vergleich); andererseits auch als Vergleich zwischen Europa (oder mindestens einer Gruppe von europäischen Ländern) und anderen Regionen (externer Vergleich). Mit diesem Konzept eines europäischen Journalismus knüpfen wir an die einschlägigen Überlegungen von Ruß-Mohl<sup>2</sup>, Mancini<sup>3</sup> und Golding<sup>4</sup> an, auf die wir im Einzelnen eingehen werden.<sup>5</sup>

Die Eröffnung einer bislang noch kaum beachteten Forschungsperspektive kann im Rahmen des vorliegenden Artikels nur erste Überlegungen bieten. Dabei gehen wir folgende Schritte: Zunächst werden wir problematisieren, was unter ‚europäisch‘ zu verstehen ist – mitnichten ein eindeutiger Begriff. Anschließend werden wir die Erkenntnisse der Journalismusforschung zusammenfassen im Hinblick auf die Frage, welche Rolle der Journalismus in der modernen Gesellschaft allgemein spielt. Schließlich werden wir vorhandene Ansätze und vorläufige Befunde einer zukünftigen Erforschung des europäischen Journalismus behandeln.

## Was ist Europa?

Erschöpft Europa sich in einem politischen Raum der mittlerweile 27 EU-Staaten, deren Bevölkerung inzwischen etwa eine halbe Milliarde Einwohner umfasst? Was ist dann mit den europäischen, aber eben nicht der EU zugehörigen Ländern Schweiz und Norwegen? Ist Europa überhaupt ein geographisch klar abgrenzbarer Raum oder eher ein historisch geformtes und kul-

<sup>2</sup> Ruß-Mohl, Stephan: *Grenzen des europäischen Journalismus*. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hrsg.): *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*. Berlin 2000, S. 128-137; Ruß-Mohl, Stephan: *Towards a European Journalism? – Limits, Opportunities, Challenges*. In: *Studies in Communication Sciences*, Vol. 3, 2 / 2003, S. 203-216.

<sup>3</sup> Mancini, Paolo: *Is there a European Model of Journalism?* In: Burgh, Hugo de (Hrsg.): *Making Journalists. Diverse Models, Global Issues*. London 2005, S. 77-93.

<sup>4</sup> Golding, Peter: *European Journalism and the European Public Sphere. Some Thoughts on Practice and Prospects*. In: Bohrmann, Hans / Klaus, Elisabeth / Machill, Marcel (Hrsg.): *Media Industry, Journalism Culture and Communication Policies in Europe*. Köln 2007, S. 25-40.

<sup>5</sup> Geeignete theoretische Konzepte zur Vertiefung dieser Überlegungen bieten die Ausführungen von Reese zum ‚global journalism‘ (Reese, Stephen D.: *Theorizing a Globalized Journalism*. In: Löffelholz, Martin / Weaver, David (Hrsg.): *Global Journalism Research. Theories, Methods, Findings, Future*. Malden u.a. 2008, S. 240-

252.), von Görke zum Verhältnis von Nation und Weltgesellschaft als Referenzgröße des Journalismus aus systemtheoretischer Perspektive (Görke, Alexander: *Nation und Weltgesellschaft als Referenzgröße des Journalismus*. In: Pörksen, Bernhard / Loosen, Wiebke / Scholl, Armin (Hrsg.): *Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie – Praxis. Festschrift für Siegfried Weischenberg*. Wiesbaden 2008, S. 269-295.) sowie von Hanitzsch zur komparativen Journalismusforschung (Hanitzsch, Thomas: *Comparing Journalism across Cultural Boundaries. State of the Art, Strategies, Problems, and Solutions*. In: Löffelholz / Weaver: *Global Journalism Research*, S. 93-105.) Ein konzeptionelles Modell zur Journalismusanalyse, das auch für unseren Forschungsgegenstand anwendbar ist, bieten Heinonen und Luostarinen, indem sie zwei Forschungsrahmen unterscheiden: den „media/profession-centric frame“ gegenüber der „society-centric view“ (Heinonen, Ari / Luostarinen, Heikki: *Reconsidering Journalism for Journalism Research*. In: Löffelholz / Weaver: *Global Journalism Research*, S. 228-239).

turelles Konstrukt? Ist Europa ein ‚Gefühl‘, das sich meistens erst in dem Blick von außen, nämlich im Vergleich mit anderen geographisch-kulturellen Räumen erschließt? Was genau mit dem (Kommunikations-)Raum Europa gemeint ist, ist insgesamt diffus – aber offenbar dennoch in sich stimmig. So schreibt Hans J. Kleinsteuber:

*„Europa ist keine nach herkömmlichen Vorstellungen abgrenzbare Einheit: Weder ist sich die Wissenschaft darüber einig, wo es geographisch endet, noch können Historiker sagen, seit wann es Europa gibt. Trotz dieser raum-zeitlichen Unklarheiten ist Europa eine unbestreitbare Tatsache: Es lebt seit Jahrhunderten in den Köpfen der Menschen [...].“*<sup>6</sup>

Anders gesagt, ist es eben typisch für Europa, dass hier vielfältige Ausformungen von Gesellschaft, Staatlichkeit, Recht und Ideologie bestehen und dennoch ein (loser) Zusammenhang wahrgenommen wird. Es ist gerade diese ‚Einheit in Vielfalt – Vielfalt in Einheit‘, welche die Europäische Union zum prägenden Hauptmerkmal ihrer Supranationalität gemacht hat, verdeutlicht durch den lateinischen Leitspruch ‚In varietate concordia‘ – in Vielfalt geeint. Die Herausforderung besteht darin, Europa als einen Raum zu denken, der zu einem großen Teil kommunikativ konstruiert ist und keine klaren Grenzen hat. Denn einerseits ist die EU eben kein homogenes Gebilde: Die historische Gewordenheit macht die grobe Dreiteilung in ein nordwestliches Europa, ein mediterranes Europa und ein östliches Europa plausibel. Und lediglich in der Momentaufnahme ist der Raum der EU klar umrissen; die Beitritte neuer Mitgliedstaaten und die Diskussion um Erweiterung und/oder Vertiefung zeigen, dass die EU stets ‚under construction‘ ist. Andererseits umfasst Europa bzw. die europäische Gesellschaft mehr als die politische EU: *„Clearly consciousness of, or even merely attitudes towards, Europe are pitched much more broadly and we will need to consider the differences between the EU and Europe as objects of perception and aspiration in taking this debate forward.“*<sup>7</sup> In diesem Sinne soll

hier nicht nur die Rede sein von einem EU-Journalismus, sondern von europäischem Journalismus, der weit mehr umfasst als die politische Kommunikation innerhalb der EU.

Zumindest implizit wird in den Geistes- und Sozialwissenschaften von einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein, von einer handlungsleitenden politischen und identitätsstiftenden kulturellen Idee ausgegangen, die die Voraussetzung der europäischen Einigung bildet, wie sie sich seit den 1950er Jahren nach und nach vollzogen hat. Es gibt in den Geschichtswissenschaften den Begriff der ‚Europäischen Geschichte‘ – worauf zahlreiche Buchtitel verweisen, wie zuletzt das Buch des amerikanischen Historikers Tony Judt<sup>8</sup> – die durchaus die großen Linien ziehen, die diesem Kontinent mit seinen vielfältigen Regionen und Nationen, Sprachen und ethnischen Gruppen zu eigen sind. Und auch in der Kommunikationswissenschaft ist Europa als kulturelle Einheit, in sich vielfältig, an den Rändern offen, offenbar ein Gebilde, das als Prämisse vorausgesetzt wird. So resümiert das Forscherteam des AIM-Projekts<sup>9</sup>, das derzeit aktuellste und umfassendste Projekt zur Berichterstattung über Europa und zum Herstellungsprozess europäischer Nachrichten: *„In the European collective imagination and consciousness – the ‚European imaginary‘ – there is plainly an embryonic but certain sense of things European and of a European dimension open to much public and social debate.“*<sup>10</sup>

Mit dieser Unbestimmtheit des Begriffs, mit den offenen Konturen Europas und der europäischen Identität muss auch die Kommunikationswissenschaft und müssen wir in den weiteren Ausführungen zurechtkommen. Europa ist ein Projekt und ein Gebilde, das kommunikativ konstruiert wird, das keine ausgeprägte begriffliche Trennschärfe nach außen aufweist, und das im Inneren durch Vielfalt gekennzeichnet ist. Deshalb lässt sich nicht a priori definieren, was als europäisch zu gelten hat, denn dies ist gerade Teil des laufenden Entwicklungsprozesses und der noch zu leistenden wissenschaftlichen Rekonstruktions- und Analysearbeit.<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Kleinsteuber, Hans J.: *Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen. Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa*. In: Erbring, Lutz (Hrsg.): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz 1995, S. 41-50, S. 41.

<sup>7</sup> Golding, *European Journalism and the European Public Sphere*, S. 25f.

<sup>8</sup> Judt, Tony: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. München u.a. 2006.

<sup>9</sup> AIM steht für *Adequate Information Management in Europe*.

<sup>10</sup> Golding, Peter / Coman, Mihai / Corcoran, Farrel et al.:

*The European Public Sphere. Theory and the Implication of the Study*. In: AIM Research Consortium (Hrsg.): *Reporting and managing European News. Final report of the project ‚Adequate information management in Europe‘ 2004 - 2007*. Bochum 2007, S. 155-182, S. 182.

<sup>11</sup> Dass dabei nicht nur den politischen Vorgaben der EU-Institutionen und ihren Instrumenten wie z.B. dem Eurobarometer gefolgt werden sollte, hat kürzlich Baisnée in einem Beitrag, in dem er die politische Konstruktion der ‚European public sphere‘ analysiert, kritisch angemerkt. *„If the [political] pioneers did not succeed in building a European public sphere as such, they succeeded*

Bei der Konstruktion und der öffentlichen Debatte über diese ‚European imaginary‘ in der modernen Gesellschaft ist der Journalismus unerlässlich. Welche Rolle Journalismus in der Gesellschaft generell spielt und wie sich diese Rolle auf die europäische Dimension übertragen lässt und schließlich kommunikationswissenschaftlich analysiert wird und welche Fragen dabei bislang unbeantwortet oder gar ungestellt bleiben, wollen wir im Folgenden thematisieren.

## Was ist Journalismus? Eine Allgemeindefinition mit Konsequenzen

Journalismus ist ein Kernbestandteil moderner Gesellschaften, der sich so weit entfaltet hat, dass er – je nach theoretischer Perspektive – als eigenständiges soziales System (nach Luhmann'scher Prägung) oder als spezifisches soziales Feld (im Sinne Bourdieus) wahrgenommen wird und beobachtbar ist. Beide wissenschaftliche Konstruktionen verweisen darauf, dass Journalismus als sozialer Handlungszusammenhang eine eigene Logik entwickelt hat und Kernfunktionen für die Gesellschaft erfüllt. Journalismus stellt „Themen für die öffentliche Kommunikation zur Verfügung, die Neuigkeitswert und Faktizität besitzen und an sozial verbindliche Wirklichkeitsmodelle und ihre Referenzmechanismen gebunden sind“<sup>12</sup>. Die Funktion des Journalismus ist also die Herstellung von Öffentlichkeit durch die Bereitstellung aktueller und relevanter Themen, die eine Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglichen. In engem Zusammenhang mit dieser Funktion des Journalismus steht der Begriff ‚Öffentlichkeit‘: „Geht man vom Begriff ‚Öffentlichkeit‘ aus, so stellt sich Journalisten die Aufgabe, räumliche, zeitliche und vor allem soziale [...] Kommunikationsbarrieren mit richtigen und wichtigen Informationen zu überwinden.“<sup>13</sup> Durch die Aufbereitung von Themen, die der Journalismus über periodische Medien einem

Publikum zur Verfügung stellt, genauer: durch den Prozess der Themenselektion, der Recherche und Gestaltung konstruiert Journalismus eine spezifische Wirklichkeit und ermöglicht so Orientierung in einer komplexer werdenden Welt. Dieser Konstruktionsprozess auf Seiten der Kommunikatoren wird – darauf verweist die kulturtheoretische Journalismusforschung – ergänzt durch einen eigenen Konstruktionsprozess der Rezipienten. Journalismus kann daher beschrieben werden als ein kultureller Prozess, „der das aktuelle gesellschaftliche Zeitgespräch initiiert und organisiert und zur Selbstverständigung der Gesellschaft beiträgt. Journalismus ist dann ein wesentlicher Bereich gesellschaftlicher Bedeutungsproduktion und -zirkulation“<sup>14</sup>.

Soweit eine Basisdefinition von Journalismus. Journalismus steht in Referenz zur Gesellschaft – doch welche Gesellschaft meinen wir, wenn von ‚europäischem Journalismus‘ die Rede ist? Meinen wir ‚die europäische Gesellschaft‘ als homogenes, paneuropäisches Gefüge; als buntes Mosaikbild der nationalen Gesellschaften; als Gebäude aus lokalen, regionalen, nationalen Komponenten? Oder meinen wir einen regionalen Ausschnitt der ‚Weltgesellschaft‘, wo das Merkmal der funktionalen Ausdifferenzierung von sozialen Systemen (und damit auch des Journalismus) gegeben ist? Mit anderen Worten: Unterhalb der Globaldefinition der gesellschaftlichen Definition von Journalismus müssen wir uns die Mühe machen, das spezifische Verhältnis von Journalismus und Gesellschaft näher zu betrachten. Dies mag sinnvoll sein, um Journalismus überhaupt besser zu verstehen, insbesondere aber ist es unerlässlich, wenn wir der Besonderheit eines ‚europäischen Journalismus‘ näher auf die Spur kommen wollen. Denn auf dem oben aufgeworfenen Abstraktionsniveau lässt sich sagen, dass Journalismus global vorhanden ist<sup>15</sup>, Teil jeder Gesellschaft mit einem gewissen Grad an Modernität im Sinne des ‚Doppelpacks‘ an kapitalistischer Verwertungsökonomie und politischer

insofar as they had academia thinking about the issue in the way they wanted.“ (Baisnée, Olivier: *The European Public Sphere does not exist (At least it's worth wondering...)*. In: *European Journal of Communication* 4 / 2007, S. 493-503, S. 499.) Auf eine mögliche politische Instrumentalisierung und einige Missverständnisse bezüglich des Öffentlichkeits-Konzepts weisen auch andere am AIM-Projekt Beteiligte hin (vgl. Kunelius, Risto / Heikkilä, Heikki: *Mainstream Journalism. Problems and Potential of a European Public Sphere (EPS)*. In: AIM Research Consortium, *Reporting and managing European News*, S. 45-77, S. 74ff.).

<sup>12</sup> Weischenberg, Siegfried: *Journalismus als soziales System*. In: Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried, J. / Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine*

*Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Opladen 1994, S. 427-454, S. 429.

<sup>13</sup> Pörtker, Horst: *Öffentlichkeit / Öffentliche Meinung*. In: Weischenberg, Siegfried / Kleinstaub, Hans J. / Pörksen, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Journalismus und Medien*. Konstanz 2005, S. 329-333, S. 331f.

<sup>14</sup> Klaus, Elisabeth: *Verschänkungen. Zum Verhältnis von Cultural Studies und Gender Studies*. In: Hepp, Andreas / Winter, Rainer (Hrsg.): *Kultur, Medien, Macht. Cultural Studies und Medienanalyse*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2006, S. 201-218, S. 210. Vgl. auch Lünenborg, Margreth: *Journalismus als kultureller Prozess. Zur Bedeutung von Journalismus in der Mediengesellschaft. Ein Entwurf*. Wiesbaden 2005.

<sup>15</sup> Vgl. Löffelholz / Weaver, *Global Journalism Research*.

Deliberativität. Journalismus ist aber jeweils kulturspezifisch bzw. länderspezifisch überformt. Diese kultur- und länderspezifischen Ausprägungen von Journalismus bilden anders gesagt ‚Journalismen‘<sup>16</sup>.

Journalismus ist der vorgestellten allgemeinen Definition nach in seinen Ausformungen nicht fest umrissen, sondern abhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren. Zur Beschreibung dieser Einflussfaktoren auf den Journalismus (bzw. Wirkungszusammenhänge des Journalismus) werden oft Schichtmodelle als Ordnungsschemata herangezogen.<sup>17</sup> Auf den ersten Blick erscheinen diese Modelle zweckmäßig auch für die Suche nach einem europäischen Journalismus, lassen sich doch damit die vorhandenen empirischen Ergebnisse einsortieren und ermöglichen den Vergleich *europäischer Journalismen*.<sup>18</sup> Aber: Die Modelle beziehen sich per se auf Journalismen im Sinne von Journalismus innerhalb des jeweiligen nationalstaatlichen Kontextes, ein *europäischer Journalismus* kann aus dieser Perspektive also gar nicht in das Blickfeld geraten. Denn trotz zunehmender Internationalisierung und Transnationalisierung der aktuellen Medienkommunikation, ist es eine (bislang) kaum diskutierte Prämisse, dass die mit diesen Modellen beschriebenen Journalismussysteme aufgrund der geographischen, sprachlich-kulturellen und absatzmarktbedingten

Gebundenheit innerhalb der nationalen Grenzen zu beschreiben und zu typologisieren sind.<sup>19</sup> Folglich beschränken sich die vorhandenen Studien auf die Beschreibung des Journalismus innerhalb eines Landes oder auf komparative Studien, in denen nationale politische Systeme als eindeutige Bezugsgröße dienen.<sup>20</sup> Diese Art von Studien ist selbstverständlich relevant, aber eben nicht für die hier gestellte Frage nach einem europäischen Journalismus. Setzen wir also unsere Suche fort.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen prägen nicht nur den Journalismus sie prägen auch und stehen in engem Zusammenhang mit den Mediensystemen. Daher wurden in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung Klassifizierungen vorgenommen, mittels derer sich einander ähnliche Mediensysteme in Typologien

**Die Modelle beziehen sich per se auf Journalismen innerhalb des jeweiligen nationalstaatlichen Kontextes, ein europäischer Journalismus kann aus dieser Perspektive also gar nicht in das Blickfeld geraten**

zusammenfassen lassen. Auch hier dominiert die nationale Konfiguration, allerdings zeigt sich, dass sich auch größere Regionen in Mediensystemtypen bündeln lassen. Drei Varianten von Typologien zu den Mediensystemen werden

in der Literatur diskutiert.<sup>21</sup> Die älteste Typologie im Rahmen der *Four Theories of the Press* von Siebert / Peterson / Schramm aus den 1950er Jahren, stark der Ideologie des Kalten Krieges verbunden, hat heute eigentlich nur noch fachhistorischen Charme.<sup>22</sup> In der internationalen Debatte domi-

<sup>16</sup> Vgl. Neverla, Irene: *Die verspätete Profession. Journalismus zwischen Berufskultur und Digitalisierung*. In: Duchkowsitch, Wolfgang / Hausjell, Fritz / Hömberg, Walter et al. (Hrsg.): *Journalismus als Kultur*. Opladen / Wiesbaden 1998, S. 53-62, S. 60.

<sup>17</sup> Vgl. Weischenberg, Siegfried: *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 1. Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen*. Opladen 1992; Shoemaker, Pamela J. / Reese, Stephen D.: *Mediating the Message. Theories of Influences on Mass Media Content* (2. ed.). New York 1996; Esser, Frank: *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Freiburg, München 1998; Reese, Stephen D.: *Understanding the Global Journalist: A hierarchy-of-influences Approach*. In: *Journalism Studies*, 2 / 2001, S. 173-187; Meier, Klaus: *Journalistik*. Konstanz 2007.

<sup>18</sup> Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass die verwendeten Modelle in Begrifflichkeit und Konzeptualisierung beträchtlich divergieren. Unstimmig ist beispielsweise die Inklusion des Publikums (vgl. Meier, *Journalistik*, S. 65ff.) und auch die Art und Weise der Wechselwirkungen zwischen den Ebenen (vgl. Löffelholz, Martin: *Einführung in die Journalismustheorie*. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2004, S. 17-63, S. 52). Zwar muss festgestellt

werden, dass diese uneinheitliche Modellierung und Eigenarten in der Benennung zu Unklarheiten führen, dennoch sind die Modelle ertragreich zur Strukturierung der Forschungsbereiche und Verdeutlichung der strukturellen und kulturellen Eingebundenheit des journalistischen Handelns.

<sup>19</sup> Vgl. Esser, Frank: *Journalismus vergleichen*. In: Löffelholz, Theorien des Journalismus, S. 150-179, S. 154.

<sup>20</sup> Zur Diskussion und Kritik dieser Konzeptionalisierung siehe insbesondere Görke, *Nation und Weltgesellschaft als Referenzgröße des Journalismus*.

<sup>21</sup> Vgl. jüngst Thomaß, Barbara: *Mediensysteme vergleichen*. In: Thomaß, Barbara (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*. Konstanz 2007, S. 12-41.

<sup>22</sup> Vgl. Siebert, Fred S. / Peterson, Theodore / Schramm, Wilbur: *Four Theories of the Press: The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility and Soviet Communist Concepts of what the Press should be and do*. Illinois 1956. Immerhin ist es das Verdienst von Siebert/Peterson/Schramm klar gestellt zu haben, dass der Journalismus integraler Bestandteil eines umfassenderen Gesellschaftssystems ist und nicht unabhängig davon beobachtet werden kann. Kritisiert an diesem Konzept wird die fehlende Analyse von Entwicklungen in konkreten Mediensystemen und die stark normative Ausrichtung und Bestimmung der Zweiteilung in freie und totalitäre Medien im Kontext des Kalten Krieges.

nierend ist heute die Typologie von Daniel Hallin und Paolo Mancini mit drei Ausprägungen.<sup>23</sup> Eine weniger bekannte Typologie mit sechs Ausprägungen ist von Roger Blum erstellt worden.<sup>24</sup> Beide Ansätze basieren auf empirischen Daten und nicht wie vorherige Modelle auf ideologischen Konzepten. Hallin / Mancini unterscheiden in ihrer Beobachtung des Verhältnisses zwischen Mediensystemen und politischen Systemen in Nordamerika und Westeuropa drei charakteristische Modelle. Die jeweiligen Systeme herrschen in unterschiedlichen geographischen Regionen vor und haben ihre Wurzeln in der geschichtlichen Entwicklung und im jeweiligen kulturellen Einfluss. Diese Art der Typenbildung ist auf ähnliche Systeme ausgerichtet, da nur westliche, industrialisierte Gesellschaften betrachtet werden. Blum erweitert dieses Modell und schlägt eine Typologisierung von Mediensystemen vor, in die auch nicht-westliche Länder einbezogen werden können.<sup>25</sup>

Mit diesen Typologien zu Mediensyste-

men – soviel können wir als Zwischenresümee festhalten – steht uns ein analytisches Werkzeug zur Verfügung, in dem jene Komponenten enthalten sind, mit denen Journalismus im hier vertretenen Verständnis bestimmbar sein sollte. Dennoch taucht in diesen Typologien der Typus eines (gesamt-)europäischen Journalismus nicht auf. Lässt sich daraus also folgern, dass es keinen europäischen Journalismus gibt? Dies wäre eine plausible Antwort, wenn ein europäischer Journalismus eine europäische Gesellschaft voraussetzt, die einheitliche Rahmenbedingungen schafft. Empirisch lässt sich mit den Modellen und Typologien, die von einem nationalstaatlich geprägten Journalismus ausgehen, kein europäischer Journalismus nachweisen. Die Vielfalt der vorgefun-

**Wenn Vielfalt als potentiell identitätsstiftendes Merkmal der europäischen Gesellschaft verstanden wird, ist die Vielfalt der beobachtbaren Journalisten schon Teilkomponente und Charakteristikum des europäischen Journalismus**

denen Journalisten ist zu groß.

Also wieder die Frage: Auf welche Gesellschaft bezieht sich europäischer Journalismus? Es gibt keinen europäischen Journalismus und wird keinen geben, wenn die Prämisse wäre, dass *eine* Sprache und *eine* Kultur sowie europaweite Medienangebote den Grundstein bilden. Die Berichterstattung innerhalb Europas und über die EU bleibt geprägt von und ist rückgebunden an nationalstaatlich orientierte Journalisten. Andererseits konstatieren selbst Skeptiker: „Immerhin gibt es so etwas, wie einen gemeinsamen europäischen Himmel, der die weitgehend nationalen, regionalen und lokalen Medienlandschaften Europas überwölbt.“<sup>26</sup> Damit sind wir wieder bei dem Leitspruch der Union angelangt, die Gleichzeitigkeit von Vielfalt und Einheit. Diese Einzigartigkeit des europäischen Projekts,

diese neue Form der Supranationalität, diese historisch neue Form der Gesellschaft erfordert auch neue Herangehensweisen, um den innerhalb dieses europäischen Raumes stattfindenden Journalismus zu erfassen. Denn wenn die Vielfalt als potentiell identitätsstiftendes Merkmal der europäischen

Gesellschaft verstanden wird, ist doch die Vielfalt der beobachtbaren Journalisten schon Teilkomponente und Charakteristikum des europäischen Journalismus. Daran schließen sich zahlreiche Fragen an: Welche Art von Vielfalt stellt das europäische Spezifikum dar und was sind die gemeinsamen Kernelemente der europäischen Journalisten bzw. des europäischen Journalismus? Wie lässt sich europäischer Journalismus analysieren, wenn nicht feststeht, wie man sich eine europäische Gesellschaft vorstellen kann und die „Europäische Union als ‚moving target‘ mit ‚variabler Geometrie‘, also offenen Grenzen und unabgeschlossenem Gestaltwandel, in Erscheinung tritt“<sup>27</sup>? Was ist es, das den von Ruß-Mohl ausgemachten ‚europäischen Himmel‘ kennzeichnet?

<sup>23</sup> Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo: *Drei Modelle von Medien, Journalismus und politischer Kultur in Europa: Grundlegende Überlegungen zu einer komparativen europäischen Journalismusforschung*. In: Kopper, Gerd G.; Mancini, Paolo (Hrsg.): *Kulturen des Journalismus. Probleme internationaler Vergleichbarkeit des Journalismus in Europa – verbunden mit Fallstudien zu Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland*. Berlin 2003, S. 11-28; Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo: *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge u.a. 2004.

<sup>24</sup> Blum, Roger: *Bausteine zu einer Theorie der Mediensysteme*. In: *Medienwissenschaft Schweiz*, 2 / 2005, S. 5-11.

<sup>25</sup> Die Dimensionen, die Blum unterscheidet sind:

Regierungssystem, politische Kultur, Medienfreiheit, Medienbesitz, Medienfinanzierung, politischer Parallelismus, Staatskontrolle über die Medien, Medienkultur und Medienorientierung, die er in ihrer Ausprägung jeweils einer liberalen, einer mittleren oder einer regulierten Linie zuordnet. Durch die Kombination der Dimensionen mit ihren Ausprägungen konstruiert Blum sechs Mediensystemmodelle, die unterschiedlichen Weltregionen zuzuordnen sind. Die ersten drei Modelle entsprechen im Wesentlichen der Einteilung von Hallin / Mancini (vgl. Thomaß, *Mediensysteme vergleichen*, S. 35f.).

<sup>26</sup> Ruß-Mohl, *Grenzen des europäischen Journalismus*, S. 136.

<sup>27</sup> Hettlage, Robert / Müller, Hans-Peter: *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz 2006, S. 10.



Die Soziologen Müller / Hettlage postulieren, dass sich die europäische Gesellschaft als eine Konfiguration von kulturellen Traditionen und Werten, historischen Erfahrungen und von spezifischen Institutionen fassen lässt und diese Konfigurationen die Eigenart des europäischen Projekts ausmachen. Daraus folgern sie, dass die europäische Gesellschaft „nicht nur eine historische Erfahrungs- und Schicksalsgemeinschaft, sondern auch eine Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs-, Solidaritäts-, Rechts-, Religions- und Kulturgemeinschaft [ist]“<sup>28</sup>. Wenn dies so ist, müssten diese gemeinsamen Konfigurationen, die die Einzigartigkeit der europäischen Gesellschaft ausmachen, sich nicht in gemeinsamen Handlungspraktiken und Routinen des Journalismus, der in Bezug zu dieser Gesellschaft steht, niederschlagen?

Begeben wir uns also auf die Suche nach empirischen Fundstücken und theoretischen Konzepten, die für das Vorhandensein bzw. für das Potential eines europäischen Journalismus sprechen. Wir sehen hierfür drei Anknüpfungspunkte: Der erste ist der Mikrokosmos Brüssel, dem kommunikativen Knotenpunkt der EU, und die Arbeitsroutinen der dort arbeitenden JournalistInnen. Hier bewegen wir uns auf der analytischen Ebene des organisations- und professionsanalytischen Rahmens.<sup>29</sup> In den weiteren Schritten wechseln wir dann auf die Ebene des gesellschaftsanalytischen Rahmens<sup>30</sup>: In einem externen Vergleich mit dem angloamerikanischen Journalismus wollen wir den Blick auf empirisch-historische Befunde bezüglich europäischer Gemeinsamkeiten lenken. Abschließend wollen wir Überlegungen zu einem normativen Modell eines zukünftigen europäischen Journalismus thematisieren. Ebenso wie die europäische Gesellschaft sind diese Überlegungen nicht abgeschlossen, offen für Vertiefung und Erweiterung, kurz: ‚under construction‘.

**BürgerInnen fühlen sich über die politische Entwicklung der EU schlecht informiert; JournalistInnen haben Schwierigkeiten, europäische Themen unterzubringen; PolitikerInnen kritisieren die unzureichende Kommunikation**

## Die Vielfalt in der Einheit – Journalistische Kultur in Brüssel

Die Klagen aller an der europäischen politischen Kommunikation Beteiligten sind seit langem bekannt. BürgerInnen fühlen sich über die politische Entwicklung der EU schlecht informiert; JournalistInnen haben Schwierigkeiten, europäische Themen unterzubringen; PolitikerInnen kritisieren die unzureichende Kommunikation. Als Hauptschwierigkeiten in diesem Prozess werden die Komplexität und Intransparenz politischer Entscheidungsprozesse in Brüssel, die personelle Unterbesetzung der Korrespondentenbüros, fehlende ‚Europakompetenz‘<sup>31</sup> der Redakteure in den Heimatredaktionen und die unzureichende Kommunikationspolitik der europäischen Institutionen sowie das mangelnde Interesse der nationalen Publika genannt. Die Krise der europäischen Integration und deren demokratischer Legitimierung, auf die die negativen Ausgänge der Referenden in Frankreich und den

Niederlanden im Jahr 2005 und das irische Nein zum Vertrag von Lissabon im Juni 2008 ein Schlaglicht geworfen haben, hat nicht nur die politische Debatte dynamisiert, sondern auch das Interesse der Kommunikationswissenschaft auf den Herstellungsprozess der politischen Nachrichten und damit auf die Arbeitsroutinen der KorrespondentInnen in Brüssel gelenkt.

dentInnen in Brüssel gelenkt.

Diese Gruppe umfasst inzwischen rund 1000 KorrespondentInnen, hat sich damit in den letzten zwei Jahrzehnten verdoppelt und stellt mittlerweile den größten Pressekorps weltweit dar. Auf einige der Studien soll hier Bezug genommen werden, um der Frage nachzugehen, ob sich in Brüssel die Keimzelle eines europäischen Journalismus entwickelt, aus der mehr als der derzeitige politische EU-Journalismus erwachsen kann. Denn trotz der problematischen Bedingungen und bekannten Defizite haben sich die Arbeitspraktiken der Brüsseler KorrespondentInnen seit Anfang der 1990er Jahre erheblich verändert. Insbesondere durch die verstärkte transnationale

<sup>28</sup> Ebd., S. 15.

<sup>29</sup> Im Sinne des „media/profession-centric frame“ nach Heinonen / Luostarinen, *Reconsidering Journalism for Journalism Research*, S. 228f.

<sup>30</sup> Im Sinne des „society-centric view“ nach Heinonen / Luostarinen, Ebd., S. 229f.

<sup>31</sup> Vgl. Kopper, Gerd G.: *Europa als Gegenstand der Lehre in*

*der journalistischen Ausbildung. Zur ‚europäischen Kompetenz‘ im modernen Journalismus.* In: Kopper, Gerd G. (Hrsg.): *Europa als Herausforderung. Zur Modernisierung und Qualifizierung journalistischer Ausbildung durch europäische Programme und Forschung.* Berlin 2001, S. 43-71.

Vernetzung der JournalistInnen in Brüssel halten einige ForscherInnen es für möglich, dass sich hier die Avantgarde einer europäischen Öffentlichkeit herausbildet.<sup>32</sup> Ebenso wie in den Institutionen der EU seit deren Gründung eine einzigartige politische Kultur entstanden ist, hat sich auch in der Interaktion zwischen Politikern und JournalistInnen eine einzigartige Kultur der politischen Kommunikation entwickelt. Baisnée hat das Brüsseler Pressekorps beschrieben als einen „microcosm: a specific and limited social group with its own history, practices and customs. [...] [T]hey organise themselves in a very specific manner which is quite unlike that of any national press corps.“<sup>33</sup> Das Kernstück dieses Mikrokosmos ist die tägliche Pressekonferenz der Europäischen Kommission, in der zwar wenig relevante Informationen vermittelt werden, die aber ein wichtiger Treffpunkt und ein „social ritual“<sup>34</sup> für die KorrespondentInnen darstellt. Baisnée betont einige weitere Besonderheiten des Brüsseler Arbeitsplatzes: So ist die Verquickung von journalistischen Kreisen mit denen der Politiker, der Lobbyisten und Beamten besonders auffällig, da alle Beteiligten auf relativ engem Raum wohnen, arbeiten, ausgehen, etc.<sup>35</sup> Zum anderen zeichnet sich die journalistische Arbeit in Brüssel durch geringe Rivalität und die Notwendigkeit einer intensiven Einarbeitungsphase aus; soziale Netzwerke, insbesondere „Brussels ‚old-boy-network‘“<sup>36</sup> spielen eine sehr wichtige Rolle:

*„During their first weeks in Brussels, most journalists confess that they believed they had ‚landed an planet Mars‘ since the ‚Euro-speak‘, the technicalities and the complexity of the EU processes corresponded little with what they were previously accustomed to. [...] Indeed, most affirmed that they needed a one-year period in order to adapt themselves. [...] The intricacies of the work and the institutions with which*

*these journalists deal are such that journalists must completely rethink their methods.“<sup>37</sup>*

Diese engen sozialen Netzwerke in Brüssel führen dazu, dass die JournalistInnen ein tiefes Verständnis für die politischen Prozesse erlangen; mit der intensiven Sozialisation und geringen Distanz u.a. zu Akteuren der Politik steigt aber auch das Risiko einer unkritischen Berichterstattung. Trotz der genannten Bedingungen, unter denen das gesamte Brüsseler Pressekorps steht, sind nationale Grenzzlinien im Arbeitsalltag und unterschiedliche journalistische Kulturen deutlich sichtbar<sup>38</sup>: „Indeed, apart from the language barrier, national professional and political cultures still determine EU coverage, while each national press continues to organise itself according to its own principles, which in turn produces a particular method of reporting ‚Europe‘.“<sup>39</sup> Beispielsweise verweilen die britischen KorrespondentInnen in der Regel nicht länger als fünf Jahre in Brüssel; diese relativ kurze Zeit erlaubt ihnen kaum, eine einflussreiche Rolle innerhalb des Brüsseler Kosmos zu spielen oder ausgewiesene Experten für einen Themenbereich zu werden. Auch der jeweilige Einfluss der unterschiedlichen nationalen Heimatredaktionen auf den Arbeitsprozess der KorrespondentInnen unterscheidet sich sehr.<sup>40</sup> So differiert die EU-Berichterstattung in französischen und britischen Medien Baisnée zufolge auch darin, dass britische Heimatredaktionen stärkeren Einfluss auf die KorrespondentInnen in Brüssel ausüben und ihre Berichte stärker aus der innenpolitischen Perspektive verfasst sind. Diese Art des EU-Journalismus, die Berichterstattung mit nationalem Hintergrund, ist auch deshalb typisch für britische KorrespondentInnen, weil die EU-Themen in Großbritannien innenpolitisch umstritten sind und die JournalistInnen die jeweilige politische Linie ihres Mediums zu vertreten haben.<sup>41</sup>

<sup>32</sup> Vgl. Huber, Claudia K.: *Black Box Brüssel. Journalismus zwischen Affirmation und Kontrolle*. Mainz 2007, S. 8; Baisnée, Olivier: *Can Political Journalism exist at the EU level?* In: Kuhn, Raymond / Neveu, Erik (Hrsg.): *Political Journalism. New Challenges new Practices*. London / New York 2002, S. 108-128, S. 115. Sowohl JournalistInnen als auch WissenschaftlerInnen merken allerdings kritisch an, dass es nicht die Aufgabe von JournalistInnen ist, die kommunikative Basis für die politische Arbeit der EU-Institutionen zu schaffen (vgl. z.B. Statham, Paul: *Journalists as Commentators on European Politics. Educators, Partisans or Ideologues?* In: *European Journal of Communication* 4 / 2007, S. 461-477, S. 473ff.; Baisnée, *The European Public Sphere does not exist*).

<sup>33</sup> Baisnée, *Can Political Journalism exist at the EU level?*, S. 109.

<sup>34</sup> Ebd., S. 109.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S. 111f.; Baisnée, Olivier: *Understanding EU News Production Logics: Norms, Channels and Structures of*

*Reporting Europe from Brussels*. In: AIM Research Consortium, *Reporting and managing European News*, S. 32f.

<sup>36</sup> Baisnée, *Can Political Journalism exist at the EU level?*, S. 114.

<sup>37</sup> Ebd., S. 113.

<sup>38</sup> Sichtbar sind diese Linien beispielsweise auch an den Sitzgepflogenheiten bei den Pressekonferenzen der Kommission und anderen Veranstaltungen, bei denen JournalistInnen stets die Nähe ihrer Landsleute suchen (vgl. ebd., Anmerkung 3; Huber, *Black Box Brüssel*, S. 37f.).

<sup>39</sup> Baisnée, *Can Political Journalism exist at the EU level?*, S. 116.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S. 116f.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 124f. Diese ‚Politisierung‘ und ‚Nationalisierung‘ der EU-Nachrichten hat im britischen Fall dazu geführt, dass die Tragweite des Korruptions-Skandals, der 1999 zum Rücktritt der Kommission führte,

Am Beispiel der französischen EU-KorrespondentInnen beschreibt Baisnée zwei weitere Formen des EU-Journalismus, die jeweils mit verschiedenen Berufsrollenverständnissen einhergehen: den Institutionellen und den Investigativen.<sup>42</sup> Mit dem institutionellen Journalismus geht ein Rollenverständnis einher, nach dem die JournalistInnen die EU-relevanten Ereignisse und Themen redaktionell begleiten und sich weitgehend gemein machen mit der politischen Mission der EU-Beamten und Politikern. Bei diesen JournalistInnen handelt es sich zumeist um Vertreter der älteren Generation, die seit den 1960er oder 1970er Jahren mit den Themen und Personen der EU vertraut sind und die aufgrund ihres Expertenwissens und ihrer Kontakte eine dominante Position innerhalb des Pressekorps einnehmen. Diese Position wird ihnen aber von jüngeren KollegInnen, die seit Anfang der 1990er in Brüssel arbeiten, streitig gemacht, die ihnen ihre unkritische Haltung gegenüber der EU und ihr symbiotisch-freundschaftliches Verhältnis

gegenüber Politikern und Beamten vorwerfen und ihre journalistische Unabhängigkeit und damit die Legitimation der ‚institutionellen KollegInnen‘ in Frage stellen. Diese jüngeren JournalistInnen zeichnen sich durch ein investigatives Rollenselbstverständnis aus. Sie berichten insgesamt kritischer, thematisieren Konflikte und Machtkämpfe und stehen in einem distanzierten Verhältnis zu den EU-Offiziellen; um Skandale aufzudecken, arbeiten sie einerseits wettbewerbsorientierter, andererseits macht die Komplexität und Reichweite der Themen eine transnationale Vernetzung nötig. Durch die investigative Recherche und kritische Berichterstattung ist es diesen JournalistInnen gelungen, den Korrespondentenposten in Brüssel mit mehr Prestige auszustatten. Baisnée macht darauf aufmerksam, dass die beiden unterschiedlichen journalistischen Herangehensweisen einen symbolischen Macht-

kampf um die legitime Form des EU-Journalismus illustrieren, der auch auf dem französischen journalistischen Feld stattfindet.<sup>43</sup>

Auch Meyer beschreibt die Veränderung der journalistischen Arbeit in Brüssel und stellt fest: „*In the old days, being a Brussels journalist could be either very comfortable (if one was using the official sources) or very frustrating (if one was trying to write original or investigative stories). This constellation has changed substantially.*“<sup>44</sup> Nachdem die Präsenz der JournalistInnen in und die Berichterstattung über Brüssel seit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 erheblich zugenommen hat, agierten die – zumeist jüngeren – JournalistInnen wettbewerbsorientierter und kritischer: „*As the*

*Brussels post has become a career boost rather than a blind alley, new journalists tend to be aggressive towards EU institutions to make an impact with their editors at home.*“<sup>45</sup> Zudem hat sich der Wettbewerb vergrößert, weil viele EU-Berichte mittels Internetrecherche von der Heimatredaktion geschrieben werden können, und so

die KorrespondentInnen vor Ort herausgefordert sind, exklusive Informationen zu recherchieren. Dieser zunehmende Druck fördert die internationale Vernetzung der KorrespondentInnen vor Ort.<sup>46</sup>

Huber beschreibt auf Basis aktuellerer Daten, dass die transnationale Vernetzung der KorrespondentInnen essentiell für deren Arbeit ist: Die Komplexität der Themen und politischen Prozesse macht die KollegInnen anderer Länder zu unverzichtbaren ExpertInnen und zu Türöffnern für ihre jeweiligen nationalen Ansprechpartner in den Institutionen. Die Mehrheit der von Huber befragten deutschen JournalistInnen gibt sogar an, Interviewquellen und Material untereinander zu tauschen. Möglich ist diese intensive Kooperation, weil die KorrespondentInnen für unterschiedliche Medienmärkte berichten und nicht in

**Diese jüngeren JournalistInnen zeichnen sich durch ein investigatives Rollenselbstverständnis aus. Sie berichten insgesamt kritischer, thematisieren Konflikte und Machtkämpfe und stehen in einem distanzierten Verhältnis zu den EU-Offiziellen**

nicht erkannt wurde: „[It] fails to take into account the specific political dimension of an institutional system which cannot be compared or reduced to that which exists in individual member states.“ (Ebd., S. 126.)

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 118ff.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 123. Im Unterschied dazu ist ein solcher Machtkampf unter den britischen EU-JournalistInnen nicht auszumachen, was Einfluss auf die interne Organisation dieser Gruppe hat: Hier hat ein

Agenturjournalist die unumstrittene Deutungsmacht in Brüssel (vgl. ebd., S. 125).

<sup>44</sup> Meyer, Christoph O.: *Towards a European Public Sphere? Transnational Investigative Journalism and the European Commission's Resignation.* In: Baerns / Raupp, *Information und Kommunikation in Europa*, S. 107-127, S. 122.

<sup>45</sup> Ebd., S. 123.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 123.

direkter Konkurrenz stehen; Konsequenz daraus ist, dass die Kritik- und Kontrollmöglichkeiten der JournalistInnen gegenüber den EU-Institutionen gestiegen ist.<sup>47</sup> Ergänzend dazu ist den Beobachtungen Meyers zu entnehmen, dass unter den EU-Beamten und Politikern wie auch den zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschiedlicher Nationen, die die Berichterstattung über die EU in ihrem Sinne beeinflussen wollen, der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der JournalistInnen gestiegen ist. „*This development is further eroding the grip on national press contingents as well as challenging the Commission's information monopoly. While many differences remain between national and regional segments of the press, it is fair to say that the Brussels newsgathering process has become more transnational in scope and bias.*“<sup>48</sup>

Generalisiert und ergänzt werden diese Befunde durch die Daten und Interpretationen des AIM-Projekts. In seinem Abschlussbericht veranschaulicht das Forscherteam insbesondere die kooperative Zusammenarbeit im Pressekorps und die langwierige Sozialisation im Mikrokosmos Brüssel, aber auch die interne hierarchische Struktur und die komplexen, teils widersprüchlichen Einflüsse der relativ homogenen Arbeitsroutinen in Brüssel und der heterogenen Einflüsse aus den Heimatländern und -redaktionen. Neben der Gruppenbildung entlang nationaler Grenzen, wird die Organisation des Brüsseler Pressekorps als eine Reproduktion der politischen Macht innerhalb der EU beschrieben: Je nach Größe und Status ihres Heimatlandes und ihres Mediums nehmen die KorrespondentInnen eine entsprechende Position innerhalb des Pressekorps ein; außerdem spielt die Länge des Aufenthalts und damit die Zahl der Kontakte und die Vertrautheit mit den Themen sowie mit den (informellen) Regeln und Normen des Mikrokosmos eine entscheidende Rolle.<sup>49</sup> Der Einfluss der Heimatredaktionen, die wiederum in spezifische nationale Kontexte eingebettet sind, und deren

Erwartungen die KorrespondentInnen verinnerlicht haben, führt zu Unterschieden in den Medieninhalten.<sup>50</sup> Folglich sollten die KorrespondentInnen sowohl als Mitglied der Brüsseler Gemeinschaft betrachtet werden, deren Arbeitssalltag durch ähnliche Routinen und vom Umgang mit (meist) offiziellen Quellen geprägt ist, als auch als repräsentativ für ihre Auftraggeber und deren Position innerhalb des jeweiligen nationalen Mediensystems.<sup>51</sup> Die Nachrichtenauswahl und die letztendlichen Medieninhalte sind hauptsächlich geprägt von der nationalen Perspektive: „*[T]he great amount of news beat generated by the EU institutions is carefully scrutinised and selected by national media systems according to the national preconditions of news management and national notions of newsworthiness.*“<sup>52</sup> Alles in allem ist die journalistische Arbeit in Brüssel von diesen ambivalenten Anforderungen bestimmt, so lautet das Resümee des AIM-Teams:

*„Journalists working in Brussels face this ambivalence every day. They live abroad; they cover a supranational institution and the events concerning it. Every day they interact with colleagues from many different nations but they respond to their national audiences, news values, and editors. They are linked to working decisions that are mostly of a local nature and they have to constantly deal with constrictions, requests, and suggestions coming from two contradictory sources – one of a national character and the other of a supranational character. [...] In particular, it seems that this contradiction between journalists' national belonging, on the one side, and the supranational topics they are asked to cover and the supranational environment within which they operate, on the other side, involves two main aspects: professional practices and news values.“*<sup>53</sup>

Soweit zur europäischen (Teil-)Öffentlichkeit der EU-KorrespondentInnen in Brüssel. Ergänzend

<sup>47</sup> Vgl. Huber, *Black Box Brüssel*, S. 37. Huber verweist darauf, dass eine Internationalisierung der journalistischen Arbeit zudem aus Knappheit personeller Ressourcen erwächst und der Transnationalisierung von Medienkapital folgt: KorrespondentInnen aus verschiedenen europäischen Ländern, die zur WAZ-Gruppe gehören und für verschiedene Zeitungsformate schreiben, arbeiten beispielsweise in einem Büro und häufig an gemeinsamen Berichten. Ähnliche Formen dieser institutionalisierten Zusammenarbeit betreiben die JournalistInnen unterschiedlicher Herkunftsländer, die für die Nachrichtenagentur Reuters in einer Redaktion in Brüssel arbeiten (vgl. ebd., S. 37).

<sup>48</sup> Meyer, *Towards a European Public Sphere?*, S. 126.

<sup>49</sup> Vgl. Mancini, Paolo / Allern, Sigurd / Baisnée, Olivier et al.: *Context, News Values and Relationships with Sources – Three Factors Determining Professional Practices of Media*

*Reporting on European Matters*. In: AIM Research Consortium, *Reporting and Managing European News*, S. 117-153, S. 118ff.

<sup>50</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang die Situation der KorrespondentInnen der neuen, osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten: „The growing heterogeneity of the Brussels press corps reduces the relative importance of journalists from smaller member states and leaves them at a disadvantage in the news-gathering process.“ (Lecheler, Sophie: *EU Membership and the Press. An Analysis of the Brussels Correspondents from the New Member States*. In: *Journalism* 4 / 2008, S. 443-464, S. 460.

<sup>51</sup> Vgl. Baisnée, *Understanding EU News Production Logics*, S. 35ff.

<sup>52</sup> Mancini / Allern / Baisnée et al., *Context, News Values and Relationships with Sources*, S. 135.

<sup>53</sup> Ebd., S. 150f.

dazu ließen sich auch weitere europäische Teil-Öffentlichkeiten als Organisations- und Professionsnetzwerke von JournalistInnen analysieren – die produzierten Medieninhalte richten sich aber an nationale oder transnationale – jedoch nicht an explizit europäische – Publika.<sup>54</sup>

## Die Einheit in der Vielfalt: Modell des europäischen Journalismus – historische Wurzeln und normatives Konstrukt

Verändern wir unser Beobachtungsobjektiv auf eine größere Einstellung und betrachten Europa mit einem Blick aus der Distanz. Welches Bild ergibt sich, wenn nicht so sehr auf inner-europäische Unterschiede fokussiert wird, sondern auf gesamteuropäische Gemeinsamkeiten? Was ergibt ein externer Vergleich zwischen Europa und beispielsweise dem anglo-amerikanischen Journalismus? Damit verändern wir die Perspektive und bewegen uns nun auf einer Ebene, die über die organisations- und professionsanalytische Ebene hinausgeht und Elemente einer gesellschaftsanalytischen Ebene enthält.<sup>55</sup>

Mit ähnlicher Zielsetzung knüpft Golding<sup>56</sup> an einen Aufsatz von Mancini<sup>57</sup> an und charakterisiert den britischen, den französischen, den italienischen und den nordeuropäischen Journalismus in den Unterschieden zueinander, sowie in seiner Differenz gegenüber dem anglo-amerikanischen Journalismus. Dieser Art der Gegenüberstellung der Charakteristiken der europäischen Journalisten bzw. eines europäischen Journalismus zu dem Modell eines anglo-amerikanischen Journalismus, der sich als eine Art weltweite Norm durchgesetzt hat, ist üblich. So resümiert Mancini:

Gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln, rechtfertigen es, von einem europäischen Modell in Abgrenzung zu einem anglo-amerikanischen Modell des Journalismus zu sprechen

ni: „[T]he definition of ‘Anglo-American Journalism’ indicates what today is, throughout the whole world, the dominant model of professional journalism. This is the reference model of most of the professionals worldwide and not just in the ‘Anglo-American countries’.”<sup>58</sup> Der anglo-amerikanische Journalismus zeichnet sich – kurz gesagt – durch eine kommerzielle Ausrichtung auf ein Massenpublikum aus, hat dadurch weniger starke Verbindung zur Politik, bedient sich einer einfacheren Sprache und beinhaltet mehr Berichte über Alltagsthemen; seine Ausrichtung ist weniger elitär als die des europäischen Journalismus.<sup>59</sup> Obwohl der Journalismus in den USA und Großbritannien zu einem anglo-amerikanischen Modell zusammengefasst wird, gibt es zwischen den Ländern wichtige Unterschiede in der Ausprägung – der offensichtlichste ist die Existenz bzw. Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ebenso gibt es zwischen den europäischen Journalisten eklatante Unterschiede, sodass Mancini anmerkt:

„[I]dentifying a European Model of journalism is an operation which is more theoretical than empirical. It is an allowable generalization, but with contradictory empirical support.”<sup>60</sup> Aber auch innerhalb eines Landes gibt es große Unterschiede zwischen Medientypen und Medienmärkten, so kommt Mancini zu dem Schluss, „[that] it seems possible to state that the factors that are common to the journalism practised in the different countries of the old continent are more numerous, or at least more important, than the differences. On the other hand, Great Britain and the United States are linked by common cultural and historical roots that seem to count as much as, if not more than, their differences.”<sup>61</sup>

Angesprochen sind hier also gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln, die es rechtfertigen, von einem europäischen Modell in Abgrenzung

<sup>54</sup> Firmstone untersucht beispielsweise den Herstellungsprozess der EU-Berichterstattung von den Zeitungen *Wall Street Journal Europe*, *International Herald Tribune*, *Financial Times Europe* und *European Voice*, die sich an eine transnationale Wirtschaftselite richten (Firmstone, Julie: *Approaches of the transnational Press to Reporting Europe*. In: *Journalism* 4 / 2008, S. 423-442.) Statham untersucht das Rollenbild von JournalistInnen, die die Politik der EU in Qualitätszeitungen kommentieren (Statham, *Journalists as Commentators on European Politics*).

<sup>55</sup> Vgl. Heinonen / Luostarinen, *Reconsidering Journalism for Journalism Research*, S. 229f.

<sup>56</sup> Golding trifft in seiner Grundorientierung ziemlich genau das Thema des vorliegenden Beitrags. Der Titel seines Beitrags verweist auf einen prospektiven Charakter. Neben den in dem vorliegenden Beitrag thematisierten Aspekten verweist Golding auf weitergehende Paradoxien in der Herausbildung eines europäischen Journalismus (vgl. Golding, *European Journalism and the European Public Sphere*).

<sup>57</sup> Mancini, *Is there a European Model of Journalism?*

<sup>58</sup> Ebd., S. 78.

<sup>59</sup> Vgl. ebd., S. 78ff.

<sup>60</sup> Ebd., S. 82.

<sup>61</sup> Ebd., S. 91.

zung zu einem anglo-amerikanischen Modell des Journalismus zu sprechen; die zwei Modelle kontrastieren in zwei Hauptunterschieden: der erste besteht darin, dass das europäische Modell eine größere Nähe zur Politik aufweist.<sup>62</sup> Der zweite Hauptunterschied besteht in der stärkeren Verbindung des europäischen Journalismus mit der Literatur: „*These links have produced, since their early roots, a journalism that is very much oriented towards commentary and interpretation.*“<sup>63</sup>

Neben dieser Dimension des europäischen Journalismus, die sich in Auseinandersetzung mit der – historisch ausgeformten und der gegenwärtigen – europäischen Gesellschaft analysieren lässt, umfasst der europäische Journalismus auch eine normative Komponente. Mit einem idealistisch-normativen Ausblick auf einen möglichen zukünftigen europäischen Journalismus wollen wir nach einem kurzen Fazit abschließen.

## Fazit – Europäischer Journalismus ‚under construction‘

Europa ist gegenwärtig ein Projekt ‚under construction‘ und wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Es ist ein Projekt voller Paradoxien, widersprüchlich zwischen Abgegrenztheit und Offenheit, zwischen Einheit und Vielfalt, um nur zwei Aspekte zu nennen. Paradoxien werden auch dem Phänomen Journalismus zugeschrieben.<sup>64</sup> So gesehen nimmt es nicht Wunder, dass der Gegenstand ‚europäischer Journalismus‘ nicht so einfach zu fassen ist. Unser Vorschlag ist es, ‚europäischen Journalismus‘ als eine Form des Journalismus zu verstehen, der in seiner spezifischen Gebundenheit an die europäische Gesellschaft und in spezifischen Ausprägungen in organisatorischen und professionellen Formen zu verstehen ist. Europäischer Journalismus lässt sich somit als eine Variante eines ‚globalen Journalismus‘, eines ‚transnationalen Journalismus‘ oder eines Journalismus der ‚Weltgesellschaft‘ begreifen. All diesen

Referenzgrößen (transnational, global, Weltgesellschaft) ist gemeinsam, dass sie in hohem Maße emergent sind, in Entstehung und im Fluss befindlich. Das macht ihre wissenschaftliche Verarbeitung – terminologisch, theoretisch, empirisch – zu einer eminenten Herausforderung. Die mit dieser Herausforderung verbundenen Forschungsperspektiven sind sowohl organisations- und professionsanalytischer wie auch gesellschaftsanalytischer Art. Und wiederum beide dieser Perspektiven weisen neben sachlich-analytischen auch normative Komponenten auf – was unvermeidbar und sinnvoll, aber auch hoch konsequent ist und argumentativ riskant sein kann.

Rothenbuhler schlägt ein Konzept des ‚international cultural journalism‘ vor, dessen Grundüberlegungen sich auch auf die europäische Ebene übertragen lassen.<sup>65</sup> In diesem idealistisch-normativen Konzept nehmen JournalistInnen eine vermittelnde Rolle zwischen national geprägten Kulturen ein und tragen zur friedensfördernden internationalen Verständigung bei, z.B. indem sie stärker auf Hintergründe, Kontexte und Lebensweisen von kulturell Anderslebenden eingehen. Wissend, dass ein solcher Journalismus (u.a. aufgrund fortschreitender Kommerzialisierung sowie knapper personeller und zeitlicher Ressourcen) nicht weit verbreitet und zudem nicht im Journalismuswissenschaftlichen Fokus

**Unser Vorschlag ist es, ‚europäischen Journalismus‘ als eine Form des Journalismus zu verstehen, der in seiner spezifischen Gebundenheit an die europäische Gesellschaft und in spezifischen Ausprägungen in organisatorischen und professionellen Formen zu verstehen ist**

steht, fordert Rothenbuhler zum einen, dass JournalistInnen in der Aus- und Weiterbildung stärker für (national-)kulturelle Unterschiede und deren Vermittlung sensibilisiert werden. Auch sollte die Rolle, die Journalismus in der (Welt-) Gesellschaft spielt, die über die reine Informations- und Wissensvermittlung hinausgeht, in Theorie und Praxis

stärker reflektiert werden. Bezogen auf die europäische Dimension bedeutet dies, nicht nur über die politische Kommunikation der EU zu berichten bzw. die Informationsvermittlung wissenschaftlich zu analysieren, sondern auch die kulturelle und identitätsstiftende Funktion von Journalismus in und über Europa zu rekonstruieren bzw. die vorhandenen (räumlichen, sachli-

<sup>62</sup> Vgl. ebd., S. 79.

<sup>63</sup> Ebd., S. 83.

<sup>64</sup> Vgl. Pörksen / Loosen / Scholl, *Paradoxien des Journalismus*.

<sup>65</sup> Vgl. Rothenbuhler, Eric W.: *International Cultural Journalism and Civic Life*. In: Bohrmann / Klaus / Machill, *Media Industry, Journalism Culture and Communication Policies in Europe*, S. 64-82.

chen, zeitlichen und sozialen) Kommunikationsbarrieren zu benennen und Vorschläge zu deren Überwindung zu liefern.

Entsprechend resümiert das Forscherteam des AIM-Projekts, ein potentiell europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl „*is much more related to the cultural and ritual side of communication than to the transmission of information. This would suggest that a closer look at the ‘narratives’*

*journalism produces (and the ones it does not produce) about Europe and its citizens would be important.*“<sup>66</sup> Zum anderen verweist Rothenbuhler aber auch darauf, dass der Impuls für eine kulturell sensible Berichterstattung von der Theorie ausgehen sollte: „For the scholar there must be some vision of what journalism could do as a long-term ethical project.“<sup>67</sup> Dem schließen wir uns gerne an.

**Irene NEVERLA (1952)**

Studium der Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Soziologie an den Universitäten Wien, Salzburg und München. Seit 1992 Professorin an der Universität Hamburg, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Journalismus und europäische Öffentlichkeit, Krisen-, Risiko- und Umweltkommunikation, Gesundheitskommunikation und Medizinjournalismus, Visuelle Kommunikation und Pressefotografie.

**Wiebke SCHOON (1980)**

Studierte Journalistik und Kommunikationswissenschaft sowie Ethnologie in Hamburg. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Hamburg. Ihre aktuellen Forschungsinteressen sind die gendersensible Analyse von Machtverhältnissen im Berufsfeld Journalismus sowie die Rolle des Journalismus im Prozess der europäischen Integration.

<sup>66</sup> Kunelius / Heikkilä, *Mainstream Journalism*, S. 76.

<sup>67</sup> Rothenbuhler, *International Cultural Journalism and Civic*

*Life*, S. 72.

# Das Leben ist anderswo

Anregungen zur Justierung des Blicks auf Heterotopien europäischer Alltagskultur<sup>1</sup>

Christian Schwarzenegger

Es gibt kein Europa. Es gibt viele davon. So zumindest der sich aufdrängende Eindruck, wenn man sich mit einem Thema befasst, das eine lang anhaltende Konjunktur erfährt und in dessen Behandlung es nahezu eine Grundzutat bildet, zu betonen, dass Europa bislang meist wenig präzise definiert<sup>2</sup> aus einer Pluralität von Vorstellungen gespeist worden und von wandelbarem Charakter<sup>3</sup> oder überhaupt gar die „unbegreifbarste Sache der Welt“<sup>4</sup>, ein Dauerprozess und kein konservierter und fixierter Zustand<sup>5</sup> sei, nicht ein Einheitliches sondern ein Unbestimmtes. Es gibt potentiell so viele Entwürfe Europas, wie es Versuche Europa zu entwerfen gibt. Und doch weisen die Entwürfe, die im wissenschaftlichen Kontext von Europa vorwiegend gemacht werden, der Logik der Disziplinen und Beobachtensensibilität der sich mit Fragen Europas beschäftigenden Wissenschaften geschuldet, augenfällige Stabilität und Kohärenz, auf. Denn Beschreibungen Europas ähneln sich bei aller thematisch, situativen Verschiedenheit der ausgeführten Ansätze darin, dass sie sich vornehmlich auf das Europa der politischen oder wirtschaftlichen Eliten<sup>6</sup> zu beziehen und gleichsam zu beschränken scheinen. Europäisierung als Vorstellung wird daher auch als das Zusammenwachsen und vermehrtes Anerkennen der politi-

schen und wirtschaftlichen Kooperationsgeflechte auf formaler (wirtschafts-)politischer, wie auch rechtlicher europäischer Ebene begriffen und gedeutet. Europäisierung, so ließe sich in Umlegung eines starken Adorno-Wortes sagen, wird im wissenschaftlichen Gebrauch häufig als die willentliche Integration ihrer Abnehmer von oben verstanden: Untersuchungen, die sich mit der Konstitution einer Europäischen Öffentlichkeit befassen oder das Maß an Zustimmung oder Ablehnung in der Einstellung zu Europa ermitteln wollen, zielen dabei stark auf das Europa der Europäischen Union<sup>7</sup> und seine bürokratische Lokalisationsmetapher „Brüssel“; oder auf die mediale Vermittlung dieses Europas der Eliten durch die gesellschaftliche Informationselite des informierenden Nachrichten-Journalismus<sup>8</sup>.

Gerade angesichts der veritablen Krise des politischen Einigungsprozesses, die nach den gescheiterten Verfassungsreferenden und dem nunmehrigen irischen Nein zu den Verträgen von Lissabon für die EU diagnostiziert worden ist und den als Reaktion darauf vielfach artikulierten Bekenntnissen, man müsse nun auf die Menschen zugehen und das Projekt Europa der Wahrnehmung und dem Erleben der europäischen Völker näher bringen, um die politische Integra-

<sup>1</sup> Dieser Beitrag basiert auf dem Forschungsprojekt *Wer, Wie, Was: Europa? Zur Banalität und Alltäglichkeit von Kultur und (europäischer) kultureller Identität*, das der Autor aktuell im Rahmen eines Forschungsstipendiums (FNr.245-S) der Universität Wien bearbeitet.

<sup>2</sup> Saxer, Ulrich: *Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel – eine kommunikationssoziologische Perspektive*. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden, 2006, S. 62-92.

<sup>3</sup> Vgl. Requate, Jörg / Schulze Wessel, Martin: *Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz*. In: Requate, Jörg / Schulze Wessel, Martin (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 2002, S. 11-43, S. 12-17.

<sup>4</sup> Beck, Ulrich / Grande, Edgar: *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt a. M. 2004, S. 10.

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>6</sup> Diese Vorstellung kommt nicht von ungefähr und zeitigt Folgen: „Europa bleibt ein Projekt der Eliten“ titelte Werner Mussler in der FAZ vom 22.11.2006; „Das Zusammenwachsen Europas ist vor allem ein Projekt der Eliten“, so auch eine einleitende Feststellung der

Publikation des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann zu „Eliten und Macht in Europa“. Vgl. Hartmann, Michael: *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt a. M. 2007.

<sup>7</sup> Auch bei der Fixierung auf das politische Europa bzw. Territorium der EU gibt es in der Umsetzungspraxis weitere Beschränkungen auf gewisse europäische Länder, wie Josef Seethaler in seiner Auswertung von führenden internationalen Fachorganen der Kommunikationswissenschaft feststellen konnte. Unter den 13 am häufigsten thematisierten europäischen Ländern ist etwa kein einziges ost- bzw. südosteuropäisches Land enthalten. Europa scheint ein politisches Projekt des ideologischen „Westens“, eines traditionellen Kerns. vgl. Seethaler, Josef: *Entwicklung und Stand der kommunikationswissenschaftlichen Forschung zur europäischen Öffentlichkeit. Eine Analyse der Beiträge in vier europäischen Fachzeitschriften 1989-2004*. In: Langenbacher / Latzer, *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, S. 244-260.

<sup>8</sup> Vgl. für Österreich etwa Dietrich, Astrid: *Medien und EU. Mediale Aufmerksamkeit für die politische Europäische Union im intermedialen Vergleich mit besonderer Berücksichtigung des Qualitäts- und Boulevardaspekts*. Dissertation, Wien 2006.



tion zu legitimieren und von breiter Basis tragen zu lassen, erscheint es auch für die wissenschaftliche Beobachtung von Europa sinnfälliger, den gewohnten und etablierten Blick zu justieren. Es gilt den Blick auch auf Phänomene zu richten, die abseits der politischen und wirtschaftlichen Elitendiskurse, im alltäglichen Leben und Erleben von teilkulturellen Gruppierungen Relevanz haben. Praktiken, Lebensmomente und kulturelle (Vergemeinschaftungs)Formen in denen europäische Realität gelebt wird, ohne dass diese explizit als in Zusammenhang mit dem politischen Projekt stehend interpretiert werden.

Dieser Beitrag versucht eine zu dieser vorherrschenden Behandlungsweise alternative Perspektive auf Phänomene und Praxis von Europäisierung, sowie der Möglichkeit der Bildung einer europäischen (kulturellen) Identität anzuregen. Eine Perspektive *von Unten auf „Unten“*, eine Perspektive auf ein Europa im Abseits (der Aufmerksamkeit), ein Gegenentwurf zum politisch und wirtschaftlich geprägten Europabild, aus dem Blickwinkel einer Gemeinschaftswerdung, die dort ansetzt, wo Vergemeinschaftungen<sup>9</sup> stattfinden: Unten, im aktiven alltäglichen (kulturellen) Leben und Erleben jener, die sonst häufig nur als Probanden oder Rezipienten Eingang in die Forschungsarbeiten finden – unten bei uns allen.

## Europa von Unten?

In anderen Disziplinen, etwa der Geschichtswissenschaft, ist die Perspektive von Unten, die versucht sich mit Phänomenen aus Sicht und anhand der beobachtbaren Erfahrungen der „Unteren“ als Gegenwurf zu den Eliten also „Oberen“<sup>10</sup> zu positionieren – da es offensichtlich geworden ist, dass mit der historischen Rekonstruktion der Eliten und der Darstellung der

Herrschaftsverhältnisse und gültigen Rechtsmaterien über das tatsächliche Leben einer Epoche kaum plastische Aussagen getroffen werden können – bereits vielerorts realisiert und etabliert, als unabdingbarer Quell der Erklärung von Gesellschaften herangezogen. In der Kommunikationswissenschaft und speziell in der Auseinandersetzung mit Europa herrscht, wo es um Alltägliches und damit um Unterhaltung, Konsum, Mobilität(svorstellungen) und populärkulturelle Sinnstiftung gehen könnte, bislang eine veritable Forschungslücke: Rezente Publikationen bezeichnen folglich die Bedachtnahme auf die kulturellen Erlebnis-, Konsum- und Unterhaltungsgemeinschaften innerhalb Europas mehrfach als dringendes Forschungsdesiderat, als notwendig zu berücksichtigen oder lange unter-repräsentiert<sup>11</sup>. Die kommunikationswissenschaftliche Europaforschung habe sich, so Brantner / Langenbacher „seltsam einseitig“ auf politische Kommunikation konzentriert wodurch sich „große Forschungsdefizite“<sup>12</sup> aufgetan haben. Petra Deger hat jüngst festgehalten, dass der Prozess der europäischen Integration jahrzehntelang vor allem in Bezug auf die Veränderung rechtlicher Strukturen, der Rechtsangleichung und Institutionenbildung Aufmerksamkeit gefunden hat<sup>13</sup>, der „unspezifische“ Begriff der Europäisierung, der weitergefasst sei, sei in jenen wichtigen Bereichen, die sich weder mit institutioneller noch mit politischer Angleichung sondern etwa mit kultureller Diffusion oder einem historischen Entwicklungsprozess beschäftigen „schwieriger zu fassen“.<sup>14</sup> Dieses „Schwierig-Fassen-Können“, kann durchaus als forschungspragmatische Begründung für festgestellte Forschungsdefizite in Frage kommen. Wenn man annimmt, dass europäische Lebensrealitäten weniger als gemeinsame Informations- denn als gemeinsame Erlebnisgesellschaften<sup>15</sup> und Unterhaltungsöffentlichkeiten funktionieren, so

<sup>9</sup> Mit Andreas Hepp werden darunter solche sozialen Beziehungen verstanden, die auf einer subjektiv gefühlten Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruhen und sich auf einen Horizont gemeinsamen kommunikativen Sinns beziehen. Vgl. Hepp, Andreas: *Transkulturelle Kommunikation*. Konstanz 2006, S. 282.

<sup>10</sup> Eine dichotome Setzung von *die oben* und *wir unten* lässt sich auch in der politischen Debatte wiederholt als Ressentiment gegenüber der Europäischen Union, als eine negative Empfindung der Fremdbeherrschung und daraus resultierend mangelnder Identifikation mit „deren Projekt“ aufmachen. Die Betroffenen von Europäisierung verstärkt zum Gegenstand der Europaforschung zu machen erscheint auch zur Überwindung dieser Negativempfindung ein geeignetes Mittel zu sein.

<sup>11</sup> Stellvertretend sie hier auf einige entsprechende Einschätzung verwiesen, so etwa Saxer, *Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel*; Klaus,

Elisabeth: *Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext*. In: Langenbacher / Latzer, *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, S. 93-106; Brantner, Cornelia; Langenbacher, Wolfgang R.: *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Herausforderungen für die Kommunikationswissenschaft*. Langenbacher / Latzer, *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, S. 402-415; Seethaler, *Stand der Forschung*.

<sup>12</sup> Brantner / Langenbacher, *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*, S. 405.

<sup>13</sup> Deger, Petra: *Europäisierung – Dimension der Genese europäischer Räume*. In: Deger, Petra / Hettlage, Robert (Hrsg.): *Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen*. Wiesbaden 2007, S. 145-165, S. 147.

<sup>14</sup> Ebd. S. 151.

<sup>15</sup> Vgl. Saxer, *Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel*, S. 64.

ist man bereits zu Beginn der Forschungsarbeit mit dem Problem konfrontiert, dass sowohl die für Untersuchungen potentiell relevanten Analyseeinheiten (Kommunikationsleistungen, Medienprodukte) sowie die thematischen Felder und inhaltlichen Dimensionen (Matters, Issues) als auch die an entsprechenden Kommunikationsprozesse beteiligten Akteure (Publika, Konsumenten, teil- und subkulturelle Vergemeinschaftungen, spezielle – etwa online – etablierte Kommunikationsgemeinschaften) sich nicht anhand dieser genannten Komponenten quasi von selbst eindeutig zu erkennen geben. So muss erst oft mühsam begründet werden, warum auch dieses jeweils konkrete Forschungsmoment als Aspekt von Europäisierung behandelt werden soll(te). Eine Begründungsarbeit, die notwendig wird, aber oftmals nicht leicht fällt, wenn die Behandlung eines Themas in einer bestimmten Art und Weise und unter bestimmten Fokussierungen erst einmal wissenschaftlich etabliert ist; und die gerade dann umso überzeugender ausfallen muss, wenn in einem ernsthaften Themenfeld plötzlich Facetten wie das Populäre, das Unterhaltende, das Leichte bedacht werden sollen. Wenn zum *Europa seria* ein *Europa buffa* hinzukommt.

Es wollen diese Anregungen deshalb die Perspektive von Unten für Forschungsleistungen zum Prozess der Europäisierung und zur Europäischen Identität als fruchtbare ergänzende Instanz ausführen, um so einen Möglichkeitspool für Forschungsansätze und Fragestellungen aufzuzeigen, die in den einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen zwar in anderen thematischen Konstellationen fast durchweg umfänglich behandelt worden sind, bislang jedoch auf das Thema „Europa“ keine oder kaum Anwendung gefunden haben. Als ergänzende und zusätzliche Perspektive wohl-

gemerkt, die die stattfindende Forschung weder ersetzen kann noch will, die lediglich aufzeigen möchte, dass es neben der vorherrschenden Forschung, die fruchtbar ist und getan werden muss, noch andere Bereiche geben kann. Es ist mithin auch Ziel, aufzuzeigen, welche Probleme und Forschungsfragen erst abseits der Elitendiskurse als relevante Probleme von Europäisierung erkenn- und somit auch wissenschaftlich beobachtbar werden, wenn das Thema (auch) dort abgehandelt wird, wo es abseits der Eliten passiert: In den kommunikativen (und sonstigen kulturellen) Handlungspraktiken von Europäerinnen und Europäern, ohne dass in diesen Handlungen ein Konzept, eine Leitidee oder ein expliziter Bezug zu einem emphatischen Konstrukt „Europa“ herzustellen wäre. Europäisierung verstanden und beobachtet als ein Fortschreiten selbstverständlicher, ja letztlich banaler, Lebensrealitäten, jenseits von nationalen, regionalen oder konfessionellen Bezügen<sup>16</sup> und ohne zwingende Identifikation mit einem (teilweise rahmenscaffendem und somit vieles erst ermöglichendem, aber in den augenblicklichen Situationen nicht „sichtbaren“) politischen Projekt.

## Vom Kommunikationsraum zum kommunizierten Raum

Das Leben, und damit auch jegliche Form gelebter Praxis von Europäisierung, ist *anderswo* als in den Elitediskursen, aber doch im räumlichen *irgendwo* von konkreten Lebens-, Erlebnis-, Handlungs-, Vorstellungs-, Konsum-, und Mobilitätsräumen sozial Handelnder zu suchen und zu finden. In Räumen, die erst durch dieses Er- und Beleben konstituiert werden. Die Theoretisierung von „Raum und Räumen“<sup>17</sup>, die in den letzten Jahren in den Sozial- und Kultur-

<sup>16</sup> Diese Vorstellung schließt in gewisser Weise an die Zielsetzung der *Republique des Lettres* im Sinne von Pierre Bayle an. Bayle, ein französischer Freidenker und Philosoph, gründete 1684, daran haben Requate / Schulze Wessel erinnert (vgl. Requate / Schulze Wessel, *Europäische Öffentlichkeit*, S. 22f.), eine periodische Schrift mit dem Titel „*Nouvelles de la République des Lettres*“. Die darin skizzierte Gelehrtenrepublik war als eine Gemeinschaft vernunftbegabter Wesen gedacht, die ihre Bindungen und Loyalitäten, ihre Konfessionszugehörigkeit, soziale und regionale Herkunft hinter sich gelassen hatten“ (edb.). Natürlich war diese Konzeption eine Utopie und keine Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse, doch findet in dieser Episode der Versuch, ein Kommunikationsnetz zwischen den Gelehrten Europas zu spannen und damit eine deterritoriale Gemeinschaft zu begründen, seinen Niederschlag. Das Beispiel zeigt die lange Tradition Gemeinschaften anhand gefühlter und freiwillig bekennender

Zusammengehörigkeit zu denken.

<sup>17</sup> Verstanden als sozial konstituierte, und durch soziale Operationen produzierte Ordnungs- und Orientierungskategorie und damit als Instrument zur Beschränkung der Kontingenz von Handlungen durch kommunizierte Lokalisierung von Sinngehalten. Dem beschränkten Umfang dieses Aufsatzes geschuldet kann der sozialkonstruktivistische Charakter von Raum hier nicht näher ausgeführt werden. Für eine umfassendere Beschäftigung vgl. Läßle, Dieter: *Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept*. In: Häußermann, Hartmut et al (Hrsg.): *Stadt und Raum*. Pfaffenweiler 1991, S. 157-207; Schroer, Markus: *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*. Frankfurt a. M. 2006 und Löw, Martina: *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M. 2001. Eine gut sortierte Anthologie klassischer Texte zum Raum bieten Dünne, Jörg / Günzel, Stephan (Hrsg.): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M. 2006.

wissenschaften eine mächtige „Renaissance“<sup>18</sup> erfahren hat und in denen sich der Raum, ähnlich wie die von Francis Fukuyama ebenso populär wie irrig für beendet erklärte Geschichte lautstark zurückmeldete<sup>19</sup>, hat insbesondere angesichts der zunehmend beschriebenen Deterritorialisierungserfahrungen und der Auflösung der (unterstellten) Verbindung von Territorien und dort vorherrschenden (Mono)Kulturen (eine traditionell gewachsene und nahezu naturalisiert angewandte Verständnisform von *One Culture Per Territory*, die sich mitunter auch in politisch motivierten Leitkultur-Debatten wiederholt gezeigt hat), im Lichte des Globalisierungsprozesses sowie aufgrund der rasanten Entwicklung von Kommunikationstechnologien neue Relevanz gewonnen. In der Kommunikationswissenschaft kommt dieser Hype des lange vernachlässigten Raums nur langsam an.

Bisherige Auseinandersetzungen der Kommunikationswissenschaft mit der kulturellen „Fundamentalkategorie Raum“<sup>20</sup> fördern insgesamt wenig Bilanzierbares zu Tage. Einer Einschätzung Otfried Jarrens aus dem Jahre 1987, wonach dem Zusammenhang zwischen Raumstrukturen, Informationsangeboten, Kommunikationsverhältnissen und -prozessen in der Forschung „nur wenig Aufmerksamkeit“ zu Teil geworden ist<sup>21</sup>, kann, ebenso wie Franz Ronnebergers Feststellung, dass die „räumliche Komponente oder Dimension des Kommunikationsverständnisses zu wenig bedacht worden“ sei<sup>22</sup>, weitgehend anhaltende Gültigkeit attestiert werden. Ursula Maier-Rabler bestätigt diese Einschätzungen in den frühen 1990er Jahren mehrfach und bemän-

gelt das „völlige Fehlen von Konzepten“, um die Kategorie Raum für die kommunikationswissenschaftliche Forschung in ähnlicher Weise zu operationalisieren, wie das für die Kategorie Zeit längst gelungen sei.<sup>23</sup> „Die Frage nach dem ‚Wann?‘ und dem ‚Wie lange?‘ erscheint theoretisch wie empirisch abgesichert; die Frage nach dem wo hingegen noch keineswegs.“<sup>24</sup> Wo Raum vorgekommen sei, sei er als Begrenzung für die Untersuchung kommunikativer Strukturen, als etwas, in dem etwas stattfindet, angesehen worden.

Die Grenzen der „raumbezogenen Kommunikationsforschung“ würden überall dort auftreten, wo „weitere Raumfunktionen getroffen werden sollen“<sup>25</sup>. Schließlich hat Klaus Beck 2003 diese früheren Eindrücke bekräftigt und

resümiert, dass es zwar eine Reihe empirischer Studien mit überwiegend „regionaler medienwirtschaftlicher und medienpolitischer Stoßrichtung“ gebe, an einer fundierten Theorie (des Kommunikationsraums) aber noch Mangel bestünde.<sup>26</sup> Hierfür macht er unter anderem den Umstand verantwortlich, dass „Anregungen aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zumeist bislang nicht ausreichend integriert werden konnten.“<sup>27</sup> Die Kommunikationswissenschaft hat ihren Raum, bzw. räumliche Bedingungen und Bezüge von und für Kommunikation, in einer „Residualkategorie abgelegt“ und „je nach Bedarf als Ad-hoc-Erklärung“ herangezogen, wie Maier-Rabler meint.<sup>28</sup>

Aus dieser einhellig als karg beschriebenen Tradition, das Verhältnis von Raum und Kommunikation zu erforschen, lassen sich dennoch drei

### Bisherige Auseinandersetzungen der Kommunikationswissenschaft mit der kulturellen „Fundamentalkategorie Raum“ fördern insgesamt wenig Bilanzierbares zu Tage

<sup>18</sup> Maresch, Rudolf / Werber, Niels: *Permanenzen des Raums*. in: dies. (Hrsg.): *Raum Wissen Macht*. Frankfurt a. M. 2005, S. 7-30, S. 7.

<sup>19</sup> Vgl. Schroer, *Räume, Orte, Grenzen*, S. 161.

<sup>20</sup> Vgl. Rösen, Jörn: *Vorwort*. In: Geppert, Alexander C. T. / Jensen, Uffa / Weinhold, Jörg (Hrsg.): *Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert*. Bielefeld 2005, S. 7-8, S. 7.

<sup>21</sup> Vgl. Jarren, Otfried: *Kommunikationsraumanalyse – Ein Beitrag zur empirischen Kommunikationsforschung?* In: Bobrowsky, Manfred / Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): *Wege zur Kommunikationsgeschichte*. München 1987, S. 560-588, S. 560.

<sup>22</sup> Ronneberger, Franz: *Wandel von Raumvorstellungen durch Medienkommunikation*. In: *Publizistik*, 3 / 1990, S. 257-266, S. 257.

<sup>23</sup> Vgl. Maier-Rabler, Ursula: *Raum und Kommunikation. Impulse für die Forschung*. In: *Publizistik*, 1 / 1991, S. 22-

35; dies.: *In Sense of Space. Überlegungen zur Operationalisierung des Raumbegriffes für die Kommunikationswissenschaft*. In: Hömberg, Walter; Schmolke, Michael (Hrsg.): *Zeit, Raum, Kommunikation*. München 1992, S. 357-370, S. 357.

<sup>24</sup> Maier-Rabler, *In Sense of Space*, S. 358.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 359.

<sup>26</sup> Vgl. Beck, Klaus: *No sense of place? Das Internet und der Wandel von Kommunikationsräumen*. In: Funken, Christiane / Löw, Martina (Hrsg.): *Raum – Zeit – Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien*. Opladen 2003, S. 119-137, S. 123.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Maier-Rabler, *Raum und Kommunikation*, S. 27. Bestätigt sah sie dies nicht zuletzt dadurch, dass die Begriffe „Raum“ oder „räumlich“ in den Registern und Indices deutschsprachiger Einführungsliteratur in die und

wesentliche Stoßrichtungen nachzeichnen. Einmal die – oft durchaus wörtlich gemeinte – Abbildung von regionalen und lokalen Kommunikationsräumen<sup>29</sup> in Kommunikationsatlanten, einmal meist politisch und rechtlich orientierte, teilweise aber auch auf Integrationsfragen gerichtete Überlegungen zu Europa, und schließlich die „neue Räumlichkeit“ als Folge einer „universellen Neudefinition räumlicher Konstrukte“<sup>30</sup> in Gefolgschaft der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, in denen Raum zunächst vor allem dazu gebraucht wurde, die Räumlichkeit vorschnell für obsolet geworden zu erklären.

Angesichts der Konzeption als konkreter im politischen Planungszusammenhang verwertbarer Forschung ist es verständlich, warum bei der Analyse von Kommunikationsräumen politisch definierte Territorialeinheiten Untersuchungsgegenstand bleiben konnten und sich erst angesichts der offenkundigen Defizite solcher Raumabgrenzung ein von der Region entkoppeltes Verständnis des Kommunikationsraumes entfalten konnte. Klaus Beck konstatiert:

*„Kommunikationsräume können nicht als geografisch definierte und kartografierbare Behälter begriffen werden, sondern müssen als dynamische Sozialgebilde aufgefasst werden, die durch Kommunikation – und nicht allein durch politische, ökonomische, technische, oder sonstige Rahmenbedingungen von Kommunikation – definiert werden. Der Begriff des Kommunikationsraums sollte nicht allein medialisierte Kom-*

von Standardwerke(n) der Kommunikationswissenschaft nicht vorkommen, „lokal“ und „regional“ würden auf die Lokalkommunikation oder Kommunikationsraumanalysen nach Behältermuster verweisen. Erst mit einer deutlichen Weitung des Kommunikationsbegriffes und einer Erweiterung der eingesehenen Literatur, weg vom zentralen Kern des Faches, würden sich Einträge häufen. Mit dieser Art der Beweisführung für den Mangel an direkter raumbezogener Auseinandersetzung innerhalb der Kommunikationswissenschaft lässt sich die bestätigende Indizienkette bis in die jüngste Vergangenheit weiterverfolgen.<sup>29</sup> Diese Forschungen waren zumeist Elemente der Politikberatung und wurden entsprechend durch staatliche oder regionale Verwaltungseinheiten finanziell unterstützt. Ziel war es, so Otfried Jarren, „regionale Disparitäten in der Informations- und Kommunikationsversorgung aufzuzeigen, um auf Basis dieser Ergebnisse die Einführung ‚Neuer Medien‘ gezielt vorbereiten zu können“, (Jarren, *Kommunikationsraumanalyse*, S. 566) bzw. aus „Bestandsaufnahmen des Ist-Zustandes kommunikativer Infrastruktur“ und der Erhebung des Bedarfs von Seiten der Bevölkerung und deren Bewertung der vorhandenen Angebote Zusammenhänge zwischen „Raumstruktur, Soziokultur und Kommunikation“ zu analysieren sowie Planungskonzepte und

*munikationsmodi einschließen, sondern auch direkte Formen der Kommunikation, damit der kommunikative Wandel umfassend analysiert werden kann.“*<sup>31</sup>

Beck folgert also, dass Kommunikationsräume wie Sozialräume generell dynamisch, also durch herkömmliche Kartografierungsmethoden nicht fassbar sind. Sie existieren nicht nur nebeneinander, sondern können sich überlagern und stehen miteinander in Verbindung. Indem man Kommunikationsräume als mehrdimensionales Konstrukt aus Beziehungs-, Sinn-, Verständigungs- und Zeitdimension beschreibe, könne ein Modell des Kommunikationsraumes auch auf nicht geographisch fundierte (sondern etwa durch, auch computervermittelte, Kommunikation gebildete Kommunikationsräume), als Analyseinstrument umgebrochen werden.<sup>32</sup> Damit scheint eine Annäherung an den Diskurs von Räumen als sozialem Konstrukt vollzogen.

Der im Kontext dieses Aufsatzes relevante „Kommunikationsraum Europa“ gewann im Zeichen der zunehmenden innereuropäischen Integration also der zunehmenden wirtschaftlichen und in weiterer Folge auch politischen Verflechtung der europäischen Nationalstaaten in der Europäischen Union an Aufmerksamkeit. Die Hauptthemen, die in diesem Zusammenhang zu faszinieren wussten, waren der in Rezeptionsverhalten und Medienwirkungsweisen vermutete *Beitrag der Medien zu Europa*<sup>33</sup>, vor allem aber die politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen – also Fragen der Distribution, der

Planungsrichtlinien abzuleiten (vgl. Maier-Rabler, Ursula: *Raumbezogene Kommunikationsforschung als Grundlage kommunikationspolitischen Handelns. Projekt: Kommunikationsatlas Salzburg-Stadt*. In: Bobrowsky / Langenbacher, *Wege zur Kommunikationsgeschichte*, S. 589-601.).

<sup>30</sup> Vgl. Maier-Rabler, Ursula: *Neue Räumlichkeit und digitale Netzwerke*. In: Latzer, Michael / Maier-Rabler, Ursula / Siegert, Gabriele / Steinmaurer, Thomas (Hrsg.): *Die Zukunft der Kommunikation. Phänomene und Trends in der Informationsgesellschaft*. Innsbruck 1999, S. 199-202, S. 200. Auf weitere, auch metaphorische Verwendungen von Raum kann hier nicht eingegangen werden, zur Übersicht empfiehlt sich Hipfl, Brigitte: *Mediale Identitätsräume. Skizzen zu einem „spatial turn“ in der Medien- und Kommunikationswissenschaft*. In: Hipfl, Brigitte / Klaus, Elisabeth / Scheer, Uta (Hrsg.): *Identitätsräume. Nation, Körper und Geschlecht in den Medien. Eine Topografie*. Bielefeld 2004, S. 16-50 bzw. der gesamte Band.

<sup>31</sup> Beck, *No Sense of Place?*, S. 123f.

<sup>32</sup> Vgl. Beck, *No Sense of Place?*, S. 129-136.

<sup>33</sup> Exemplarisch sei auf einen entsprechend betitelten Aufsatz verwiesen: Schönbach, Klaus: *Der Beitrag der Medien zu Europa. Rezeption und Wirkung*. In: Erbring, *Kommunikationsraum Europa*, S. 27-38.

Medienwirtschaft, der Medienregulierung, Fragen des Kartellrechts – sowie die Selbstbehauptung kleiner nationaler Medieneinheiten im supranationalen Wettbewerb. Dementsprechend, so zeigt sich auch in dem von Lutz Erbring herausgegebenen Tagungsband zur Jahrestagung der DGPK 1994 zum *Kommunikationsraum Europa*<sup>34</sup>, wurde dieses Europa überwiegend durch Abhandlung von „parallelen nationalen Entwicklungen“<sup>35</sup> und deren Vergleich zu fassen versucht. In seinen in besagtem Band enthaltenen *konzeptionellen Gedanken am Beispiel Europa* führt Hans J. Kleinsteuber fünf zentrale *Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen* aus. Es wären demnach Technik, Politik, Recht, Wirtschaft und Kultur, die Raum „schaffen“ würden.<sup>36</sup> Es treten hier vorerst also auch in der Europadiskussion vorwiegend jene Kriterien zur Beschreibung von Raum auf, die sich auch in der innerstaatlichen Regionalabgrenzung finden ließen – Räume bleiben weitgehend politische Räume und politische Einheiten territorial beschrieben. Zwar wird das Auseinanderfallen von Kommunikationsräumen und politischen Räumen festgehalten<sup>37</sup>, das Grundkonzept der Raumvorstellung bleibt aber dennoch das des nach politischen oder rechtlichen Merkmalen beschreibbaren Containers. Durch Veränderungen der Rechtslage verändert sich in so einer Sichtweise nur das Verhältnis der Container zueinander oder die innere Ausgestaltung einzelner Behältnisse. Europa wird somit zur Fortsetzung des Containers mit anderen Mitteln; der Box in anderen Boxen.

Eine Verschiebung dahin, Räume (und in weiterer Folge auch Europa und alle sich entfaltenden Räume, die europäisch sind) als Diskursprodukte und somit kommunikativ konstituiert zu sehen, ist aber noch nicht wirklich vorgenommen. Es

wäre als Konsequenz eines „räumliche gewendeten“ Zugangs weniger ein Konzept des „Kommunikationsraumes Europa“, als Behälter in dem sich europäische Kommunikationseignisse beobachten lassen, sondern ein kommunizierter Raum Europa, als in seinem Vorkommen und seiner Wirkkraft beobachtbares Diskursphänomen, von Interesse. Und

dabei noch vielmehr als *das Europa* die einzelnen kleinen partiellen Räume, die sich innerhalb Europas aufspannen lassen und anhand derer sich europäische Akteure in ihrem Handeln orientieren, während sie die Räume durch ihre Handeln auch selbst erst bilden, verfestigen und durch Gebrauch beständigen.

**Es wäre als Konsequenz eines „räumliche gewendeten“ Zugangs weniger ein Konzept des „Kommunikationsraumes Europa“, sondern ein kommunizierter Raum Europa, als in seinem Vorkommen und seiner Wirkkraft beobachtbares Diskursphänomen, von Interesse**

## Das Ende der Ausschließlichkeit

Gerd Hallenberger hat angemerkt, dass es „*bis heute nicht gelungen [sei] ein überzeugendes Konzept einer gemeinsamen und ausschließlichen europäischen kulturellen Identität zu entwickeln*“.<sup>38</sup> Es gäbe zwar einen wesentlich gemeinsamen kulturellen Hintergrund, der aber nicht zwangsläufig von allen in gleicher Weise geteilt würde und – fast noch wichtiger – nicht exklusiv europäisch sei. Die Konstruktion von kulturellen, kollektiven wie auch individuellen Identitäten in einer „postsolidarisch und individualistisch signierten Welt“<sup>39</sup> in der biographische Verlaufsmuster diskontinuierlicher werden und vorgefestigte, archetypische, in sich zweifelsfreie und konsistente Lebensentwürfe in den letzten Jahrzehnten weitgehend erodiert sind, macht eine solche exklusive, einheitliche Idee von Identität für Europa kaum noch zielführend vorstellbar. Es scheinen daher zwangsläufig „multiple Identitäten“ sein zu müssen, mit denen wir uns fürderhin befassen. Solche sind nach Saxer einzig tauglich, so flexibel zu agieren, um in einer überkomplexen

<sup>34</sup> Vgl. Erbring, *Kommunikationsraum Europa*.

<sup>35</sup> Vgl. ebd.

<sup>36</sup> Vgl. Kleinsteuber, Hans J.: *Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen. Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa*. In: Erbring, *Kommunikationsraum Europa*, S.41-50, S. 43ff.

<sup>37</sup> Vgl. Erbring, Lutz: *Vorwort*. In: Erbring, *Kommunikationsraum Europa*, S. 11-13.

<sup>38</sup> Hallenberger, Gerd: *Eurofiction. Fiktionale*

*Fernsehsendungen in Europa*. In: Löffelholz, Martin / Hepp, Andreas (Hrsg.): *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*. Konstanz 2002, S. 421-435, S. 430.

<sup>39</sup> Luger, Kurt: *Alpenrap und Cybersherpas. Kulturelle Modernisierung in peripheren Bergregionen der Alpen und des Himalaya*. In: Löffelholz / Hepp, *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*, S. 667-695, S. 667.

Realität der modernen Zivilisation befriedigende Lebensentwürfe zu tätigen.<sup>40</sup> Gerade angesichts der diffusen Differenz-Erfahrung „Europa“ gewinnen vom amerikanischen Kommunikationswissenschaftler James Lull aufgeworfene Fragen an Bedeutung, wie sich Menschen in einer Welt zurechtfinden, „in der sich der stabilisierende Einfluss der Kultur als gemeinsames Projekt immer stärker in ein symbolisches und personalisiertes Panorama von Bildern und Träumen, Fantasien und Illusionen, Reisen und Zufluchtsorten verwandelt“<sup>41</sup> und Kultur zu einem stark diskursiven Projekt geworden ist.<sup>42</sup> Wer die legitimierenden Strukturvorgaben eines festgelegten biographischen Verlaufs in abgegrenzten (nationalen) Parametern immer weniger zur Klärung des eigenen Standorts im *Strom der Unsicherheit*<sup>43</sup> heranziehen kann, für den wird die Auseinandersetzung mit Fragen der eigenen Identität und die Sondierung von Optionen sich selbst als ein attraktives Selbst zu erzählen zunehmend virulent. Traditionelle identitätsstützende Rahmen wie Nation, Konfession oder Partei sind keineswegs hinfällig geworden, aber die Relevanz, das Interesse und vor allem auch die technologische Möglichkeit von kommunikativer Vernetzung, weit über den eigenen unmittelbaren Beobachtungshorizont hinaus sowie die Möglichkeit in selbstgewählten, auf freiwilliger Teilnahme aufgrund von selektierten Gemeinsamkeiten im Umgang mit (populär)kulturell produziertem Sinn basierenden Gemeinschaften zu partizipieren, haben sich merklich potenziert.<sup>44</sup> Identitäten sind nach Andreas Hepp keineswegs „einfach etwas ‚Individuelles‘ sondern in ihrem Sinnhorizont auf weitere Vergemeinschaftung gerichtet“<sup>45</sup> und dabei zeigt sich eine Tendenz der Verfreiwilligung, der Ver-Handlung in den Prozessen der

Vergemeinschaftung. Man beobachtet einerseits den Ausbruch aus bzw. die Auflösung von sozialen Determinanten und andererseits die Hinwendung zu persönlichen Wertschätzungsprofilen. Die kulturelle Identität besteht aus einer Fülle von Bezügen, die sich nicht immer separat identifizieren lassen. Sie ist nicht statisch, sondern ein je kurzweiliger, vorübergehender Kristallisationspunkt der kulturellen Divisionen, in die das Individuum eingebunden ist, und an die, so wiederum Hepp, konkrete Alltagspraktiken und besonders auch Konsumakte gebunden sind.<sup>46</sup> Kulturelle Identität ist unter anderem an Konsumpraktiken gebunden und Konsum wiederum orientiert sich an Räumlichkeiten, wird in Handlungsräumen und Vorstellungsräumen, an denen sich bestimmte Praktiken als wahrscheinlich erwartbar kommunizieren lassen, realisiert.<sup>47</sup>

**Das Populäre bietet möglichst friktionsfreie Bezugsebenen an und spiegelt Kommunikationserwartungen und -präferenzen wider, an die mit Vergnügen und positiven Emotionen angeschlossen werden kann**

Hierbei bieten sich vor allem auch populärkulturelle,

unterhaltende Inhalte bzw. Referenzwerte für eine solche Identifikation durch Abgrenzung, in der Gemeinsamkeiten kommuniziert und damit Differenz gegenüber anderen artikuliert wird in besonderem Maße an. Nach Hans-Otto Hügel ist es „nicht zu verhindern“, durch die Befassung mit Populärem „Distinktionsgewinne“<sup>48</sup> – also Möglichkeiten zur Unterscheidung, die sich für Vergemeinschaftungen einsetzen lassen um die Identität der Gemeinschaft zu definieren – zu erzielen. Das Populäre bietet möglichst friktionsfreie Bezugsebenen an und spiegelt Kommunikationserwartungen und -präferenzen wider, an die mit Vergnügen und positiven Emotionen angeschlossen werden kann, was wiederum für auf Freiwilligkeit beruhende Vergemeinschaftung wesentlich sein kann. Dieses reziproke Verhältnis von Identität und Differenz ist

<sup>40</sup> Vgl. Saxer, *Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel*.

<sup>41</sup> Lull, James: *Superkultur*. In: Löffelholz / Hepp, *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*. S. 750-773, S. 750 und auch Lull, James: *Media, Communication, Culture. A global approach*. New York 2000.

<sup>42</sup> Vgl. Lull, *Superkultur*, S. 667.

<sup>43</sup> Vgl. Falböck, Gabriele / Schwarzenegger, Christian: *Dem Strom der Unsicherheit entreißen. Das Generationenparadigma und die Analyse der kommunikativen Herstellung von Identität – Verdachtsmomente für einen „generational turn“ in der*

*Kommunikationsgeschichte*. In: *medien&zeit*, 3 / 2006, S. 21-30.

<sup>44</sup> Vgl. Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*, S. 295.

<sup>45</sup> Ebd. S. 280.

<sup>46</sup> Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*, S. 277.

<sup>47</sup> Eine Vertiefung dieses Zusammenhangs, für die hier keine Möglichkeit besteht findet sich in Hellmann, Kai-Uwe / Zurstiege, Guido: *Räume des Konsums. Zum Funktionswandel von Räumlichkeit im Zeitalter des Konsumismus*. Wiesbaden 2007.

<sup>48</sup> Hügel, Hans-Otto: *Lob des Mainstreams. Zu Begriff und Geschichte von Unterhaltung und Populärer Kultur*. Köln 2007, S. 46.

ein Grundprinzip der theoretischen Auseinandersetzung sowohl mit individuellen als auch kollektiven Identitäten. Die Verständigung in Subkulturen erfolgt über kollektivierte Narrative, Selbst- und Fremdbilder, die Errichtung von (kommunikativen) Grenzen, nach innen wie außen, die den Grad an Zugehörigkeit, das Maß an Exklusivität und Eingeweihtheit vermitteln, auf welches sich berufen lässt. Das Populäre stellt ein Reservoir an Bedeutungen bereit, es bietet Referenz und Verweissysteme über die sich in alltäglicher Kommunikation Sinn herstellen und Gemeinsamkeit begründen lässt.

Der aktive Umgang mit populärkulturellen Sinnbezügen ist ein (möglicher) Schlüssel zur Bildung von deterritorialen Sinngemeinschaften und diese wiederum bilden (wenngleich oft flüchtige, temporäre, aber sich auch periodisch kristallisierende, sozial konstituierte, veränderliche) mögliche Sphären und Räume alltäglicher Lebensrealitäten und sozialer Handlungswirklichkeiten: Ein (zugleich: viele) Europa der populärkulturellen Konsum- und Sinngemeinschaften und der von ihnen geschaffenen und belebten Räume.

Europäische Identitäten müssen – so die Folgerung daraus – per se ein Ende der Ausschließlichkeit bedeuten, das „Entweder oder“ hinter sich lassen und ein „Sowohl als auch“ begründen. Man ist in seiner gelebten Plurikulturalität nicht nur Europäer und sonst nichts. Es kann daher auch nicht nur „Europa drinnen sein, wo Europa drauf steht“<sup>49</sup> – also wo es in einer direkten Bezugnahme artikuliert wird –, da man als multikontextuelles Wesen dann ja auch aufhören würde europäische Identität zu leben sobald man sich nicht explizit auf sie bezieht. Wenn nun aber das Gemeinsam-Europäische nicht ausgedrückt werden muss, um europäisch zu sein und zu bleiben, warum sollte

man dann nicht auch soziale Praktiken des Alltags, die keinen direkten wissentlichen oder willentlichen Bezug zu Europa herstellen, als Versatzstücke eines dauerhaften Prozesses von Europäisierung verstehen und betrachten? Die postmoderne *Welt in Stücken*<sup>50</sup>, die Identitätssuche in Zygmunt Baumanns *flüchtiger Moderne*<sup>51</sup>, die Vergemeinschaftung von Sinn in der (kommunikationstechnologisch) hoch entwickelten Mediengesellschaft erfolgt nicht mehr vorderhand innerhalb der traditionsreichen Konzepte von Staat, Partei, Religion. Sie ist vielmehr von einem tiefen kulturellen Eklektizismus geprägt, eine Kultur der Vielfalt und der Verschiedenen geworden – und Identitätskonstruktion (noch mehr) zum Gegenstand gezielter Eigenaktivität.

Diese *Culture of Deep Diversity* lässt Gedanken an vereinnahmende, also einzig gültige (nationale)

**Warum sollte man nicht auch soziale Praktiken des Alltags, die keinen direkten wissentlichen oder willentlichen Bezug zu Europa herstellen, als Versatzstücke eines dauerhaften Prozesses von Europäisierung verstehen und betrachten?**

Leitkulturen, aus denen sich Identitäten speisen, antiquiert erscheinen<sup>52</sup> und offenbart vor allem auch die Notwendigkeit neuer Strategien zur Beschreibung gesellschaftlicher Kollektive und der diese Kollektive bildenden Individuen. Wer nach dem *großen Einen* in Europa suchen will, und dies vielleicht auch noch auf dem Weg tun möchte, dieses Eine aus

den Nationalstaaten destilliert abzuleiten, der verkürzt die auch im Nationalstaat vorherrschende kulturelle Binnenpluralität ins Unzulässige und negiert somit die zerklüftete Struktur der Gesellschaft und stützt sich auf ein Konzept von gesellschaftlicher Organisation, das kaum noch Entsprechung in der sozialen Realität beanspruchen kann. Europäisierung als Homogenisierung in einem einheitlichen Konzept (miss)zu verstehen wäre, wie es Beck / Grande formuliert haben, ein „gänzlich uneuropäisches Zerrbild“<sup>53</sup>.

Es ist stattdessen eher ein diffuses „Gefühl Europa“, das unterschiedlichste auf (populär)kulturel-

<sup>49</sup> „Wo Europa drinnen ist soll auch Europa draufstehen“ war eine Forderung des österreichischen Finanzministers und Vizekanzlers Wilhelm Molterer anlässlich des Europatages 2007, mit der dem Bestreben nachgekommen werden sollte, Europa – ergo die positiven Leistungen der EU – sichtbar zu machen. Vgl. <https://www.bmf.gv.at/Presse/6809.htm>

<sup>50</sup> Vgl. Geertz, Clifford: *Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts*. Wien 1996.

<sup>51</sup> Bauman, Zygmunt: *Flüchtige Moderne*. Frankfurt a. M.

2003.

<sup>52</sup> Wiewohl solche „großen Narrative von Identität“ keineswegs aufhören zu existieren oder für bestimmte Identitätsleistungen funktional zu sein. Zu bedenken ist freilich, dass auch „Nation“ oder „Religion“ Gemeinschaften sind, die zunächst auf der Vorstellung von Gemeinsamkeiten beruhen, die – etwa durch Staatsbürgerschaft oder Taufe – institutionalisiert werden

<sup>53</sup> Vgl. Beck / Grande, *Das kosmopolitische Europa*, S. 159.

lem Sinn beruhende Vergemeinschaftungen und die kognitiven Handlungs- und Vorstellungsräume, die dadurch erschlossen und gegründet werden, durchaus auch ohne expliziten Europabezug europäisch sein lässt. Die entscheidende Frage scheint damit nicht zu sein, *Wer* oder *Was* Europa bzw. europäisch ist, sondern wie sich eine gemeinsame Klammer in den Differenzen finden lässt, durch die unabhängig davon was ein Europäer jeweils noch ist und wie er dabei, jenseits der teilkulturellen Praxen an denen er partizipiert und als deren Teil er sich zu erzählen versteht, dennoch fortlaufend auch Europäer bleibt. Hier haben Elisabeth Klaus<sup>54</sup> bzw. David Morley und Kevin Robins mit ihrer Beschreibung europäischer Gemeinschaftsidentität, die sich zuerst durch ein „Gefühl ein Europäer zu sein“<sup>55</sup> ausdrücke, wertvolle Hinweise geliefert, wie das Konzept Europäisierung zu beschreiben sein könnte, ohne die zunehmende Individualisierung und Partikularisierung durch Teilhabe an sub- bzw. teilkulturellen Öffentlichkeiten zu vernachlässigen. Ein Gefühl, als eine unterstellte und unterstellbare vermutete Gemeinsamkeit und Signatur für Handlungen, das irgendwie „europäisch“ ist und damit als Differenzmarkierung gegenüber dem Globalen (dem Amerikanischen, dem Asiatischen, dem Nicht-Europäischen) verwendet werden kann. Doch wo kann dieses Europa beobachtet werden und wie wird diese Lokalisierung kommuniziert?

## Die Ordnung der Dinge

Abseits der Ordnung der Dinge im Foucaultschen Sinne scheint es auch eine Ordnung der Dinge zu geben, haben Räume durch die in ihnen enthaltenen, vermuteten oder ihnen zugeschriebenen Sinngehalte, erwartbaren Kommunikationschancen und Ankopplungsmöglichkeiten für Kommunikationsakte eine Ordnungs- und Orientierungsfunktion für gesellschaftliche Diskurse. Es handelt sich dabei um kommunikativ konstituierte Räume, um Ensembles von Relationen<sup>56</sup> abgesteckt durch gemeinsam gemachten Sinn, wodurch sich kommunale Bezugsebenen kommunizieren bzw. kommunizierte Bezüge

kommunal machen lassen. Diese „Sinnräume“ sind somit Schauplätze, Standorte und Produkte der Alltagspraxis und der zuvor erwähnten Vergemeinschaftungen, die als (temporäre) Gefäße und Resultate von Europäisierung beobachtet werden sollen: Sie bilden in Weiterführung des Vokabulars von Michel Foucault *Heterotopien*, also „gewissermaßen Orte außerhalb aller Orte, wie-wohl sie tatsächlich geortet werden können“<sup>57</sup>.

Wenn Raum das Produkt sozialer Operationen ist so produziert die weite Bandbreite unterschiedlicher sozialer Operationen auch unterschiedliche Räume an denselben Orten zur gleichen Zeit. Andere Räume und Räume der anderen: Der anderen (als der üblicherweise beobachteten) Diskurse, der anderen (als der üblicherweise beachteten) Konstrukteure, der anderen (alltäglichen und daher banalen) Praktiken, die auch auf den anderen (als den Wirtschafts- oder Politik-) Seiten und in den anderen Sendungen der (und anderer) Medien erzählt werden. Was letztlich nichts anderes bedeutet, als dass es in Europa unterschiedlichste solcher interpretativen, ko-existierenden, parallelen und sich überlappenden Erlebensräume geben kann und gibt, die durch translokalen Sinnhorizont von Handelnden begründet werden. Sie bilden die Räume des kognitiven, kommunikations- und handlungsrelevanten Erlebnis-Europa (von vorgestellten Gemeinschaften).

Sinnräume und Heterotopien, die für Vergemeinschaftungen Relevanzzentren bilden und die jene Aktionsräume darstellen, in denen alltägliche kulturelle Praxis tatsächlich Platz greift, lassen sich anhand des kommunikativen Handelns bestimmen, durch das sie konstituiert werden.<sup>58</sup> Die Fragen *Wer*, *Wie*, und *Was* Europa bzw. Europäisierung eigentlich ist und abseits eines Elitendiskurses sein kann, wird so um ein *Wo* erweitert, ein *Wo*, das überall sein kann, weil es kein festes Territorium hat, und nur aufgrund seiner kommunikativen Besonderheiten und seines Erlebtwerdens benannt und eingegrenzt werden kann; ein *Wo* das kommuniziert werden muss, und damit beobachtbare, analysierbare Manifestationen und Spuren dieser Kommunikation zeigt. Räume ent-

<sup>54</sup> Vgl. Klaus, *Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext*.

<sup>55</sup> Morley, David / Robins, Kevin: *Globalisierung als Identitätskrise. Die neue globale Medienlandschaft*. In: Löffelholz / Hepp, *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*, S. 533-560, S. 548 bzw. auch und noch ausführlicher Morley, David / Robins, Kevin: *Spaces of Identity. Global media, electronic landscapes and cultural*

*boundaries*. London, New York 1996.

<sup>56</sup> Vgl. Foucault, Michel: *Andere Räume*. In: Berek, Karlheinz et al. (Hrsg.): *Aisthesis – Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*. Leipzig 1990, S. 34-46, S. 38.

<sup>57</sup> ebd. S. 39.

<sup>58</sup> Wiewohl einmal konstituierte Räume auch über die Konstituierung hinaus Beharrungskraft entwickeln.



stehen, wie zuvor dargestellt, durch Interpretation und Kommunikation, sie sind „perzeptiv fundiert“ und „kommunikativ konstruiert“<sup>59</sup>, sie sind keine gegebene Tatsache, sondern das Resultat sozialer Prozesse: Sie müssen erst geschaffen, geräumt werden. Sie sind das interpretative, auf Kenntnis basierende Herstellen von gesellschaftlichen Zusammenhängen, die in homogenisierter Form als Raum wahrgenommen werden. Sie strukturieren gesellschaftliche Diskurse, indem Orten bestimmte Kommunikationschancen, Interaktionserwartungen und Handlungsoptionen zugeordnet werden, durch die wiederum Orientierung für das eigene (individuelle, teilkulturelle) Kommunikationsverhalten geboten wird. Sie ordnen den Diskurs damit gewissermaßen. Vermittels bestimmter Raumkonstrukte werden Unterstellungen von Gemeinsamkeit in einem kognitiven Orientierungsraum viabel, sobald die Unterstellung ausreichend mit anderen geteilt wird. Es stellt sich daher die Frage, wie solche Sinnräume kommuniziert werden, um den an sie geknüpften Kommunikationserwartungen Viabilität zu sichern?

Der Historiker Karl Schlögel hat das klassische *Handbuch für Reisende* Karl Baedekers als ein Element der Konstruktion Mitteleuropas beschrieben<sup>60</sup>: Der Baedeker, so führt Schlögel aus, wirkt an der Produktion kultureller Räume mit, er zeichnet ein Netzwerk in dem man sich schnell zurechtfinden kann, er schafft Übersicht, stellt Zusammenhänge her, er bildet *Mental maps*. Und er führt in Erlebniswelten, er beschreibt konkret erwartbare Erlebnisse und Kommunikationschancen, die an den beschriebenen Orten aktiviert werden können; er führt allerdings nicht nur, er konstruiert durch diese Kommunikationsleistung ein Europa der Erlebniswelten, der Erlebnisgemeinschaften auch selbst aktiv mit. Es ist daher sinnvoll nach Manifestationen zu suchen, in denen (verschiedene alltagsrelevante

Versionen von) Europa vielleicht in Form von Reiseführern, Konsum- oder Szene-Guides, Lifestylemagazinen, Online-Netzwerken oder anderen, bislang noch nicht genannten (teil)kulturellen Verständigungsplattformen entworfen, erzählt und konstruiert wird. Besteht ein „geheimen Europa“ aus solchen Heterotopien mitten unter uns? Wer erzählt Europa als Europa und wer erzählt das andere, sub- oder populärkulturelle Europa<sup>61</sup>? Und wiederum, worin besteht die Signatur, die derartige Heterotopien als Gemengelage von Beziehungen als „europäisch“ kennzeichnet?

Als eine von verschiedenen denkbaren Möglichkeiten solche alltäglichen Heterotopien der europäischen Lebenspraxis zu identifizieren und zu beschreiben bietet sich der Blick auf populärkulturelle Vergemeinschaftungen an. Diese spannen, gerade weil sie sich über gemeinsam gemachten Sinn und nicht durch Rückversicherung auf territorialstaatlich begrenzte traditionelle Konzepte gebunden und festgemacht sind ein geheimes, heterotopisches Netzwerk aus Städten, Orten, Plätzen und

Strassen, das einen Aktions- und Orientierungsraum eröffnet, der sich mit den politischen Macht- und Wirtschaftszentren überschneiden kann aber nicht muss; Hier wird ein anderes Europa bespielt: das Europa des Populären und der Teilkulturen, der Konzerte, Festivals, Szenetreffs und Underground-Clubs, der Konsumtempel und hippen Straßenmärkte, der Schauplätze „quasikultureller Veranstaltungen“<sup>62</sup>, an denen sich gemeinsamer Sinn manifestiert; die man nicht aufsuchen muss um daran teilzuhaben, aber um die man wissen kann, um sich durch dieses Wissen von anderen zu unterscheiden, die das Wissen nicht teilen – um somit Kapital für kulturelle Identitätsbildung zu gewinnen, für Identitäten, die auch europäisch sind.

Die Welt in der wir leben, so der Ethnologe Marc Augé in seiner bereits klassisch gewordenen

Vermittels bestimmter Raumkonstrukte werden Unterstellungen von Gemeinsamkeit in einem kognitiven Orientierungsraum viabel, sobald die Unterstellung ausreichend mit anderen geteilt wird

<sup>59</sup> Ziemann, Andreas: *Der Raum der Interaktion - eine systemtheoretische Beschreibung*. In: Krämer-Badoni, Thomas / Kuhm, Klaus (Hrsg.): *Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie*. Opladen 2003, S. 131-153, S. 150.

<sup>60</sup> Vgl. Schlögel, Karl: *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. Frankfurt a. M. 2006, S. 371-378.

<sup>61</sup> In einer Titelgeschichte des *Spiegel* vom August 2007 wurde mit der Empfehlung London und Paris zu vergessen ein geheimes Netzwerk der „coolsten Städte“ Europas von Kopenhagen, über Barcelona, Dublin und Hamburg bis Tallinn beschrieben. Ist dies ein mögliches Beispiel für ein *Europa der anderen*? Vgl. *Europas coole Städte*. In: *Der Spiegel*, 34 / 20.8.2007.

<sup>62</sup> Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*, S. 287.

Schrift über *Nicht-Orte* und das Konzept einer Welt der „Übermoderne“, deckt sich nicht exakt mit jener Welt, von der wir glauben, ihn ihr zu leben, da wir in einer Welt leben, auf die zu blicken, die zu beobachten wir noch nicht gelernt hätten. Wir müssten daher neu lernen über Raum nachzudenken<sup>63</sup>. Welche wissenschaftlichen (wie auch gesellschaftlichen) Potentiale ließen sich eröffnen, wenn wir lernten auf das *Europa der Anderen* zu blicken, jenes Europa, in dem Europäer ihren (kulturellen) Alltag leben, aber auf das zu blicken wir bislang noch nicht gelernt haben? Es wartet darauf wissenschaftlich identifiziert, beobachtet und beschrieben zu werden.

## Fazit – Why so serious?

In diesem Beitrag wurde versucht Anregungen zu geben, in den Forschungen zur Europäisierung und zu Europa auch auf andere als die typischerweise behandelten Themenfelder zu fokussieren und zusätzlich zu (und nicht anstelle von) den vorwiegend behandelten Elitendiskursen in einer Perspektive *von unten auf die Unteren* zu blicken, um Europäisierung in einer solchen Betrachtungsweise als einen alltägliche Lebensrealitäten berührenden Prozess zu betrachten. Politik, Recht und Wirtschaft, das Fortschreiten des Friedensprojekts der EU sowie die Kommunikation darüber – das sind wichtige Faktoren, die gut untersucht sein wollen; jedoch bestimmen sie allein nicht das Leben der europäischen Bevölkerungen, sie reichen (wenngleich sie Auswirkungen darauf haben) nicht zwingend in das alltägliche bewusste Erleben hinein. Und was im Alltäglichen erlebt wird, wird nicht zwingend mit Europa in Verbindung gebracht, obgleich es sich dabei nun einmal um den Vollzug von Lebensrealitäten handelt, die auch europäische sind.

Hierfür wurde ausgehend von einer rekonstruktiven Auseinandersetzung mit dem Begriff des Kommunikationsraums an aktuelle Konzepte angeschlossen, die Raum nicht als feststehende, ontologischen Entität sondern als durch soziale Operationen kommunikativ (perzeptiv und interpretativ) konstituierte Kategorie verstehen. Dadurch kann die Vorstellung vom Nationalstaat als quasi natürlichem Habitat sozialen Lebens

(und seiner Beobachtung) überwunden werden, und der Vergleich von nationalen bzw. transnationalen Öffentlichkeiten durch den Blick auf kleinräumliche Sinneinheiten – andere, durch gemeinsam gemachten (kommunizierten) Sinn definite – Aktivitäts- und Vorstellungsräume ergänzt werden. So ist es teilweise möglich die nach Ulrich Beck und Richard Grande bestehende Europablindeheit<sup>64</sup> der Sozialwissenschaften, die nicht hinreichend mit der Pluralität Europas hantieren könnten, da sie nach wie vor von methodologischem Nationalismus<sup>65</sup> und auch nationalen Forschungstraditionen und -interessen bestimmt seien, die zu einer „Nicht-Thematisierung“<sup>66</sup> Europas führten wenn von Europa die Rede sein sollte, teilweise zu umgehen: Andere Beobachtungsgrundlagen erlauben auch andere Beobachtungen.

Heterotopien im hier angedeuteten Verständnis bzw. Kommunikationsräume als Sinn- und Erlebnisräume als Sphäre in der sich Europäisierung ereignet sind ebenso wie Vergemeinschaftungen (Sinngemeinschaften) und kulturelle Identitäten dynamisch zu denken. Gleichzeitig ist es gemessen am Elitendiskurs wesentlich schwieriger einzelne (mediale) Mitkonstrukteure und Diskursbeteiligte auszumachen, die an der kommunikativen Konstitution anderer Räume und in weiterer Folge an einem alltäglichen Europa von unten beteiligt sind. Man muss daher den „theoretischen Blick so einrichten, dass variable Relevanzstrukturen sichtbar werden, die jeweils besondere Kommunikationsgemeinschaften voneinander unterscheidbar machen“, was auch bedeutet, „den Blick zu öffnen für die Variabilität der Grenzen besonderer Kommunikationsgemeinschaften“<sup>67</sup>. Diese Variabilität zieht jeweils auch methodische Anpassungen nach sich, und erfordert reflexive Begründungen dafür, warum einzelne Beobachtungen als Beobachtungen von Europäisierung beschrieben werden soll(t)en.

Es gibt nicht *die europäischen Ereignisse* und es gibt nicht *den feststehenden Themenkanon*, diejenigen Lebensbereiche, die automatisch als europäisch zu behandeln sind und dadurch andere „selbstverständlich“ ausschließen – welche (kommunikativen) Aspekte sozialen Lebens Eingang in die Forschungsarbeit zu Europa finden,

<sup>63</sup> Vgl. Augé, Marc: *non-places. introduction to an anthropology of supermodernity* (translated by John Howe). London, New York 1995, S. 35

<sup>64</sup> Vgl. Beck / Grande, *Das kosmopolitische Europa*, S. 34.

<sup>65</sup> Ebd.; vgl. auch den Beitrag von H.-J. Trenz in diesem

Heft.

<sup>66</sup> Ebd., S. 148.

<sup>67</sup> Eder, Klaus: *Die Grenzen Europas. Zur narrativen Konstruktion europäischer Identität*. In: Deger / Hettlage, *Der europäische Raum*, S. 187-208, S. 202.

ist obzwar oft durch eingeschliffene Routinen verdeckt, letztlich auch Entscheidung, derer die die Forschungsleistung erbringen. Auch hier ist Variabilität gefordert um der Variabilität und Komplexität der Realität angemessen zu agieren. Freilich kann hier drohen, was auch in anderen Zusammenhängen als Ausfransung und Zerfaserung eines entgrenzten Untersuchungsgegenstandes abgelehnt wird. Die Forschungspraxis gebietet zudem aus ökonomischen und pragmatischen Gründen eine Bündelung von Aufmerksamkeit auf spezifische und eindeutige Ausschnittsfelder, die sich als eindeutig zu einem Forschungsthema gehörig mit feststehendem systematischem Instrumentarium beobachten lassen. Diese Notwendigkeiten dürfen aber nicht als Legitimation von Phänomenignoranz herangezogen werden. Es fragt sich somit nicht nur, ob eine entgrenzte Aufmerksamkeitsspanne der europäischen Forschung aussagekräftige Ergebnisse verunmöglicht, sondern auch ob begrenzte Untersuchungen über die Vielschichtigkeit, der eigentlich betroffenen gesellschaftlichen Felder hinreichend erhellende Aussagen treffen können.

Als eine zusätzliche Themenebene anhand derer Heterotopien eines „geheimen Europa“ untersucht werden könnten und sich andere Fragen an und über Europa stellen ließen wurde auf Elemente der Populär- und Konsumkultur verwiesen. Als Reservoir an Sinnbezügen und gesellschaftlicher Selbstverständigung, durch die sich Zugehörigkeit, Teilhabe und somit reziprok auch Alterität kommunizieren und friktionsfreie, freiwillige (populärkulturelle, deterritoriale<sup>68</sup>) Vergemeinschaftungsformen begründen lassen, ist die Populärkultur (ebenso wie der eng mit ihr verschränkte Konsum) ein relevanter Faktor der „Erlebnisgesellschaft“ und von „Unterhaltungsöf-

fentlichkeiten“, in Form derer, sich stärker als in (auf ernsthaften, harten Fakten beruhenden) „Informationsgesellschaften“ gemeinschaftlicher Verbund etablieren und kultivieren lässt<sup>69</sup> und sich Gemeinschaftswerdung vollzieht. Das Populäre ist eine von vielen möglichen Erschließungsperspektiven für andere Facetten des europäischen Lebens und Erlebens, die durch eine Justierung des wissenschaftlichen Blicks auf Praktiken und Phänomene der Alltagskultur, wenn über Europa gedacht und geforscht wird in den Lichtkegel der Aufmerksamkeit geraten könnten. Vielleicht aber jene, durch die der stärkste Kontrast zur bestehenden von gewichtigen, ernststen und seriösen Themen bestimmten, Befassung gezeichnet werden kann: Das ernsthafte Europa ist ein Europa der politischen Krisen, der rechtlichen Regulierung, der Konkurrenzsituation im globalen Wettbewerb, des (fälschlich ihm zugeschriebenen) Bruchigwerdens von bislang stabilen Biographieverläufen, Schauplatz und Träger von Veränderungen und politischen Umwälzungen mit ungewisser Finalität.

Europa ist ein wichtiges und ernsthaftes Projekt, überall da, wo es Teil der alltäglichen Lebenswirklichkeit wird, da ist es aber auch noch mehr: Da schafft es Raum für das Gewöhnliche, Herkömmliche, Banale. Diese Banalität Europas und jene von europäischer kultureller Identität banalisiert nicht das Projekt, sondern da wo Europa banal wird zeigt sich, dass die Lebenswirklichkeiten der Menschen in Europa angekommen sind, und dort warten beobachtet und verstanden zu werden. Auch das Vergnügliche kann mit großer Ernsthaftigkeit wissenschaftlich beobachtet werden, man muss sich nicht einzig dem Seriösen widmen um seriös zu sein. Europa ist auch ganz banal, also „why so serious“?

#### Christian SCHWARZENEGGER (1980)

Mag. phil, Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Wien. Derzeit Forschungsstipendiat der Universität Wien zum Thema *Wer, Wie, Was: Europa? Zur Banalität und Alltäglichkeit von Kultur und (europäischer) kultureller Identität*. Dissertant sowie Lehrbeauftragter am Wiener Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Assistenz für das Projekt *Europäische Öffentlichkeit und Journalistische Verantwortung* unter Leitung von Prof. Dr. Horst Pöttker. Er ist Mitherausgeber von *medien&zeit*.

<sup>68</sup> Vgl. Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*, S. 287.

<sup>69</sup> Vgl. Morely / Robins, *Spaces of Identity*, S. 80ff.

# Europäische Öffentlichkeit aus Publikumssicht

Ein pragmatischer Ansatz mit Fallstudien zur europäischen Verfassungsdebatte

Swantje Lingenberg

## 1. Einführung

*„The public sphere does not begin and end when the media content reaches an audience; this is but one step in a larger communication chain that includes how the media output is received, made sense of, and used by citizens in their communicative interactions“<sup>1</sup>*

Dieser Artikel fokussiert die Publikumsebene einer europäischen Öffentlichkeit. Dabei wird zum einen die Bedeutung des Publikums für die Konstituierung europäischer Öffentlichkeit theoretisch reflektiert und konzeptualisiert, und zum anderen werden die kommunikativen Beteiligungen und Sinngebungsprozesse des Publikums am Beispiel der europäischen Verfassungsdebatte empirisch untersucht. Es wird angenommen, dass europäische Öffentlichkeit als soziales Konstrukt nicht allein durch die Generierung und massenmediale Vermittlung europapolitischer Themen, sondern schlussendlich im kommunikativen Handeln der Menschen entsteht und tradiert wird. Im Anschluss an eine Diskussion existierender Konzepte europäischer Öffentlichkeit wird zunächst und unter Rekurs auf John Dewey<sup>2</sup> ein pragmatischer Ansatz europäischer Öffentlichkeit entfaltet, der sowohl die Publikumsebene, die politischen Zielfunktionen als auch den Raumbezug öffentlicher Kommunikationsprozesse in Europa umfasst. Europäische Öffentlichkeit wird dabei als ein translokales und transkulturelles Netzwerk themen- und ereignisbezogener Teilöffentlichkeiten verstanden, das in Abhängigkeit von der Wahrnehmung und Diskussion von Betroffenheit durch europapolitische Entscheidungs- und Problemzusammenhänge existiert. Im Rahmen qualitativer Fallstudien zur EU-Verfassungsdebatte in Frankreich, Italien und Deutschland werden die Aneignungs- und Sinngebungsprozesse durch das Publikum sodann

empirisch untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Menschen den Verfassungsprozess als gesamt-europäisches Projekt – und ob der gescheiterten Referenden nunmehr Problem – wahrnahmen und mögliche Folgen für den Integrationsprozess diskutierten. Neben einer generellen Konvergenz der rekurrerten Themen und Argumente über die Länder hinweg wurden auch einige kulturelle und länderspezifische Differenzen der Aneignung und Lokalisierung offensichtlich.

## 2. Kommunikationsraum Europa

Seit Anfang der 1990er Jahre beschäftigen sich Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen mit der Frage nach der Existenz und Beschaffenheit europäischer Öffentlichkeit. Schwierigkeiten bereitet dabei nicht nur das Fehlen einer anerkannten europäischen Demokratietheorie, sondern auch die Tatsache, dass territoriale Bezugspunkte wie der Nationalstaat, kulturelle, sprachliche und mediale Entitäten, auf die gängige Konzepte von Öffentlichkeit rekurrieren, offenbar nicht mehr ausreichen, um die emergenten Sphären transnationaler Kommunikation in Europa adäquat theoretisch zu fassen. Vonnöten scheint hier eine Revision gängiger Öffentlichkeitskonzepte. Im Wesentlichen können drei Modelle europäischer Öffentlichkeit unterschieden werden: Supranationale europäische Öffentlichkeit, Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und transnationale europäische Teilöffentlichkeiten.<sup>3</sup>

Das Modell einer *supranationalen europäischen Öffentlichkeit* postuliert die Herausbildung eines homogenen, die nationalen Arenen überspannenden Kommunikationsraums, der von europäischen Medien und einem europäischen Publikum getragen wird. Eine gemeinsame Sprache und

<sup>1</sup> Dahlgren, Peter: *The Public Sphere: Linking the Media and Civic Culture*. In: Rothenbuhler, Eric W. / Coman, Mihai (Hrsg.): *Media Anthropology*. London u.a. 2005, S. 318–327, S. 321.

<sup>2</sup> Vgl. Dewey, John: *The Public and its Problems*. New York 1927.

<sup>3</sup> Vgl. Lingenberg, Swantje: *The audience's role in constituting the European public sphere. A theoretical approach based on the pragmatic concept of John Dewey*. In: Carpentier, Nico et al. (Hrsg.): *Researching media, democracy and participation*. Tartu 2006, S. 121–132.

Identität sowie geteilte kulturelle Werte werden dabei zu Existenzdingungen erhoben.<sup>4</sup> Angesichts sprachlicher und kultureller Heterogenität sowie technischer und rezeptionsbedingter Schwierigkeiten der Etablierung paneuropäischer Medien<sup>5</sup> scheint die Emergenz einer supranationalen Öffentlichkeit allerdings wenig realistisch. Aus Sicht des ersten Modells gibt es also keine europäische Öffentlichkeit. Problematisch ist dieses Modell vor allem hinsichtlich der Plausibilität seiner Homogenitätsansprüche. Schließlich statuieren die Schweiz oder Kanada Beispiele für multilinguale und -kulturelle Staaten, in denen die Existenz von Öffentlichkeit nicht bezweifelt wird. In diesem Sinne scheint das erste Modell wenig geeignet, die Realität womöglich längst stattfindender öffentlicher Kommunikation in Europa zu greifen.

Das Modell der *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten* postuliert „zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den [...] nationalen Medien, zum zweiten die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen [...] die nationalstaatliche Perspektive transzendierende“<sup>6</sup> und auf ein gesamt-europäisches Interesse bezogenen Perspektive. Empirisch scheint dieses Modell wahrscheinlicher als das erste, baut es doch auf etablierte nationale Medienarenen. Langzeitstudien zur EU-Berichterstattung bezeugen zwar eine im Zeitverlauf ansteigende, im Verhältnis zu nationalpolitischen Themen aber relativ geringe Präsenz europapolitischer Themen – im Schnitt etwa fünf bis sieben Prozent. In Anbetracht dieser Befunde sowie der Tatsache, dass vornehmlich aus nationaler Perspektive berichtet wird, gelangt auch das zweite Modell zu einer Defizitdiagnose.<sup>7</sup> Kritisieren lässt sich dieses Modell erstens dahingehend, dass kein Maßstab zur Bewertung des Europäisierungsgrades geliefert wird. So bleibt unklar, welches

Europäisierungsniveau erreicht werden muss, um eine europäische Öffentlichkeit zu konstituieren. Zweitens bleibt offen, inwiefern die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten synchron verlaufen soll, und drittens kann bezweifelt werden, ob die geforderte europäische, von nationalen Egoismen losgelöste Perspektive je erreichbar bzw. vonnöten ist. Schließlich sind es doch gerade unterschiedliche Perspektiven auf gemeinsame Gegenstände, die ebendiese Gegenstände sowie das Gespräch darüber generieren.<sup>8</sup>

Beginnend mit der Kritik der in den ersten Modellen postulierten Defizitdiagnosen versteht das dritte Modell europäische Öffentlichkeit als *Netzwerk themen- und ereigniszentrierter Teilöffentlichkeiten*. Dieses existiert genau dann, wenn die gleichen Themen zur gleichen Zeit unter gleichen Relevanz Gesichtspunkten<sup>9</sup> diskutiert werden<sup>10</sup>, wobei die entsprechenden Diskurse über nationale Medien transportiert werden. Kritisiert werden die ersten beiden Modelle vor allem dahingehend, dass sie die Kompatibilität normativer, nationalstaatlich verankerter Öffentlichkeitstheorien mit Europa gar nicht in Frage stellen und so Gefahr laufen, ein Nichts dort zu sehen, wo sich in Anpassung an das dynamische Mehrebenensystem EU neuartige Formen von Öffentlichkeit herausbilden. Eine Defizitdiagnose europäischer Öffentlichkeit ist laut Kantner nur dann plausibel, wenn öffentliche Kommunikation einzig über dieselbe Sprache, dieselben Medien und mit demselben kulturellen Hintergrund möglich wären. Aus philosophisch-hermeneutischer Sicht sind dies jedoch keine notwendigen Voraussetzungen für das Stattfinden europäischer öffentlicher Kommunikation.<sup>11</sup> Das dritte Modell postuliert also die grundsätzliche Möglichkeit europäischer Öffentlichkeit, implementiert ihre Heterogenität und Pluralität und

<sup>4</sup> Vgl. Gerhards, Jürgen: *Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 22, 2 / 1993 S. 96-110; Kielmansegg, Peter Graf: *Integration und Demokratie*. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*. Opladen 1996, S. 47-71.

<sup>5</sup> Zu den in den 1980er Jahren unternommenen Versuchen, paneuropäische Medien zu etablieren vgl. z.B. Holtz-Bacha, Christina: *Medienpolitik für Europa*. Wiesbaden 2006.

<sup>6</sup> Vgl. Gerhards, *Schwierigkeiten der Entstehung*, S. 99ff.

<sup>7</sup> Vgl. Gerhards, Jürgen: *Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde*. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hrsg.): *Information und Kommunikation in Europa*. Berlin 2000, S. 46-60; Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin: *Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der*

*meinungsführenden deutschen Tageszeitungen*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 51, 2 / 2003, S. 250-270.

<sup>8</sup> Vgl. Kantner, Cathleen: *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden 2004.

<sup>9</sup> Das Postulat geteilter Relevanz Gesichtspunkte meint keine gemeinsame europäische Perspektive, sondern geteilte Bedeutungszuweisungen für bestimmte Probleme, die dann kontrovers diskutiert werden können vgl. Kantner, *Kein modernes Babel*, S. 155.

<sup>10</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt 1996; Eder, Klaus / Kantner, Cathleen: *Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit*. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden 2000, S. 306-331.

<sup>11</sup> Vgl. Kantner, *Kein modernes Babel*, 114ff.

plädiert für eine Revision nationalstaatlicher Öffentlichkeitsvorstellungen. Denn nur so kann einem der Strukturwandel von Öffentlichkeit, der sich im transnationalen Kontext abzeichnet, in den Blick geraten.<sup>12</sup> Empirische Studien fokussieren die Konvergenz und Synchronität europapolitischer Debatten in nationalen Medien. Wenngleich die Ergebnisse im Detail divergieren, so wird die Existenz europäischer Öffentlichkeit doch durchwegs optimistisch beurteilt.<sup>13</sup>

Kritisieren lässt sich das dritte Modell vor allem mit Blick auf das Postulat *gleicher Relevanzgesichtspunkte*. Nach Peters und Wessler werden diese ebenso wie das geforderte Maß an Konvergenz unzureichend spezifiziert und „tendenziell eher zu hoch angesetzt“<sup>14</sup>. Die Tatsache nämlich, dass transnationale Diskurse netzwerkartig in ganz verschiedenen politischen und kulturellen Kontexten wurzeln, muss besser berücksichtigt werden – z.B. im Rahmen eines Konzepts nationaler politischer Diskurskulturen<sup>15</sup>.

Zusammenfassend erscheint das dritte Modell, sofern es europäische Öffentlichkeit als pluralistisches Ensemble themen- und ereigniszentrierter Teilöffentlichkeit versteht und unabhängig von medialen, sprachlichen und kulturellen Homogenitätsansprüchen denkbar ist, am besten geeignet, die Realität öffentlicher Kommunikation in Europa zu fassen. Deshalb bildet es den Ausgangspunkt für das im Folgenden zu entwickelnde pragmatische Konzept europäischer Öffentlichkeit.

### 3. Pragmatisches Konzept europäischer Öffentlichkeit

In seinem Buch *The Public and its Problems*<sup>16</sup> untersucht John Dewey, Philosoph, Politologe und Mitbegründer des amerikanischen Pragmatismus, die Bedingungen von Öffentlichkeit in

heterogenen Massengesellschaften, genauer gesagt der US-amerikanischen Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Angesichts zunehmender Industrialisierung und Ausdifferenzierung von Lebensstilen und -standards sowie einer entlang vielzähliger Interessen, Sprachen und Kulturen fragmentierten und in einem äußerst weitläufigen Land lebenden Bevölkerung stellte sich die Frage, wie die Demokratie in die industrielle Epoche zu retten sei und wie eine politische Beteiligung der Bürger gewährleistet werden könne. Dewey entwickelte seinen Ansatz in Auseinandersetzung mit Intellektuellen wie Walter Lippmann<sup>17</sup>, die für eine demokratische Elitenherrschaft und eine Beschränkung des Bürgerengagements auf den Wahlakt plädierten. Zwar teilte Dewey die Ansicht, dass die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse Probleme für Demokratie und Öffentlichkeit bedeuten, jedoch zog er andere Schlussfolgerungen und insisierte auf eine kontinuierliche Beteiligung der Bürger am politischen Prozess und Diskurs. Schließlich können nur die Bürger selbst relevante Probleme identifizieren, artikulieren und den politischen Entscheidungsträgern zur Behandlung zuführen. Das Problem der Öffentlichkeit sieht Dewey folglich in der notwendigen Verbesserung der Bedingungen des Diskutierens, Debattierens und Überzeugens<sup>18</sup>.

Öffentlichkeit entsteht nach Dewey im Gefolge eines Problemzusammenhangs. Ausgehend von der Annahme, dass menschliches Handeln Konsequenzen für andere hat, ist die Wahrnehmung und Bewertung dieser Handlungsfolgen durch die Betroffenen ausschlaggebend für die Konstitution von Öffentlichkeit<sup>19</sup>. Öffentlichkeit bildet somit eine Kommunikationsgemeinschaft von Betroffenen, in der die Teilnehmer ihre spezifische Betroffenheit artikulieren und politisch adressieren. Die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Handlungen trifft Dewey über die Art und Reichweite der Handlungsfol-

<sup>12</sup> Vgl. Koller, Andreas: *Strukturwandel von Öffentlichkeit in Westeuropa und den USA. Theoretische, metatheoretische und empirische Rekonstruktion und transatlantische Integration der Klassiker*. Dissertation, Zürich 2004, 193ff.

<sup>13</sup> Vgl. Trenz, Hans-Jörg: *Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeiten*. Frankfurt, New York 2005; Risse, Thomas / van den Steeg, Marianne: *An Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarification and Empirical Indicators. Paper presented at 'Europeanisation of Public Spheres, Political Mobilisation, Public Communication and the EU'*, Juni 2003.

<sup>14</sup> Peters, Bernhard / Wessler, Hartmut: *Transnationale Öffentlichkeiten – analytische Dimensionen, normative Standards, soziokulturelle Produktionsstrukturen*. In: Imhof,

Kurt/ Blum, Roger / Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried (Hrsg.): *Demokratie in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden 2006, S. 84-123, S. 134.

<sup>15</sup> Wie dies etwa im Rahmen des DFG-Projekts *Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel der EU* am SFB 597 *Staatlichkeit im Wandel* geschieht ([www.jacobs-university.de/publicsphere](http://www.jacobs-university.de/publicsphere)). Vgl. dazu auch Hepp, Andreas / Wessler, Hartmut: *Political Discourse Cultures: Reflections on the Explanation of a Segmented European Public Sphere*. Manuskript. Bremen 2008.

<sup>16</sup> Dewey, *The Public and its problems*.

<sup>17</sup> Lippmann, Walter: *The phantom public*. New York 1925.

<sup>18</sup> Dewey, *The public and its problems*, S. 208.

<sup>19</sup> Vgl. ebd. S. 12.

gen. So ist eine Handlung öffentlich, wenn indirekte Folgen auftreten, die über die in die Handlung verwickelten Personen hinausgreifen.

*„The public consists of all those who are affected by the indirect consequences of transactions to such an extent that it is deemed necessary to have those consequences systematically cared for“<sup>20</sup>.*

Öffentlichkeit entsteht also genau dort, wo Individuen wechselseitige Interdependenz erfahren, indirekte Folgen wahrnehmen und diese auf einen bestimmten Handlungszusammenhang zurückführen, sodass in der Folge bezogen auf diesen gehandelt werden kann. Die notwendigen Voraussetzungen bestehen dann in der Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Handlungsfolgen, wobei ihre systematische Untersuchung, Offenlegung und Präsentation primär durch Wissenschaft und Medien erfolgen soll.<sup>21</sup> Infolge der postulierten Themenorientierung geht Dewey darüber hinaus von der Existenz vielzähliger Öffentlichkeiten aus, die letztlich erst im Gespräch der Menschen emergieren:

*„Publication is partial and the public which results is partially informed and formed until the meanings it purveys pass from mouth to mouth“<sup>22</sup>.*

Sofern die Konstitution von Öffentlichkeit also an wahrgenommene Handlungsfolgen sowie den Eintritt in entsprechende Diskurse gekoppelt und als im Gespräch konstituiert gedacht wird, ist das Publikum bereits inkludiert.

Für den europäischen Kontext erscheint Deweys Öffentlichkeitsbegriff deshalb so attraktiv, weil er überaus flexibel, funktional und für heterogene Gesellschaften kompatibel angelegt ist. So ist die Transnationalität von Handlungsfolgen und ihre Wahrnehmung bereits impliziert, und Öffentlichkeit ist losgelöst von territorialen, sprachlichen und kulturellen Entitäten denkbar<sup>23</sup>. Indem die Struktur von Öffentlichkeit an gemeinsame Gegenstände gebunden und kulturelle oder

sprachliche Grenzen als überwindbar eingestuft werden, kann zudem erklärt werden, warum Öffentlichkeit nicht an den für Europa typischen Strukturbedingungen scheitern muss, und warum nicht jeder mit jedem ein Gespräch beginnt. Warum also die Rede von transnationaler Öffentlichkeit nur mit einem politischen Bezugsrahmen wie dem der EU Sinn macht. *Europäische Öffentlichkeit* wird hier im Anschluss an Dewey sowie das dritte Modell als Netzwerk themen- und ereigniszentrierter Teilöffentlichkeiten definiert<sup>24</sup>, das genau dann existiert, wenn eine Konvergenz und Synchronität diskutierter Themen und Argumente anzutreffen ist und wenn die Unionsbürger ihre Betroffenheit und Interdependenz von und in europapolitischen Entscheidungs- und Problemzusammenhängen wahrnehmen und in entsprechende Diskurse eintreten.<sup>25</sup> Die Verankerung europäischer Öffentlichkeit in den kommunikativen Praktiken sowie den kulturellen und politischen Kontexten der Teilnehmer lässt unterschiedliche Perspektiven, Sinngebungen und Kontextualisierungen erwarten.

### 3.1 Raumbezug

Sofern territorialstaatliche, sprachliche, kulturelle und auch massenmediale Entitäten nicht länger als hilfreiche Referenzpunkte bei der Definition europäischer Öffentlichkeit dienen können, wird die Frage nach dem Raumbezug virulent. Wie kann europäische Öffentlichkeit als ein Kommunikationsraum, der sich von anderen, womöglich globalen oder subnationalen Kommunikationsräumen unterscheidet, beschrieben werden? Vor dem Hintergrund eines pragmatischen Öffentlichkeitsbegriffs und unter Rekurs auf soziologische Raumkonzepte wird europäische Öffentlichkeit im Folgenden als diskursiv konstituierter, sprich im kommunikativen Interagieren der Menschen generierter Interaktionsraum konzeptualisiert. Dieser wird im Sinne einer Netzwerkbegrifflichkeit gefasst und themen- und ereignisbezogen sowie als im Diskurs über europapolitische Themen abgesteckt

<sup>20</sup> ebd. S. 15f.

<sup>21</sup> Vgl. ebd. S. 183f.

<sup>22</sup> ebd. S. 219.

<sup>23</sup> vgl. ebd. S. 42f., S. 128.

<sup>24</sup> Teilöffentlichkeiten werden als über thematisch abgrenzbare Diskurse konstituierte und strukturierte Felder verdichteter Kommunikation verstanden. Ein Diskurs meint einen strukturierten thematischen

Zusammenhang, der durch Äußerung und Gegenäußerung konstituiert und in gesellschaftlicher Praxis verankert ist.

<sup>25</sup> Das Postulat einer Konvergenz von Argumenten verweist auf die Annahme, dass die Beteiligung an öffentlichen Diskursen stets mittels Meinungsäußerungen, Bewertungen und Interpretationen, also argumentativ vorstatten geht.

gedacht. Europäische Öffentlichkeit wird damit über „den geteilten Gegenstand, über die Reichweite sowie über die Intensität der Kommunikation“<sup>26</sup> bestimmbar.

Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit für Raumphänomene ist derzeit und insbesondere mit Blick auf Prozesse der Globalisierung und Digitalisierung von Gesellschaften, Ökonomien und Lebenswelten groß. Zu beobachten sind dabei vor allem eine Abkehr von der Container-Vorstellung der Gesellschaft, eine Entkopplung der Konzepte *space* und *place* sowie eine Verlagerung hin zu der Vorstellung kommunikativ hervorgebrachter symbolischer Räume<sup>27</sup>. In diesem Sinne bedeutet die zunehmende Entgrenzung und Deteritorialisierung gesellschaftlicher Prozesse kein Irrelevantwerden des Raums, sondern vielmehr Erweiterung, Wandel, Hybridisierung und Neueröffnung von Räumen. Diese neuen Räume lassen sich mit territorialstaatlicher Bezüglichkeit allerdings nicht mehr fassen, denn sie sind überlappend und verwoben, und ihre Entstehung stellt „selbst ein Moment sozialer Prozesse dar“<sup>28</sup>. Fokussiert man nun transnationale Räume, so scheint zuallererst eine analytische Trennung von Raum und Ort bzw. Territorium ebenso wie die Einsicht vonnöten, dass Räume nicht immer schon da sind, sondern soziale Konstrukte darstellen, die im kommunikativen Interagieren der Menschen entstehen. Sofern das Lokale dabei den relevanten Kontext bildet, in dem das Transnationale in einem dialektischen Prozess angeeignet und (re)produziert wird, eignet sich die Verwendung einer Netzwerkmetapher, um die emergierenden Räume mitsamt ihrer Lokalitäten<sup>29</sup>, sprich ihre Konnektivität und territorialen Rückbezüglichkeit zu greifen<sup>30</sup>.

Was nun den Raumbezug transnationaler europäischer Politik und Öffentlichkeit anbelangt, so lässt sich feststellen, dass der Raum auch jenseits des Nationalstaats eine wichtige Rolle spielt: So muss sich politisches Entscheidungsverhalten immer nach der Reichweite seiner Entscheidungen fragen, und zugleich verlangen die

neuen Formen transnationaler Politik und Öffentlichkeit eine Öffnung der Perspektive vom territorialen Ort hin zum Raum.<sup>31</sup> Im Falle der EU ist die politische Regelungskompetenz zwar über die Definition eines territorialen Handlungsraums festgelegt. Sofern aber Demokratie und Öffentlichkeit hier anders funktionieren als im Nationalstaat – lassen sie sich doch mit territorialer, kultureller und medialer Bezüglichkeit nicht mehr fassen – ist hier eine Entkopplung von Ort und Raum angezeigt. Im Anschluss an die erarbeitete Definition europäischer Öffentlichkeit lässt sich sagen, dass der Raum des Öffentlichen in Europa im Diskurs über gemeinsame Gegenstände und Handlungsfolgen zwischen den beteiligten Akteuren, sprich Kommunikatoren, Medien und Publika aufgespannt, tradiert und verstetigt wird. Europäische Öffentlichkeit kann somit als diskursiv konstituierter Interaktionsraum beschrieben werden. Sein dynamischer Charakter resultiert dabei aus der Dichte und Häufigkeit der ihn konstituierenden Diskurse, und die thematisch zentrierten Teilöffentlichkeiten formieren gleichsam ein kommunikatives Netzwerk, das Europa als einen Raum verdichteter Kommunikation mit einer zu den Rändern hin abfallenden Interaktionsdichte erscheinen lässt.<sup>32</sup> Die Grenzen dieses Interaktionsraums bzw. Netzwerks sind, weil nicht länger an nationale Territorien, gemeinsame Medien, Sprachen oder Kulturen, sondern an konkrete Diskurszusammenhänge gebunden, stets flexibel und fluide. Die Verwendung einer Netzwerkbegrifflichkeit macht dabei nicht nur die Unregelmäßigkeit, sondern auch die lokale Verankerung europäischer Öffentlichkeit in ganz unterschiedlichen Kontexten greifbar.

### 3.2 Politische Zielfunktionen

Die zweite Dimension fokussiert die politischen Zielfunktionen europäischer Öffentlichkeit. Zentral sind diese Funktionen deshalb, weil „das Konzept der Öffentlichkeit [...] nicht etwa entwickelt [wurde], um lediglich empirische Kom-

<sup>26</sup> Trenz, *Europa in den Medien*, S. 49.

<sup>27</sup> Vgl. Schroer, Markus: *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*. Frankfurt a. M. 2006, S. 40ff.

<sup>28</sup> Löw, Martina: *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M. 2001, S. 130.

<sup>29</sup> Eine Lokalität kann als „ein in Bezug auf [...] physische Aspekte gefasster, soziokulturell definierter Ort“ definiert werden, siehe Hepp, Andreas: *Transkulturelle*

*Kommunikation*. Konstanz 2006, S. 255.

<sup>30</sup> Robertson, Roland: *Globalization: Social Theory and Global Culture*. London u.a. 1992.

<sup>31</sup> Vgl. Schroer, *Räume, Orte, Grenzen*, S. 169, 207.

<sup>32</sup> Vgl. Kleinstüber, Hans J.: *Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen. Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa*. In: Erbring, Lutz (Hrsg.): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz 1995, S. 41-50, S. 41.



munikationsflüsse zu verstehen, sondern um zu einer normativen, politischen Demokratietheorie beizutragen<sup>33</sup>. In diesem Sinne hat Öffentlichkeit, sofern sie in einem politischen Kontext betrachtet wird, was zumeist – wie auch hier – der Fall ist, ganz bestimmte Funktionen zu erfüllen. Sofern der Dewey'sche politische Ansatz, der hier gleichsam als theoretischen Matrize dient, in der Tradition diskursiver Demokratie- und Öffentlichkeitstheorien zu verorten ist<sup>34</sup>, orientieren sich diese Zielfunktionen an denen des Diskursmodells der Öffentlichkeit.<sup>35</sup>

Die Zielfunktionen europäischer Öffentlichkeit umfassen zunächst einmal die wechselseitige Beobachtung und Kontrolle von europäischen Herrschaftsträgern und Zivilgesellschaft<sup>36</sup>. Diese können über die Sichtbarkeit und -machung der Folgen europäischen Regierens einerseits sowie gesellschaftlicher Bedürfnisse und Problemlagen andererseits bewerkstelligt werden – etwa über EU-Öffentlichkeitsarbeit oder Medienberichterstattung. Demokratische Legitimierungsfunktionen erfüllt europäische Öffentlichkeit sodann primär über ihr Stattfinden. Indem nämlich das Diskursmodell die Legitimität politischen Entscheidungshandelns nicht nur an Wahl- und Repräsentationsmechanismen, sondern auch an öffentliche Debatten bindet, stellt die Existenz europäischer Öffentlichkeit die grundlegende Voraussetzung dafür dar<sup>37</sup>. Zwar wurde die Legitimität der EU lange als über ihren Erfolg und ihre Funktionalität gewährleistet gesehen, doch scheint der permissive Konsens, verstanden als diffuse Zustimmung ohne Aufmerksamkeit, mit zunehmender Tiefe und Politisierung des Integrationsprozesses zu schwinden. Indem Europa auffällt und zum Gegenstand kontroverser öffentlicher Debatten wird, bröckelt der permissive

Konsens<sup>38</sup>. Gleichwohl scheinen Konflikte und Krisen nicht hinderlich, sondern vielmehr förderlich für die Entstehung und Vitalität und damit die Legitimationskraft europäischer Öffentlichkeit zu sein.<sup>39</sup> Kollektive Willens- und Entscheidungsfindung stellen im Sinne Deweys sodann auf die Initiierung kollektiver Lernprozesse qua Artikulation virulenter Interessen, Probleme und entsprechender Lösungen ab. Und die Integration und Orientierung der Gesellschaft kann schließlich über die Sichtbarkeit von Themen und Interessen sowie die Möglichkeit einer kommunikativen Beteiligung für die Bürger geleistet werden.

Hinsichtlich der Frage, inwiefern europäische Öffentlichkeit angesichts ihres pluralen und heterogenen Charakters tatsächlich in der Lage ist, die genannten Funktionen zu erfüllen, wird hier eine pragmatische Position und Perspektive eingenommen. So läuft öffentliche Kommunikation in Europa zwar auf komplexeren Wegen ab als im Nationalstaat, nämlich im Rahmen von auf konkrete Entscheidungsbereiche, Themen und Ereignisse gerichteten Teilöffentlichkeiten sowie unter erwartungsgemäß größerer Interessenvielfalt, doch grundsätzlich funktioniert sie nicht anders. Die Funktionstüchtigkeit europäischer Öffentlichkeit lässt sich darüber hinaus nicht an bestimmten institutionellen Arrangements ablesen, sondern vielmehr muss sie sich immerfort aufs Neue und in Bezug auf bestimmte politische Gegenstände beweisen. Sie kann also nur retrospektiv beurteilt werden. Wichtig ist dabei freilich, die europäischen „Teilöffentlichkeiten nicht nur als eigenständige Öffentlichkeiten zu tolerieren, sondern sie zu legitimieren und ihren Sachverstand auch in Entscheidungsprozesse einzubinden“<sup>40</sup>.

<sup>33</sup> Fraser, Nancy: *Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit*. In: [http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01\\_de.htm](http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.htm)

<sup>34</sup> Kettner, Matthias: *John Deweys demokratische Experimentiergesellschaft*. In: Brunkhorst, H. (Hrsg.): *Demokratischer Experimentalismus. Politik der komplexen Gesellschaft*. Frankfurt a. M. 1998, S. 44–66.

<sup>35</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M. 1998. Wohlgemerkt unterscheidet sich der Dewey'sche Ansatz in verschiedenen Punkten vom Habermas'schen. So besitzt Dewey keine Institutionentheorie, d.h. politische Arrangements sind für ihn stets vorläufig und verhandelbar gemäß konkreter Probleme. Und zudem betont er weniger das Ergebnis als den Prozess öffentlichen Debattierens und kollektiven Lernens.

<sup>36</sup> Die Zivilgesellschaft kann als „diskursiv strukturierte, selbstgesteuerte und an die Lebenswelt angebundene, gemeinwohlorientierte Publikumskonstellation“ definiert

werden. vgl. Eilders, Christiane / Hasebrink, Uwe / Herzog, Anja: *Das aktive Publikum. Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Kontrolle des Fernsehens auf europäischer Ebene*. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel*. Wiesbaden 2006, S. 330–351, S. 355. Sie bildet die abstrakte Einheit, aus der sich öffentlichkeitsrelevante Publika rekrutieren.

<sup>37</sup> Zum Legitimitätsbegriff vgl. z.B. Peters, Bernhard: *Public discourse, identity and the problem of democratic legitimacy*. In: Eriksen, Erik O. (Hrsg.): *Making the European Polity. Reflexive integration in the EU*. London / New York 2005, S. 84–123.

<sup>38</sup> Ein Bsp. hierfür statuieren die europaweiten Proteste gegen die geplante Dienstleistungsrichtlinie 2005.

<sup>39</sup> Vgl. Trenz, *Europa in den Medien*, S. 65, 74.

<sup>40</sup> Krotz, Friedrich: *Öffentlichkeit aus Sicht des Publikums*. In: Jarren, Otfried / Krotz, Friedrich (Hrsg.): *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*. Baden-Baden / Hamburg 1998, S. 95–117, S. 112.

### 3.3 Die Rolle des europäischen Publikums

Öffentlichkeit entsteht im Wechselspiel zwischen Kommunikatoren, Medien und Publika. Es kommt also nicht nur auf die Generierung und massenmediale Vermittlung von Kommunikationsangeboten, sondern letztlich darauf an, inwiefern diese von den Bürgern wahrgenommen, genutzt und in ihren kommunikativen Praktiken tradiert werden. Europäische Öffentlichkeit, so wurde unter Rekurs auf Dewey argumentiert, entsteht genau dann, wenn die Bürger ihre Betroffenheit und Interdependenz von und in europäischen Entscheidungs- und Problemzusammenhängen wahrnehmen und in entsprechende Diskurse eintreten. Sofern Öffentlichkeit also nicht vor dem Zuschauer in den Medien, sondern vielmehr im kommunikativen Handeln der Menschen stattfindet, muss eine Theorie von Öffentlichkeit ebendiese soziale Konstruiertheit berücksichtigen und implementieren.<sup>41</sup> In der für Europa erarbeiteten Definition ist das Publikum bereits inkludiert, wird doch die Wahrnehmung der Folgen europäischen Regierens ebenso wie der Eintritt in entsprechende Diskurse zum Existenzkriterium erhoben. Daneben basiert das Verständnis europäischer Öffentlichkeit als diskursiv konstituierter Interaktionsraum auf der Annahme, dass soziale Realität im Gespräch konstruiert und reproduziert wird<sup>42</sup>. Folgerichtig kann es auch nicht genügen, nur die Medienebene zu untersuchen, wenn man Aussagen über die Existenz und den Zustand europäischer Öffentlichkeit treffen möchte. Stattdessen muss dazu auch die interaktionistische Dimension von Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

Angesichts der Tatsache, dass Öffentlichkeit heute primär massenmedial organisiert und vermittelt ist, sowie ausgehend von der Annahme, dass von Öffentlichkeit erst dann die Rede sein kann, wenn sich ein Publikum formiert, das nicht

mehr nur mediale Inhalte konsumiert, sondern diese in seinen kommunikativen Anschlusshandlungen tradiert und damit selbst politisches Gespräch produziert, scheint es angebracht, den Zusammenhang von medien- und öffentlichkeitsrelevanten Bürgerpublika zu beleuchten bzw. eine entsprechende Unterscheidung zu treffen<sup>43</sup>. Laut Dahlgren können Medien- und Bürgerpublika am besten in einer prozeduralen Perspektive erfasst werden, schlüpfen Menschen doch genau dann in ihre Rolle als Bürger<sup>44</sup> bzw. werden von Mitgliedern eines Medienpublikums zu denen eines Öffentlichkeit konstituierenden Bürgerpublikums, wenn sie anfangen, über politische Angelegenheiten zu sprechen und ihre Bedeutungen im Rahmen kommunikativer Interaktionen zu rekonstruieren:

*„Audiences coalesce into publics through the process of engagement with issues in discursive interaction among themselves“.*<sup>45</sup>

Bürgerpublika rekrutieren sich also immer aus Medienpublika<sup>46</sup>, und sie müssen immer auch Medienpublika bleiben, um sich über die relevanten Issues auf dem Laufenden zu halten. Wohlgermerkt können Medienpublika, und das tun sie in den meisten Fällen, auch einfach nur Medienpublika bleiben. Und zwar genau so lange, wie sich die Menschen von den zur Disposition stehenden Inhalten nicht betroffen und veranlasst fühlen, in entsprechende Diskurse einzutreten. Motivierend wirken dabei vor allem eine subjektiv empfundene Betroffenheit<sup>47</sup>, sprich die Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung von Handlungsfolgen sowie ihr In-Beziehung-Setzen mit der eigenen Lebenswelt, den eigenen Vorstellungen, Erfahrungen und Überzeugungen. Im politischen Handlungsraum EU kann Betroffenheit als Reaktion auf wahrgenommene und politisch zu adressierende Probleme entstehen. Sie wird außerdem durch europäisches Regierungshandeln provoziert, und sie kann auch

<sup>41</sup> Dahlgren, Peter: *Television and the Public Sphere. Citizenship, Democracy and the Media*. London u.a. 1995.

<sup>42</sup> Vgl. dazu sozialkonstruktivistische Ansätze z.B. Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M. 2004.

<sup>43</sup> Die englischen Begriffe ‚audience‘ und ‚public‘ machen eine entsprechende Unterscheidung deutlicher.

<sup>44</sup> Das Konzept der Bürgerschaft beinhaltet bereits ein partizipatorisches Moment, verweist es doch auf bestimmte Rechte, Pflichten sowie eine Rolle, deren Ausübung verschiedenen Arten von Partizipation impliziert.

<sup>45</sup> Dahlgren, Peter: *Doing citizenship. The cultural origins of*

*civic agency in the public sphere*. In: *European Journal of Cultural Studies*, Jg. 9, 3 / 2006. S. 267-286.

<sup>46</sup> Natürlich sind auch Bürgerpublika denkbar, die nicht aus Medienpublika hervorgehen. Angesichts fortschreitender Mediatisierung dürfte dies jedoch eher die Ausnahme darstellen, vgl. Dayan, Daniel: *Mothers, midwives and abortionists: genealogy, obstetrics, audiences and publics*. In: Livingstone, Sonia (Hrsg.): *Audiences and Publics: When cultural engagement matters for the public sphere*. Bristol 2005, S. 43-76, S. 55.

<sup>47</sup> In diesem Sinne können sich objektiv Betroffene durchaus nicht betroffen fühlen, und umgekehrt können sich objektiv Unbetroffene durchaus betroffen fühlen – z.B. durch Anteilnahme an der Betroffenheit anderer.

durch wahrgenommene Interdependenzen mit anderen EU-Ländern ausgelöst werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Betrachtung des Zusammenhangs von Medien- und Bürgerpublika unter einer prozeduralen Perspektive es ermöglicht, den Medienkonsum als potentielles Moment von Bürgerschaft und Öffentlichkeit zu greifen.

Anknüpfend an die bisherigen Überlegungen geht es nun um die medienbasierte Aneignung bzw. Lokalisierung transnationaler europäischer Diskurse sowie um die Entwicklung eines Konzepts diskursiver Aneignung. Der Umstand, dass die EU-Bürger in ganz verschiedenen politischen, medialen und kulturellen Kontexten situiert sind und von dort an europäischen Diskursen teilnehmen, ist sowohl für die theoretische Konzeption europäischer Öffentlichkeit als auch für die empirische Untersuchung der Publikumsbeteiligung relevant. Sofern die Cultural Studies auf dem Gebiet der Medienaneignung in transnationalen Kontexten schon viel geleistet haben, wird hier an ebensolche Konzepte angeschlossen. Medienaneignung kann demnach als ein synchron und parallel sowie mit fortwährenden inneren und äußeren Bezügen verlaufender, umfassend kontextualisierender Prozess des ‚Sich-zu-Eigen-Machens‘ von Medien(inhalten) beschrieben werden. Sie stellt einen *„Vermittlungsprozess zwischen den in spezifischen Diskursen lokalisierten Medieninhalten einerseits und den ebenfalls diskursiv vermittelten, alltagsweltlichen Lebenszusammenhängen [...] andererseits“*<sup>48</sup> dar. Vor dem Hintergrund einer transnationalen Perspektive sowie dem Anliegen, die Aneignung transnationaler Diskurse zu analysieren, gewinnen die jeweiligen kulturellen Kontexte an Bedeutung bzw. bedürfen einer besonderen Beachtung. Die kulturelle Lokalisierung von Medienangeboten, verstanden als dialektischer Prozess der „Verortung in den Diskursen und Sinnhorizonten der jeweiligen Lebenswelt“<sup>49</sup>, kann so als der eigentliche Kern des Konzepts der Medienaneignung verstanden werden. Überträgt man diese Überlegungen nun auf einen öffentlichkeitstheoretischen Zusammenhang, so lässt sich mit dem Konzept einer diskursiven Aneignung politischer Diskurse der Prozess einer argumentativ begründeten Auseinandersetzung mit europäischen Inhalten ebenso wie deren kulturelle Lokalisierung greifen<sup>50</sup>. Er umfasst sowohl die

Rezeption von Medieninhalten, wobei der Rezipient noch Mitglied eines Medienpublikums ist, als auch die auf Betroffenheit basierenden kommunikativen Anschlusshandlungen, vermittels derer der Rezipient zum Mitglied eines Bürgerpublikums wird. Kommunikative Anschlusshandlungen beziehen sich vor dem Hintergrund der jeweils eigenen nationalpolitisch und kulturell geprägten Lebenswelt auf die innere Auseinandersetzung mit dem Text bzw. Diskursinhalt sowie auf das Gespräch mit anderen, in dem Sinn- und Bezugszusammenhängen (re)konstruiert werden. Diskursiv ist diese Aneignung, weil das Rezipiente ebenso wie die wahrgenommene Betroffenheit und Interdependenz interpretiert, bewertet und auch debattiert werden. Das Moment der kulturellen Lokalisierung ist insofern schon impliziert, als sich die Mitglieder eines europäischen Bürgerpublikums in ganz unterschiedlichen politischen, kulturellen und auch sozialen Kontexten befinden. Im Prozess diskursiver Aneignung werden europäische Inhalte also mit dem Lokalen in Beziehung gesetzt.

Zusammenfassend lässt sich für die dritte Dimension sagen, dass das Publikum insofern konstitutiv für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit ist, als es sich aus Bürgern zusammensetzt, die über ihre Teilhabe an öffentlichen Diskursen ebenso wie ihre kommunikativen Praktiken die soziale Realität von Öffentlichkeit überhaupt erst herstellen. Auf der Grundlage von Medienrezeption können die Menschen ihre Betroffenheit von europäischen Problemen und Entscheidungen wahrnehmen und sich veranlasst fühlen, in entsprechende Diskurse einzutreten. Die Zusammensetzung der öffentlichkeitsrelevanten Bürgerpublika variiert dabei ebenso wie die emergierenden Teilöffentlichkeiten zeitlich und sachlich mit den Handlungsfolgen und Betroffenheiten. Das europäische Publikum ist damit nicht länger konsistent mit territorialstaatlichen Gebieten oder Medienreichweiten, sondern stattdessen ist es fragmentiert und formiert sich immerfort aufs Neue, also situationsspezifisch, themen- und ereignisbezogen.

Für das entwickelte pragmatische Konzept lässt sich festhalten, dass dieses europäische Öffentlichkeit als translokales Netzwerk themen- und ereigniszentrierter Teilöffentlichkeiten begreift,

<sup>48</sup> Hepp, Andreas: *Cultural Studies und Medienanalyse. Eine Einführung*. Wiesbaden 1999, S. 164.

<sup>49</sup> Hepp, *Transkulturelle Kommunikation*, S. 255.

<sup>50</sup> Diskursive Aneignung bezieht sich also weder auf

bestimmte Mediengenres oder -produkte noch auf bestimmte Rezeptionssituationen wie dies im Falle des Konzepts (kommunikativer) Medienaneignung der Fall ist.

das durch europäische Diskurse konstituiert wird und genau dann existiert, wenn eine Synchronität und Konvergenz diskutierter Themen und Argumente anzutreffen ist und wenn die von den Folgen europäischer Entscheidungen Betroffenen diese Folgen wahrnehmen und in entsprechende Diskurse eintreten. Die Sichtbarkeit und -machung der Folgen durch Kommunikatoren und Medien bilden dafür zwar eine notwendige Voraussetzung, ausschlaggebend sind jedoch die diskursiven Aneignungsprozesse durch das Publikum.

#### 4. Die europäische Verfassungsdebatte in Frankreich, Italien und Deutschland

Ende Oktober 2004 unterzeichneten die Europäischen Staats- und Regierungschefs einen Vertrag, der eine Verfassung für die EU begründen und die bis dato gültigen Vertragswerke ersetzen sollte. Seine Ratifizierung musste in der Folge durch alle (damals noch 25) 27 Mitgliedstaaten per Referendum oder parlamentarischer Abstimmung erfolgen<sup>51</sup>. Die den Ratifizierungsprozess begleitende öffentliche Debatte in Frankreich, Italien und Deutschland bildet den Untersuchungsgegenstand der empirischen Fallstudien, wobei das Hauptaugenmerk auf die Publikumsebene gerichtet ist. Dabei geht es weniger um die Frage, *wer* an europäischen Diskursen teilnimmt, als vielmehr um das *Wie* der Beteiligung. Im Mittelpunkt steht also die Analyse spezifischer Betroffenheiten und Deutungsschemata, vermittels derer die Menschen die EU-Verfassungsdebatte aneignen und in ihren jeweiligen Kontexten lokalisieren. Anknüpfend an den entwickelten pragmatischen Ansatz lauten die forschungsleitenden Fragen: Wie fühlen sich die Menschen vom Prozess der europäischen Verfassungsgebung betroffen? Inwiefern nehmen sie die Folgen dieses Prozesses ebenso wie wechselseitige Interdependenzen mit den Menschen bzw. Vorgängen in anderen EU-Ländern wahr? Vermittels welcher Argumente und Themenbezüge nehmen

sie teil? Und inwiefern ist dabei eine Konvergenz über die Länder hinweg feststellbar? Und schließlich: Wie wird die Verfassungsdebatte kulturell lokalisiert und kontextualisiert? Worin bestehen also die länder- und kulturspezifischen Besonderheiten und Differenzen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein qualitativ-exploratives Vorgehen zugrunde gelegt und die Methode des Leitfadeninterviews zum Einsatz gebracht. Determiniert durch das französische Referendum am 29. Mai 2005 wurden insgesamt 72 Bürger zunächst in Frankreich und sodann in Italien und Deutschland befragt<sup>52</sup>. Die Interviewpartner wurden gemäß dem Prinzip des *Theoretical Sampling* und mit dem Ziel einer möglichst großen Perspektivenvielfalt auf den Untersuchungsgegenstand rekrutiert<sup>53</sup>. Die Auswertung des Materials erfolgte gemäß der interpretativ-reduktiven Methode nach Mayring<sup>54</sup> sowie der interpretativ-rekonstruktiven Methode nach Bohnsack<sup>55</sup>. Als Referenzpunkte dienten dabei drei aus den Forschungsfragen abgeleitete Analyseebenen: Die erste Ebene umfasst die Wahrnehmung von Betroffenheit und Interdependenz. Zu klären ist hier also, inwiefern sich die Menschen durch den Verfassungsprozess betroffen fühlen, welche Folgen sie wahrnehmen, ob sie die Verfassung als ein gesamteuropäisches Projekt verstehen, in dem wechselseitige Interdependenzen bestehen, und wie sich dies in ihren kommunikativen Anschlusshandlungen niederschlägt (4.1). Die zweite Analyseebene stellt sodann auf eine etwaige Konvergenz rekurrierter Themen und Argumente zur Begründung der jeweils eigenen Position ab (4.2), und die dritte Analyseebene fokussiert schließlich die kulturellen Differenzen im Sinne spezifischer Betroffenheiten und Deutungsschemata in den drei Ländern (4.3).<sup>56</sup>

##### 4.1 Wahrnehmung von Betroffenheit und Interdependenz

Mit Blick auf die allgemeine Wahrnehmung des Verfassungsprozesses sowie die kom-

<sup>51</sup> Juristisch konnte dabei eine einzige Ablehnung den gesamten Ratifizierungsprozess zum Scheitern bringen und Nachverhandlungen im Europarat notwendig machen.

<sup>52</sup> Darunter 27 französische, 22 italienische und 23 deutsche Bürger zwischen 17 und 84 Jahren.

<sup>53</sup> Vgl. Glaser, Barney G. / Strauss, Anselm: *The discovery of grounded theory*. Chicago 1967.

<sup>54</sup> Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: Flick, Uwe et al. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. München 1991, S. 209-213.

<sup>55</sup> Bohnsack, Ralf: *Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in die Methodologie und Praxis qualitativer Forschung*. Opladen 1993.

<sup>56</sup> Die Annahme, dass die öffentliche Debatte in Frankreich ob des dortigen Referendums per se groß sein und stimulierend auf diejenigen in Italien und Deutschland wirken würde, sollte durch die gescheiterten Referenden in Frankreich ebenso wie in den Niederlanden drei Tage später sowohl mit Blick auf das Ausmaß als auch auf die Konflikt-Färbung der Debatte in allen Ländern erheblich übertroffen werden.

munikativen Anschlusshandlungen war zunächst einmal offensichtlich, dass die französischen Bürger das Thema EU-Verfassung schon lange vor dem Referendum als sehr präsent wahrnahmen und im Gespräch mit Freunden, Verwandten und Kollegen Pro- und Contra-Argumente ausloteten. In Italien und Deutschland wurden eine verfassungsbezogene Debatte ebenso wie Betroffenheit und Interdependenz weniger zum Zeitpunkt der parlamentarischen Abstimmungen im eigenen Land<sup>57</sup> als vielmehr kurz vor dem französischen Referendum sowie ganz massiv nach seinem Scheitern wahrgenommen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wurde der Verfassungsprozess als gesamteuropäisches Projekt und nunmehr Problem wahrgenommen<sup>58</sup>:

*„Hier j'ai été à une cérémonie le matin d'un garçon qui faisait sa première communion: on a parlé du Référendum pendant déjeuner, j'ai été invité à dîner et on a parlé du Référendum pendant une bonne demi heure. Rarement les Françaises se sont autant passionnés pour un vote [...] on en parle beaucoup“ (Frau, 60, F)<sup>59</sup>.*

*„La votazione nel senato italiano era come una notizia, ma molto breve. Se ne parla di più adesso, perché è successo un terremoto politico“ (Mann, 55, I)<sup>60</sup>.*

In diesem Sinne wurde die Verfassungsablehnung entweder mit Besorgnis über den Fortgang des Ratifizierungs- und Integrationsprozesses oder, zumindest in Italien und Deutschland, mit Verärgerung darüber aufgenommen, dass nun Menschen, die man gar nicht legitimiert hat, über ein gemeinsames Projekt entschieden haben. Während Verfassungsbefürworter die negativen Abstimmungen als Schlag gegen Europa bzw. den Integrationsprozess werteten, zeigten sich Verfassungskritiker hingegen erfreut, dass die Ratifizierung endlich gestoppt wurde.

*„C'è una scontentezza nel fatto che qualcun altro che non abbiamo eletto decida per noi“ (Frau, 35, I)<sup>61</sup>.*

*„Wir haben von zu Hause aus gesagt, dass die Franzosen hoffentlich Nein sagen, und wir waren hoch erfreut, dass die Niederländer auch Nein gesagt haben“ (Frau, 69, D).*

*„Riguardo ai Referendum in Francia ed Olanda siamo un po' preoccupati, perché significa un po' una battuta del resto o per tutto il processo della ratificazione della Costituzione Europea“ (Mann, 36, I)<sup>62</sup>.*

Wechselseitige Interdependenzen wurden allerdings nicht nur in Italien und Deutschland wahrgenommen, sondern sie wurden auch in Frankreich antizipiert und als für die eigene Wahlentscheidung bedenkenswert deklariert. So wies ein Franzose etwa darauf hin, dass ein französisches *Non* eine Art Dominoeffekt auslösen könne, sodass andere Länder diesem Beispiel womöglich folgten. Sofern das Referendumsergebnis tatsächlich europäisch sei, müsse die Wahlentscheidung ferner auf der Grundlage europäischer und nicht etwa nationaler Motive gefällt werden.

Was die wahrgenommenen und vermuteten, negativen und positiven Folgen der gescheiterten Referenden anbelangt, so wurden diese in den kommunikativen Anschlusshandlungen der Menschen reflektiert und diskutiert. Zu den als positiv perzipierten Handlungsfolgen ist zum einen der Eindruck zu zählen, dass Europa nun endlich wieder Gesprächsthema und ins Bewusstsein der Menschen vorgedrungen sei, sowie zum anderen die Hoffnung, dass die Bürger in Zukunft stärker in europapolitische Entscheidungen einbezogen werden müssen. Zu den als negativ wahrgenommenen bzw. antizipierten Folgen ist vor allem die Befürchtung zu zählen, dass der europäische Integrationsprozess nun ins Stocken geraten oder in den Rückwärtsgang geraten könnte, sodass „womöglich der gesamte europäische Gedanke baden geht“ (Mann, 30, D).

*„Ich muss ganz ehrlich sagen, ich hätte sehr starke Angst davor, wenn so etwas kommt wie,*

<sup>57</sup> Diese fanden in Italien Anfang April 2005 und in Deutschland Mitte Mai 2005 statt.

<sup>58</sup> Die Abkürzungen F stehen im Folgenden für Frankreich, I für Italien und D für Deutschland verwendet.

<sup>59</sup> [„Gestern Morgen war ich auf der Kommunion eines kleinen Jungen: während des Mittagessens haben wir über das Referendum gesprochen; dann war ich zum Abendessen eingeladen, und eine gute halbe Stunde haben wir über das Referendum gesprochen. Selten haben sich die Franzosen so sehr für eine Wahl begeistert [...] wir

haben viel darüber gesprochen“].

<sup>60</sup> [„Die Abstimmung im italienischen Senat war wie eine Notiz, sehr kurz. Jetzt spricht man mehr darüber, weil es ein politisches Erdbeben gegeben hat“].

<sup>61</sup> [„Es ist unbefriedigend, dass jemand anderes, den wir nicht gewählt haben, für uns entscheidet“].

<sup>62</sup> [„Mit Blick auf die Referenden in Frankreich und Holland sind wir ein bisschen besorgt, denn sie bedeuten einen Schlag gegen den Rest bzw. gegen den gesamten Prozess der Ratifizierung der europäischen Verfassung“].

*ich glaube der italienische Sozialminister war es, der dann meinte: Jetzt müssen wir zurück zur Lira'. Das wäre ein so massiver Rückschritt. [...] Insofern habe ich eigentlich mehr Angst davor, dass jetzt irgendwelche Leute am Rad drehen und Sorge haben vor ihren eigenen Wählern, sodass sie den absoluten Rückwärtsgang einlegen“ (Mann, 39, D).*

Zusammenfassend lässt sich für die erste Analyseebene zweierlei festhalten: Erstens waren die allgemeine Wahrnehmung der Verfassungsgebung ebenso wie von Betroffenheit und Interdependenz maßgeblich durch die jeweilige Abstimmungsart bestimmt, sprich die Aufmerksamkeit für das Geschehen in Ländern mit Referendum war größer als für dasjenige in Ländern ohne Referendum. Zweitens provozierten die Debatten in denjenigen Ländern mit Referendum, insbesondere bei erhöhtem Konfliktpotential bzw. ungewissem sowie erst recht im Falle eines negativen Ausgangs die Aufmerksamkeit und Beteiligung am öffentlichen Diskurs in allen Ländern. In diesem Sinne ließen die gescheiterten Referenden den Verfassungsprozess als gemeinsames Projekt bzw. Problem erscheinen, bei dem Betroffenheit und Interdependenz produziert und erfahrbar wurden, sodass mögliche Konsequenzen von den Bürgern reflektiert und diskutiert wurden.

## 4.2 Konvergenz von Themen und Argumenten

Auf der zweiten Analyseebene geht es um die Frage, wie die Menschen an der Verfassungsdebatte teilnehmen, sprich wie sie sie aneignen und mit welchen Themenbezügen und Argumenten sie ihre Positionen begründen. Im Sinne des erarbeiteten Öffentlichkeitsbegriffs wird dabei auf eine etwaige Konvergenz der Themen und Argumente über die Länder hinweg abgestellt. Dazu werden zunächst ein Überblick über die assoziierten Themenfelder gegeben und die herangezogenen Argumente sodann dergestalt systematisiert, dass einerseits zwischen Pro- und Contra-Argumenten sowie andererseits zwischen einer affektiven sowie einer utilitaristischen Dimension unterschieden wird.

Auffällig ist zunächst einmal die Tatsache, dass das subjektiv empfundene Wissen um die Verfassungsinhalte in allen Ländern gering war. So hat-

ten die Befragten den Verfassungstext zumeist nur ausschnittsweise oder sekundär gelesen, stufen sie ihn doch als zu komplex und zu umfangreich ein. Dementsprechend verwundert es wenig, dass die Bandbreite rekurrierter Themen und Argumente überaus groß ausfällt und von eher allgemeinem Europa- denn von konkretem Verfassungsbezug geprägt ist. Während ein erstes Themenfeld den möglichen Fortgang des europäischen Integrationsprozesses umfasst – und zwar in Bezug auf die als unklar empfundene Finalität sowie die bislang errungenen europäischen Werte, betrifft ein zweites Themenfeld die äußeren Grenzen der EU. Hier wurden der mögliche Türkei-Beitritt sowie die Osterweiterung, bei deren Beschlussfassung man als Bürger gerne befragt worden wäre, thematisiert. Ein drittes Themenfeld umfasst schließlich die soziale Dimension Europas. Hier befürchteten viele Bürger eine Abwanderung von Arbeitsplätzen gen Osten sowie eine abwärts gerichtete Anpassung von Lebensstandards. Daneben sah man durch die Verfassung auch eine Liberalisierung des EU-Binnenmarkts nach angelsächsischem Vorbild befördert, sodass globale Marktkräfte ungefiltert auf die Lebensbedingungen in Europa einwirken könnten. Diese drei Themenfelder (Integration, Grenzen, Soziales Europa) bilden gleichsam den Rahmen für die herangezogenen Argumente.

Wie schon das Themenspektrum, so stellt sich auch das Spektrum der mit Blick auf die Verfassung in Anschlag gebrachten Argumente als breit gefächert dar. Eine Differenzierung entlang der Dimensionen Pro und Contra sowie utilitaristisch und affektiv erweist sich hier als geeignetes Instrument der Systematisierung.<sup>63</sup> Auf der affektiven, durch emotionale oder ideologische Beweggründe geprägten Pro-Seite lassen sich der Verweis auf die im Integrationsprozess errungenen Werte wie Frieden und Freiheit, das Empfinden Europas als Heimat, Zukunft und Solidargemeinschaft sowie das Gefühl, europäisch zu sein, ansiedeln. Ebendiese Werte müsse man weiter ausbauen und nicht etwa gefährden, indem man den Integrationsprozess mit einer Verfassungsablehnung ausbremse. Auf der utilitaristischen, also zweckrationalistischen oder interessengeleiteten Pro-Seite lässt sich etwa der Verweis auf eine längst überfällige Neuordnung der gesetzlichen Basis der EU verorten. So könne die Verfassung die Effizienz, Handlungsfähigkeit und Demokratie der erweiterten EU sichern helfen, zu einer gestärkten

<sup>63</sup> Vgl. Easton, David: *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs 1965, S. 124ff.

Position der EU im Weltgefüge und einer besseren Bewältigung der Globalisierung beitragen.

Auf der affektiven Contra-Seite lässt sich das generelle Unbehagen über die unklare Finalität und Begrenzung der EU verorten. So sahen die Befragten die Verfassung als eine Art Freifahrtsschein in ungewisse und sodann nicht mehr beeinflussbare Integrationsrichtungen, wobei vor allem auf den möglichen Türkei-Beitritt rekurriert wurde. Ferner können hier das negativ assoziierte Bild eines neoliberalen Marktmodells sowie solche Argumente angesiedelt werden, die den generellen Sinn einer EU-Verfassung in Frage stellen. Zu divers und different seien die EU-Länder als dass man sie jemals unter das Joch einer gemeinsamen Verfassung nach dem Vorbild der USA pressen könne und dürfe. Zu guter Letzt kann hier auch die generelle Unzufriedenheit über zu wenig Mitspracherecht bei großen Entscheidungen wie etwa der Osterweiterung angeführt werden. Den reibungslosen Fortgang des Integrationsprozesses nach Gusto der politischen Elite könne man deshalb nicht einfach absegnen. Vielmehr müsse man die Politiker zum Zuhören und Nachdenken über die Bedürfnisse der Bürger zwingen. Im Feld der utilitaristischen Contra-Argumente lassen sich schließlich solche Argumente verorten, die sich um soziale Fragen und Ängste gruppieren wie etwa die Befürchtung eines absinkenden Sozialstandards oder einer Abwanderung von Arbeitsplätzen. Daneben können hier auch solche Argumente angeführt werden, die die Verfassung als schlechten Kompromiss, den Zeitpunkt ihrer Implementierung als verfrüht und die Information als unzureichend bewerten (siehe Tabelle S. 55).<sup>64</sup>

Was nun die Frage einer Konvergenz von Themen und Argumenten im Rahmen der Sinngebungsprozesse durch das Publikum in Frankreich, Italien und Deutschland anbelangt, so kann diese für den Fall der Verfassungsdebatte als gegeben betrachtet werden. So tauchten die genannten Themen und Argumente in allen drei Ländern auf, sodass eine Konvergenz im Sinne von Vollständigkeit attestiert werden kann<sup>65</sup>. Nichtsdestotrotz, und dies ist Gegenstand des folgenden Kapitels, gab es trotz der gefundenen Konver-

genz auch spezifische Differenzen in den Themenbezügen und Gewichtung einzelner Aspekte.

### 4.3 Kulturelle Differenzen der Aneignung und Lokalisierung

Auf der dritten Analyseebene geht es nun um das In-Beziehung-Setzen der Verfassungsdebatte mit den spezifischen nationalpolitisch, kulturell und auch sozial geprägten Alltagswelten der Bürger. Im Fokus stehen also die länder- und kulturspezifischen Differenzen in den Sinngebungsprozessen. Die ‚lokalen‘ Auswertungen und Kontrastierungen des Interviewmaterials haben einige, wenngleich keine drastischen Differenzen aufgedeckt. Diese umfassen neben einigen länderspezifischen Aspekten vor allem einige spezifische Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Deutschland im Unterschied zu Italien.

Mit Blick auf die spezifischen Kontextualisierungen der Verfassungsdebatte durch die Menschen in Italien können drei Aspekte benannt werden. Der wohl augenfälligste Aspekt betrifft das thematische und primär negativ belegte In-Beziehung-Setzen der EU-Verfassung mit dem Thema Euro bzw. dem Eindruck einer umfassenden Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch seine Einführung. Sofern dies einen unerwünschten Nebeneffekt des Integrationsprozesses darstelle, könne man die Verfassung als neuerlichen Schritt nun nicht ohne Weiteres gutheißen. Zwar wurde das Thema Euro zumeist zur Begründung einer verfassungskritischen Position herangezogen, doch wiesen einige Befragte auch darauf hin, dass der Euro kein europäisches, sondern ein italienisches Problem sei – nämlich eine nationale Wirtschaftskrise. Dementsprechend dürfe die Schuld nicht einfach auf die EU geschoben bzw. auf die EU-Verfassung projiziert werden.

*„L'Euro, noi in Italia la moneta che avevamo prima si è raddoppiata con l'Euro, il valore. Quindi il Parlamento ha ratificato, ma se avessimo dovuto fare un Referendum in Italia sicuramente vinceva il No. Perché con l'Euro adesso c'è poco da spendere“ (Mann, 67, I)<sup>66</sup>.*

*Öffentlichkeiten.*

<sup>66</sup> [„Der Euro, wir in Italien mit der Währung, die wir vorher hatten, das hat sich verdoppelt mit dem Euro, der Wert. Also, das Parlament hat ratifiziert, aber wenn es in Italien ein Referendum gegeben hätte, dann hätte mit Sicherheit das Nein gewonnen. Denn mit dem Euro jetzt haben wir wenig Geld zur Verfügung“].

<sup>64</sup> Interessant ist auf der Contra-Seite noch die Tatsache, dass viele Befragte klarstellten, dass sie zwar gegen die Verfassung, ansonsten aber ganz und gar pro-europäisch eingestellt seien.

<sup>65</sup> Zur normativen Plausibilität einer solchen Forderung nach Vollständigkeit im Unterschied zu einer Forderung nach Homogenität vgl. Peters / Wessler, *Transnationale*

| Pro                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | Contra                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Affektiv</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Frieden</li><li>▪ Freiheit</li><li>▪ Heimat</li><li>▪ Zukunft</li><li>▪ Brüderlichkeit</li><li>▪ Europäisch sein</li><li>▪ Europäischer Gedanke</li><li>▪ Integration fortsetzen</li></ul>                                                           | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ EU-Finalität unklar</li><li>▪ EU-Grenzen unklar</li><li>▪ Türkei-Beitritt</li><li>▪ Neoliberaler Markt</li><li>▪ Kulturelle Differenzen zu groß</li><li>▪ Kulturelle Differenzen erhalten</li><li>▪ Erweiterung ohne Bürgerbefragung</li><li>▪ Bürger ohne Mitsprache</li></ul> |
| <b>Utilitaristisch</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Mehr Effizienz &amp; Handlungsfähigkeit</li><li>▪ Mehr Demokratie</li><li>▪ Gesetzliche Basis schaffen</li><li>▪ Welt-Position der EU stärken</li><li>▪ Gemeinsam stark gegen USA/Asien</li><li>▪ Gemeinsam Globalisierung bestehen</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Arbeitsplatzabwanderung</li><li>▪ Anstieg der Arbeitslosigkeit</li><li>▪ Absinken des Sozialstandards</li><li>▪ Schlechter Kompromiss</li><li>▪ Schlechtes Timing</li><li>▪ Schlechte Information</li></ul>                                                                     |

Tabelle: Argumentationshaushalte in der EU-Verfassungsdebatte

Der zweite italienspezifische Aspekt betrifft den Rekurs auf die christlichen Wurzeln Europas. So hätte man diese im Verfassungstext gerne erwähnt gefunden, denn als einen wesentlichen Teil des europäischen Geistes müsse man diese christlichen Wurzeln erhalten, fixieren und an spätere Generationen weitergeben. Der dritte, wenngleich weniger verfassungs- oder europabezogene Aspekt betrifft schließlich die Skepsis vieler Italiener gegenüber den nationalen Medien. So sei es vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die italienischen Medien weitgehend von einer Person – nämlich dem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi – beherrscht würden, überaus schwierig geworden, sich objektiv politisch zu informieren. Die als mangelhaft empfundene Information über die Verfassungsinhalte, die auch in Deutschland und Frankreich anzutreffen war, wurde in Italien mit der Einschätzung verknüpft, dass die italienischen Medien nicht nur wenig objektiv berichteten, sondern den Menschen regelrecht die Teilhabe am europäischen Verfassungsprozess verwehreten.

*“Cioè noi siamo vivendo proprio sotto un regime d’oscurantismo dove né i mezzi della comunicazione, né la televisione, né i quotidiani [...] rendono partecipe il popolo di questa Costituzione Europea” (Mann, 50, I)<sup>67</sup>.*

Hinsichtlich der spezifischen Aneignungsweisen und Kontextualisierungen durch die französischen und deutschen Bürger lassen sich im

Unterschied zu Italien weniger Differenzen als vielmehr Gemeinsamkeiten ausmachen. Im Wesentlichen betrifft dies zwei Aspekte bzw. Themenfelder, die sowohl von den französischen als auch von den deutschen Befragten stark, wenngleich mit leicht verschobenen Schwerpunkten, rekurriert wurden. Der erste Aspekt betrifft den auffallend häufigen und meist kritisch konnotierten Bezug auf den möglichen Türkei-Beitritt. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland äußerten die Menschen die Besorgnis, dass eine Verfassungsimplementierung womöglich und angesichts der ungewissen Finalität der EU eine Art Freifahrtschein für den Türkei-Beitritt bedeuten könne.

*„J’ai peur de plein de choses comme le chômage forcé et surtout de la grande question de la Turquie. Qu’est-ce qu’on va faire avec la Turquie? Quand même c’est la grande question de l’avenir. Et moi j’ai pas voté pour qu’il l’utilise comme passage à l’Orient, que ils font tout leurs bases militaires“ (Frau, 21, F)<sup>68</sup>.*

Der zweite, für Frankreich und Deutschland spezifische Aspekt betrifft die soziale Dimension der EU – und zwar mit Blick auf den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Funktionstüchtigkeit sozialer Sicherungssysteme sowie den europapolitischen Schutz vor negativen Globalisierungsfolgen.

In diesem Zusammenhang wurde die Osterweiterung als Gefahr für die Arbeitsmarktsituation

<sup>67</sup> [„Also wir leben hier regelrecht unter einem Regime der Verdunkelung, wo die Medien, weder das Fernsehen, noch die Tageszeitungen [...] das Volk an dieser europäischen Verfassung teilhaben lassen“].

<sup>68</sup> [„Ich habe vor vielen Dingen Angst wie Arbeitslosigkeit

natürlich, aber vor allem vor der großen Frage der Türkei. Was wird man mit der Türkei machen? Das ist die große Frage der Zukunft. Und ich habe nicht gewählt, damit das als Passage zum Orient genutzt wird, dass sie da ihre Militärbasen aufstellen“].



sowie den sozialen Lebensstandard gewertet. Im Unterschied zu den Deutschen rekurrierten die französischen Befragten hier allerdings stärker auf die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie ebenso wie auf das als Bedrohung perzipierte Bild eines neoliberalen Marktmodells. Während in Deutschland also stärker auf die Gefahr einer Arbeitsplatzabwanderung rekurriert wurde, galt das Augenmerk in Frankreich stärker den negativen Folgen der Globalisierung.

*„Man merkt von diesem Öffnen der Grenzen, dass es den Arbeitsplatz anbelangt [...] Also man sieht das bei meinem Mann auf der Arbeit. Die haben schon gesagt, dass in zwei Jahren der Tarifvertrag ausläuft, und ob sie ihn verlängern. Das wissen sie eben nicht, weil sie dann die Leute auch von dort herholen können“ (Frau, 27, D).*

Zusammenfassend lässt sich für die kulturellen Differenzen festhalten, dass sich Unterschiede im Sinne spezifischer Themenassoziationen stärker zwischen Italien und Deutschland bzw. Frankreich als zwischen Deutschland und Frankreich zeigten. In diesem Sinne hebt sich Italien von den anderen Ländern ab, denn die Verfassung wurde dort mit Themen verknüpft, die in Frankreich und Deutschland gar nicht vorkamen, wohingegen die Sinngebungsprozesse der französischen und deutschen Befragten spezifische Gemeinsamkeiten aufweisen. In diesem Sinne wurde auf der dritten Analyseebene also der Tatsache Rechnung getragen, dass europäische Diskurszusammenhänge netzwerkartig in unterschiedlichen politischen und kulturellen Kontexten wurzeln. Die resultierenden kulturellen Differenzen in der Aneignung und Reproduktion müssen dementsprechend als Wesensmerkmal europäischer öffentlicher Kommunikation verstanden werden. Die postulierte Konvergenz von Themen und Argumenten erscheint dementsprechend zwar sinnvoll – schließlich geht es um die Identifikation eines öffentlichen Kommunikationszusammenhangs. Doch darf diese Konvergenz nicht mit überzogenen Homogenitätsansprüchen belegt werden, sondern vielmehr muss sie offen und ergänzbar bleiben für bzw. durch gegebene kulturelle Differenzen.

## 5. Fazit

Das Anliegen dieses Artikels bestand darin, die Publikumsebene und seine Bedeutung für die Konstitution europäischer Öffentlichkeit genauer zu beleuchten, sprich theoretisch zu fassen und empirisch zu untersuchen. Unter Rekurs auf Deweys pragmatischen Öffentlichkeitsbegriff wurde ein dreidimensionales Konzept europäischer Öffentlichkeit entwickelt, das sowohl den Raumbezug, die politischen Zielfunktionen als auch die Publikumsebene umfasst. Europäische Öffentlichkeit wurde dabei als ein Netzwerk themen- und ereigniszentrierter Teilöffentlichkeiten definiert, das durch transnationale europäische Diskurse konstituiert wird und genau dann existiert, wenn eine Konvergenz und Synchronität der diskutierten Themen und Argumente anzutreffen ist und wenn die Menschen ihre Betroffenheit und Interdependenz von und in europapolitischen Entscheidungs- und Problemzusammenhängen wahrnehmen und in entsprechende Diskurse eintreten. Europäische Öffentlichkeit entsteht also in Abhängigkeit von wahrgenommenen Handlungsfolgen, und sie wurzelt in ganz unterschiedlichen politischen und medialen Kontexten, sodass in der Konsequenz differente, zum Teil konträre Perspektiven, Reproduktionen und Kontextualisierungen resultieren<sup>69</sup>.

Die Fallstudien zur europäischen Verfassungsdebatte aus Sicht des Publikums haben sodann in Anlehnung an das theoretische Gerüst auf die Wahrnehmung von Betroffenheit und Interdependenz im europäischen Verfassungsprozess, auf eine Konvergenz der rekurrierten Themen und Argumente sowie auf kulturelle Differenzen der Aneignung und Lokalisierung in Frankreich, Italien und Deutschland abgestellt. Offensichtlich war zunächst einmal die Tatsache, dass der unerwartete politische Verlauf der Ratifizierung, sprich die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die öffentlichen Debatten erheblich katalysierten. So stellte der Verfassungsprozess nun einen echten Problemzusammenhang dar, der die Wahrnehmung von Betroffenheit und Interdependenz sowie den Eintritt in entsprechende Diskurse regelrecht provozierte. Vor diesem Hintergrund konnten im Rahmen der Sinngebungsprozesse durch die Bürger in

<sup>69</sup> Zum Nutzen kontroverser öffentlicher Debatten für das Stattfinden europäischer Öffentlichkeit ebenso wie für den europäischen Integrationsprozess vgl. z.B. Soysal, Yasemin: *Changing Boundaries of Participation in European Public*

*Spheres: Reflections on Citizenship and Civil Society*. In: Eder, Klaus / Giesen, Bernd (Hrsg.): *European Citizenship between National Legacies and Postnational Projects*. Oxford 2001, S. 159-179.

Frankreich, Italien und Deutschland sowohl eine Konvergenz von Themen und Argumenten über die Länder hinweg als auch spezifische Differenzen in den Lokalisierungen herausgearbeitet werden.<sup>70</sup> In diesem Sinne haben die Fallstudien gezeigt, dass und inwiefern Krisen und Konflikte – denn nichts anderes haben die gescheiterten Referenden ausgelöst – das Stattfinden europäischer Öffentlichkeit evozieren und ankurbeln können. Der europäische Verfassungsprozess, oder besser gesagt sein Scheitern, hat also ein Moment europäischer Öffentlichkeit erzeugt. Weitergehend zu beforschen wäre nun, was nach einer solchen Episode europäischer Öffentlichkeit passiert, ob es strukturelle Veränderungen für die zukünftige Diskussion europapolitischer Themen gibt und inwiefern solche Episoden im Zeitverlauf häufiger und in kürzeren Abständen auftauchen.

Abschließend lässt sich sagen, dass der konzeptionelle Anschluss an Deweys pragmatischen

Öffentlichkeitsbegriff gezeigt hat, inwiefern lange ‚vergessene‘ Klassiker hilfreich für die Bearbeitung aktueller demokratie- und öffentlichkeitstheoretischer Fragen und Probleme sein können.<sup>71</sup> So ist es Dewey lange vor dem Stattfinden einer wissenschaftlichen Globalisierungsdebatte gelungen, die Globalität von Handlungsfolgen zu erkennen und ein Konzept von Öffentlichkeit zu entwerfen, das eben nicht territorialstaatlich angelegt ist, sodass es sich bruchlos auf den europäischen Kontext übertragen lässt. Richtungsweisend für moderne Gesellschaften ist in diesem Sinne auch die Auseinandersetzung zwischen Dewey und Lippmann über die Beteiligung der Zivilgesellschaft am öffentlichen Diskurs und politischen Prozess. Kann diese doch als „visionäre Vorwegnahme zweier konträrer Reaktionsmöglichkeiten“<sup>72</sup> auf die wahrgenommenen Probleme demokratischer Regierungssysteme im Zeitalter der Globalisierung, Ökonomisierung und kulturellen Heterogenität gewertet werden.

### Swantje LINGENBERG (1978)

M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Jacobs University Bremen im Projekt ‚Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel der EU‘ am SFB ‚Staatlichkeit im Wandel‘. Sie studierte Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftspolitik und Romanische Philologie an den Universitäten Münster, Sevilla und Bologna. Ihr Promotionsprojekt an der Universität Erfurt fokussiert die Publikumsebene europäischer Öffentlichkeit und untersucht die Sinngebungs- und Aneignungsprozesse der Unionsbürger am Beispiel der europäischen Verfassungsdebatte in Frankreich, Italien und Deutschland. Ihre Forschungsinteressen umfassen transnationale und transkulturelle Kommunikation und Öffentlichkeit.

Kontakt: s.lingenberg@jacobs-university.de

<sup>70</sup> Die postulierte Synchronität der diskutierten Themen kann insofern als gegeben betrachtet werden, als es sich offenbar um einen zusammenhängenden Diskurs handelte, d.h. die Verfassung wurde in den Ländern nicht etwa um große Zeitabstände versetzt diskutiert.

<sup>71</sup> Zur Rezeption Deweys in der Kommunikationswissenschaft vgl. z.B. Koller, *Strukturwandel von Öffentlichkeit in Westeuropa und den USA*.

<sup>72</sup> Kettner, *Deweys demokratische Experimentiergesellschaft*, S. 46.

# Auf dem Weg nach Europa

Appelle als Kommunikationsform der Türkei mit Europa

Günel Incesu / Jörg Requate

In seinen wiederholten Interventionen zur Frage, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden sollte, hat der Historiker Hans-Ulrich Wehler es als ein „prinzipielles Dilemma“ beklagt, dass die europäische Politik es bislang „vermieden (oder nicht gewagt)“ habe, die geographischen, politischen und kulturellen Grenzen Europas klar zu definieren.<sup>1</sup> Unabhängig davon, wie man zu Wehlers Positionen im Einzelnen steht, ist an dieser Feststellung mehrerer bemerkenswert. Zunächst ist in der Tat auffällig, dass eine öffentliche Debatte über die Grenzen und die Identität Europas zwar in wissenschaftlichen Fachdebatten, lange Zeit aber kaum in einer breiteren Öffentlichkeit stattgefunden hat. Wehlers Interventionen sind insofern als Versuch zu werten, diese Debatte auszuweiten und in sie einzugreifen. Gleichzeitig weist Wehler jedoch der „europäischen Politik“ die Aufgabe zu, die Definition der Grenzen vorzunehmen und internalisiert damit bereits jenes Demokratiedefizit, das sich nicht zuletzt im häufig beklagten Fehlen einer ausgeprägten europäischen Öffentlichkeit niederschlägt. So besteht das Dilemma tatsächlich eher darin, dass die europäische Politik durchaus Entscheidungen über Grenzen Europas – gerade auch in Bezug auf die Türkei – fällt und gefällt hat, ohne dass diese Entscheidungen in eine europäische Debatte eingebunden gewesen wären.

Schon die Gründung der EWG im Jahr 1957 konnte sich zwar auf eine gewisse Europa-Begeisterung stützen, war im Kern aber eine Entscheidung der politischen Eliten. Die Frage der Erweiterung der EWG, vor allem um England, hing lange Zeit allein von der Haltung De Gaulles ab.

Die Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals war nach dem Untergang der jeweiligen Diktaturen ebenso folgerichtig, wie es letztlich die Osterweiterung der EU war. Angesichts der gewaltigen Veränderungen, die der EU dadurch ins Haus standen, ist es fast erstaunlich, wie wenig diese Erweiterung von einer breiten öffentlichen Debatte begleitet war. Zwar meldeten sich skeptische Stimmen, doch bezogen die sich eher auf Einzelfragen und auf zeitliche Abläufe. Eine grundsätzliche Absage an den Willen der ostmitteleuropäischen Staaten „nach Europa zurückzukehren“, hätte das europäische Projekt auf eine rein ökonomische Zweckgemeinschaft zurückgeworfen. Das in den 1980er Jahren zunehmend

**Es ist auffällig, dass eine öffentliche Debatte über die Grenzen und die Identität Europas zwar in wissenschaftlichen Fachdebatten, lange Zeit aber kaum in einer breiteren Öffentlichkeit stattgefunden hat**

einsetzende Aufbegehren gegen die von der Sowjetunion maßgeblich installierten und gestützten Regime selbst war bereits als ein Drängen zurück nach Europa zu verstehen.<sup>2</sup> Der Eintritt dieser Länder in die Europäische Union folgte so, dem Appell, vieler Intel-

lektueller und dann, der neuen Regierungen an Europa, doch bitte nicht vergessen zu werden. Das Eintreten für und der Kampf um die Werte, die Europa für sich reklamierte, ließ der Europäischen Union um den Preis des Ausschlusses aus einer ideellen europäischen Diskursgemeinschaft so gut wie keinen Spielraum in der grundsätzlichen Frage der Erweiterung. Der aus Ostmitteleuropa an Europa dringende Appell der Zugehörigkeit konnte vor diesem Hintergrund nur ein erfolgreicher sein.

Für die Frage des EU-Beitritts der Türkei ist die Geschichte der Erweiterung der EU, insbesondere der Osterweiterung, in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Zum einen zogen mit den osteu-

<sup>1</sup> Wehler, Hans-Ulrich: *Grenzen und Identität Europas bis ins 21. Jahrhundert*. In: Benninghaus, Christina et al. (Hrsg.): *Unterwegs in Europa. Beiträge zu einer vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte*. Frankfurt a. M. 2008. S. 85-96, S. 85.

<sup>2</sup> Vgl. in diesem Sinne den wichtigen Aufsatz von Kundera, Milan: *The Tragedy of Central Europe*. In: *The New York*

*Book Review*, 26.4.1986, S. 33-38. Die Dokumentation der daran anschließenden Diskussion siehe In: Busek, Erhard / Wilfinger, Gerhard (Hrsg.): *Aufbruch nach Mitteleuropa*. Wien 1986; Schöpflin, George / Wood, Nancy (Hrsg.): *In Search of Central Europe*. Cambridge 1989. Siehe auch den Zeitschriftenband *Daedalus* 119 (1990).

europäischen Staaten viele Länder auf ihrem Weg „nach Europa“ an der Türkei vorbei, für die dieser Weg lange Zeit außerhalb jeder Diskussion stand. Zum anderen verweist die Vorgeschichte der Osterweiterung mit dem Appell an Europa auf ein besonderes Kommunikationsmuster, das für die Analyse der spezifischen Qualität und die Herausbildung europäischer Öffentlichkeitsstrukturen von zentraler Bedeutung ist. Dieser an anderer Stelle entwickelte Ansatz soll im Folgenden knapp erläutert werden, um anschließend die Besonderheit der Debatte um die Aufnahme der Türkei in die EU für die Frage nach der Herausbildung europäischer Öffentlichkeitsstrukturen analysieren und verorten zu können.<sup>3</sup>

## Europäische Öffentlichkeit als Appellationsinstanz

In der Debatte um die Existenz und die Strukturen einer europäischen (Medien-)Öffentlichkeit haben sich vor allem mit den Beiträgen von Jürgen Gerhards und von Klaus Eder zentrale Bezugspunkte herausgebildet, an denen sich die meisten empirischen Arbeiten zu der Thematik orientieren.<sup>4</sup> Gerhards unterscheidet zwei mögliche Modelle: eine vom nationalstaatlichen Modell auf die europäische Ebene transferierte Öffentlichkeit, die auf einem einheitlichen europäischen Mediensystem beruht, auf der einen und eine „Europäisierung der nationalen Medienöffentlichkeiten“ andererseits. Erscheint die Herausbildung des ersten Modells überhaupt utopisch, betont Gerhards auch für das zweite Modell die enormen Beharrungskräfte der nationalen Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster. Ist Gerhards damit insgesamt äußerst skeptisch gegenüber den Chancen einer europäischen Öffentlichkeit, setzt Klaus Eder weniger normativ an. Er hebt dagegen hervor, dass sich eine europäische Öffentlichkeit jeweils entlang spezifischer „Issues“, also Themen, die Europa insgesamt angehen, manifestiert, und insofern nicht

einfach existiert oder nicht existiert, sondern entstehen und wieder vergehen kann.

Der Ansatz, europäische Öffentlichkeit als Appellationsinstanz zu verstehen, teilt auf der einen Seite Gerhards Skepsis gegenüber den Chancen der Entstehung einer übergreifenden europäischen Öffentlichkeit ebenso wie seine Argumentation, dass europäische Themen weiterhin in erster Linie rein aus der Perspektive der nationalen Öffentlichkeiten behandelt werden. Auf der anderen Seite schließt er an die Überlegungen Eders an, dass sich europäische Öffentlichkeitsstrukturen eher punktuell, im Kontext bestimmter „issues“ als permanent manifestieren. Zentral für den Ansatz ist jedoch die Unterscheidung zwischen den „realen“ Öffentlichkeits- und Kommunikationsstrukturen innerhalb Europas und der Idee einer europäischen Öffentlichkeit, die als normative Instanz ihre Wirkung entfalten kann, ohne dass sie im Sinne der Kriterien von Jürgen Gerhards bereits „vorhanden“ wäre. Neben dem Vorteil dieses Ansatzes, damit bereits nach der Bedeutung europäischer Öffentlichkeit für viel weiter zurückliegende Zeiträume fragen zu können, eröffnet er weitere wichtige Perspektiven: Zunächst ermöglicht er die Unterscheidung zwischen Debatten von unterschiedlicher Bedeu-

**Virulent werden diese Fragen, wenn es um die Beziehung Europas „nach außen“ geht, wobei die Frage, wo dieses Außen liegt, Teil der Debatte ist**

tung; Ohne Zweifel ist der Streit um Agrarsubventionen ein europäisches Thema, das wichtige Konsequenzen für die finanzielle Handlungsfähigkeit der EU hat. Doch die Frage wo die Grenzen Europas liegen

oder auf welchen Werten Europa gründet, haben ohne Zweifel eine andere Qualität. Virulent werden diese Fragen insbesondere dann, wenn es um die Beziehung Europas „nach außen“ geht, wobei die Frage, wo dieses Außen liegt, Teil der Debatte ist. Der Appell ost-mitteuropäischer Intellektueller der 1980er Jahre auch zu Europa zu gehören oder der Appell an Europa in den Balkankriegen der 1990er Jahre nicht untätig zu bleiben oder schließlich die Auseinandersetzung um die EU-Mitgliedschaft der Türkei führen ins

<sup>3</sup> Requate, Jörg / Schulze Wessel, Martin: *Europäische Öffentlichkeit. Realität und Imagination einer appellativen Instanz*, in: Dies. (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 2002, S. 11-39.

<sup>4</sup> Gerhards, Jürgen: *Westeuropäische Integration und die*

*Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 22 / 1993, S. 96-110; Eder, Klaus: *Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 10 / 2000, S. 167-184.

Zentrum der Frage nach dem europäischen Selbstverständnis und somit der Idee einer europäischen Öffentlichkeit. Mit dem Aufstieg europäischer Institutionen gibt es zwar anders als etwa im 19. Jahrhundert einen konkreten Adressaten der Appelle „an Europa“. Den Appell an eine europäische Öffentlichkeit schließt dies jedoch keineswegs aus. Vielmehr dient diese Idee einer auf den gemeinsamen europäischen Werten gründenden Öffentlichkeit als normative Basis für das geforderte Handeln auf Regierungsebene.

Untersuchungen über die Debatten, Berichterstattungen und unterschiedlichen Haltungen zur Frage des EU-Betrtritts der Türkei liegen vor allem für die Zeit seit 2002 – zum Teil auch für die Zeit davor – in größerer Zahl vor.<sup>5</sup> Erstens zeigt sich allerdings dabei, dass eine umfassende Untersuchung der Strukturen und der Inhalte aller nationalen Einzeldebatten und deren transnationaler Bezüge empirisch erheblichen Aufwand erfordert, so dass eine regionale und thematische Konzentration fast unumgänglich ist. Zweitens erfassen die Beiträge in unseren Augen nicht die spezifische Bedeutung und spezifische Struktur der Debatte. Insbesondere bleibt zumeist unberücksichtigt, dass es sich nicht nur um eine Debatte innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedsstaaten handelt, sondern zwischen „Europa“ und der Türkei oder besser gesagt zwischen unterschiedlichen türkischen und unterschiedlichen europäischen Sprechern. Drittens schließlich greifen die meisten Untersuchungen historisch nicht sehr weit aus und lassen damit die wichtige Entwicklung der Debatte weitgehend außer Acht.

<sup>5</sup> Vgl. Maras, Konstadinos: *Der europäische Türkei-Diskurs: Eine Vergleichsanalyse*. In: Giannakopoulos, Angelos / Maras, Konstadinos (Hrsg.): *Die Türkei Debatte in Europa. Ein Vergleich*. Wiesbaden 2005, S. 213 ff.; von Oppeln, Sabine: *Die Debatte über den Beitritt der Türkei in Deutschland und Frankreich*. In: *Leviathan*, Jg. 33, N. 3, September 2005, S. 391-411; Wimmel, Andreas: *Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit. Die Debatte zum den EU-Beitritt der Türkei*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 46, 2005, S. 459-283. Für den Zeitraum kurz vor und kurz nach dem Kopenhagener Gipfel siehe die Presseanalyse von Carnevale, Ihrig und Weiß, welche britische, deutsche, französische und italienische Zeitungen mit Hinblick auf die Türkei Debatte für die Monate November und Dezember 2002 untersuchen: Carnevale, Roberta / Ihrig, Stefan / Weiß, Christian: *Europa am Bosphorus (er-)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen*. Frankfurt a. M. 2005. In dem Zeitraum von November und Dezember 2002, so die Autoren, ist die Türkei eines der wichtigsten Themen in den Tageszeitungen. Der quantitative Vergleich bestätigt die These, dass der Diskurs besonders in Frankreich und Deutschland intensiv ist. So berichten *Le Monde*, *Le*

Das empirische Problem bleibt auch für diesen Beitrag bestehen. Eine Konzentration ist auch hier unumgänglich, doch geht es ohnehin nicht um eine umfassende Abbildung der Debatte als vielmehr um eine Untersuchung von deren Strukturen. Es soll vor allem gezeigt werden, welche kommunikativen Strategien vor allem von türkischer Seite angewandt wurden, um das Bestreben Mitglied der EU zu werden, jenseits des reinen Regierungshandelns mit Appellen an „die europäische Öffentlichkeit“ bzw. an europäische Teilöffentlichkeiten zu untermauern.

## Die Türkei auf dem Weg in die EU? Die öffentliche Debatte

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan, gleichzeitig Vorsitzender der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), kommentierte 2004 die öffentliche Debatte um den EU-Beitritt der Türkei folgendermaßen:

„Die Türkei ist auf dem Weg, ein EU-Mitglied zu werden – und dieser Weg ist unumkehrbar. In den Verhandlungen werden die Bedingungen geklärt, die wir im Augenblick noch nicht erfüllen, aber nicht die Frage, ob wir überhaupt Vollmitglied werden oder nicht. Wie lange wir verhandeln, darüber können wir diskutieren. Ob das fünf oder sieben oder zehn Jahre lang dauert, das ist offen.“

Der Weg in die EU ist ein Hauptanliegen seiner Regierung, er bestimmt zu einem erheblichen Teil

*Figaro*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* doppelt so häufig über die Türkei wie englische und italienische Tageszeitungen. Die Gesamtzahl der Artikel beläuft sich auf 459 in acht Tageszeitungen. Vgl. dazu ebd., S. 43 f. Auch Jochen Walter untersucht die Presseberichterstattung für deutsche und britische Medien: Walter, Jochen: „Das Ding auf der Schwelle“. *Konstruktionen Europas durch Inklusions- und Exklusionssemantiken am Beispiel des türkischen Beitritts zu den europäischen Gemeinschaften, 1960-2004*. Bielefeld 2007; für den Zeitraum von 1999-2004, so Walter, ließen sich explizit Debatten über eine europäische Identität feststellen. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dem *Spiegel* und der *Bild*-Zeitung sind es insgesamt 538 Artikel, während der britische Korpus signifikant geringer ist (175 Artikel in der *Times*, im *Economist* und im *Daily Mirror*), jedoch für die verhältnismäßig geringe Berichterstattung über den EU-Beitritt der Türkei in Großbritannien immer noch bemerkenswert sei. vgl. ebd., S. 184-221.

<sup>6</sup> „Es gibt nur ein Verhandlungsziel“, Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan über die EU-Vollmitgliedschaft, die Ängste der Europäer und die Globalisierung des Friedens. In: *Der Spiegel*, Jg. 58, H. 41, 4.10.2004, S. 29-32, S. 29.

die Politik und die politischen Entscheidungen in der Türkei. Die Betonung der Unumkehrbarkeit des Weges richtet sich daher sowohl an eine europäische als auch an eine türkische Öffentlichkeit. Erdogan greift mit seiner Formulierung den Ereignissen kommunikativ vor und appelliert damit an die Öffentlichkeit, den Weg der Türkei in die EU zu akzeptieren und zu begleiten.

Das Interview mit Tayyip Erdogan erschien im *Spiegel* am 4. Oktober 2004. Die Aussage des türkischen Ministerpräsidenten, die Türkei sei auf dem Weg ein EU-Mitglied zu werden, schien sich in den folgenden Wochen und Monaten zu bestätigen. Noch in derselben Woche, am 6. Oktober 2004, veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Bericht zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zu ihrem Beitritt, in welchem sie feststellte, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfülle. Dementsprechend empfahl sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.<sup>7</sup> Auf dieser Grundlage beschloss der Europäische Rat am 17. Dezember 2004 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zum 3. Oktober 2005 zu eröffnen, wobei allerdings von europäischer Seite wiederholt betont wurde, dass die Verhandlungen „ergebnisoffen“ geführt würden.

Die institutionellen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden von einem breiten öffentlichen Diskurs begleitet. Bereits seit der Verweigerung konkreter Beitrittsverhandlungen vom Luxemburger EU-Gipfel 1997 und der Aufnahme der Türkei in den erweiterten Kreis der Beitrittskandidaten in Helsinki 1999 bis zur Datierung der Aufnahme von Beitrittsgesprächen auf dem Kopenhagener Gipfel 2002 war die Frage nach der Zugehörigkeit der Türkei in die Europäische Union Zentrum einer breiten Debatte in Europa, an der sich nicht nur Politiker und Journalisten,

sondern insbesondere auch Wissenschaftler, Unternehmer und Intellektuelle beteiligten. Das Interesse an der Frage war in den verschiedenen Ländern jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt: Während in den osteuropäischen und südeuropäischen Ländern, aber auch in England die Debatte wenig Wellen schlug, wurde der EU-Beitritt der Türkei vor allem in Österreich, Deutschland und Frankreich, teilweise auch in den Niederlanden intensiv und kontrovers diskutiert. Die unterschiedliche Zahl der türkischen Migranten und die damit verbundenen innenpolitischen Auseinandersetzungen spielen dabei ohne Zweifel eine zentrale Rolle. Das Interesse Frankreichs hängt zudem sowohl mit dem traditionellen europäischen Führungsanspruch als auch mit der besonderen Armenienproblematik zusammen.

Die Argumentationslinien lassen sich hierbei in zwei voneinander divergierende Verständnisweisen von europäischer Integration unterteilen: die erste weist ein politisches Verständnis europäischer Integration auf, wonach eine demokratische Türkei Mitglied der Europäischen Union sein kann oder sein sollte. Die geostrategische Lage der Türkei als enger Partner im Südosten Europas<sup>8</sup>, die wirtschaftlichen Vorteile für Investoren<sup>9</sup>, ihre westliche Ausprägung<sup>10</sup>, das jahrzehntelange Bemühen der Türkei um Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft<sup>11</sup> sind Argumente, die von diesem ersten Argumentationsstrang bemüht werden. Die zweite Argumentationslinie sieht in den institutionellen, kulturellen und religiösen Wurzeln der Türkei eine „symbolische Grenze“ des Europäischen erreicht, deren Überschreitung die „europäische Einheit“ in ihren Prinzipien und in ihrer Identität zerstören würde.<sup>12</sup>

Die Option eines Beitritts der Türkei in die Europäische Union hat somit spätestens seit 2002 eine breite Debatte in Europa ausgelöst. Die Per-

<sup>7</sup> Der Bericht ist auf der Homepage der Europäischen Kommission im Dokumentenregister einsehbar: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2004:0656:FIN:DE:PDF> (22.07.2008)

<sup>8</sup> Vgl. exemplarisch Münkler, Herfried: *Warum der EU-Beitritt der Türkei für Europa wichtig ist*. In: Leggewie, Claus (Hrsg.): *Die Türkei und Europa: Die Positionen*. Frankfurt a. M. 2004, S. 204–214.

<sup>9</sup> Vgl. exemplarisch den im September 2004 veröffentlichten Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission mit Martti Ahtisaari als ihrem Vorsitzenden: Ahtisaari et al.: *Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen? Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission*. Brüssel 2004, insbesondere S. 18–25.

<sup>10</sup> Vgl. exemplarisch Seufert, Günter: *Keine Angst vor den Türken!* In: Leggewie, *Die Türkei und Europa*, S. 70–76;

Kramer, Heinz: *Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 33–34, 2004.

<sup>11</sup> Vgl. für einen knappen geschichtlichen Abriss der Annäherung an den Westen: Adanir, Fikret: *Der Weg der Türkei zu einem modernen europäischen Staat*. In: *Der Bürger im Staat*, Jg. 50, H.1, 2000, S. 10–18; ders.: *Geschichte der Republik Türkei*. Mannheim 1995.

<sup>12</sup> Vgl. exemplarisch *Pour ou contre l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne*, Interview mit Valéry Giscard d'Estaing. In: *Le Monde*, 9.11.2002; Wehler, Hans-Ulrich: *Die Selbstzerstörung der EU durch den Beitritt der Türkei*. In: ders.: *Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Essays*. München 2003, S. 41–51; ders.: *Das Türkenproblem: Der Westen braucht die Türkei - etwa als Frontstaat gegen den Irak. Aber in die EU darf das muslimische Land niemals*. In: *Die Zeit*, 12.09.2002.

spektive des Beitritts der Türkei zur EU bzw. ihrer Vorgängerorganisationen reicht allerdings wesentlich weiter zurück. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit auch die öffentliche Debatte weiter zurückgreift. Oder anders gefragt: Hat die Intensität der laufenden Debatte mit Fortschritten europäischer Öffentlichkeitsstrukturen zu tun oder allein mit einer veränderten Dringlichkeit des Problems?

## Der lange Weg von der Assoziation zum Antrag auf Vollmitgliedschaft

In einem Auszug aus einem *Spiegel*-Report von 1963 wird scheinbar nebenbei erwähnt, dass die Türkei ein assoziiertes Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) geworden ist:

*„Bei voller Anwendung der EWG-Bestimmungen nämlich müssen erst die Erzeugnisse aus allen Ländern der Sechsergemeinschaft einschließlich der 18 assoziierten afrikanischen Länder und der ebenfalls assoziierten Türkei und Griechenlands verkauft sein, bevor ein Drittland auf den EWG-Markt liefern darf. Diese Regelung gilt auch für zollfreie Produkte, wie Häute, Felle und Ölstaaten.“<sup>13</sup>*

Von 1959 (Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Türkei) bis 1963 ist dies die einzig auffindbare Passage im *Spiegel*, welche die Assoziierung der Türkei mit der EWG erwähnt. In der *Bild*-Zeitung wird in diesem Zeitraum dem Assoziierungsabkommen mit der Türkei überhaupt keine Beachtung geschenkt, während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und der *Spiegel* zwar über die Türkei schreiben, jedoch in erster Linie die geostrategische Rolle der Türkei als Stütze gegen den Kommunismus einerseits<sup>14</sup>, sowie den Sturz der Regierung Menderes und die Rückkehr zur Demokratie<sup>15</sup> andererseits betonen. Auch in

anderen europäischen Ländern wird dem Ereignis kaum größere Beachtung geschenkt.

Verglichen mit der öffentlichen Debatte seit den 1990er Jahren bis heute, ist die beinahe gänzlich fehlende öffentliche Diskussion im Kontext der EWG-Assoziierung der Türkei frappierend. Womit kann dieses scheinbare Desinteresse begründet werden? Der Prozess vom türkischen Antrag bis zur Assoziation sowie die ausschlaggebenden Gründe für dieselbige mögen die Frage beantworten.

Bei einer Assoziierung handelt es sich, so der damalige Präsident der ersten Kommission der EWG, Walter Hallstein,

*„um weniger als den vollen Beitritt, um mehr als einen bloß gegenseitige Verpflichtungen begründenden Vertrag, wie es der klassische Handelsvertrag ist. Auch hier wird eine dauerhafte und organische Verbindung hergestellt, die eine Art Verfassung hat: eine gemeinsame Willensbildung findet statt, die Mitglieder der Assoziation treten gemeinsam auf, Verfahren und Organe ermöglichen das.“<sup>16</sup>*

Darüber hinaus stelle die Assoziation mit einem dritten Land eine Möglichkeit dar, dem Antragsteller durch den Assoziierungsvertrag die Möglichkeit zu geben, über einen bestimmten Zeitraum hinweg seine ökonomische Wettbewerbsfähigkeit an den gemeinsamen Markt orientieren zu können.<sup>17</sup> Eben dies galt auch für die Türkei. Von türkischer Seite waren die Gründe für den Assoziierungsantrag dagegen vorrangig politisch. Der nach der Staatsgründung der Republik Türkei im Jahre 1923 eingeschlagene Weg nach Westen wurde in der Nachkriegszeit durch die Mitgliedschaft in politischen, ökonomischen, und militärischen Institutionen forciert.<sup>18</sup> In einem Interview von 1965 nannte Ministerpräsident Süleyman Demirel die Gründe für den Assoziierungsantrag an die EWG:

*„Selbstverständlich, wir können und wollen gar nicht außerhalb der westlichen Gemeinschaft*

<sup>13</sup> Ist die EWG eine „Tödliche Gefahr“: Spiegel-Report über die Einfuhrpraktiken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In: *Der Spiegel*, Jg. 7, H. 37, 11.09.1963, S. 54-61, S. 59.

<sup>14</sup> So wird die Türkei als „Verteidigungsbereitschaft der Nato“ in diesem Raum bezeichnet: *Wie stark ist die türkische Armee*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.1960.

<sup>15</sup> *Menderes-Die Alt-Türken*. In: *Der Spiegel*, Jg. 4, H. 24, 08.06.1960, S. 34-42; *Die Frauen des Diktators*. In: ebd., Jg. 4, H. 44, 26.10.1960, S. 59-61.

<sup>16</sup> Hallstein, Walter: *Die Europäische Gemeinschaft*, 5. Aufl.

Düsseldorf 1979, S. 369-370.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 370 f.

<sup>18</sup> Die Türkei war 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, obwohl sie erst 1945 Deutschland und Japan den Krieg erklärt hatte; 1948 trat die Türkei der OEEC bei und wurde 1949 Mitglied des Europarates; 1952 schließlich trat sie der Nato bei. Vgl. zu diesen Entwicklungen Lewis, Bernhard: *The Emergence of Modern Turkey*. Oxford 1961, S. 288 ff; Pope, Nicole / Pope, Hugh: *Turkey unveiled. Atatürk and After*. London 1997, S. 89 ff; Zürcher, Erik: *Turkey. A Modern History*. London 1993, S. 215 ff.

*leben. Wir werden ihr integrierter Bestandteil bleiben. Unsere Verteidigung ist eng mit der Verteidigung des Westens verflochten. Denn wir verteidigen dieselbe Sache, die westliche Zivilisation.*<sup>19</sup>

Der Assoziierungsantrag ist demnach die konsequente Folge der Westorientierung der Türkei. In seinem Interview stellt Demirel die Zugehörigkeit der Türkei zum Westen als fragloses Faktum hin und appelliert damit automatisch an die westliche Gemeinschaft, die Türkei als ihr Mitglied zu betrachten, da sie derselben Sache diene: der Verteidigung der westlichen Zivilisation. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Assoziationsantrag selbst als ein Appell deuten, diesem Faktum auch Rechnung zu tragen. Die fehlende europäische Debatte über diese Frage zeigt, dass ein Resonanzraum für einen solchen Appell letztlich noch nicht vorhanden war. Das Streben der Türkei nach Europa wurde eher als ein türkisches denn als ein europäisches Problem betrachtet.

Eben dieses Ziel, als europäisches und demokratisches Land akzeptiert zu werden, wurde bereits ein Jahr nach der Antragstellung in Frage gestellt. Durch den Putsch des Militärs gegen die Regierung Menderes im Jahre 1960 musste die Übergangsregierung unter General Cemal Gürsel dafür sorgen, dass schnellstmöglich demokratische Verhältnisse wieder hergestellt werden.<sup>20</sup> Zwar verzögerte sich die Unterzeichnung des Assoziationsvertrages durch den Militärputsch, doch wurden durch den Abschluss des Assoziationsabkommens mit Griechenland am 9. Juli 1961 neue Verhandlungsbedingungen geschaffen. Es war stets Absicht der Mitgliedsstaaten der EWG, die Türkei und Griechenland gleichzeitig an die EWG anzunähern. Dem Image eines *rich man's club* entgegenzuwirken, war ein Beweg-

grund für die EWG, diese beiden Länder zu assoziieren.<sup>21</sup> Ferner kommt durch die Assoziation der „peripheren“ Länder Griechenland und Türkei De Gaulles Vision einer Europäischen Gemeinschaft vom Atlantik bis in den Ural, also die normative Idee eines nicht auf die Kernländer Italien, Deutschland und Frankreich reduzierten Europas, zum Ausdruck. Über den Weg der Assoziation sollte die politische Bindung beider Staaten an das westliche Wertesystem gestützt werden. Insbesondere die Türkei galt als militärpolitische Stütze gegen den sowjetischen Kommunismus im Kontext des Kalten Krieges.<sup>22</sup> Warum aber waren diese doch weit reichenden Entscheidungen nicht Bestandteil einer öffentlichen Diskussion, wie wir sie heute im Kontext eines möglichen EU-Beitritts der Türkei vorfinden?

Die Annäherung der Türkei an die EWG vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und die Mitgliedschaft in der Nato sind Gründe für eine scheinbare Selbstverständlichkeit des Assoziierungsabkommens. Hinzu kommt die Tatsache, dass die EWG in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft mit politischen Visionen, jedoch noch keine politische Union war. Somit wurden zwar politische Interessen verfolgt, primär überwogen jedoch ökonomische Anreize wie der Wegfall von Zöllen, Erweiterung von Handelsbeziehungen und Gewährung von Krediten, um Drittländer wie die Türkei langfristig an die westliche Gemeinschaft zu binden. Somit stand auch keine Grundsatzentscheidung über die Identität und die Grenzen Europas zur Debatte.

Nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens am 12. September 1963 folgte 1970 noch ein Zusatzprotokoll, durch welches die Türkei von der Vorbereitungs- in die Übergangsphase geführt werden sollte. Doch anstelle einer fort-

<sup>19</sup> „Wir werden Wunder vollbringen“. Spiegel - Interview mit dem türkischen Premier Süleyman Demirel. In: *Der Spiegel*, Jg. 19, H. 45, 03.11.1965, S. 149.

<sup>20</sup> Vgl. zum Militärputsch, den Kontext und die Folgen Ahmad, Ferroz: *The Turkish Experiment in Democracy 1950-1975*. London 1977, S. 147 f.

<sup>21</sup> Vgl. Ilkin, Selim: *A History of Turkey's Association with the European Community: A note on the basic agreements, favourable and unfavourable reactions, and the process of negotiations*. In: Evin, Ahmet / Denton, Geoffrey: *Turkey and the European Community*. Opladen 1990, S. 35-49, S. 36.; die ökonomischen Aspekte der EWG-Assoziation werden in den Ausführungen nicht dargestellt; vgl. hierzu die Beiträge im Sammelband Gumpel, Werner (Hrsg.): *Die Türkei auf dem Weg in die EG: Möglichkeiten und Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft*. München 1979; Hale, William: *Turkish Industry and the Common Market*. In:

Evin / Denton, Turkey, S. 153-166. In der Präambel des Assoziierungsvertrages werden ebenfalls die wirtschaftlichen Ziele herausgestellt: „Entschlossen, durch einen beschleunigten wirtschaftlichen Fortschritt und durch eine harmonische Erweiterung des Handelsverkehrs die stetige Besserung der Lebensbedingungen in der Türkei und innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu sichern sowie den Abstand zwischen der türkischen Wirtschaft und der Wirtschaft der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft zu verringern[...]“; Präambel zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei. In: *Bundesgesetzblatt*, 1964, Teil II, S. 509-590, hier S. 510.

<sup>22</sup> Vgl. Müller-Emmert Adolf: *Probleme der EG-Vollmitgliedschaft der Türkei: Vertragliche Ausgangslage und praktische Entwicklung*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 1986, H. 3, S. 42-48, hier S. 42 f.



schreitenden Annäherung wurde das Verhältnis zur Türkei bis in die frühen 1980er Jahre zunehmend problematisch. Auf der einen Seite zeigte sich an der innenpolitischen Situation immer wieder, wie weit die Türkei noch von einer tiefgreifenden demokratischen Entwicklung entfernt war. Mit den Putschen von 1960, 1971 und 1980 intervenierte das Militär immer wieder und die jeweilige Rückkehr zur Demokratie blieb stets bedroht.

Hinzu kamen die ökonomische Krise und die politische Gewalt in der Türkei, die 1980 auch zum erneuten Staatsstreich führte. Zählte man 1977 noch 230 Todesopfer, die den Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Gruppierungen geschuldet waren, so stieg ihre Zahl 1979 auf bis zu 1500 Opfer an.<sup>23</sup> Nach außen versuchte das Militär zwar stets sich als Garant der fortgesetzten Westorientierung, der Ordnung und letztlich der Rückkehr zur Demokratie zu präsentieren. Gleichwohl blieb und bleibt die starke Stellung des Militärs – nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den Kurden – bis heute ein von „der europäischen Öffentlichkeit“ bzw. den nationalen Teilöffentlichkeiten in Europa permanent wahrgenommener Makel.

Auf der anderen Seite sah sich die EWG nun zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, die auch aus dieser Perspektive die Vorbehalte gegenüber einer Mitgliedschaft der Türkei wachsen ließ. Die Erweiterung der Gemeinschaft 1973, durch die eine starke Konkurrenzsituation auf dem Sektor des Agrarhandels befürchtet wurde, die Folgen der Öl-Krise 1973, die dazu führten, dass sich die westlichen Industrieländer zunehmend gegen den Zuzug wenig qualifizierter Arbeitskräfte wehrten, ließen eine EWG- bzw. EG-Mitgliedschaft der Türkei als zunehmend problematisch erscheinen, zumal die etatistisch orientierte Wirtschaftsplanung der Jahre 1962 bis 1979 es nicht vermochte, die Probleme der Inflation und Arbeitslosigkeit in der Türkei zu reduzieren.<sup>24</sup>

Zwar gingen die Konsultationen zwischen dem Europäischen Parlament und der Türkei auf niedriger institutioneller Ebene weiter, doch war die gesamte Assoziation ab dem Herbst 1981 faktisch

„eingefroren“.<sup>25</sup> Die Auflösung des Parlaments, das Verbot aller politischen Parteien, die befristete Inhaftierung von Parteimitgliedern, die Verhängung von Berufsverboten, die Inhaftierung von über 120.000 Menschen mit dem Vorwurf einer terroristischen Tätigkeit, aber auch die Inhaftierung von Journalisten und das Verbot mehrerer Zeitungen sowie eine neue, die Exekutive stärkende Verfassung und das Verbot politischer Versammlungen und Streiks führten zu massiven Protesten innerhalb Europas und zum Aussetzen der Assoziation.<sup>26</sup>

Der dritte Militärputsch ist die bis heute letzte offene Machtübernahme des Militärs geblieben und die Verfassung von 1982 gilt in ihren Grundzügen auch heute noch. Jedoch entwickelt sich die Türkei politisch in den 1980er und 1990er Jahren weiter. Liberalisierung und Demokratisierung sind die entscheidenden Stichworte, die man in Verbindung mit dem türkischen Minister- und Staatspräsidenten Turgut Özal nennen kann. Wirtschaftliche Reformen, weg vom Etatismus hin zur sozialen Marktwirtschaft, Bekämpfung der Inflation und Rückkehr zur repräsentativen Demokratie sind entscheidende Schlagworte für eine Neubelebung der türkischen Innenpolitik. Außenpolitisch stechen die Westorientierung und der Wille zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wieder heraus. Bereits vier Jahre nach der Übergabe der Regierungsgeschäfte vom Militär an eine zivile Regierung stellte die Regierung Özal 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG.

## Turgut Özal und die appellative Annäherung an die europäische Öffentlichkeit

Özal war sich ohne Zweifel der Tatsache bewusst, dass sich die Position der Türkei gegenüber der EG seit den 60er Jahren nicht unbedingt verbessert hatte und dass auch das Image der Türkei in Europa verbessert werden musste. So begleitete Özal den Beitrittsantrag von 1987 mit einer publizistischen Offensive. In einem Interview mit dem Spiegel betont Özal die Vorzüge der Türkei für die Europäische Gemeinschaft:

<sup>23</sup> Zahlen aus ebd., S. 276.

<sup>24</sup> Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung in den 60er und 70er Jahren Utkulu, Utlu: *The Turkish Economy: Past and Present*. In: Lovatt, Debbie (Hrsg.): *Turkey since 1970: Politics, Economics, Society*. New York 2001, S. 1–40.

<sup>25</sup> Vgl. Kramer, *Die Europäische Gemeinschaft*, S. 94.

<sup>26</sup> Für diese Entwicklungen vgl. Birand, *The General's Coup*; Özbudun, Ergun: *Contemporary Turkish Politics: Challenges to Democratic Consolidation*. Colorado 2000, S. 60 ff; Oerhing, Otmar: *Die Verfassung der Dritten Türkischen Republik. Eine kritische Einführung*. In: *Orient*, Jg. 24, 2 / 1983, S. 301–315.

„Für die Verteidigung Europas ist sie ein wichtiges und starkes Element. Zum anderen ist sie sicherlich ein Land, das sich noch entwickelt. Das heißt, daß sie den europäischen Unternehmen viele Aufträge beschern kann: Dämme und Kraftwerke, Straßen und Autobahnen müssen gebaut werden. Hier ist ein großes Gebiet, das europäische Firmen beackern, auf dem sie Großes leisten können, durch direkte Investitionen ebenso wie durch Kredite. In meinen Augen wäre es geradezu ein Spielplatz für europäische Unternehmer.“<sup>27</sup>

Die Plattform eines renommierten deutschen Wochenmagazins nutzend, bewirbt der Ministerpräsident die Türkei als militärisch und wirtschaftlich attraktives Land für die Europäische Gemeinschaft. Indem er mehrfach von den „Europäern“ spricht, sucht er eine europäische Öffentlichkeit als Ansprechpartner und appelliert damit an eben diese europäische Öffentlichkeit, die Türkei als zugehörig zu Europa zu akzeptieren. Wie schon Süleyman Demirel wendet er sich damit aber auch an die türkische nationale Öffentlichkeit. Nach dem Militärputsch zeichnet Özal die Westorientierung und das Ziel der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Weg vor, dem auch innenpolitische Reformen untergeordnet sein müssten.

Noch deutlicher wird die appellative Annäherung an die europäische Öffentlichkeit in seinem 1988 zunächst in Frankreich erschienenen Buch *La Turquie en Europe*.<sup>28</sup> Da die Strukturen einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit fehlen, muss Özal den Weg über die nationalen Teilöffentlichkeiten wählen. Im Vorwort kündigt er so auch gleich eine englische und eine deutsche Übersetzung an. Um seinem Anliegen ein zusätzliches Gewicht zu verleihen und ihm einen besseren Zugang zur französischen Öffentlichkeit zu verschaffen, verfasst Francis Lamand, der heutige Leiter der Organisation *Islam and the West* mit Sitz in Paris und damalige Präsident der Organisation *Islam et Occident* ein Vorwort und plädiert seinerseits für die Anerkennung der Türkei als Teil Europas. Özal spreche über die Türkei als Türke und lade uns Europäer ein, die Türkei mit ihm zu betrachten. Hierbei sei die Entdeckung zu machen, dass Europa bereits in der Türkei sei.<sup>29</sup> Eine islamische Minderheitenpräsenz in Europa,

so Lamand weiter, wäre eine kulturelle Bereicherung und würde die Türkei gleichzeitig zum Übersetzer der Europäischen Gemeinschaft in der islamischen Welt machen.<sup>30</sup> Mit der Aussage, dass die Türkei spätestens seit Atatürk ein europäisches Land sei, endet Lamands Appell an die Leserschaft, die Türkei als europäisches Land zu verstehen und damit ihren Antrag auf Vollmitgliedschaft zu akzeptieren. Die Wahl eines Mittlers, der im Vorwort seines Buches seinerseits einen Appell an die europäische Öffentlichkeit formuliert, ist eine Kommunikationsstrategie Özals, die der Betonung seines eigenen Appells dienstbar gemacht werden soll.

Die 1991 erschienene englischsprachige Ausgabe<sup>31</sup> verfährt nach demselben Prinzip. Hier schrieb der Oxford-Professor und damalige Vizepräsident der „Anglo-Turkish Society“, Geoffrey Lewis, das Vorwort und argumentierte ähnlich wie Lamand. Das Buch selbst beschreibt die türkischen Urstämme, das Osmanische Reich sowie die Zeit nach Atatürk, wobei es stets die bereits bestehenden Verbindungen zu Europa und die Reformen zur westlichen Annäherung betont. Konsequenterweise heißt es in Özals Schlussfolgerung:

„Our full membership of the Community should not cause any particular difficulties for you either. Our country, its culture, its religion, its institutions, its regime, and its economy are all now sufficiently comparable with your own. Moreover, Turkey is physically part of the geopolitical area of the West. As Edgar Morin commented, Europe is a continent without fixed borders which have been changing constantly during the course of history.“<sup>32</sup>

Auffällig ist die von Özal gewählte direkte Ansprache, um seinen Appell zu kommunizieren. Ohne auf die von Özal bewirkte politische und ökonomische Liberalisierung der Türkei näher einzugehen, verdeutlichen sowohl das Buch, publiziert in England und in Frankreich, als auch das Interview mit einem deutschen Wochenmagazin, wie sich Özal appellativ an eine europäische Öffentlichkeit wendet. Er muss dazu über die nationalen Teilöffentlichkeiten gehen, wendet sich aber unverkennbar an „Europa“ im Ganzen.

<sup>27</sup> „Wovor haben die Europäer eigentlich Angst?“ Spiegel Gespräch mit Turgut Özal, In: *Der Spiegel*, Jg. 41, H. 12, 16.03.1987, S. 165-169, S. 165.

<sup>28</sup> Özal, Turgut: *La Turquie en Europe*. Plon 1988.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 11.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 15.

<sup>31</sup> Özal, Turgut: *Turkey in Europe and Europe in Turkey*. Nikosia 1991.

<sup>32</sup> Ebd., *Conclusion*.

Warum das Buch nicht mehr, wie angekündigt, auf Deutsch erschien, lässt sich nur noch sehr schwer eruieren. Ohnehin blieb die öffentliche Resonanz auf Özals Appelle sehr verhalten und der Antrag erfolglos. Hintergrund war der erst kürzlich erfolgte Beitritt Spaniens und Portugals, der einen Beitritt der ohnehin innenpolitisch nicht stabilen Türkei in weite Ferne rücken ließ. Kein EG-Land war bereit, ernsthaft den türkischen Beitritt in Erwägung zu ziehen und der andauernde griechische Widerstand gegen eine türkische EG-Mitgliedschaft hätte das Beitrittsbegehren ohnehin abgewiesen. Gleichwohl gelang Özal mit dem 1989 abgelehnten Antrag auf eine EU-Vollmitgliedschaft zweierlei: Zum einen zeigte man der Europäischen Gemeinschaft nach der innenpolitischen Krise Anfang der 1980er Jahre den weiterhin bestehenden Willen, Mitglied in der ‚europäischen Familie‘ zu sein, und zum anderen verschaffte der Antrag der Türkei eine bessere Verhandlungsposition in Fragen der Freizügigkeit und der Zollunionsmitgliedschaft und verdeutlichte nach innen den weiterhin verfolgten Weg der Westanbindung. Demnach kann der von Özal forcierte Appell als eine politische Strategie gewertet werden, die Verhandlungsposition der Türkei einerseits zu stärken und andererseits das Ziel der Mitgliedschaft in der EG weiterhin zu verfolgen.

## Der intellektuelle Appell

Eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die Stellungnahmen und Appelle von Politikern für die öffentliche Debatte über das Verhältnis der Türkei zu Europa spielen die Interventionen türkischer Intellektueller. Von zentraler Bedeutung sind hier ohne Zweifel die Schriftsteller Orhan Pamuk und Yasar Kemal, die weit über die Türkei hinaus in Europa Beachtung fanden und beide mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels geehrt wurden. Ihre besondere Rolle erklärt sich aus der politischen Verfolgung<sup>33</sup>, die beide zu erleiden hatten, aus ihrem Erfolg als Schriftsteller und schließlich der Ausübung der

Rolle des Intellektuellen. So bilden sie zum einen eine wichtige kommunikative und ideelle Brücke zwischen der Türkei und Europa. Die Aufmerksamkeit und die Ehrungen, die sie in den verschiedenen europäischen Ländern erhalten haben und nicht zuletzt die Werte, für die sie öffentlich eintreten, machen sie zu europäischen Intellektuellen und öffnen damit die Türkei nach Europa. Auf der anderen Seite verweist ihre politische Verfolgung in der Türkei auf die nachhaltigen Probleme, die es dort weiter insbesondere im Umgang mit der Meinungsfreiheit gibt.

Wenn Pamuk die Aufnahme der Türkei als Mitglied der EU fordert, hat dies ohne Zweifel besonderes Gewicht. Der Sender des Appells sieht sich selbst in der Türkei mit Morddrohungen und einem Gerichtsverfahren konfrontiert und ist somit selbst Opfer des von ihm befürchteten ‚dumpfen Nationalismus‘, der seiner Meinung nach bei der Ablehnung der Türkei durch Europa noch verstärkt werden würde.

*„Was die Türkei und die Türken Europa zu bieten haben, das ist in erster Linie Frieden, das ist der Wunsch eines muslimischen Landes, an Europa teilzuhaben, und das sind die Sicherheit und das Stärkepotential, die Europa und Deutschland gewinnen würden, sollte diesem friedlichen Anliegen der Türkei entsprochen werden.“*

Der Schriftsteller fährt in seiner Dankesrede fort:

*„Es dürfte schwer sein, nach Jahrhunderte langen Kämpfen und Kriegen diese freundschaftlich ausgestreckte Hand zurückzuweisen, ohne es später einmal bereuen zu müssen. So wie ich mir keine Türkei vorstellen kann, die nicht von Europa träumt, so glaube ich auch nicht an ein Europa, das sich ohne die Türkei definiert.“<sup>34</sup>*

Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 21. Oktober 2005 betont Pamuk, die unbedingte Notwendigkeit einer türkischen Mitgliedschaft in der Europäi-

<sup>33</sup> Pamuk wurde, in demselben Jahr der Verleihung des Friedenspreises, die Verunglimpfung des Türkentums vorgeworfen, da er in einem Interview mit einer Schweizer Zeitung der Türkei die Ermordung von über einer Million Armenier und dreißigtausend Kurden zum Vorwurf machte. Eine, sowohl in der Türkei als auch in Europa mit großem Interesse verfolgte, Gerichtsverhandlung war die Folge, an dessen Ende ein Freispruch stand. Pamuk war 1995 auch an einer Unterschriftenaktion beteiligt, die sich gegen ein Gerichtsverfahren gegen den Schriftsteller Yasar

Kemal richtete. Kemal wurde vorgeworfen in einem *Spiegel*-Artikel „Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates“ zu betreiben. Zuvor hatte Kemal im *Spiegel* einen kritischen Artikel über die Kurdenpolitik der Türkei veröffentlicht. Schon zuvor wurde er in der Türkei aufgrund seines Engagements für die Linke inhaftiert.

<sup>34</sup> Auszüge aus der Rede sind abrufbar auf der Homepage des Börsenvereins des deutschen Buchhandels e. V.: <http://www.boersenverein.de/de/96671?pid=97117> (5.07.2008)

schen Union. Ohne die europäische Öffentlichkeit zu erwähnen ist es doch evident, dass Pamuk sich an eben diese als normative Instanz wendet. Er subjektiviert Europa als handelnde Person, wenn er sagt, dass er nicht an ein Europa glaube, das sich ohne die Türkei definiere.

Während Pamuk die Gelegenheit der Dankesrede wählt, um die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa sowie die Interdependenz Europas zur Türkei herauszustellen, nutzte Kemal die gleiche Plattform für seine Kritik an der türkischen Kurdenpolitik. Kemal, der 1997 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels geehrt wurde, artikuliert den Appell noch deutlicher als Pamuk an die europäische, ebenso aber auch an die türkische Öffentlichkeit. Besonders deutlich wird sein Anliegen in einem Interview, das er anlässlich der Verleihung des Friedenspreises gab:

*„Solange dieser Krieg andauert, solange Folter und Unterdrückung in der Türkei zur Tagesordnung gehören, wird es die Öffentlichkeit in Deutschland, die Öffentlichkeit in Europa nicht zulassen, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird. Ich bin natürlich für eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Aber gerade deshalb fordere ich, wie viele Intellektuelle in der Türkei, dass der türkische Staat so schnell wie möglich den Krieg gegen die Kurden einstellen muß.“*<sup>35</sup>

Der Schriftsteller kurdischer Abstammung appelliert an die europäische und türkische Öffentlichkeit, den Krieg gegen die Kurden aus Eigeninteresse zu beenden. Der eingeschlagene Weg der Westorientierung durch eine potentielle Mitgliedschaft in der Europäischen Union rücke in weite Ferne, je länger dieser Krieg dauere. Kemals Appell generiert sich demnach aus der Kritik der türkischen Kurdenpolitik heraus, um ihr gleichzeitig vor Augen zu führen, dass ihr primäres Ziel einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union nur mit der Beendigung des Krieges zu erreichen sei. Gleichzeitig appelliert er

**Nationale Öffentlichkeiten bilden weiterhin ein unerlässliches Hilfsmittel um sich in Europa Gehör zu verschaffen und die Debatten werden immer noch vorrangig mit nationalen Schwerpunkten geführt**

aber auch an die europäische Öffentlichkeit die Kurdenproblematik als essentielles Argument gegen einen türkischen EU-Beitritt einzusetzen, um sie auf diese Weise zu einer friedlichen Kurdenpolitik zu bewegen.

Waren es bei Turgut Özal vornehmlich politische Gründe Appelle an eine europäische Öffentlichkeit zu richten, sind es bei Pamuk und Kemal persönliche und kritisch -intervenierende Beweggründe. Im Kontext einer türkischen Annäherung an Europa ist ihre Person ein ambivalentes Beispiel. Während sie selbst die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa untermauern und in ihr den Weg zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung von Menschenrechten sehen, stellt die Verfolgung ihrer eigenen Person in der Türkei eine Argumentationsgrundlage für Beitrittsgegner und Skeptiker dar.<sup>36</sup>

Ihre Appelle wurden in der *Zeit*, dem *Spiegel* und der *FAZ* im Zusammenhang mit der Kritik an ihrer eigenen Person in der Türkei thematisiert. Die von Pamuk erwünschte türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie die von Kemal kritisierte Kurdenpolitik der Türkei werden in mehreren Artikeln zum Zentrum der Berichterstattung. Somit stoßen die Appelle auf massenmediale Resonanz und werden dementsprechend Bestandteil einer öffentlichen Diskussion. Die appellativen Zugänge sind aufgrund der europäischen Medien- und Wahrnehmungsstrukturen weiterhin national.

In Deutschland bot die Verleihung des Friedenspreises ein besonderes Forum. In Frankreich hat jüngst Edgar Morin gemeinsam mit türkischen Intellektuellen ein Buch unter dem Titel *Lettres aux turco-sceptiques* veröffentlicht, das ebenfalls die

Form von Appellen wählt, um die Skepsis gegenüber der Türkei abzubauen.<sup>37</sup>

Die jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten bilden somit weiterhin ein unerlässliches Hilfsmittel, um sich in Europa Gehör zu verschaffen und die Debatten werden, wenn auch mit Querverweisen, immer noch vorrangig mit nationalen

<sup>35</sup> „Einnischung erwünscht!“ Ein Gespräch mit Yasar Kemal über Dichter und Gefängnisse, das Stottern und Erzählen, die Türkei und die Kurden. In: *Die Zeit*, Nr. 43, 1997, S. 62.

<sup>36</sup> Vgl. Rushdie, Salman: *Ausgezeichneter Staatsfeind: Die*

*Türkei hat ihren berühmtesten Schriftsteller angeklagt. Das darf Europa nicht dulden.* In: *Die Zeit*, Nr. 43, 20. 10. 2005, S. 50.

<sup>37</sup> Aktar, Cengiz (Hrsg.): *Lettres aux turco-sceptiques. La Turquie et l'Union européenne.* Arles 2006.

Schwerpunkten geführt. Gleichwohl ist unverkennbar, dass sie vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Ringens um die künftige Gestalt Europas stattfinden. Auch wenn die demoskopisch ermittelten Mehrheiten in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich für oder gegen eine Mitgliedschaft der Türkei zu Europa ausfallen mögen, verläuft die Linie zwischen Befürwortung und Ablehnung nicht entlang von Ländergrenzen und steht zum Teil sogar quer zu einem traditionellen links-rechts-Schema. Die wiederholten und durchaus unterschiedlichen Appelle an Europa haben somit eine über die nationalen Öffentlichkeiten vermittelte gesamt-europäische Debatte über das europäische Selbstverständnis ausgelöst. Der Resonanzraum für

diese Appelle ist heute ohne Zweifel ein ganz anderer als noch in den 1960er oder auch in den 1980er Jahren. Dies mag zum einen damit zusammenhängen, dass die Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten im Gerhardschen Sinne zugenommen hat, auch wenn die Untersuchungen hierzu noch viele Fragen offen lassen. Wichtiger aber ist, dass der normative Gehalt der Frage nach der Identität und den Grenzen Europas angesichts der Globalisierung und dem vermeintlichen „Clash of Cultures“ zugenommen hat. Selbst wenn noch in nationale Teilöffentlichkeiten unterteilt, ist die europäische Öffentlichkeit der Raum, in dem diese Fragen zu diskutieren sind. Der türkische Appell an Europa bildet dazu einen wichtigen Anlass.

**Günal INCESU (1979)**

Studium der Geschichtswissenschaft und Anglistik an der Universität Bielefeld; arbeitet an einer Promotion zu dem Thema: Ankara – Bonn/Berlin – Brüssel: Die Vernetzung politischer Kommunikationsräume (1959-2005) – Die deutsch-türkischen Beziehungen seit 1959 und deren Rolle für die türkischen Beitrittsbemühungen in die Europäische Gemeinschaft / Union.

**Jörg REQUATE (1962)**

PD Dr. phil., Oberassistent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld. Arbeitsgebiet u.a. : Medien- und Öffentlichkeitsgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts; Publikationen in diesem Bereich u.a.: Journalismus als Beruf. Die Entstehung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995; Medien und Öffentlichkeit als Gegenstände historischer Untersuchung, in: Geschichte und Gesellschaft, 1999, S. 5-33; gemeinsam mit Martin Schulze Wessel (Hrsg.), Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2002.

# Europäische Fernsehgeschichte

## Elf Kernkonzepte zur vergleichenden theoretischen Analyse und historischen Interpretation

Andreas Fickers

### 1. Einleitung

Die Überwindung der nationalstaatlichen Perspektive als Paradigma der modernen Geschichtswissenschaft wird seit einiger Zeit mit unterschiedlichen Begriffen versehen und mit teils divergierenden, teils überlappenden konzeptionellen Entwürfen eingefordert. Ob „Globalgeschichte“, „entangled history“, „transnationale Geschichte“ oder „histoire croisée“ – gemeinsam ist diesen Ansätzen das Anliegen, den nationalen Bezugsrahmen als einen wichtigen, jedoch relativen in Bezug auf dessen Erklärungspotential der Moderne zu begreifen und entsprechend zu problematisieren.<sup>1</sup> In welche Relation der Nationalstaat dabei gebracht wird – etwa zu anderen Nationen (transnational), zur gesamten Welt (global), zu den Kolonien (entangled) – unterscheidet die unterschiedlichen Ansätze voneinander und hat entsprechende epistemologische Konsequenzen. Neben dem relationalen Aspekt unterscheiden sich die diversen Ansätze aber vor allem in der kausalen Dimension, d.h. der Beschreibung und Analyse der wechselseitigen Beziehungen, die zwischen den jeweiligen Relationen herrschen. Je nach Komplexitätsgrad der Fragestellung und methodischen Herangehensweise variieren hier ein- oder mehrdimensionale Transfer- und Aneignungsprozesse, synchrone und diachrone Perspektiven sowie einseitige oder wechselseitige Beziehungen und Beeinflussungen. Ohne auf das Für und Wider der jeweiligen Ansätze eingehen zu wollen, zielt dieser Beitrag darauf ab, das analytische Potenzial dieser den Nationalstaat problematisierenden und teilweise transzendierenden Ansätze für eine vergleichende europäische Fernsehgeschichte auszuloten. Das

Fernsehen als Leitmedium des massenmedialen Ensembles in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so lautet die Ausgangshypothese, eignet sich in geradezu idealer Weise als Studienobjekt einer transnationalen und vergleichenden europäischen Geschichtsschreibung, da es im Zuge seiner konstanten und ambivalenten Entwicklung und Veränderung zahlreiche Spannungen und Brüche zeigt, die lediglich mittels einer transnationalen und vergleichenden Perspektive verständlich und erklärbar werden.

Die folgenden Überlegungen und Beispiele fußen auf zahlreichen Diskussionen und Gesprächen, die im Rahmen diverser Workshops des *European Television History Networks* sowie im Kontext der Arbeit an dem gemeinsamen Buch *A European Television History* gemacht werden konnten.<sup>2</sup> In diesem Sinne tritt der Autor hier als „Kollektivsubjekt“ auf, der sich des bedeutenden Einflusses zahlreicher Kolleginnen und Kollegen auf die hier zugrunde gelegten Ideen und Überlegungen bewusst ist. Die vorgestellten Kernkonzepte historischer Fernsehanalyse reflektieren insbesondere den intensiven Dialog mit meinem britischen Kollegen Jonathan Bignell.

### 2. Kernkonzepte für eine Historisierung des Fernsehens

Ziel der folgenden Überlegungen ist nicht der Versuch einer Periodisierung der Entwicklung des Fernsehens im Sinne eines evolutionären Phasenmodells unterschiedlicher visueller Dispositive, wie dies u.a. von John Ellis<sup>3</sup>, John Corner<sup>4</sup>, Jérôme Bourdon<sup>5</sup> oder Knut Hickethier<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Als aktuelle Übersicht siehe Conrad, Sebastian (Hrsg): *Globalgeschichte: Theorien, Ansätze, Themen*. Frankfurt a. M. 2007. Siehe auch die Debatten zu transnationaler Geschichtsschreibung auf <http://geschichte-transnational.clio-online.net>

<sup>2</sup> Bignell, Jonathan / Fickers, Andreas (Hrsg): *A European Television History*. New York 2009 (erscheint im Januar 2009 beim Blackwell Verlag). An dieser Stelle wurde bereits über die Geschichte und Intention des *European Television History Networks* berichtet. Insofern versteht sich dieser Beitrag auch als Bericht über die fortgeführten Diskussionen. Siehe: Fickers, Andreas / DeLeeuw, Sonja:

*Das European Television History Network: europäische Fernsehgeschichtsschreibung in vergleichender Perspektive*. In: *medien & zeit*, Jg. 20 2 / 2005, S. 4-11.

<sup>3</sup> Ellis, John: *Seeing Things: Television in the Age of Uncertainty*. London 2002.

<sup>4</sup> Corner, John: *Finding Data, reading patterns, telling stories: issues in the historiography of television*. In: *Media, Culture & Society* 25 (2003), S. 273-280.

<sup>5</sup> Bourdon, Jérôme / Jost, François (Hrsg): *Penser la télévision*. Paris 1998.

<sup>6</sup> Hickethier, Knut: *Geschichte des deutschen Fernsehens* (unter Mitarbeit von Peter Hoff). Stuttgart 1998.

in unterschiedlicher Art und Weise dargeboten wurde. Auch geht es nicht um eine Historisierung der Fernsehgeschichtsschreibung im Sinne einer historiographischen Überblicksdarstellung. Auch dies wurde in den vergangenen Jahren aus diversen Blickwinkeln und disziplinären Perspektiven mehrfach geleistet. Vielmehr geht es um die Diskussionen so genannter „Kernkonzepte“, anhand derer sich die Entwicklung des Fernsehens als Massenmedium in seinen unterschiedlichen Entwicklungsstufen und medialen Eigenarten historisch beschreiben und analysieren lässt. Viele dieser Kernkonzepte lassen sich nicht auf eine bestimmte zeitliche Periode oder funktionelle Dimension des Fernsehens reduzieren, vielmehr beschreiben sie wiederkehrende Spannungen und Ambivalenzen in der von Kontinuitäten und Brüchen gekennzeichneten Geschichte des Mediums Fernsehen. In ihrer Gesamtheit ermöglichen sie einen komplexen Blick auf die variierenden dispositiven Strukturen des Mediums Fernsehen und erlauben so eine den diversen räumlichen und zeitlichen Ausprägungen des Mediums gerechte Kontextualisierung und Interpretation.

Im Zuge der Diskussionen und Debatten im Rahmen des *European Television History Network* konnten 11 Kernkonzepte identifiziert werden, die zentrale Eigenschaften oder Eigentümlichkeiten des Mediums Fernsehens charakterisieren. Jedes dieser Kernkonzepte stellt im übertragenen Sinne eine Art historische Linse dar, mittels derer auf eine bestimmte Dimension des Mediums fokussiert und entsprechend scharf analysiert werden kann. Erst die Nutzung diverser Objektive – motiviert durch unterschiedliche Fragestellungen und Erkenntnisinteressen – ermöglicht eine historische Tiefenschärfe, die der Komplexität des Untersuchungsobjekts gerecht wird und dem Anspruch einer multiperspektivischen Interpretation Rechnung trägt. Jedes Kernkonzept ist durch eine Spannung oder Ambivalenz gekennzeichnet, die den Möglichkeitsraum des Mediums in seiner historischen Dimension auszeichnet. Der Übersichtlichkeit halber seien die elf Kernkonzepte stichwortartig aufgelistet:

- *TV Öffentlichkeiten*: zwischen privaten und öffentlichen Räumen
- *TV Räume*: zwischen nationalem und transnationalem, lokalem und globalem Raum

<sup>7</sup> Siehe Damann, Claas: *Stimme aus dem Äther – Fenster zur Welt. Die Anfänge von Radio und Fernsehen in Deutschland*. Köln 2005; Fickers, Andreas: *Presenting the „window on the world“ to the world. Competing narratives of the presentation of television at the World's Fairs in Paris*

- *TV Institutionen*: zwischen öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Institutionen
- *TV Zuschauer*: zwischen aktiven und passiven Nutzern
- *TV Technologien*: zwischen Sendern und Empfängern
- *TV Diskurse*: zwischen positiver und negativer Utopie
- *TV Normen*: zwischen Hoch- und Populärkultur
- *TV Rituale*: zwischen Alltag und Event
- *TV Politik*: zwischen Mediendemokratie und Propaganda
- *TV Brüche*: zwischen altem und neuem Medium
- *TV Ontologien*: zwischen *wir* und *den anderen*

## Fernsehöffentlichkeiten: zwischen privaten und öffentlichen Räumen

Die wohl prominenteste Metapher, die in den Anfangsjahren des Fernsehens zu dessen Charakterisierung und Vermarktung bemüht wurde, ist die des „Fensters zur Welt“.<sup>7</sup> Als neue audiovisuelle Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichem Raum ermöglichte das Fernsehen jene paradoxe Kombination der Teilhabe am öffentlichen Geschehen in den eigenen vier Wänden, die der britische Kulturwissenschaftler Raymond Williams in den 1970er Jahren so treffend als „private mobilisation“ beschrieben hat.<sup>8</sup> Genau jene Vermischung öffentlicher und privater Erlebnisräume, zu Beginn des Fernsehens von der Industrie in revolutionärer Rhetorik als „armchair theatre“ vermarktet, stellte in Wirklichkeit nur eine audiovisuelle Erweiterung jener privaten Aneignungsformen massenmedialer Inhalte dar, die mit der Tageszeitung und vor allem dem Radio in Gang gesetzt worden waren. Als mediale Sinneserweiterung folgte das „Fernsehauge“ dem Radio nach, welches in den 1920er Jahren als „Ohr zur Welt“ vermarktet worden war.

Der Instrumentalisierung solcher Metaphern durch die Radio- und Fernsehindustrie zu Werbezwecken standen historisch gesehen teilweise heftige Debatten darüber entgegen, wie weit sich die Fernsehkamera in bislang geschützte private oder auch öffentlichen Räume vorwagen durfte.

(1937) and New York (1939). In: *Historical Journal of Film, Radio and Television*, Vol. 28, 3 / 2008, S. 291-310.

<sup>8</sup> Williams, Raymond: *Television, Technology and Cultural Form*. London 1974.

Im Zeitalter von *reality tv* scheint es schwer vorstellbar, wie umstritten beispielsweise die Übertragung von Messfeiern, Parlamentsdebatten oder aber das Eindringen der Fernsehkamera in hoheitliche Gemächer oder gar die des Papstes waren. Die Geschichte des Fernsehens kann geradezu als Gradmesser der moralischen Auseinandersetzungen über Fragen wie die des Schutzes der Privatsphäre auf der einen oder des Rechts auf Aufklärung und öffentliche Anteilnahme auf der anderen Seite dienen. In diesem Sinne kann eine Fernsehgeschichte auch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des privaten Lebens leisten, welche die ständig neu verhandelten Grenzen von Privtheit und Öffentlichkeit, von Individuum und Masse im Zeitalter der Massenmedien im Sinne einer modernen Sozialgeschichte interpretiert und analysiert.<sup>9</sup>

## Fernsehräume: zwischen nationalen und transnationalen, lokalen und globalen Räumen

Auch wenn das Kernkonzept der Fernsehöffentlichkeiten unzweifelhaft eine räumliche Dimension einschließt, ist es angebracht, Fernsehöffentlichkeiten und Fernsehräume begrifflich wie theoretisch zu unterscheiden. Während der Begriff der Öffentlichkeit (*public sphere*) sehr stark von philosophischen und soziologischen Überlegungen zur sozialen Funktion und politischen Bedeutung von Kommunikationsprozessen geprägt ist (v.a. durch das Werk von Jürgen Habermas), unterstreicht der Begriff des Fernsehraumes die topographische und geographische Bedeutung von Ausbreitungs- und Empfangsbedingungen des Fernsehens. Der europäische Vergleich macht deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklung der so genannten „Fernsehnationen“<sup>10</sup> aus infrastruktureller Sicht

Der europäische Vergleich macht deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklung der „Fernsehnationen“ aus infrastruktureller Sicht verlief.

verlief. Vor allem die Anfangsjahre des Fernsehens – von John Ellis als „age of scarcity“<sup>11</sup> bezeichnet – zeichnen sich durch ein deutliches Ungleichgewicht zwischen urbanen und ländlichen Gebieten aus. Während in Großbritannien eine flächendeckende Fernsehversorgung bereits Mitte der 1950er Jahre erreicht war, galt dies für Länder wie Frankreich oder die Niederlande erst Mitte der 1960er Jahre. Auch die geologische und topographische Struktur eines Landes hatte großen Einfluss auf Ausbreitungs- und Empfangsqualität von Fernsehsignalen und dementsprechende Auswirkungen auf die Dynamik des Aufbaus einer nationalen Fernsehinfrastruktur.

Neben diesen Ungleichzeitigkeiten im Aufbau nationaler Fernsehräume sorgten unterschiedliche technische Normen und Standards – etwa im Bereich der Zeilennorm oder des Farbfernsehsystems – für eine Zersplitterung des europäischen Fernsehraums, der immer wieder Opfer eines übersteigerten Technonationalismus wurde.<sup>12</sup> Auf der anderen Seite war das Projekt Fernsehen von Beginn an inspiriert von der Idee grenzüberschreitender, transnationaler Kommunikation. Auch hier bewegte sich das Fernsehen in den institutionellen wie ideellen Fußstapfen des Radios, wie das Beispiel der *Eurovision* und der aus der *International Broadcasting Union* (IBU,

1925 gegründet) hervorgegangenen *European Broadcasting Union* (EBU, gegründet 1950) zeigt.<sup>13</sup> Die Idee des internationalen Programmaustausches reüssierte bereits mit den „*Concerts Européens*“ und „*Concerts Mondiaux*“ in den 1930er Jahren, als die IBU den transnationalen Programmaustausch sowie die Live-Ausstrahlung gemeinsam realisierter Programme als Ausdruck der Völkerverständigung in politischen Krisenzeiten propagierte.<sup>14</sup> Im Zuge neuer Technologien – etwa der Satellitentechnologie oder des Internets – wurden diese Prozesse der internationalen

<sup>9</sup> Siehe hierzu den anregenden Aufsatz von Weisbrod, Bernd: *Medien als symbolische Form der Massengesellschaft. Die mediale Bedingung von Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert*. In: *Historische Anthropologie*, Jg. 9, 2 / 2001, S. 270–283.

<sup>10</sup> Bernold, Monika: *Fernsehen ist gestern: Medienhistorische Transformationen und televisuelles Dabeisein nach 1945*. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 12, 4 / 2001, S. 8–29.

<sup>11</sup> Ellis, *Seeing Things*, 2002.

<sup>12</sup> Fickers, Andreas: „*Politique de la grandeur*“ versus „*Made in*

*Germany*“. *Politische Kulturgeschichte der Technik am Beispiel der PAL-SECAM-Kontroverse*. München 2007.

<sup>13</sup> Siehe Degenhardt, Werner / Strautz, Elisabeth: *Auf der Suche nach dem europäischen Programm: Die Eurovision 1954–1970*. Baden-Baden 1999.

<sup>14</sup> Siehe Fickers, Andreas / Lommers, Suzanne: *Eventing Europe. Broadcasting and the Mediated Performances of Europe*. In: Alec Badenoch / Andreas Fickers (Hrsg.): *Materializing Europe? Transnational Infrastructures and the Project of Europe*. London 2009 (im Erscheinen).



Zirkulation und entsprechenden nationalen, regionalen oder lokalen Aneignung zusehends globalisiert. Diese Überlagerung der Sende- und Empfangstopographien macht die traditionelle Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Räumen zusehends komplex wenn nicht gar obsolet.

## Fernsehinstitutionen: zwischen privat-kommerziellem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk

Lange Zeit wurde die Rundfunkhistoriographie dominiert von einer institutionellen Perspektive, spiegeln die institutionelle Strukturen doch die politischen und juristischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich sowohl der Hörfunk als auch der Fernsehfunk etablieren und realisieren konnte. Auch hier eröffnet die vergleichende europäische Perspektive Einsichten in die Diversität und Komplexität rundfunkinstitutioneller Strukturen. War der Hörrundfunk in der Phase seines „Erscheinens“ (Carsten Lenk<sup>15</sup>) durch eine Vielzahl institutioneller Formen gekennzeichnet, vollzog sich die Institutionalisierung des Fernsehens in den Nachkriegsjahren im Rahmen der bewährten Hörfunkstrukturen. Zwei Modelle konkurrierten dabei in den Anfangsjahren: der kommerzieller Rundfunk auf der einen und der öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf der anderen Seite. Vor allem letzterer prägte die europäische Fernsehlandschaft bis in die 1980er Jahre, dem Zeitpunkt, in dem in vielen Ländern eine duale Struktur entstand. Je nach politischem oder juristischem Kontext konnte der öffentlich-rechtliche Fernsehfunk aber unterschiedliche Ausprägungen vorweisen: so etwa eine oft als paternalistisch beschriebene Ausprägung britischer Art, eine zentralistische Ausprägung französischer Art, eine föderale Ausprägung deutscher Art, oder eine pluralistische Ausprägung niederländischer Art.<sup>16</sup> Vor allem die Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichem und kommerziellem Fernseh Rundfunk hat zu einer gegenseitigen Beeinflussung geführt, die keineswegs bloß negative Folgen für die Qualität des Programms gehabt hat.

Wie Michele Hilmes aufgezeigt hat, bedarf die lange stilisierte Unverträglichkeit von „high“ versus „low culture“ im Sinne von „public service“ versus „commercial television“ oder auch im Sinne von „europäischem“ versus „amerikanischem Fernsehen“ einer gründlichen und historisch kritischen Revision.<sup>17</sup>

## Fernsehzuschauer: zwischen aktiven und passiven Nutzern

Ähnlich wie bei der Nation oder dem öffentlichen Raum handelt es sich bei dem Zuschauer um ein diskursiv konstruiertes Kollektivsubjekt, welches je nach Kontext unterschiedlich definiert wird. Für Sender handelt es sich beim Publikum oftmals um eine fiktive Ware, die man der Werbeindustrie je nach Quote verkauft oder aber um die imaginierte Gemeinschaft, die man zu speziellen Anlässen als Bürger einer Region oder eines Staates adressiert. Schaut man auf die Frühphase des Fernsehens, überraschen die divergierenden Vorstellungen darüber, wer als potentieller Fernsehzuschauer gelten könne, und vor allem auch darüber, wo und wie das potentielle Fernsehpublikum erreicht werden könne. Dominierten in der Vorkriegsgeschichte des Fernsehens Modelle kollektiven und öffentlichen Fernsehkonsums – etwa in extra eingerichteten „Fernsehtuben“ oder aber in bestehenden Kino- und Theatersälen, setzte sich in den 1950er Jahren das amerikanische Modell privaten und häuslichen Fernsehkonsums nach und nach auch in Europa durch.<sup>18</sup> Aber auch hier weist die europäische Entwicklung interessante nationale Unterschiede auf. Vor allem in südlichen Ländern blieb der kollektive Fernsehgenuss – etwa in Kneipen, Schulen oder öffentlichen Gebäuden – bis in die 1970er Jahre eine äußerst populäre Form der Fernsehrezeption. Frankreichs „télé-clubs“ sind hier nur ein hervorstechendes Beispiel.<sup>19</sup>

Sozial-kulturelle Veränderungen wie technisch-wirtschaftliche Innovationen haben das häusliche und familiäre Dispositiv des Nachkriegsfernsehens jedoch um alternative Nutzungsweisen

<sup>15</sup> Lenk, Carsten: *Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923-1932*. Opladen 1997.

<sup>16</sup> Zur Begriffsgeschichte von „public service broadcasting“ siehe Scannell, Paddy: *Public service broadcasting: the history of a concept*. In: Goodwin, Andrew / Whannel, Gary (Hrsg.): *Understanding Television*. London 1990, S. 11-29.

<sup>17</sup> Hilmes, Michele: *British quality, American chaos. Historical dualisms and what they leave out*. In: *The Radio Journal*,

Vol. 1, 1 / 2003, S. 13-27.

<sup>18</sup> Zu Amerika siehe die klassische Studie von Spiegel, Lynn: *Make Room for TV. Television and the Family Ideal in Postwar America*. Chicago 1992. Für Österreich siehe die aufschlussreiche Studie von Steinmaurer, Thomas: *Televisionen. Zur Theorie und Geschichte des Fernsehempfangs*. Innsbruck 1999.

<sup>19</sup> Dumazedier, Joffre: *Television and Rural Adult Education. The Télé-clubs in France*. Paris (Unesco) 1956.

angereichert. Wie Anna McCarthy gezeigt hat, hat das Fernsehen parallel zu seinem häuslich-familiären „Stammdispositiv“ kontinuierlich alle nur erdenklichen öffentlichen Räume erobert: ob Bahnhofsgelände oder Zahnarztpraxis, ob Großbildleinwand oder Handy – *public viewing* zieht sich seit den frühen Jahren kollektiven Schauens durch die Geschichte des Fernsehempfangs, auch wenn die „enthäuslichte“ Form der Fernsehnutzung bislang zu den kaum untersuchten Phänomenen der Fernsehgeschichte zählt.<sup>20</sup>

## Fernsehtechnologien: zwischen Sendern und Empfängern

Zwar gab es immer wieder versuche, die Geschichte des Fernsehens als Abfolge technisch-wissenschaftlicher Errungenschaften zu erzählen<sup>21</sup>, doch hat sich die moderne Technikgeschichte schon lange von einem technikdeterministischen Paradigma verabschiedet. Die Komplexität der Netzwerktechnologie Fernsehen zwingt zu einer mehrdimensionalen Kontextualisierung der Fernsehentwicklung, seiner Implementierung und Nutzung. Dies gilt sowohl für die Sender-, Produktions- und Übertragungstechnik wie für die Empfangsseite. Kontinuierliche Neuerungen in allen Bereichen haben das Dispositiv Fernsehen konstant verändert. Die Entwicklung bestimmter Technologien – etwa der Magnetbandaufzeichnung, der Satellitentechnik, der Fernbedienung oder der *blue box* – stand immer in enger Wechselwirkung mit ästhetischen oder programmtechnischen Innovationen sowie neuen Formen des Fernsehkonsums.

Aus europäischer Perspektive fällt auf, dass die frühen Bemühungen um den Aufbau einer europäischen Fernsehinfrastruktur in den 1950er Jahren vor allem von den in der EBU organisierten Fernsehingenieuren und Technikern vorangetrieben wurde, die sich des transnationalen Potentials des Mediums von Anfang an bewusst waren. Doch dieser Enthusiasmus für das technisch Mögliche oder Wünschbare wurde im Laufe der EBU-Geschichte immer wieder gedämpft. Juristische wie sprachliche Hürden haben viele der unter der Flagge der europäischen Integration und Einigung vorangetriebenen Pro-

jekte letztlich kläglich scheitern lassen. Zu unterschiedlich scheinen bis heute die nationalen Fernsehkulturen, um ein wahrhaft europäisches Fernsehprogramm auf die Beine zu stellen, zu spezifisch national geprägt die ästhetischen, sprachlichen, symbolischen und kulturellen Stile, um Fernsehen als transkulturelles Projekt Europas zu realisieren. Auch auf technischer Seite war das europäische Fernsehen oftmals geprägt von einem Technonationalismus, der darauf abzielte, nationale Industrien oder Absatzmärkte zu schützen und europäische Standards zu verhindern. Diese konstante Spannung zwischen den transnationalen Ambitionen und nationalen oder nationalistischen Instrumentalisierungen der Fernsehtechnik charakterisiert bis heute die politische und kulturelle Ambivalenz europäischer Initiativen auf dem Gebiet des Fernsehens.

## Fernsehdiskurse: zwischen negativen und positiven Utopien

Wie jedes Massenmedium vor und nach ihm war die Entwicklung des Fernsehens geprägt von der diskursiven Einbettung der neuen Technologie in den Erwartungshorizont der diversen Zeitgenossen.<sup>22</sup> Der Fernsehdiskurs weist die auch für die Erscheinung anderer Massenmedien typischen narrativen Muster auf, die – wie auch im Falle der soeben erwähnten Fernsehtechnik – durch eine grundlegende Ambivalenz gekennzeichnet sind. Auf der einen Seite finden sich die Stimmen jener, welche die Chancen, Qualitäten und den revolutionären Charakter des neuen Medium feiern und hochjubeln, auf der anderen Seite hört man die Stimmen der Kritiker, Warner und Kulturpessimisten, die in der neuen Technologie eine Gefahr für das Individuum, die Gesellschaft oder die gesamte menschliche Kultur sehen. Der Fernsehdiskurs unterscheidet sich in diesem Sinne kaum von den Debatten, welche die Erscheinung der Telegraphie, des Kinos, des Internets oder des tragbaren Telefons kennzeichnen. Jedoch begrenzen sich diese ambivalenten Diskurse nicht auf die Phase des Erscheinens, sondern tauchen in zyklischen Wellen immer dann wieder auf, wenn technische Innovationen (z.B. die Fernbedienung), kontroverse Programme (z.B. *Big Brother*), neue Sendeformate (z.B.

<sup>20</sup> McCarthy, Anna: *Ambient Television. Visual Culture and Public Space*. Durham 2001.

<sup>21</sup> Klassisch hierfür die beiden Arbeiten von Albert Abramson, die größtenteils auf Patenten als Quellen gegründet sind. Abramson, Albert: *The History of*

*Television 1880 to 1940*. London 1987; ders.: *The History of Television 1942 to 2000*. Jefferson N.C. 2003.

<sup>22</sup> Siehe beispielsweise Boddy, William: *New Media and Popular Imagination: Launching Radio, Television, and Digital Media in the United States*. Oxford 2004.

reality tv) oder -zeiten (z.B. Frühstücksfernsehen) sowie neue Sender (z.B. kommerzielle Sender) die gewohnte Fernsehwelt irritieren.<sup>23</sup>

Vergleicht man die meist stark national geprägten Fernsehdiskurse miteinander so fallen vor allem die zeitlichen Ungleichheiten der Debatten auf, während die narrativen Muster mehr oder minder identisch sind. Auch in der Fernsehhistoriographie, besonders in ihren populärwissenschaftlichen Gattungen, die sich häufig mit der Geschichte der Fernseherfindung und ihrer Pioniere beschäftigt, lassen sich wiederkehrende narrative Muster ausmachen. Wie Andreas Fickers und Frank Kessler am Beispiel eines Vergleiches der deutschen, französischen, britischen und amerikanischen Literatur gezeigt haben, dominieren drei narrative Muster die Heldengeschichten und Mythen der Kino- und Fernsehpiioniere: Zum ersten die metaphorische Überhöhung des reinen Erfindungsmomentes als schöpferisch-kreativer Akt, zum zweiten melodramatische Erzählungen über glorreich heldenhafte oder aber tragisch gescheiterte Erfinderfiguren, letztlich mythische oder symbolische Aufladungen von technischen Leistungen im Kontext technonationalistischer Regime<sup>24</sup> Sowohl das Medium als auch seine Chronisten sind demnach häufig Ausdruck und Sprachrohr bestimmter Mythen und Legenden, die sich um die Geschichte des Fernsehens ranken.

## Fernsehnormen: zwischen Hoch- und Populärkultur

Den ambivalenten Fernsehdiskursen inhärent sind häufig auch Werturteile über die Qualität von Programmen, Formaten und Inhalten, die Ausdrücke differierender moralischer oder ethischer Überzeugungen und Beurteilungen sind. Ihren begrifflichen Ausdruck finden diese Positionen oftmals in der Gegenüberstellung von Hoch- und Populärkultur und der pauschalen Identifizierung von Hochkultur mit europäischem Fernsehen und von Populärkultur mit

amerikanischem Fernsehen. Wie kurzfristig und die historische Realität verzerrend solch simple Gegenüberstellungen sind, wurde im Zuge der ganzen Amerikanisierungs- und Westernisierungsdebatten der letzten 15 Jahre gezeigt. Tatsächlich handelt es sich beim Fernsehen als transkultureller Kommunikationsleistung – wie auch bei anderen Formen kulturellen Transfers – um komplexe Prozesse der Zirkulation, Übersetzung, Aneignung, Resistenz und selektiven Wahrnehmung. Auch wenn die Transferleistungen im Bereich des Fernsehens bislang beinahe ausschließlich in West- Ost-Richtung analysiert wurden, verlangt eine transnationale Perspektive im Sinne einer „histoire croisée“<sup>25</sup>, einer Verflechtungsgeschichte, nach einer Analyse der wechselseitigen Beziehungen, in der Europa nicht nur als Empfänger, sondern auch als Impulsgeber im internationalen Fernsehgeschehen zu betrachten wäre.

Ein schönes Beispiel der im Rahmen transatlantischer Zirkulation auftretenden Umdeutungen und Neuinterpretationen ist das Bekenntnis der Tochter des legendären BBC Direktors Lord Reith, dass ihr Vater seine allseits bekannte Definition dessen, was Rundfunk sei – nämlich: „education, information and a little bit of entertainment“, nicht etwa selbst erfunden habe, sondern sie direkt von seinem amerikanischen Gegenspieler, dem RCA Präsidenten David Sarnoff „entlehnt“ habe. Dies jedoch mit dem kleinen aber feinen Unterschied, dass Reith Sarnoffs Reihenfolge einfach auf den Kopf gestellt habe!<sup>26</sup>

Auch im Kontext der Qualitätsdebatten oder moralischen Beurteilungen des Fernsehens eröffnet die vergleichende europäische Perspektive wichtige Einsichten. Interessant sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die national sehr unterschiedlich ausfallenden Reaktionen auf das Privatfernsehen. Während das kommerzielle Fernsehen in zahlreichen Westeuropäischen Ländern, in denen das öffentlich-rechtliche Fernsehen Monopolstatus besaß, meist als Bedrohung für den Bildungs- und Kulturauftrag des Medi-

<sup>23</sup> Siehe als historischen Längsschnitt die Diskursanalyse von Crone, Vincent: *De kwetsbare kijker: Een culturele geschiedenis van televisie in Nederland*. Dissertaion, Amsterdam 2007. Ein Vergleich des frühen Radiodiskurses mit dem Fernsehdiskurs der 1950er Jahre in Deutschland findet sich bei Damann, *Stimme aus dem Äther*.

<sup>24</sup> Siehe Fickers, Andreas / Kessler, Frank: *Narrative topoi in Erfindermythen und technonationalistischer Legendenbildung. Zur Historiographie der Erfindung von Film und Fernsehen*. In: Siegfried Bodenmann / Susanne

Splinter (Hrsg.): *Mythos – Helden – Symbole: Legitimation, Selbst- und Fremdwahrnehmung in der Geschichte der Naturwissenschaft, Medizin und Technik*. München 2008 (im Erscheinen).

<sup>25</sup> Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte: *Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen*. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 28 / 2002, S. 607-636.

<sup>26</sup> Leishman, Marista: *My father: Reith of the BBC*. Edinburgh 2006.

ums gesehen wurde, galt amerikanisches Fernsehen in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas (nach dem Ende des Kalten Krieges) als Ausdruck der Meinungsfreiheit und als Symbol moderner Mediendemokratien. In diesen Ländern war „öffentlich-rechtlich“ lange Zeit identisch mit einer politisch-ideellen Kontrolle und Zensur des Fernsehens. Erst das kommerzielle Privatfernsehen bot hier eine echte Alternative auch und vor allem im Bereich der politischen Information.

## Fernsehrituale: zwischen Alltag und Medienevent

Frägt man nach spezifisch europäischen Erfahrungen des Fernsehens so landen Eurovisionsprogramme wie der *European Song Contest* oder *Jeux sans frontières* mit Sicherheit ganz oben auf der Erinnerungsskala. Diese im Sinne von Daniel Dayan und Elihu Katz als „media events“ zu bezeichnenden Programme haben im Laufe ihrer Geschichte den Status eines rituellen Fernsehelerlebnisses erhalten, der die Europäer zu einer „imagined community“ vereint.<sup>27</sup> Obwohl beide Programme im Grunde Foren für die Propagierung nationaler Stereotypen und Arenen des symbolischen Wettkampfes zwischen Staaten waren bzw. sind, stehen sie für die wenigen Beispiele erfolgreicher europäischer Kooperation im Bereich transnationaler Programmgestaltung. In der Erinnerungskultur des europäischen Fernsehens ist die Eurovisionshymne, Marc-Antoine Charpentiers Vorspiel zum *Te Deum*, eine der wenigen Beispiele eines echten transnationalen und europäischen „son de mémoire“.

Doch neben diesen außergewöhnlichen Fernsehhevents bestimmen tägliche Rituale den Fernsehkonsum in viel subtilerer Weise. Die Planung des zeitlichen Ablaufs des täglichen Fernsehprogramms bestimmt in Millionen von Haushalten Essens- oder Schlafgezeiten, prägt zeitliche Abläufe und räumliche Konfigurationen, beeinflusst Kommunikationsstrukturen und soziale Beziehungen. Wie stark die Programmplanung durch soziale oder edukative Vorstellungen

geprägt sein kann, zeigt beispielsweise die von 1946 bis 1957 bei der BBC praktizierte einstündige Unterbrechung des Fernsehprogramms zwischen 18:00 und 19:00 Uhr. Die in Großbritannien als „toddlers truce“ bekannte Sendepause zwischen Ende des Kinderprogramms und Beginn des Abendprogramms sollte den Eltern die Chance bieten, die Kinder ins Bett zu bringen, ohne „wichtige“ Teile des damals auf wenige Stunden begrenzten Fernsehprogramms zu verpassen. Erst der Druck seitens der privaten Konkurrenz ITV sorgte 1957 für eine Aufhebung dieser Programmrichtlinie durch den Britischen Postmaster General Charles Hill.<sup>28</sup> Aber auch Lebensrhythmen – beispielsweise die im Vergleich zu nordeuropäischen Ländern stark in den Abend verschobenen Essens- und Ausgehgewohnheiten diverser südeuropäischer Länder – prägen die alltäglichen Fernsehrituale und machen eine Generalisierung im Sinne einer europäischen Fernsehkultur schwierig.

## Fernsehpolitik: zwischen Mediendemokratie und Massenpropaganda

Schon bevor das Fernsehen zum neuen Leitmedium im massenmedialen Ensemble der 1960er Jahre aufstieg, wurde dessen Bedeutung als Instrument politischer Meinungsbildung kontrovers diskutiert. Während die politischen Fürsprecher des Fernsehens das neue Medium als einmalige Chance betrachteten, den Bürger an politischen Debatten oder parlamentarischen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen – der Journalist und Rundfunkexperte Kurt Wagenführ bezeichnete die Fernsehkamera im deutschen Bundestag beispielsweise als „Auge der Demokratie“ –, sahen andere im Fernsehen eine Bedrohung für traditionelle Formen der parlamentarischen „Hinterzimmerpolitik“ und ein unerwünschtes Eindringen der Öffentlichkeit in bislang geschützte Räume vertraulicher Kommunikation.<sup>29</sup> So wurde etwa die erste Live-Übertragung der französischen Präsidentschaftswahlen aus dem Kongresssaal in Versailles nach sechs Tagen abgebrochen, da dieses „Spektakel“ –

<sup>27</sup> Dayan, Daniel / Katz, Elihu: *Media Events: The Live Broadcasting of History*. Cambridge 1992.

<sup>28</sup> Oswell, David: *Television, Childhood, and the Home. A History of the Making of the Child Television Audience in Britain*. Oxford 2002, S. 74-75.

<sup>29</sup> Zu Wagenführ siehe Hickethier, Knut: *Geschichte des deutschen Fernsehens*. Stuttgart 1998, S. 43. Zur unterschiedlichen politischen Instrumentalisierung und

Stilisierung des Fernsehens in der Bundesrepublik und Frankreich siehe auch Fickers, Andreas: *Radio und Fernsehen als nationale Sozialisierungsinstanzen? Der Rundfunk im Rahmen der westdeutschen und französischen Wiederaufbaumodernisierung der 1950er Jahre*. In: Miard-Delacroix, Hélène / Hudemann, Rainer (Hrsg.): *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*. München 2005, S. 291-307.

erst nach dreizehn Wahlgängen wurde René Coty schließlich zum neuen Staatspräsidenten gewählt – in den Augen vieler Abgeordneter ein negatives Image Frankreichs im Ausland erzeugen könnte.<sup>30</sup>

Die wechselseitige Beziehung zwischen Fernsehen und Politik hat sich im Laufe der Geschichte des Fernsehens deutlich gewandelt. Wie Chris Vos für die Niederlande nachgezeichnet hat, lässt sich die politische Funktion des Fernsehens in vier chronologische Phasen aufteilen: zu Beginn des Fernsehens (1950er Jahre) fungierte das Fernsehen mehr oder minder als kritikloses Sprachrohr politischer Meinungsführer. Diese „propagandistische Phase“ wurde in den 1960er Jahren durch eine „emanzipatorische Phase“ abgelöst, in der sich langsam so etwas wie ein kritischer Fernsehjournalismus entwickelte. In den siebziger Jahren dann nahm das Fernsehen zunehmend eine polarisierende Rolle ein, um seit Mitte der achtziger Jahre – vor allem als Resultat der Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Fernsehen – die Funktion eines Meinungsmaklers einzunehmen.<sup>31</sup> Dieses Stufenmodell lässt sich – wenn auch mit national abweichenden Chronologien – für die meisten westeuropäischen Fernsehdemokratien nachvollziehen. In gleichem Maße, wie sich die politische Berichterstattung verändert hat, hat sich natürlich auch die Kommunikationskultur der politischen Akteure gewandelt.<sup>32</sup>

Natürlich gab und gibt es immer auch Formen indirekter oder direkter politischer Kontrolle des Fernsehens – sei es im Rahmen gesetzgeberischer, institutioneller oder personeller Einflussnahme, oder aber in Form inhaltlicher Zensur und gesteuerter Programmplanung. Es gibt ausreichend historische Evidenz dafür, dass diese Form der direkten Kontrolle und Einflussnahme keineswegs ein ausschließliches Merkmal totalitärer Staaten im Umgang mit dem Medium Fernsehen war.<sup>33</sup>

## Fernsehtwicklung: zwischen „altem“ und „neuem“ Medium

Eine ständig wiederkehrende Frage in der Geschichte des Fernsehens ist die nach dessen Neuheit bzw. Aktualität in einer sich stetig wandelnden Medienlandschaft. Es gehört zu den Charakteristika der alle neuen Medien begleitenden Werberhetorik, mit der Ankunft des revolutionär „Neuen“ den Tod der angeblich veralteten Medien zu verkünden. Dies war bei der Erfindung und Vermarktung des Telegraphen, des Telefons oder des Phonographen<sup>34</sup> nicht anders als bei der Erscheinung des Radios, Fernsehens oder des Internets.<sup>35</sup> Tatsächlich haben wir es bei der Erscheinung eines neuen Mediums im massenmedialen Ensemble immer mit komplexen Prozessen der Einbettung neuer Medien in bewährte Strukturen der Medienproduktion, Distribution und Aneignung zu tun. Diese im englischen Sprachraum unter dem Begriff „remediation“<sup>36</sup> diskutierten Prozesse der inter- und transmedialen Zirkulation von ästhetischen Konventionen und narrativen Mustern zwischen alten und neuen Medien lassen sich auch am Beispiel des Fernsehens deutlich demonstrieren. Sowohl in institutioneller wie personeller Perspektive wandelte das frühe Fernsehen eindeutig in den Fußstapfen des Radios und übernahm zahlreiche Genres und Programme aus dem Hörfunk. Die Inszenierung von Fernsehspielen und Dramen wiederum war in Zeiten reiner Live-Produktion (d.h. vor Einführung der Videotechnik Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre) stark vom Theater geprägt, während die visuelle Ästhetik deutlich an den Film angelehnt war. Diese deutlichen Bezüge des „neuen“ Mediums Fernsehen auf die „alten“ Medien Radio, Film und Theater rechtfertigt nach Meinung des Autors, die Erscheinung des Fernsehens als „konservative Revolution“ zu beschreiben.<sup>37</sup>

<sup>30</sup> Siehe Cohen, Évelyne: *Télévision, pouvoir et citoyenneté*. In: Lévy, Marie-Françoise (Hrsg.): *La télévision dans la République. Les années 50*. Paris 1999, S. 107-132.

<sup>31</sup> Vos, Chris: *Van propagandist naar makelaar. De uitvinding van de Nederlandse televisiejournalistiek*. In: Bardoel, Jo (Hrsg.): *Journalistieke cultuur in Nederland*. Amsterdam 2002, S. 269-286.

<sup>32</sup> Washbourne, Neil: *Mediating Politics: Newspaper, Radio, Television and the Internet*. Maidenhead 2008.

<sup>33</sup> Siehe beispielsweise für Frankreich und die USA: Bourdon, Jérôme: *Haute Fidélité: pouvoir et télévision*. Paris 1994; Doherty, Thomas Patrick: *Cold War, Cool Medium: Television, McCarthyism, and American Culture*. New York 2003.

<sup>34</sup> Marvin, Carolyn: *When old technologies were new: thinking*

*about electric communication in the late nineteenth century*. Oxford 1988.

<sup>35</sup> Hui Kyong, Wendy / Keenan, Thomas (Hrsg.): *New media, old media: a history and theory reader*. London 2006.

<sup>36</sup> Siehe Bolter, Jay David / Grusin, Richard: *Remediation: understanding new media*. Cambridge 1998.

<sup>37</sup> Der Autor führt diesbezüglich ein mehrjähriges Forschungsprojekt unter dem Titel „*Television as a conservative revolution? A comparative study in European media history 1945-1975*“ durch, welches von der niederländischen Forschungsgemeinschaft NWO gefördert wird. Siehe: <http://www.onderzoekinformatie.nl/nl/oi/biza/d35400o/OND1308980/>

So wie sich das Fernsehen in der Phase seiner Etablierung vorhandener Strukturen, Ästhetiken und Genres bedient hat, um seine eigene mediale (patch-work) Identität zu entwickeln, so wurde das televisuelle Dispositiv im Laufe seiner mehr als fünfzigjährigen Geschichte durch neue Technologien und Medien einer ständigen Anpassung und Veränderung ausgesetzt. Im digitalen Zeitalter – so behauptet etwa der Medientheoretiker Henry Jenkins – kommt es zu einer strukturellen Verflechtung von Produktion, Distribution und Konsum von Medieninhalten der diversen Massenmedien und damit zu „multi-platform narratives“. Diese als Konvergenz von alten und neuen Medien beschriebene Entwicklung macht die Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Medien letztlich obsolet.<sup>38</sup>

**Neben positiver Identifikation kann das Fernsehen auch Mediator negativer Identifikationsprozesse sein, können Gefühle von Fremdheit oder Ausgeschlossenheit erzeugt oder verstärkt werden**

Wird dieses Phänomen zum einen durch die dem Medium eigene Qualität der Simultanität von Senden und Empfangen erzeugt (noch gesteigert durch die Qualität des „Dabeiseins“ bei Live-Sendungen), kann dieses zusätzlich durch bestimmte Programminhalte (beispielsweise Sendungen zur nationalen Geschichte oder Sportereignisse) ver-

stärkt werden. Neben Prozessen positiver Identifikation kann das Fernsehen aber auch Mediator negativer Identifikationsprozesse sein, können Gefühle von Fremdheit oder Ausgeschlossenheit erzeugt oder verstärkt werden. Wegen dieser starken

und weitreichenden Effekte des Fernsehens auf individuelle wie kollektive Prozesse der ein- wie ausschließenden Gemeinschaftsbildung und Identifikation kommt dem Fernsehen eine ontologische Funktion zu, die nach mentalitäts- und kulturhistorisch Deutung und Interpretation fragt.

## Fernsehontologien: „wir“ versus „die anderen“

Das letzte Kernkonzept, anhand dessen sich typische Phänomene oder Charakteristika des Fernsehens beschreiben und analysieren lassen, befasst sich mit dem Gefühl der Vertrautheit und Sicherheit, welches durch den regelmäßigen, oftmals rituellen Fernsehkonsum erzeugt wird. Aber auch damit, wie die positive oder negative Identifikation mit dem Gesehenen und Gehörten Prozesse kollektiver Selbstversicherung erzeugen kann. Durch spezifische Formen der Ansprache und Anrede, durch wiederkehrende und ausgedehnte Bekanntschaft mit Fernsehpersönlichkeiten (wie beispielsweise den Nachrichtensprechern und Ansagerinnen) oder fiktiven Charakteren (beispielsweise in *soap operas* und *sitcoms*) können Fernsehzuschauer eine vertrauensvolle Beziehung zu diversen medialen Persönlichkeiten und damit zum Medium selbst aufbauen. Zusätzlich zu diesen individuellen Identifikationsprozessen offeriert das Fernsehen – wie auch das Radio – die Möglichkeit zur imaginierten Kollektivbildung (im Sinne der *imagined communities* von Benedict Anderson).<sup>39</sup>

## 3. Fernsehen und Europa als „flow“

Die vorgestellten Kernkonzepte erlauben eine Historisierung des Fernsehens auf der Basis einer theoretisch-methodischen Reflexion, die sowohl historischen wie medientheoretischen Fragestellungen Tribut zollt. Bislang unthematisiert blieb jedoch die nicht weniger komplexe Frage, welche konzeptionellen oder ideellen Implikationen der Begriff „Europa“ birgt. Macht Europa als geographisches, politisches, kulturelles oder wirtschaftlich-technisches Konzept – so könnte man angesichts des nationalen Paradigmas des Fernsehens fragen – überhaupt Sinn für eine historische Analyse des Mediums? Ausgehend von der Annahme, dass es sich bei Europa – wie auch beim Fernsehen – aus erkenntnistheoretischer Sicht um eine diskursive Konstruktion handelt, haben wir es sowohl beim Fernsehen wie auch bei Europa mit Projekten zu tun, deren Bedeutungszuweisungen einem ständigen Wandel unterzogen sind.<sup>40</sup> Abhängig von den Perspektiven bestimmter Akteure zu bestimmten Zeiten handelt es sich sowohl beim Fernsehen als auch bei Europa um kontinuierlich neu verhandelte

<sup>38</sup> Jenkins, Henry: *Convergence culture: where old and new media collide*. New York 2006.

<sup>39</sup> Siehe die wichtige Studie von Scannell, Paddy: *Radio, Television, and Modern Life: A Phenomenological Approach*.

Oxford 1996.

<sup>40</sup> Münch, Richard: *Das Projekt Europa: Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1993.

und entsprechend undefinierte Projekte, deren Kontinuität sich durch ständigen Wandel, und deren Einheit oder Identität sich durch Hybridität und Diversität kennzeichnet.<sup>41</sup> In diesem Sinne bietet sich Raymond Williams bekannte Definition des Fernsehens als „flow“ auch als Charakterisierung Europas an, nämlich als Projekt, welches sich durch die Variation bestimmter Elemente (im Fernsehen sind dies bestimmte Genres oder Programme) innerhalb einer relativ stabilen Struktur (Programmierung, Institution) auszeichnet.

Diese Analogie von Fernsehen und Europa als diskursiver Konstruktion und „flow“ in einer epistemologischen Perspektive bedeutet keineswegs eine historische Dekonstruktion des Objekts. Im Gegenteil, es bedeutet eine Unterstreichung der fundamentalen Historizität beider Phänomene. Gerade die vergleichende historische Analyse verdeutlicht dies am besten. Sie führt uns Ernst Blochs Diktum der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“<sup>42</sup> immer wieder vor Augen, macht uns in anderen Worten sensibel für die zahlreichen Brüche, Widerstände und Widersprüche der Entwicklung des Fernsehens und Europas im komplexen Modernisierungsprozesses nationaler und transnationaler Gesellschaften und Gemeinschaften.<sup>43</sup> Gerade der historische Vergleich hilft uns, die Ambivalenzen und Paradoxien historischer Entwicklungsprozesse deutlicher zu sehen und entsprechend zu interpretieren. Der Vergleich lenkt unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede historischer Entwicklungstendenzen zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten (syn-

chroner Vergleich) oder bestimmten Orten zu unterschiedlichen Zeiten (diachroner Vergleich), sondern macht auch die komplexen wechselseitigen Beziehungen zwischen Fernsehen und Europa als Studienobjekten deutlich.<sup>44</sup> Genau jene Prozesse von Zirkulation und Aneignung und/oder Zirkulation und Ablehnung unterstreichen die Hybridität kultureller Transferprozesse im Zeitalter der Transnationalisierung und Globalisierung.

Trotz der unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen (politisches System, institutionelle Ordnung, technisch-wirtschaftliche Voraussetzungen), in denen sich das Fernsehen in unterschiedlichen europäischen Ländern entwickelt hat, lassen sich gewisse historische Muster ausmachen, die es rechtfertigen, von Entwicklungstendenzen einer europäischen Fernsehkultur zu sprechen. Die Sichtbarkeit oder historische Relevanz solcher Tendenzen ist natürlich abhängig von den zugrunde gelegten Forschungsperspektiven und Fragestellungen.<sup>45</sup> Sie erhöht sich, legt man als Vergleichseinheit etwa die Entwicklung des Fernsehens in den USA zugrunde. Sie verringert sich dagegen, wenn man –

**Abhängig von den Perspektiven bestimmter Akteure zu bestimmten Zeiten handelt es sich sowohl beim Fernsehen als auch bei Europa um kontinuierlich neu verhandelte Projekte, deren Kontinuität sich durch ständigen Wandel, und deren Einheit oder Identität sich durch Hybridität und Diversität kennzeichnet**

etwa im bilateralen Vergleich – die Geschichte des Fernsehens in Frankreich oder Deutschland betrachtet. Neben strukturellen Differenzen lassen sich aus europäischer Perspektive vor allem funktionelle Ähnlichkeiten feststellen, so beispielsweise die enorme Bedeutung, die das Fernsehen im Prozess der „Modernisierung im Wiederaufbau“<sup>46</sup> europäischer Nachkriegsgesellschaften hatte. Als symbolischer Eckstein der Gesellschaft hatte das Fernsehen in der „public service

<sup>41</sup> Zur historischen Neubestimmung des Europa-Begriffs siehe Landwehr, Achim / Stockhorst, Stefanie: *Einführung in die europäische Kulturgeschichte*. Paderborn 2004, S. 264-286.

<sup>42</sup> Bloch, Ernst: *Erbschaft dieser Zeit*. Zürich 1935.

<sup>43</sup> Degele, Nina / Dries, Stephanie: *Modernisierungstheorie: Eine Einführung*. München 2005.

<sup>44</sup> Zur Methode des historischen Vergleichs und seiner unterschiedlichen Arten siehe Kaelble, Hartmut: *Der historische Vergleich: eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 1999; ders. / Schriever, Jürgen (Hrsg.): *Vergleich und Transfer: Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M. 2003.

<sup>45</sup> Gerade dieses Bewusstsein und die methodische Umsetzung der „double reflexivity“ (Anthony Giddens) zeichnet Ansätze wie den der „histoire croisée“ ja aus. Siehe: Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte: *Beyond comparison: „histoire croisée“ and the challenge of reflexivity*. In: *History and Theory*, 45 2006, S. 30-50.

<sup>46</sup> Diese von Axel Schildt und Arnold Sywottek für die Frühphase der Bundesrepublik Deutschland geprägte Begriff lässt sich als paradoxe Metapher auch für zahlreiche andere westeuropäische Länder analytisch gebrauchen. Siehe Schildt, Axel / Sywottek, Arnold: *Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 1950er Jahre*. Bonn 1993.

era“ (1945-1975) in zahlreichen europäischen Ländern die Funktion, konservative Normen und Werte wie die Familie, das Heim und die Nation zu propagieren und entsprechen zu stabilisieren. In diesem Sinne funktionierte das neue Leitmedium in vielen Ländern als nationale Sozialisierungsinstanz, während das transnationale oder europäische Potential des Mediums – trotz gegenteiliger Rhetorik etwa seitens der EBU – erst mit der Etablierung des Privatfernsehens Mitte der 1980er Jahre deutlicher zur Geltung kam. Tatsächlich wissen wir über diese komplexen Prozesse der Zirkulation und Aneignung „fremder“ Fernsehproduktionen bislang sehr wenig. Wenn überhaupt, so meist aus binationalen Vergleichen, bei denen meist von einseitigen Transfer- und Adaptionleistungen (etwa von Amerika nach Europa) ausgegangen wird. Wechselseitige Analysen im Sinne einer „histoire croisée“ oder aber Vergleichsstudien, welche die Zirkulation und Adaption eines Fernsehformates oder eines Programms in mehreren Ländern und Fernsehkulturen miteinander verglichen, sind bislang absolute Mangelware.<sup>47</sup>

#### 4. Schlussbetrachtung

Ziel dieses Aufsatzes war es, theoretisch-methodologische Überlegungen zur vergleichenden europäischen Fernsehgeschichte zu präsentieren, die im Rahmen des *European Television History Networks* in den letzten Jahren diskutiert wurden. Im Vordergrund stand dabei die Darstellung von elf Kernkonzepten, die als theoretisch-konzeptioneller Rahmen für die vergleichende historische Analyse des Fernsehens im Rahmen des Buchprojektes *A European Television History* entwickelt und genutzt wurden. Die detaillierten Resultate dieses kooperativen Forschungsprojektes konnten hier leider nur sehr begrenzt angedeutet werden. Sie werden bald in aller Ausführ-

Über die komplexen Prozesse der Zirkulation und Aneignung „fremder“ Fernsehproduktionen wissen wir bislang sehr wenig. Wenn überhaupt, so aus binationalen Vergleichen, bei denen meist von einseitigen Transfer- und Adaptionleistungen ausgegangen wird

lichkeit nachzulesen sein. Wichtiger schien uns die Darlegung des theoretischen Rüstzeugs sowie der methodologischen Herangehensweise, da sie – so die Hoffnung – auch zukünftige Arbeiten inspirieren können.

Mit Sicherheit steht die vergleichende Fernsehgeschichtsschreibung erst in ihren Kinderschuhen. Zu dominant ist immer noch das nationale Paradigma in der Mediengeschichtsschreibung, um von einem „transnational turn“ reden zu können. Dennoch zeigen Veranstaltungen wie die kürzlich in Reading / UK organisierte Konferenz „Television without borders“<sup>48</sup>, dass sich die internationale Community stärker als früher mit vergleichenden, transnationalen oder globalen Perspektiven auseinandersetzt. Dies ist umso begrüßenswerter, da die historische Perspektive in den Medien- und Kommunikationswissenschaften deutlich unterrepräsentiert ist, und sich die Geschichtswissenschaft bislang nur sehr zögerlich mit der kulturellen Bedeutung der Massenmedien auseinandergesetzt hat.

Trotz des international sehr bescheidenen Forschungsausgangspunktes im Bereich der vergleichenden Mediengeschichte lassen sich aus Sicht des bisher geleisteten einige Ergebnisse zusammenfassen

sowie interessante zukünftige Aufgabenfelder benennen. Zu den positiven Erfahrungen im Bereich der Aktivitäten des *European Television History Networks* zählt ohne Zweifel die fruchtbare Kooperation mit den Kollegen aus diversen europäischen Fernseharchiven, die im Rahmen des *Birth of TV*-Projektes<sup>49</sup> erste konkrete Früchte erbracht

hat und nun im Kontext des EU-finanzierten Projektes *Video Active*<sup>50</sup> eine gelungene Erweiterung erfährt. Zu lange wurde die Fernsehgeschichte vorwiegend auf Basis schriftlicher Archivrekonstruktion, da die Verfügbarkeit von fernsehhistorischem Material begrenzt (zumindest für die Frühzeit des Fernsehens) und der Zugang zum audiovisuellen Quellenmaterial sehr

<sup>47</sup> Zum Letzteren siehe etwa die wegweisende Studie von Ang, Ian: *Watching Dallas: Soap opera and the melodramatic imagination*. London 1989. Ein Themenheft der Zeitschrift *Media History* unter der Redaktion von Cathy Johnson und Andreas Fickers (wahrscheinlich Heft 3 / 2009) wird sich explizit dem Thema transnationales

Fernsehen in vergleichender historischer Perspektive widmen.

<sup>48</sup> <http://www.reading.ac.uk/fit/research/fit-televisionwithoutborders.asp>

<sup>49</sup> Siehe [www.birbth-of-tv.org](http://www.birbth-of-tv.org)

<sup>50</sup> Siehe [www.videoactive.eu](http://www.videoactive.eu)



schwierig war. Hier bieten die Digitalisierung und Online-Verfügbarmachung von Quellenmaterial eine bislang ungeahnte Chance für die Fernsehgeschichtsschreibung. Parallel zur Flexibilisierung des Zugangs bedeutet auch die ständige Erweiterung des europäischen Raumes – zumindest in seiner politisch-institutionellen Form der

Europäischen Union – eine positive Herausforderung für eine europäische Geschichtsschreibung, die sich bislang sehr stark auf den westeuropäischen Raum konzentriert hat. Die Öffnung mittel- und osteuropäischer Fernseharchive alleine garantiert jedoch noch keine Veränderung der zentralen Forschungsperspektiven.<sup>51</sup>

### Andreas FICKERS (1971)

Nach dem Abitur in Belgien studierte Andreas Fickers Geschichte, Philosophie und Soziologie an der RWTH Aachen (D) und der Universität Reims (F). Abschluss (M.A.) 1998 mit einer Arbeit zur Geschichte des Transistorradios. Nach Tätigkeiten am Deutschen Museum in München und Bonn Assistent am Lehrstuhl für Geschichte der Technik und am Historischen Institut der RWTH Aachen. Dort 2002 Promotion mit einer Arbeit zur Kulturgeschichte der Technik am Beispiel des Farbfernsehens. Von 2003 bis 2007 Assistant Professor für Fernsehgeschichte an der Universität Utrecht (NL), seit Oktober 2007 Associate Professor für vergleichende Mediengeschichte der Universität Maastricht (NL). Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die Schnittstellen von Technik-, Medien- und Kulturgeschichte in vergleichender, europäischer Perspektive.

<sup>51</sup> Wie schwierig es ist, Kolleginnen und Kollegen aus diesen Ländern zu identifizieren und zur Zusammenarbeit im Rahmen des *European Television History Networks* zu gewinnen, musste bereits mehrfach erfahren werden. Wesentlich einfacher und fruchtbarer als im Bereich der Mediengeschichte, die in zahlreichen Mittel- und Osteuropäischen Ländern an den Universitäten kaum institutionalisiert ist, gestaltet sich die Zusammenarbeit

mit Mittel- und Osteuropäischen Kollegen im Bereich der Technikgeschichte. Dort besteht seit 8 Jahren ein europäisches Netzwerk (siehe [www.tensionsofeurope.eu](http://www.tensionsofeurope.eu)), innerhalb dessen sich eine Gruppe namens EUROTRANS um Andreas Fickers explizit mit der europäischen Rundfunkgeschichte aus technikhistorischer Perspektive beschäftigt. Siehe: <http://www.tensionsofeurope.eu/Research.asp?wh=EUROTRANS>

## Rezensionen

CHRISTIAN STEGBAUER / MICHAEL JÄCKEL (HRSG): *Social Software. Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 245 Seiten.

Das Herausgeberwerk *Social Software* umfasst insgesamt elf Beiträge von 18 AutorInnen und spannt einen relativ weiten, aber keinesfalls erschöpfenden Bogen von den Anfängen der Open Source-Bewegung bis hin zu aktuellen Anwendungen von z.B. Visualisierungssoftware. Die meisten Beiträge fußen auf empirischen oder qualitativ ethnografischen Studien, wenige bleiben auf programmatischem Niveau

Die von den Herausgebern vorgenommene Definition von Social Software als „Software-Systeme, die die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen Akteuren unterstützen“ (S. 7) – nämlich Anwendungen wie Wikis, Weblogs, Freundschafts-, Kontakt- und Businessnetzwerke, gemeinsame Foto- oder Videosammlungen sowie Instant Messaging – trifft zwar auf (fast) alle vorliegenden Beiträge zu, dennoch fehlen wesentliche Eckpunkte dieser computerbasierten Netzwerke und Softwareanwendungen: so findet sich leider kein einziger Beitrag zu den äußerst populären Social Network Sites (wie z.B. *StudiVZ* oder *MySpace*) oder Business Netzwerken (*Xing*), sowie zu Foto- und Videocommunities (*flickr*, *youtube*), Social Bookmarking (*deli.cio.us*) oder (Geo)-Tagging. Auch dem Bereich des kollaborativen Lernens z.B. in Online Environments (wie z.B. *Second Life*) wird wenig Beachtung geschenkt.

Dafür finden sich zu Beginn zwei Aufsätze, die sich eher deskriptiv mit der Open Source Software-Bewegung befassen. Es wird einerseits die Konstitution von Vertrauen im Rahmen von Online-Kooperationen besprochen (Gerd Sebald), andererseits die kooperativen Arbeitszusammenhänge, wie sie in gemeinsamen Produktionsprozessen entstehen, beschrieben (Daniel Tepe / Andreas Hepp). Auch zum Thema Blogs resp. Weblogs gibt es mehrere – nämlich drei – Beiträge, von welchen jedenfalls jener von Jan Schmidt zum Thema Netzwerkverbindungen, nicht zuletzt wegen der innovativen Methode der Sozialen Netzwerk Analyse, positiv auffällt: hier

wird die Stellung einzelner Blogs im Netzwerk von anderen Blogs ermittelt und Zentralitäts- wie Prestigewerte errechnet.

Blogs werden auch als Medien der Generierung von Aufmerksamkeit (Hubertus Niedermaier) und als Medien der politischen Öffentlichkeit (Steffen Albrecht / Rasco Hartig-Perschke / Maren Lübcke) diskutiert, wobei der erstgenannte Beitrag die theoretische Ebene nicht verlässt und das Potenzial öffentlicher Kooperation auslotet. Zweiter basiert auf einer empirischen Analyse der Daten des deutschen Bundestagswahlkampfes 2005, wobei festgestellt wurde, dass Weblogs relevante Beiträge zur Selektion und Aufbereitung von öffentlichen Themen leisten und Raum für Auseinandersetzungen zwischen Meinungen bieten.

Als weitere Fragestellung wird auch der Einsatz von Social Software in Unternehmen zweifach aufgegriffen: Thomas Döbler stützt sich dabei auf eine Unternehmensbefragung zur aktuellen und zukünftigen Anwendung kollaborativer Software, während der Beitrag von Florian Mayer und Dennis Schoeneborn über Wikis in Unternehmen eher skizzierenden Charakter hat. Hier fehlen eindeutig Studienergebnisse und Praxisbeispiele.

Hervorzuheben sind jedenfalls die Forschungsbeiträge zu *Instant Messaging* und Online Rollenspielen. Tipp untersucht in ihrer Studie Formen der Telepräsenz im Zuge von *Instant Messaging* mittels einer, auf der Methode der ethnografischen Konversationsanalyse basierenden Kommunikationssequenz-Analyse, was den Beitrag nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch interessant macht. Ebenso wählt Nina S. Müller einen qualitativen Ansatz (zweijährige teilnehmende Beobachtung) zur Analyse der Kooperationskultur in einem Online-Rollenspiel. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Betrachtung von Online Rollenspielen als Social Software besonders gewinnbringend anzusehen ist. Kooperation in Online-Rollenspielen findet nämlich auf mehreren Ebenen statt; jener der Charaktere, der Rollen und der Technik.

Eine Software zur Komplexitätsreduktion im Zuge thematischer Auseinandersetzungen, so-

genannter Risikokonflikte, stellen Gerald Beck / Astrid Engel / Cordula Kropp vor – im Übrigen das einzige konkrete Software-Anwendungsbeispiel in diesem Sammelband. Mittels *Data-warehouse* werden heterogene Datensätze/Inhalte von Akteuren, über Stoffe und Streitfragen erfasst und jeweils thematisch in einem Navigationsfenster gebündelt. Die Übersichtlichkeit einzelner Abfragen (wie z.B. zur Schädlichkeit von Mobilfunk) ist damit gewährleistet. Diese visuelle Aufbereitung von Risikokonflikten zeigt die generellen Potenziale von Kartierungssoftware auf.

Ob es sich bei dem Beitrag über Gesundheitskommunikation (Nicole Zillien / Thomas Lenz) in computerbasierten Netzwerke tatsächlich um einen Anwendungsbereich von Social Software handelt, ist zu hinterfragen. Jedenfalls werden empirisch sogenannte Online Gruppen, die via Internet Gesundheitsfragen oder Krankheits-spezifika diskutieren, unter die Lupe genommen. Die konstatierten Ungleichheiten der Nutzung werden auf Unterschiede in der technischen Ausstattung wie auch der digitalen Kompetenzen sowie dem gesundheitlichen Interesse zurückgeführt.

Insgesamt stellt der Sammelband einen relevanten, wenngleich unvollständigen Ausschnitt der Anwendungsgebiete und Betrachtungsweisen von Social Software vor, der durchaus vielfältig, interessant und lesenswert ist.

Gerit Götzenbrucker

GABRIELE MELISCHEK / JOSEF SEETHALER / JÜRGEN WILKE (HRSG.): *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich. Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 480 Seiten.

Es gibt passende Bände zur unrechten Zeit und solche zur rechten Zeit. Dieser Band gehört zur zweiten Art. Er versammelt die Beiträge eines Workshops, der im November 2006 in Wien veranstaltet wurde, gestaltet von der *Kommission für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* gemeinsam mit dem *Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz*. Der Band schließt an die 2003 von Frank Esser

und Barbara Pfetsch herausgegebene *Sammel-schrift Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven* an, geht aber insofern weit über diese hinaus, als er Beiträge zu folgenden Forschungsfeldern offeriert: Mediengeschichte, Mediensysteme, Politische Kommunikation, Wahlkampf-kommunikation, Öffentlichkeit, Internationale Kommunikation, Journalismus, Rezeption und Mediennutzung, Medienvergleich sowie Methoden. Die Konzeption des Bandes besticht durch die feine Idee, je Forschungsfeld zwei „sich ergänzende“ Beiträge anzubieten, in denen „vom Vergleich die Rede sein soll: international, temporal, konzeptuell, methodisch“ (S. 13 und 14). Den Rahmen für diese vergleichenden Betrachtungen bildet eine von Winfried Schulz verfasste Key-note (Titel „Kommunikationsforscher als Kom-paratisten“) sowie ein „Resümee und Ausblick“ mit der Überschrift „Konstituenten, Leistungen und Perspektiven vergleichender Medien- und Kommunikationsforschung“, gestaltet von Ulrich Saxer.

Angesichts der großen Zahl der vorliegenden Beiträge (20) erscheint es zugunsten der vor-nehmlichen Interessenslage von *medien & zeit*-LeserInnen gerechtfertigt, die Rezension auf das Forschungsfeld „Mediengeschichte“ sowie auf das Forschungsfeld „Mediensysteme“ zu konzentrieren. Diese Fokussierung bedeutet mitnichten, den Wert der anderen Beiträge für eine vergleichende Kommunikationsforschung geringer zu achten. Insbesondere gilt dies für die Forschungs-bereiche „Journalismus“, „Rezeption und Mediennutzung“ sowie „Methoden.“ Nicht zuletzt deshalb, weil aus den Befunden, Erkennt-nissen und Erklärungen, die in diesen Bereichen dargelegt werden, sich auch Impulse für histori-sche Forschungen ableiten lassen; auch im Sinn eines Zeitvergleichs gemäß der Position von Rudolf Stöber, Geschichte sowohl als vergangene Gegenwart wie auch als vergegenwärtigte Vergan-genheit zu betrachten (S. 41). „Epochenverglei-che in der Medien und Kommunikationsge-schichte“ lautet sein Beitrag. Er schließt das For-schungsfeld „Mediengeschichte“ auf. Seine Auf-teilung des Themas in eine begriffliche, eine erkenntnistheoretische und eine empirische Seite besitzt klassische Güte. Auf notwendige Begriffs-klärungen folgen erkenntnistheoretische Überle-gungen, um sodann empirische Beobachtungen zu den typischen Kennzeichen von Medienepo-chen vorlegen zu können (S. 27). Basierend auf

einer Problematisierung des Epochenbegriffs greift Stöber die Innovationstheorie von Everett M. Rogers mit ihren drei Phasen (Invention, Innovation und Diffusion) auf, umgesetzt in vier beeindruckenden Schaubildern. Beachtenswert erscheint u.a. seine Aussage, es bleibe in der Medien- und Kommunikationsgeschichte vielfach nur die Methode der „dichten Beschreibung“, die er meines Erachtens aber zu prompt mit „fleißigem Sammeln von Belegen“ (S. 31) gleichsetzt.

Josef Seethaler und Gabriele Melischek führen im folgenden Beitrag anhand von zwei Beispielen überzeugend vor Augen, zu welchen ergiebigen Resultaten eine „International vergleichende Mediengeschichte“ kommen kann, wenn sie einerseits das Modell der „comparative history“ und zum anderen das Modell der „cross-national history“ anwendet. Als Beispiel für eine „comparative history“ erhellen sie die Entwicklung der Tagespresse in der Habsburgermonarchie, festgemacht an den Jahren 1890, 1900 und 1910, und für eine „cross-national history“ die Positionierung des österreichischen Mediensystems (der jüngsten Vergangenheit) im europäisch-nordamerikanischen Kontext. Wer begreifen will, was unter vergleichender Medien- und Kommunikationsgeschichte verstanden werden kann, ist gut beraten, die in ihren Beitrag eingespannte (kurze) Einführung zu studieren.

Das Forschungsfeld „Mediensystem“ eröffnet Beate Schneider mit einem stimmigen und teilweise sehr amüsant geschriebenen (wie auch zu lesenden) Erfahrungsbericht über ein Forschungsprojekt „zu den Strukturen der europäischen Pressenmärkte, das seit Ende der 90er Jahre am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung in Hannover gemeinsam mit Walter J. Schütz und Forschern aus insgesamt 13 Partnerländern durchgeführt worden ist“ (S. 76). Aus der zehn Punkte umfassenden Evaluation des Forschungsprojekts seien hier drei Sätze wiedergegeben, um zur Konsultation des Beitrags und somit auch zur Lektüre der Länderberichte (ediert 2004 von Schneider und Schütz) anzuregen: „Der Ertrag des Projekts ist in vielerlei Hinsicht entmutigend“. „Von einer europaweit vergleichbaren Pressestatistik sind wir immer noch weit entfernt.“ „Auch wir müssen uns damit abfinden, dass der Fortschritt in der Wissenschaft eine Schnecke ist.“ (S. 79 und 80)

Zu einer etwas anderen Einsicht – dies im Kontext mit einer „transnational vergleichenden Mediensystemforschung“ – lädt der danach eingerichtete Beitrag von Hannes Haas und Cornelia Wallner ein. Er diskutiert einen „Ansatz zur Analyse von Medienmärkten, der die Strukturierung von einzelnen wie von vergleichenden Mediensystemanalysen ermöglicht“ (S. 83). Den Ausgangspunkt dafür liefert das aus der Neuen Industrieökonomik stammende SCP-Schema (*Structure-Conduct-Performance-Schema*), das sich mit Marktstrukturen (Structure), Marktverhalten (Conduct) und Marktergebnissen (Performance) befasst. Im Beitrag geht es um eine Erweiterung dieses Modells, konzipiert von Wallner im Rahmen ihrer Dissertation für die Untersuchung einzelner Mediensysteme, und um dessen Anwendung. Einsichtig ist, dass der Beitrag das Analyseinstrument nicht im Detail erläutern, sondern nur schematisch darstellen kann. Ebenso einsichtig ist die exemplarisch vorgelegte Argumentation für eine prinzipielle Erweiterbarkeit dieses Schemas, so etwa um sozio-kulturelle Indikatoren. Mit dem klaren Hinweis im abschließenden Abschnitt „Anschlussmöglichkeiten“ wird nicht nur der Rezensent übereinstimmen, dass ungeachtet eindeutiger Strukturierung des erweiterten SCP-Modells (neben allen Inklusionsmöglichkeiten interessierender Variablen) „ein Ziel dieses Analyseinstruments in der Reduktion von Komplexität besteht.“ (S.95) Es sei eben nicht möglich, so die entsprechende Einschränkung, beliebig viele Kriterien in die Untersuchung aufzunehmen. Die daraus gezogene Konsequenz kann gar nicht oft genug betont werden: „Nur ein theoretisch fundiertes und klar ausgewiesenes Erkenntnisinteresse ermöglicht es, den Fokus auf eine Untersuchungsebene zu legen oder bestimmte interessierende Indikatoren auszuwählen.“ (S. 95)

### Wolfgang Duchkowitsch

KARIN HARASSER / SYLVIA RIEDEMANN / ALAN SCOTT (HRSG.): *Die Politik der Cultural Studies – Cultural Studies der Politik*. Wien: Tura + Kant 2007, 271 Seiten.

Lawrence Grossberg, einer der namhaftesten Vertreter der anglo-amerikanischen Cultural Studies, hat jüngst in dem von Rainer Winter herausgegebenen Reader *Die Perspektiven der Cultural Stu-*

dies gefordert, dass sich diese zukünftig unbedingt verstärkt in Wirtschafts- und Politikwissenschaften einzumischen haben. Grossberg argumentiert damit gegen eine Popularisierung der interventionistischen Attitüde der Cultural Studies, wie sie verschiedentlich in den letzten Jahren auch in Österreich und Deutschland zu erkennen waren. Genau hier beginnen die Diskussionen des Sammelbands *Die Politik der Cultural Studies – Cultural Studies der Politik*, der aus einer 2003 an der Universität Innsbruck veranstalteten Konferenz „Cultural Studies – Inter-/Transdisziplinarität und Institutionalisierung“ hervorgeht, die vom Forschungsschwerpunkt Kulturwissenschaften / Cultural Studies des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung unterstützt wurde.

Auch wenn Grossberg nicht zu den Beitragenden dieses Kompendiums gehört, so schwingen seine prominenten und durchaus diskutablen Überlegungen zur Wirkung und Zukunft der Cultural Studies auch hier stark mit. „Es geht den HerausgeberInnen um eine Zwischenbilanz dessen, was die Cultural Studies laut Eigendefinition von anderen Disziplinen unterscheidet: ihre politische Relevanz“, konstatieren Karin Harraser, Sylvia Riedmann und Alan Scott gleich zu Beginn in ihrer pointierten Einführung (S. 9).

Diese Bedeutung von Politik wird an den beiden großen Themenfeldern der Politik-Begriffe der Cultural Studies (Teil 1) und der Politik der Cultural Studies (Teil 2) entlang ausgearbeitet. Die für die ursprünglichen Cultural Studies so typische permanente Selbstreflexion und -problematierung, die in den neunziger Jahren in einigen Ansätzen vernachlässigt wurde, wird hier also von Anfang an und intensiv betrieben, um letztlich den eigenen Standpunkt neu zu formulieren und die eigenen Umwelten abzuleuchten wie etwa innerwissenschaftlich Politologie und Soziologie und außerwissenschaftlich Formen und Gruppen von Engagement und Protest bis zur Bildung. Diese Herangehensweise verdeutlicht, warum das Mikropolitische (individuelles Handeln, Identitätsprozesse, Strukturen von Repräsentation) genauso wichtig sind wie ein kritisches Beobachten gesellschaftlicher Hierarchien und Mächte. Und dieses wird stets angeleitet durch ein „Interesse an Fragen anstatt an *Disziplinen*“ (Hervorhebung im Original, C.J., S. 13).

„Erstens: Woher kommen die Cultural Studies? Zweitens: Wie werden sie sich entwickeln?“, fragt der bekannte Kulturanalytiker und Soziologe Jim McGuigan (Universität Loughborough, England) deshalb in den ersten Zeilen seines Beitrags. Dabei versteht sich McGuigan nicht prophetisch, sondern äußerst kritisch, wie man ihn in zahlreichen Texten der letzten Jahre zur Aufgabe der Cultural Studies lesen konnte. Anhand der für ihn wichtigen fünf Fluchtlinien Theoretizismus, Methodismus, Pragmatismus, Subjektivismus und Konsumismus deckt McGuigan auf, inwiefern vor allem die British Cultural Studies ihren höchsten Anteil am „coolen Kapitalismus“ (S. 44) des heutigen neoliberalen, postthatcheristischen Großbritannien haben und somit paradoxerweise gegenteilig zur ursprünglichen gegenhegemonialen Intervention wirken. Durch solche Entwicklungen, aber ebenso durch prominente Vorverurteilungen wie Ende der Neunziger Jahre etwa durch Pierre Bourdieu und Loic Wacquant sieht sich McGuigan selbst und seine Umfelder der Cultural Studies zur Artikulation gefordert: „Das ist nun kein Aufruf zu einem sorglosen Eklektizismus, sondern zu mehr Interaktion zwischen den unterschiedlichen Perspektiven auf dem Gebiet der Cultural Studies.“ (S. 45) Schluss soll sein mit den unkritischen, konsumorientierten Cultural Studies und deren „Uarmung des Konsums“ (S. 56), gebrochen werden soll die „Homologie zwischen dem aktiven Subjekt der Cultural Studies und dem souveränen Konsumenten der freien Marktwirtschaft des Kapitalismus“ (S. 57). Damit gelangt McGuigan ganz nebenbei mitten in die Diskussionen um die Kreativindustrien und deren Verwendung als angesagtes kulturelles Zugpferd für Wirtschaft und Politik, welches thematisiert und vermarktet wird: „Das ‚Auskenntum‘ der ‚Hipster-ForscherInnen‘ wird ökonomisch verwertbar.“ (S. 104) Dadurch wird allerdings keine Nachhaltigkeit für die so genannten, meist jungen Kreativen aus Design, Kunst, Journalismus, Musik und Wissenschaft geboten. Und genau an diesem Punkt sollte sich eingemischt werden: „Für mich ist die unkritische Haltung in den Cultural Studies reine Flucht vor der Verantwortung. Es besteht ein ernstzunehmender Bedarf an kritischer Arbeit.“ (S. 64) Inhaltlich knüpfen an diese Diskussion später einige Beiträge (z.B. von Roman Horak zu den Verfehlung neoliberaler Wissenschaftspolitik in Österreich und Fran Tonkiss zum ‚economic turn‘ der Cultural Studies) an.

Den gesamten Band durchziehen Fragen nach den kulturellen Berufsfeldern, in denen Cultural Studies betrieben wurden und werden. Ein besonderes Augenmerk gelten dabei Disziplinen, die überhaupt erst für die Formierung sorgten wie etwa die Soziologie (F. Webster) oder die sie rahmenden Geistes- und Sozialwissenschaften (L. Musner) als auch nach Disziplinen, die zukünftig stärker von Cultural Studies unterwandert werden sollten wie Politikwissenschaft (J. Street zur Musik der Politik und Politik der Musik) oder Wirtschaftswissenschaft (F. Tonkiss), womit sich der programmatische Kreis zu Grossberg schließt. Die meisten der Texte sind absolut aktuell, relevant und anregend für Lesende, die sich in den Geschichten und Diskursen der Cultural Studies (auch im Deutschsprachigen und hier vor allem in Österreich) auskennen. Wer zuvor nur oberflächlich von den verschiedenen Allianzen und Formationen der Cultural Studies gelesen hat, wird hier sicherlich überfordert. Das kann man dem hoch interessanten Kompendium allerdings wohl kaum vorwerfen. Wie wichtig verschärfte und vermehrte Diskussionen zwischen Politik, Wissenschaft, Kunst und sozialen Bewegungen werden, soll nicht sogar der Begriff der Demokratie als nächster ausgehöhlt werden, zeigt der hervorragende Beitrag von Oliver Marchart (Universität Basel, Schweiz), der zuletzt auch eine lesenwerte Einführung in die Cultural Studies vorgelegt hat. Wahrscheinlich nicht einmal mehr zynisch beobachtet Marchart die „Erosion sozialdemokratischer Hegemonie“ (S. 184), die „sozialdemokratische Politik der *Selbstentmächtigung* [Hervorhebung im Original, C.J.]“ (S. 184), die aber nicht ins unpolitische Koma, sondern zu einer Neuartikulation jenseits von Gusenbauer und Beck inspirieren sollte. Diese kann wiederum aus dem Kreis der Kreativen kommen, gilt es doch längst nicht mehr als uncool, sich politisch zu engagieren, idealerweise als Barrikadenöffentlichkeit. Marchart verpackt diesen Eindruck in eine kritische Analyse der Subkulturstudien innerhalb der Cultural Studies, die es in ihrer Fokussierung auf Stile zu erfassen versäumt haben, „wie rein subversive Formen subkultureller Aktivität zu direkten Formen oppositioneller Aktion zu werden.“ (S. 182) An solchen Stellen sind die Beiträge des Bandes Cultural Studies im interventionistischen Sinne Grossbergs: Sie wollen Missstände aufzeigen, sich einmischen und diese verändern und selbstkritisch gleichermaßen sein. Mit Horak und Marchart kann man das

ganz persönlich auch auf den eigenen beruflichen und gesellschaftlichen – in Österreich, der Schweiz und Deutschland gleichermaßen – Zustand anwenden: „Der Moment, in dem meine Identität politisiert wird, ist der Moment, in dem ich gewissermaßen mit dem Kopf gegen so etwas wie einen Antagonismus renne.“ (S. 189) Rennen wir los!

Christoph Jacke

TANJA THOMAS (HRSG.): *Medienkultur und soziales Handeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 321 Seiten. Reihe *Medien – Kultur – Kommunikation*, herausgegeben von Andreas Hepp, Friedrich Krotz, Waldemar Vogel-sang.

Medienkultur und soziales Handeln bringt man unter einen Hut, wenn man Medienkultur als soziales Handeln beschreibt, was dann möglich (und theoretisch folgerichtig) ist, wenn man „Medienkultur“ nicht als in sich geschlossenes und statisches Objekt betrachtet, sondern als Konzept zur Beschreibung von „Mediengesellschaft“, die ihrerseits wieder eine „Beschreibungsmetapher“ (Hepp, S. 64) für das Phänomen des Wandels der gesellschaftlichen Kommunikationspraktiken (individuell und kollektiv) darstellt. Entscheidend in dem Gefüge von Begriffen und Konzepten ist, dass der Begriff von Kultur, und von Medienkultur erst recht, prozessual aufgefasst wird (es geht nicht um Kulturstrukturen, sondern um sich selbst laufend dem Wandel unterziehende Deutungsprozesse, es geht nicht um Medien, sondern um Mediengebrauch und „Mediatisierung“ – Krotz, S. 49) und dass der Begriff des Handelns aus einer verdinglichten Definition („das Handeln“ als individuelles Setzen von Zeichen für Ziele und Vorhaben) gelöst und aus einer am Subjekt orientierten Perspektive in eine an der Gesellschaft (Kulturzusammenhang) orientierten Perspektive übersetzt wird, als individuelles Moment der „sozialen Praxis“. Aus dieser Grundsatzpositionierung entwickeln sich Konzepte der sozial- und kulturtheoretischen Interpretation des Mediengebrauchs (vor allem in den Beiträgen von Tanja Thomas / Friedrich Krotz, Friedrich Krotz, Andreas Hepp, Udo Göttlich, Gabriele Klein, Rainer Winter), die vor allem den Strukturanalitikern in der Kommuni-

kationswissenschaft zu denken geben müssten: das wirklich kommunikationsrelevante Potenzial liegt nicht in den Medien (etc.), sondern in gesellschaftlich verhandelten Deutungen durch deren Gebrauch; die kulturtheoretische Orientierung macht die Kommunikationswissenschaft nicht nur eindeutig (theoretisch und methodisch) zu einer interpretativen Disziplin (Vilem Flusser), sondern auch zu einer Wissenschaft, die Wissen schafft (und nicht einfach nur durch Alltagsbeobachtung isolierte Objekte sprachlich wiederholt): Wissensmodelle, die die Beobachtung des Alltags (den Alltag als Beobachtung – vgl. Grounded Theory) in den Zusammenhang einer hermeneutischen Beobachtung (Konzeption) stellen. Für diesen Weg Wissen zu schaffen sind Friedrich Krotz, Andreas Hepp und Rainer Winter (nicht erst mit dieser Publikation) Garanten einer sensitiv-umsichtigen, integrativen, disziplinär offenen, methodisch überzeugenden Kreativität, die Theorien nicht als (wie) operational geschlossene Systeme konzipieren, sondern als (wie) Wege der Konzeptualisierung, die Horizonte eröffnen und Figuren in den Himmel schreiben, die geerdete Anschlüsse haben. Sie können als Kursbücher der Kommunikationswissenschaft genutzt werden, von denen man auch weiß, dass sie umgeschrieben werden (müssen), wenn die Zusammenhänge (Koordinaten der Beobachtung) sich verändern.

Die theoretischen Linien werden in diesem Buch durch die Konzeptarbeit von Tanja Thomas (Mediatisierung und soziale Praxis, kulturelles Alltagshandeln) Friedrich Krotz (Metaprozesse der Mediatisierung und die Folgen für das Verständnis von Wissen, Sozialisation, Beziehungen), Andreas Hepp (Konnektivität, Netzkultur, Alltagsnetzwerke als Beschreibungsmetaphern, die aber einen empirischen Bezug aufweisen, auf alle Medien anwendbar sind und den Kontext zur gesellschaftlichen Umgebung – Politik, Wirtschaft etc. – mitbedenken), Udo Göttlich (Wirklichkeit als Dimensionierung von Alltagsdramatisierung durch Medienkultur), Gabriele Klein und Tanja Thomas (Körper als Bilder der öffentlichen Inszenierung und der sozialen Positionierung des Subjekts bzw. als „Selbsttechnologien“) und, am Ende des Bandes durch Rainer Winter (Widerspruch und Konflikt als Kultur der widerständigen Sozialität, Eigensinn als Form des Dialogs mit der Gesellschaft) gezogen.

Was die Publikation für die Lehr- und für die Forschungspraxis relevant und interessant macht,

ist die vor allem bei Krotz (z.B. S. 47, S. 53) und Hepp (z.B. S. 66) explizierte, aber auch bei den anderen AutorInnen eingeschlossene wissenschafts- und erkenntnistheoretisch verankerte und in der Perspektivenarbeit (nicht nur, aber vornehmlich) der Cultural Studies und der Alltagstheorie (z.B. Alfred Schütz – Thomas / Krotz, S. 30) versäulte Begriffsentwicklung, die hier eine Festigung erfährt, durch die die Begriffe eine verlässliche(re) Viabilität erfahren (vgl. Hepps Begriffsanalyse von Netzwerk und Konnektivität). Selbst wenn man der Meinung wäre, dass der doch ziemlich prominent gesetzte Begriff der „Mediatisierung“ (Krotz, S. 52 f.; Hepp, S. 67) möglicherweise zu wenig konsequent sei für das, was er beschreiben möchte (nämlich nicht die technische, sondern die kulturelle Vermitteltheit des Alltags durch, in und mit Medien, was ich eher als „Medialisierung“ beschreiben würde), so wird dies durch die ja auch eingebrachten Konzepte der „Medialität“ (Klein, S. 210) und der „Mediumstheorie“ (Krotz, S. 51; Hepp, S. 66) kompensiert. Ähnlich verhält es sich mit Hepps Vorschlag, besser den „Netz“-Begriff als den „System“-Begriff einzusetzen (Hepp S. 74). Der Wert dieser Konzeptarbeiten liegt vor allem darin, dass sie jeweils gut begründet an in der Kommunikationswissenschaft schon institutionalisierten Begriffen und Konzepten (kritisch) anschließen, also nicht in die Luft gestellt und nicht auf der grünen Wiese gebaut werden; dass ihre Entwicklung Schritt für Schritt nachvollzogen werden kann (man merkt das aktive Bemühen um die wissenschaftende Verständigung) und dass sie als begriffliche und theoretische Brücken in den Texten des Buches Verwendung finden, die sich der empirischen Analyse von Phänomenen der medialen (mit Krotz: „mediatisierten“) Praxis widmen.

Diese Texte kann man als exemplarische Spurensuche nach dem kulturellen Potenzial und der gesellschaftlichen Relevanz des alltäglichen Mediengebrauchs werten, wobei die Themenfelder und die Phänomene, die interpretiert bzw. analysiert werden, recht breit gestreut sind: Zum einen am Medium orientiert:

- Internet: der Platz des Internet im Leben junger Paare (Jutta Röser & Nina Großmann),
- Mobiltelefon: rituelle Ordnungen und Beziehungszeichen (S. 107, S. 109) (Christine Dietmar),
- Kino: der Kreislauf von Medienaneignung,

Jugendprotest und medialer Wiederverwertung am Beispiel der „Halbstarken“ (Katja Scherl);

Zum andern orientiert an möglichen Gebrauchsstilen bzw. Gebrauchsumgebungen:

- Reality TV: die Kolonialisierung des Öffentlichen durch das Private und die Invasion der Öffentlichkeit in das Privatleben (S.170) (Elisabeth Klaus),
- Werbung: der Anschluss des Individuums an die wirtschaftlichen Errungenschaften der Gesellschaft (Michael Jäckel),
- Spiel im Fernsehen: Gesellschaftsspiele der Spielgesellschaft (S. 270) (Gerd Hallenberger),
- Politainment: Sind Jugendliche für „die Politik“ zu gewinnen? (Jörg-Uwe Nieland & Ingrid Lovric) und
- Mediengebrauchsformate von Religiosität: Symbiose zwischen Medienhappening und Religiosität (Waldemar Vogelsang).

In Summe handelt es sich bei diesem Buch um einen wechselseitig erbrachten Beleg zwischen Theorie und Empirie für die kulturalistische (interpretative, hermeneutische) Konzeption von Medienkommunikation, deren implizite Anregung zugleich ist, die Analyse von Medienkommunikation integrativ anzulegen. Die empirischen Forschungsberichte sind, weil sie den individuellen Mediengebrauch als Anschluss an die (Medien-)Gesellschaft interpretieren, nicht Reportagen über Einzelaktivitäten, sondern perspektivische Diagnosen des kulturellen Zusammenhangs von Alltag, Ästhetik, Ethik, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung. Sie schildern den individuellen Lebensvollzug als Modell des gesellschaftlichen Wandels und die medialisierte Gesellschaft als System- und Lebensweltumgebung für den Aufbau von Individualität und Identität. Insofern sind diese Analysen auch relevant für theoretische wie didaktische Programme der Medienbildung. Die theoretischen Konzepte liefern eine wissenschafts-kommunikative Begriffsumgebung und Register der möglichen Zuordnung, die dem wissenschaftstheoretischen Verständnis von Hermeneutik alle Ehre machen. Wer sich in dieses Buch vertieft, wird bei anderen schon erbrachten Texten der AutorInnen noch einmal nachschlagen, nachlernen und nachdenken.

Thomas A. Bauer

KATHARINE SARAKAKIS: *Media and Cultural Policy in the European Union*. Amsterdam, New York: Editions Rodopi B. V., 2007, 249 Seiten. = European Studies- An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics.

Die Reihe *European Studies*, die von Robert Harmsen (Queen's University Belfast) Joep Lerrssen und Menno Spierling (beide Universität Amsterdam) sowie Thomas M. Wilson (Binghampton University und State University of New York) herausgegeben wird, widmet sich in jeder der laut Herausgeberplan mehrmals jährlich erscheinenden Buchveröffentlichungen einem spezifischen Thema aus dem weiten und recht unübersichtlichen Feld dessen, was als *European Studies* verstanden werden kann. Vorliegende, im Jahr 2007 von Katharine Sarakakis, die mit ihrem Arbeitsschwerpunkt Kommunikationspolitik an der University of Leeds beschäftigt ist, herausgegebene Ausgabe, setzt diesen Schwerpunkt auf das Feld der medien und kulturpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union und deutet diese als ein Beobachtungsprisma, durch das die Prozesse der Europäisierung und der europäischen Integration verstanden werden können. Dieser Fokus bedingt, dass Europa und die EU in dem Band weithin Synonym verwendet werden und Europa einfach das Europa der Europäischen Union und kein anderes meint und die beobachtbaren Probleme und Lösungsansätze alle im Bereich des politisch Machbaren und der politischen Regelungskompetenz liegen. Beide Einschränkungen sind sinnfällig und legitim, bringen jedoch auch gewisse Defizite mit sich und verlegen den Blick auf Wirkzusammenhänge im Schatten der politisch reglementierbaren Phänomene.

Der Band bietet nach einer Einleitung, in der die Herausgeberin versucht, die speziell in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegene Relevanz der Medien- und Kulturpolitik im Korpus der europäischen Agenden zu verorten, 10 Beiträge, wobei Sarakakis mit *Mediating Social Cohesion: Media and Cultural Policy in The European Union and Canada*, noch einen weiteren Text beisteuert. Sie stellt dabei sowohl was Problemstellungen und Herausforderungen für die Medienpolitik angesichts von Globalisierung und supranationalen Medienkonzentration als auch Lösungsansätze der Politik betrifft „bemerkenswerte Ähnlichkeiten“ zwischen Kanada und der Europäischen Union fest. Politische Maßnahmen, die vor



allem auf der medienstrukturellen Makroebene angesetzt werden können, finden in beiden Fällen nur wenig Handhabe um auf der Mikroebene der zunehmend individualisierten Mediennutzung und Kommunikationsbeteiligung in selbstgewählten Netzwerken „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu fördern.

Sonja Kretzschmar, von der Universität Münster beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Frage ob sich in einem vielfältigen und facettenreichen Umfeld auch mannigfacher Journalismus findet, ob also der Vielgestaltigkeit der europäischen Gesellschaften entsprechende Variation auch im Journalismus zu finden ist. Konkret werden dazu unterschiedliche politische Strategien aus den USA und innert der EU untersucht, durch die einerseits Frauen und andererseits ethnische Minderheiten in die Redaktionen integriert werden sollen, um so einer zunehmenden Diversität der Gesellschaft auch durch ihre mediale Repräsentation Rechnung zu tragen. Das artikuliert die Grundannahme, dass weithin demographisch einheitlich bestückte Redaktionen der geforderten Perspektivenvielfalt womöglich aus fehlender Ein- oder Innensicht nicht ausreichend nachkommen würden und könnten, während sich zugleich durch die bessere Berücksichtigung ethnischer Diversität auch plurale Sichtweisen besser durchsetzen könnten – ungeachtet von Professionalisierungseffekten, einer *déformation professionnelle* im Rahmen der beruflichen Sozialisierung, die gewisse Sichtweisen privilegieren. Eine *Newsroom diversity*, durch die ausreichend inhaltliche Diversität geschaffen werden soll. Die Befunde sind letztlich doch ernüchternd. Während in den USA seit den 1990er Jahren eine Stagnation festzustellen ist, die realiter einen anteilmäßigen Verlust bedeutet, wollen auch unterschiedliche Förderungsmaßnahmen in der EU nur sehr kärglich greifen. Wo es hingegen innere Diversität gibt, ist der Konformitätsdruck gerade auf die vorderhand nicht dem Mainstream entstammenden Journalisten besonders groß, da sie beweisen müssen, dass sie dazupassen, was eigenen Spielraum für Initiativen im Interesse der Minderheit schmälert. Anläufe neue Stimmen in den Chor der Öffentlichkeit zu bekommen, gelingen weder in den USA noch in der EU überzeugend. Gerade mit der voranschreitenden Kommerzorientierung der Medienlandschaften wird dieser Umstand eher noch verschärft denn verbessert. Vor allem zeigt sich aber die geringe Effizienz politischer Förderbestrebungen.

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit staatlicher Filmförderung und deren Vereinbarkeit mit Liberalisierungsbemühungen durch EU und WTO (Caroline Pauwels, Sophie de Vinck und Ben van Rompuy, Brüssel), der Zukunft von öffentlich-rechtlichem Rundfunk angesichts der Deregulierungsbestrebungen der EU und zunehmender Beschwerden von privaten Anbietern, was die Aktivitäten von öffentlich-rechtlichen Anstalten etwa im Internetbereich betrifft (Peter Humphreys, Manchester). Eine strenge Auseinandersetzung mit der Inaktivität der EU bezüglich eines strikteren Vorgehens gehen Medienkonzentration und die damit verbundene Bedrohung von publizistischer Vielfalt bietet Gillian Doyle (Glasgow).

Auf die Printmedien zugespitzt attestiert David Hutchison (Glasgow) der EU wiederum mangelnde Aktivität und schließt aus einer Analyse der offiziellen EU-Reaktionen auf die Kontroversen um die Mohammed-Karikaturen, dass die bisherige Politik, keine Politik zu machen, künftig nicht mehr ausreichend sein werde. Der Frage, ob die EU-Erweiterung und die Teilhabe an einem „audiovisuellen Raum“ für ost- und mitteleuropäische Staaten eher Chancen oder die Gefahr der kulturellen Dominanz durch externe Medienprodukte und -anbieter birgt, wird von Hedwig de Smaele (Brüssel) behandelt. Mark Wheeler (London) widmet sich der Überarbeitung der *Television without Frontiers Directive* und deren befürchteter Konsequenzen zu Ungunsten von kultureller Pluralität im audiovisuellen Mediensektor. Elisabeth Dumont und Jacques Teller (Liège, Belgien) mit ihrer Beschäftigung mit Kultur-Tourismus in Europa und Liza Tsaliki (Athen) mit *The Construction of European Identity and Citizenship through Cultural Policy* behandeln mit ihren Texten den zweiten zentralen Aspekt des Bandes, die Kultur(politik).

Der Band erörtert an weitgestreuten Beispielfeldern die Effektivität und die Legitimität von medien- und kulturpolitischen Eingriffen der EU wo diese stattfinden und artikuliert Bedarf wo es zu wenig Aktion zu geben scheint. Medien und Kultur auch mit politischem Blick als Teile des selben Ganzen zu betrachten und Interdependenzen in einer Medienkulturgesellschaft so auch in einem integrierten Verständnis berücksichtigen zu können, erscheint dabei als zusätzlicher Verdienst des Bandes.

Christian Schwarzenegger

# 20 Jahre

# *medien & zeit*

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart



**Sonderheft 2006 zum Jubiläum  
20 Jahre *medien & zeit* mit  
Register aller Beiträge und  
AutorInnen 1986–2005**

Zu beziehen zum ermäßigten Einzelheftpreis  
von € 2,50 (exkl. Versand) über

**abo@medienundzeit.at**

oder

**www.medienundzeit.at**

herausgegeben vom „Arbeitskreis für Historische Kommunikationsforschung (AHK)“

**Neue Postadresse: Schopenhauerstraße 32, A-1180 Wien**

**Jahresabonnement (4 Hefte) für Studierende nur 12,80 € (Normalpreis 17,60 €)!**

Bei Unzustellbarkeit  
bitte zurück an:

ZN: 02Z033628 M

***medien & zeit***

Schopenhauerstraße 32  
A-1180 Wien

P.b.b.,  
Erscheinungsort Wien,  
Verlagspostamt 1180 Wien,  
2. Aufgabepostamt 1010 Wien

